

61/KOMM XXIII. GP

Kommuniké

des Untersuchungsausschusses betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen (1/GO XXIII. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll (1/GO) 24. Sitzung, 08.03.2007 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen hat am 13. Juni 2007 auf Antrag der Abgeordneten Dr. Günther **Kräuter**, Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter**, Mag. Werner **Kogler**, Mag. Ewald **Stadler** und Mag. Gernot **Darmann** einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

PROTOKOLL

Untersuchungsausschuss betreffend Beschaffung von Kampfflugzeugen

24. Sitzung / öffentlicher Teil

Donnerstag, 08.03.2007

Gesamtdauer der Sitzung:

09:08 Uhr – 19:39 Uhr

Hinweis: Allfällige von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobene und vom Untersuchungsausschuss anerkannte Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger in das Protokoll werden in späteren Protokollen angeführt.

Wien, 2007 06 14

Jochen Pack

Schriftführer

Dr. Peter Pilz

Obmann



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

betreffend

Beschaffung von Kampfflugzeugen



PROTOKOLL

(verfasst vom Stenographenbüro)

24. Sitzung/ öffentlicher Teil

Donnerstag, 8. März 2007

Gesamtdauer der 24. Sitzung:
9.08 Uhr – 19.39 Uhr

Lokal VI

Die Beratungen des Untersuchungsausschusses hinsichtlich der Beschaffung von Kampfflugzeugen beginnen um 9.08 Uhr und finden bis 9.14 Uhr unter **Ausschluss der Öffentlichkeit** statt. (s. dazu gesonderte **Auszugweise Darstellung: „nichtöffentlicher Teil“.**)

9.15

Obmann Dr. Peter Pilz leitet – um 9.15 Uhr – zum **öffentlichen Teil** der Sitzung über, begrüßt die Vertreterinnen und Vertreter der Medien und ersucht darum, als **erste Auskunftsperson** Herrn **Bundesminister Günther Platter** in den Sitzungssaal zu bitten.

(**Bundesminister Günther Platter** wird – begleitet von seiner Vertrauensperson **Dr. Matthias Wechner** – von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.)

Der Obmann begrüßt Herrn **Bundesminister Günther Platter** als **Auskunftsperson**, dankt Herrn Bundesminister Günther Platter für sein Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Bundesminister für Inneres Günther Platter: Mein Name: Günther Karl Platter; Geburtsdatum: 7.6.1954; Anschrift: 6511 Zams, Beruf: Bundesminister für Inneres.

Obmann Dr. Peter Pilz macht auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung aufmerksam, auf die bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen wurde. Sollte bei einer konkreten Frage einer dieser Gründe schlagend werden, könne sich die Auskunftsperson an den Verfahrensanwalt oder den Vorsitzenden wenden.

Außerdem bestehe die Möglichkeit zu einer persönlichen Erklärung zum Beweisthema vor Eingang in die Befragung, wovon die Auskunftsperson auch Gebrauch machen möchte.

Der Obmann ersucht nun auch die Vertrauensperson um die Angabe der Personalien.

Vertrauensperson Dr. Matthias Wechner: Mein Name: Name: Matthias Wechner; Geburtsdatum: 18. März 1977; Anschrift: 1110 Wien.

Obmann Dr. Peter Pilz fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht sei, dass Herr Wechner als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Dies ist nicht der Fall.

Der Obmann belehrt auch die Vertrauensperson über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter, etwa die Anstiftung zur falschen Beweisaussage.

Aufgabe der Vertrauensperson sei die **Beratung** der Auskunftsperson. Sie habe aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Zuwiderhandeln könne den Ausschluss zur Folge haben. Die Auskunftsperson könne auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit

ausgeschlossen ist. Sie habe zudem die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden, sollte sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt.

Günther Platter gibt vor Beginn der Befragung folgende persönliche Erklärung zum Beweisthema ab:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zuerst gehe ich davon aus, dass wir über die Notwendigkeit von Luftraumüberwachungsflugzeugen keine große Diskussion führen müssen. Dass wir natürlich als souveräner Staat eine aktive und eine passive Luftraumüberwachung brauchen, das ist doch sehr breiter Konsens hier im Parlament. Wenn wir eine Luftraumüberwachung durchführen, so ist es auch notwendig, dass wir das beste Gerät für unsere Piloten zur Verfügung stellen.

Ich bin am 28. Februar 2003 als Bundesminister für Landesverteidigung angelobt worden, und zu diesem Zeitpunkt war die Typenentscheidung gefallen, wobei ich mich auch klar zu der Typenentscheidung bekenne. Darüber hinaus war auch evident, dass eine Reduktion von 24 auf 18 Eurofighter gegeben war, und es lag, als ich Bundesminister für Landesverteidigung wurde, bereits ein Verhandlungszwischenergebnis beziehungsweise ein Verhandlungsentwurf vor, weil die Verhandlungen seit der Beschlussfassung vom 2. Juli 2002 der damaligen Regierung bis in den September hinein gegangen sind.

Meine weiteren Maßnahmen erfolgten auf Grund der Beschlussfassung der Bundesregierung vom 2. Juli 2002 über die Typenentscheidung, und damals ist der damalige Verteidigungsminister aufgefordert worden, die Vertragsverhandlungen aufzunehmen.

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass die zweite Grundlage für mein Tätigwerden als Verteidigungsminister das Regierungsprogramm war, und ich zitiere aus dem Regierungsprogramm für die Regierung der XXII. Gesetzgebungsperiode:

Nachbeschaffung Luftraumüberwachungsflugzeuge, Fortsetzung des Beschaffungsvorganges auf der Grundlage der von der Bundesregierung der XXI. Gesetzgebungsperiode betroffenen Beschlüsse. Für den Ankauf der Abfangjäger werden Gegengeschäfte in maximaler möglicher Höhe mit positiven Auswirkungen auf Beschäftigung, Standort und hinsichtlich des technologischen Nutzens umgesetzt. Der Ankauf soll in der gesamten Legislaturperiode nicht budgetwirksam werden.

Das war meine Ausgangsbasis, geschätzte Damen und Herren, und glauben Sie mir, dass ich diesen Beschaffungsvorgang sehr ernst genommen habe, denn ich war letztlich plötzlich damit beschäftigt, einen Beschaffungsvorgang weiterzuführen mit einem Ausmaß, mit einem Wert, mit einem Betrag von zirka 2 Milliarden €.

Deshalb habe ich verschiedenste Maßnahmen durchgeführt. Der erste und wichtigste Punkt war, dass ich mich informieren habe lassen von allen Experten im Haus, wie weit die Verhandlungen bereits gegangen sind und wo wir stehen mit dem Vertragsentwurf.

Der zweite Punkt war, dass ich sichergehen wollte betreffend der Reduktion von 24 auf 18 Eurofighter. Deshalb habe ich mir zusätzlich noch, obwohl diese Reduktion nicht in meinen Zeitraum hineingefallen ist, zwei Gutachten geben lassen, die bestätigt haben, dass diese Reduktion von 24 auf 18 Eurofighter vertragsrechtlich unbedenklich ist, wobei aber der Einzelstückpreis nicht höher sein durfte. Das wäre ein Grund gewesen, dass die Unbedenklichkeit nicht gegeben gewesen wäre, aber wir wissen, dass das nicht der Fall war. Also ich habe zwei Gutachten eingeholt, um eben hier eine sichere Variante zu wählen.

Der dritte und sehr entscheidende Punkt war, dass ich in der Kontrollsektion die Gruppe Revision ebenfalls beauftragt habe, eine genaue und strenge begleitende Kontrolle durchzuführen, dass ich immer wieder von der Gruppe Revision Information erhalten habe, wie läuft es, ist alles seriös abgewickelt worden. Und das war für mich als einer, der letztlich dann die Ministerverantwortung hat, sehr wichtig. Also: ausgezeichnete Experten, die mit diesem Beschaffungsvorhaben zu tun gehabt haben, die Verhandlungen geführt haben, und zusätzlich eine begleitende Kontrolle, damit letztlich alles getan wird, dass dieser Beschaffungsvorgang seriös über die Bühne geht. Insbesondere war die begleitende Kontrolle, die Gruppe Revision tätig bei der Vertragserstellung V1 und V2.

Beim ganzen Beschaffungsvorgang war es mir ganz besonders wichtig, meine Damen und Herren, dass das österreichische Bundesheer seinen verfassungsrechtlichen Verpflichtungen nachkommen kann, was die Luftraumüberwachung betrifft, aber gleichzeitig die wichtigen Grundsätze beachtet werden, die Grundsätze der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit.

Meine Damen und Herren, zum Schluss meines Eingangsstatements: Mir wurde stets von juristischer, kaufmännischer, militärischer und technischer Seite, aber auch von der begleitenden Kontrolle bestätigt, dass die Verhandlungen korrekt und seriös und nicht zum Nachteil des österreichischen Bundesheeres oder zum Nachteil der Republik Österreich gemacht worden sind, und ich habe bis heute keinen Grund dafür, dass ich an den Aussagen der langjährigen Fachleute hier im Verteidigungsministerium, wofür ich früher zuständig war, zweifeln sollte. – Herzlichen Dank.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke schön. – Erste Fragestellerin ist Frau Kollegin Fekter. *(Abg. Dr. Fekter geht zunächst zu Bundesminister Platter und legt diesem ein Schriftstück vor.)*

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sehr geehrter Herr Minister, können Sie uns diese Ministerweisung erläutern? Wer war dadurch verpflichtet? Was wurde dadurch sichergestellt?

Obmann Dr. Peter Pilz: Kann man bitte diese Weisung vortragen, damit mehr als zwei Personen das kennen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es handelt sich um eine Ministerweisung Nummer 182 aus dem Jahre 2003. Die hat Herr Platter in seiner dritten Woche als Minister gegeben, also ganz zu Beginn seiner Tätigkeit:

GStB wird angewiesen, den Zugang zum Vertragsentwurf Abfangjäger für KontrS – das wird die Kontrollsektion sein – (GRP Rev) – das ist wahrscheinlich die Revision – zwecks Erfassung der System- und Folgekosten Abfangjäger einschließlich Goldhaubeanpassung und allfälliger sonstiger Schnittstellensysteme, Funk, uneingeschränkt für LZ – wahrscheinlich Luftzeug –, soweit für die oben genannten Erhebungen erforderlich, auszugsweise sicherzustellen. Bundesminister Platter.

Das sind Abkürzungen in einem langen Satz, und der Herr Bundesminister wird uns das erklären, was er damit angeordnet hat.

Günther Platter: Zu dieser Fragestellung und Ministerweisung: Das war ein bedeutender Bestandteil meines Vorgehens. Hier ging es darum, dass ich eigentlich zwei oder drei Wochen nach meiner Angelobung und nachdem ich die Informationen von den Experten im Haus erhalten habe, sicherstellen wollte, dass die Kontrollsektion, und hier dann die Gruppe Revision, alle Unterlagen bekommt, auch von der Luftzeugabteilung, LZ, und dass auf Grund der Unterlagen die begleitende Kontrolle sehr seriös und streng durchgeführt wird. Das habe ich als meine

Ministerverantwortung empfunden und deshalb habe ich diese Ministerweisung durchgeführt, damit hier Klarheit herrscht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Sie sind dann regelmäßig informiert worden von der Kontrollsektion? Wer war das ad personam? Wie hat sich das in etwa abgespielt? Wie häufig hat die Kontrollsektion hier den Minister kontaktiert?

Günther Platter: Es hat sehr viele Besprechungen gegeben, einerseits von den Experten, die mit diesem Beschaffungsvorgang konfrontiert waren und diesen Beschaffungsvorgang begleitet haben, zum Zweiten natürlich Besprechungen mit der Kontrollsektion, Gruppe Revision. Der Leiter dieser Gruppe Revision ist Generalmajor Steiner. Nach meiner Erinnerung werden es sicherlich rund zehn Besprechungen gewesen sein, die gemacht wurden, damit ich laufend informiert wurde, ob alles seriös über die Bühne gegangen ist.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Gab es aus der Kontrollsektion kritische Anmerkung im Hinblick darauf, dass sich etwas unkorrekt darstellt?

Günther Platter: Was diese rund zehn Besprechungen betrifft, spreche ich von dem Zeitraum März bis Vertragsabschluss. Mir wurde stets von der Gruppe Revision mitgeteilt, dass alles seriös über die Bühne gegangen ist, dass die Experten absolut korrekt gehandelt haben. Deshalb auch der Hinweis in meinem Eingangsstatement, dass ich immer wieder informiert wurde von der Kontrollsektion, Gruppe Revision, dass sowohl von kaufmännischer Seite also auch von technischer Seite und juristischer Seite alles sauber läuft.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Wir haben von Ministerialrat Wall erfahren, dass bis März in etwa das Verteidigungsressort federführend in der Vertragsgestaltung war und anschließend das Finanzressort. Können Sie uns erläutern, wie sich dieser Wechsel abgespielt hat? War das eine Ministerratsentscheidung? Wie ist sozusagen die Federführung vom Verteidigungsressort auf das Finanzressort übergegangen? (*Abg. Mag. Stadler: Das ist ein falscher Vorhalt!*)

Günther Platter: Ich kann das sehr gerne aufklären. Dass die Verhandlungen dann vom Finanzministerium geführt wurden, das stimmt natürlich nicht. Es ist das Verteidigungsministerium zuständig, aber es wurde das Finanzministerium wesentlich mehr eingebunden. Warum? – Das Finanzministerium wurde deshalb zu meiner Zeit, als ich Verteidigungsminister wurde, vermehrt eingebunden, weil ja der militärische Bereich der Vertragsverhandlungen bis zum September 2002 großteils abgeschlossen war. Hier kann ich mich noch erinnern, dass wir mit der Zahlungsvariante 18 Halbjahresraten dann im Vertragsentwurf zirka 2 160 000 000 € gehabt haben.

Das heißt, der militärische Bereich ist großteils, sage ich, abgeschlossen gewesen, und es ging dann während meiner Zeit vorwiegend darum, dass auch die Finanzierungsmöglichkeiten gegeben sind, dass die Verhandlungen über die Finanzierung gemacht werden und letztlich auch das Einvernehmen mit dem Finanzministerium notwendig war. Aus diesem Grund, weil vorwiegend die finanztechnischen Maßnahmen zu verhandeln waren, war das Finanzministerium sehr eng eingebunden. Wir haben diesbezüglich dann auch eine Arbeitsgruppe gebildet zwischen den Experten des Verteidigungsministeriums und des Finanzministeriums.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es hat für größere Aufregung gesorgt, dass Eurofighter bei den Verhaltensregelungen gegen Schmiergeldklauseln bereits bei der Anbotslegung einen Absatz 4 hineinreklamiert hat, der dann auch Vertragsinhalt wurde. Also dieser Absatz 4 war bereits bei der Anbotslegung

vorhanden – da waren Sie natürlich noch nicht Minister – und ist dann Vertragsinhalt geworden. Ist Ihnen zu dieser ganzen Causa Verhaltensregeln, Veränderung der Verhaltensregeln, Diskussion, ob das akzeptabel ist, etwas bekannt gewesen? Ist das diskutiert worden?

Günther Platter: Diese Verhaltensregel, die Sie ansprechen, habe ich im Anhang des Vertrages gesehen, und mir ist eines ganz wichtig: Ich kenne nur diese einzige Formulierung dieser Verhaltensregeln, die in diesem Vertrag waren, und eine Diskussion darüber hat es nicht gegeben. Das ist also die einzige Variante, die mir bekannt ist.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, die Kontroll- und Revisionsabteilung hat diese Bestimmung nicht irgendwie beim Minister vorgetragen?

Günther Platter: Nein, es gab nur diese Variante, die ich im Vertrag gesehen habe, nichts anderes. (*Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die Vertragsinhalt geworden ist, genau die, denn die war schon im Anbot. Der Herr Bundesminister hat ja gesagt, er hat sie im Vertrag gesehen und er kennt nur die.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Innenminister, ich möchte mich am Beginn meiner Befragung mit der Rolle des Herrn **Steininger** beschäftigen, der heute leider nicht als Auskunftsperson anwesend sein kann. Er hat sich zwar noch nicht besonders angestrengt im Ausschuss, hat aber wahrscheinlich einen sehr ausgedehnten Erholungsurlaub. Aber Sie werden uns vielleicht auch ein bisschen, was die Rolle des Herrn Steininger betrifft, weiterhelfen können.

Es ist ja nach einer weiteren Anforderung von Beweismitteln nun Folgendes zutage getreten. Ich darf zitieren aus einem Aktenbestandteil:

Im Zusammenhang mit der Einführung von Luftraumüberwachungsflugzeugen der Type Eurofighter wurden mit EADS Deutschland –

also das kann nur unter Ihrer Ägide passiert sein –

nachstehende Verträge abgeschlossen beziehungsweise sind in Vorbereitung, an deren Zustandekommen Erhard P. Steininger beteiligt war.

Und siehe da, da sind gleich vier verschiedene Vorgänge aufgelistet. Das heißt, es wird nun deutlich, dass der Herr Steininger nicht nur ursprünglich zwischengeschaltet war sozusagen zwischen EADS und sonstige Stellen, sondern dass es eine ganze Reihe von ganz spezifischen Tätigkeiten gegeben hat. Ich werde das noch kurz vortragen und Sie dann dazu fragen.

Erstens einmal einen Vertrag zur Durchführung der Detailanalyse zur Errichtung eines nationalen Datenmanagementsystems; zweitens einen Vertrag über die Errichtung und Betriebsunterstützung eines IT-Systems; drittens die Einleitung eines Administratorenausbildung; viertens einen technischen Unterstützungsvertrag für das Flugsystem Eurofighter.

Also an dem Zustandekommen von diesen ganzen Detailverträgen war der Herr Steininger beteiligt, und daher meine Frage: Wann haben Sie was mit dem Herrn Steininger verhandelt?

Günther Platter: Ich kenne den Herrn Steininger nicht, ich habe Herrn Steininger überhaupt noch nie gesehen. All das, was Sie jetzt hier angeführt haben, das war **unter** der Ministerebene, das ist mit unseren Experten verhandelt worden.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Entschuldigen Sie, Herr Minister, wenn zwischen EADS und der Republik Österreich da offensichtlich gar nicht so unwichtige Vertragsbestandteile verhandelt und entschieden werden, dann kann das ja nicht sein. Wenn Sie als Verhandlungsführer der ganzen Angelegenheit für die Republik Österreich tätig waren – das hat ja der damalige Bundeskanzler Schüssel nach der Entscheidung im Ministerrat glasklar gesagt, dass jetzt das Verteidigungsministerium hier eine möglichst kostengünstige Vertragsverhandlung zu führen hat –, dann wollen Sie uns hier heute erzählen, dass Sie den Herrn Steininger gar nicht kennen?

Günther Platter: Ich glaube, dass es nicht notwendig ist, dass der Verteidigungsminister persönlich mit Verhandlungspartnern die Gespräche zu führen hat. Im Gegenteil. Es gibt ein Verhandlungsteam, und dieses Verhandlungsteam hat die Verhandlungen zu führen. Es gibt eine begleitende Kontrolle. Die begleitende Kontrolle berichtet dem Minister, und das ist die Ebene. Es ist aber nicht die Ebene eines Verteidigungsministers, mit jemandem, der Geschäftsvermittler ist, Verhandlungen zu führen. Das habe ich nicht gemacht. Ich kenne Herrn Steininger nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Welche Kosten wurden durch die von mir zitierten zusätzlichen Verträge, die von Herrn Steininger angebahnt wurden, eigentlich verursacht?

Ich bin schon bass erstaunt, dass Sie jetzt sagen, Sie haben von all dem keine Ahnung, denn Herr Steininger wird das ja nicht für Gottes Lohn gemacht haben, und das sind ja alles Kosten, die letztendlich den Steuerzahler belasten.

Also: Welche Kosten wurden durch die von mir referierten zusätzlichen Verträge eigentlich verursacht?

Günther Platter: Zum Ersten: Ich bin nicht mehr Bundesminister für Landesverteidigung, habe auch keine Zugänge zu den Akten.

Zum Zweiten müssen Sie wissen – das werden Sie auch verstehen –, dass im Laufe einer Ministertätigkeit viele Vereinbarungen und Verträge durchgeführt werden. Es sind Hunderte Verträge, die gemacht werden, oder noch mehr, gerade in einem Verteidigungsressort, wo man im Jahr ungefähr 400 Millionen € an Beschaffungsvorhaben durchführt.

Deshalb noch einmal: Meine Ministerverantwortung ist es, Sorge zu tragen dafür, dass alles genau kontrolliert wird, aber nicht, Vertragsverhandlungen durchzuführen und Details zu wissen, wie der einzelne Vertrag ausschaut und wie hoch die Summe war. Das ist nicht der Fall.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Minister, Sie haben am Dienstag, dem 27. Mai 2003, erklärt: keine verdeckten Jet-Kosten. Laut dem Ressort betragen die Kosten für die 18 Abfangjäger vom Typ Eurofighter 1,337 Milliarden €. Die Kosten für Pilotenausbildung, Munition, Radaradaptionen und Infrastruktur belaufen sich auf 632 Millionen €, insgesamt also 1,969 Milliarden. Das haben Sie gesagt, es gibt keine verdeckten Jet-Kosten.

Jetzt wird sukzessive, Zug um Zug, bekannt, dass es eine ganze Fülle von zusätzlichen Kosten gibt – ich habe Ihnen einige Verträge jetzt dazu referiert –, und Sie wollen jetzt sagen, dass Sie dazu eigentlich überhaupt keine Wahrnehmung haben? Und deswegen frage ich Sie zu dem Unterschied. Damals haben Sie gesagt, es gibt keine verdeckten Jet-Kosten, jetzt gibt es aber eine ganze Reihe von zusätzlichen Verträgen, die ja Kosten verursachen.

Günther Platter: Ich möchte das sehr scharf zurückweisen, Herr Abgeordneter, dass hier etwas gemacht wurde, das nicht bekannt war!

Tatsache ist, dass es ein Ankaufsgesetz gibt. In diesem Ankaufsgesetz ist klar geregelt, dass von der Eurofighter GmbH 18 Flugzeuge bestellt wurden, V1 und V2. Darüber hinaus gibt es einmalige Zusatzaufwendungen, und diese einmaligen Zusatzaufwendungen haben wir schon breit diskutiert. Es hat, was meine Erinnerung ist, auch der Finanzminister bei Dringlichen Anfragen gesagt, dass darüber hinaus einmalige Zusatzaufwendungen anfallen, aber Leistungen, die nicht von der Eurofighter GmbH gemacht werden – da wurde immer von einem Paket von 233 Millionen € gesprochen, auch von unserem Haus. Darüber hinaus hat der Rechnungshof festgestellt, dass es 460 Millionen € sein könnten. Der Unterschied in der Wahrnehmung ist, dass der Rechnungshof die Zwischenlösung, aber auch die Erneuerung der Goldhaube mit hineingenommen hat.

All diese Punkte, die Sie hier erwähnen, haben mit dem Ankaufsgesetz nichts zu tun, haben mit dem Eurofighter nichts zu tun. Es geht darum, dass bei jedem anderen Produkt auch diese Beschaffungen gemacht hätten werden müssen. Deshalb ist da weder etwas verschoben worden noch etwas anderes gemacht worden.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Minister, noch einmal: Sie haben klipp und klar erklärt: keine verdeckten Jet-Kosten. Sie haben klipp und klar erklärt, und zwar am 27. Mai 2003: keine verdeckten Jet-Kosten.

Jetzt zitiere ich Ihnen aus einem Papier des Bundesministeriums der Verteidigung, Deutschland, Sachstand Eurofighter, Stand Juni 2006, und siehe da, da geht jetzt Folgendes hervor:

Darüber hinaus wird zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung, also Deutschland, ... (*Abg. Dr. Fekter: Herr Vorsitzender! Im Juni 2006 sind wir aber nicht mehr ganz im Beweisthema, oder?*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn Kollege Kräuter den Zusammenhang herstellt, dann ist die Frage zugelassen – wenn nicht, werde ich intervenieren.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Es geht um das Nachvollziehen der seinerzeitigen Aussage innerhalb des Zeitraumes des Beweisthemas, dass keine verdeckten Jet-Kosten existieren. Wir werden jetzt schauen, ob das der Wahrheit entspricht, und daher zitiere ich aus diesem Papier, dass nämlich noch im letzten halben Jahr ganz offensichtlich um zusätzliche Kosten verhandelt wurde.

Ich zitiere jetzt von dieser Stelle, wo mich Frau Kollegin Fekter uncharmant unterbrochen hat, weiter:

... und dem österreichischen Bundesministerium für Landesverteidigung über umfangreiche kostenpflichtige Unterstützungsleistungen verhandelt, die von deutscher Seite bei Abnahme und Zulassung der österreichischen Luftfahrzeuge zur Ausbildung von technischem und fliegerischem Personal entgeltlich erbracht werden sollen. – Zitatende.

Das passt einfach nicht zusammen, dass Sie, Herr Minister, darauf beharren, dass es keine verdeckten Jet-Kosten gebe – und deutlich wird, dass selbst im letzten Halbjahr noch über umfangreiche **zusätzliche Kosten** verhandelt wurde.

Günther Platter: Ich weise das sehr streng zurück. Bei dem, was Sie hier anführen, ist es so, dass diese Kosten mit der Beschaffung der Eurofighter nichts zu tun haben. Es geht dabei vorwiegend um die Ausbildung der Techniker und die Ausbildung der Piloten. Und hier ist eines klar, dass einerseits die Grundausbildung für die Eurofighter beim Produkt, bei der Eurofighter GmbH durchgeführt werden, und zum Zweiten macht

es natürlich Sinn, dass die Ausbildung der Piloten und der Techniker mit einer Luftwaffe durchgeführt wird, die ebenfalls dieses Produkt hat, und zwar die deutsche Luftwaffe, Referenzluftwaffe der Bundesrepublik Deutschland. Und deshalb wird diese Ausbildung der Piloten und Techniker dort durchgeführt, damit wir dieses Know-how haben. Es wäre anders überhaupt nicht machbar.

Daher noch einmal: Grundausbildung: Eurofighter GmbH, beim Produkt, mit dem Produkt, aber dann die gesamte militärische Ausbildung, militärischer Einsatz und dergleichen mehr, natürlich in Deutschland. Und deshalb hat das damit nichts zu tun, dass da Kosten versteckt worden sind.

Im Übrigen haben wir ja diese Debatte schon lange immer wieder geführt, das ist nichts Neues, und deswegen ist diese Vermutung so klar zurückzuweisen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, ja, die Methode scheint klar: Sie weisen ständig vorgetragene Fakten „scharf zurück“. – Ich komme auf die Pilotenausbildung später noch zurück, aus bestimmtem Grund.

Gehen wir noch zu den Tranchen. Ich möchte Sie wieder in aller Sorgfalt zitieren. Am 20. Mai 2003 erklärt Platter im Budgetausschuss: Die für Österreich 2007 angelieferten Flugzeuge stellen dann bereits eine zweite Tranche mit weiteren technischen Verbesserungen dar.

Sie haben dann erklärt, von Mängeln und so weiter ist Österreich nicht betroffen, denn man bekommt eh die zweite Tranche. Ist das so?

Günther Platter: Zu den Tranchen: Es wird in drei Tranchen produziert. Die erste Tranche sind 148 Eurofighter, die zweite Tranche 254, und die dritte Tranche sind 236 Eurofighter. Die Betreibernationen sind Deutschland, Großbritannien, Spanien und Italien.

Es war in der Vereinbarung vorgesehen, dass die Tranche 2 geliefert wird. Und dann ging es darum, dass wir in weiser Voraussicht in den Vertrag mit hineingenommen haben: Sollte Tranche 2 nicht lieferbar sein, dann kann Tranche 1 geliefert werden, und auf Kosten der Eurofighter GmbH werden dann die Tranche-1-Block-5-Flugzeuge auf Tranche-2-Block-8-Flugzeuge aufgerüstet.

Der Grund dafür, dass wir in weiser Voraussicht diese Formulierung mit hineingenommen haben, war: Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht 100-prozentig klar, wann die Produktion Tranche 2 Block 8 gemacht wird, weil dort noch die vier Nationen, die Betreibernationen, ihr Einverständnis für diesen Produktionsbereich geben mussten, und da gab es noch eine Diskussion. Das war in weiser Voraussicht! Deshalb haben wir das gemacht, dass, falls im Mai 2007 Tranche 2 nicht lieferbar ist, Tranche 1 geliefert werden kann und auf Kosten der Eurofighter GmbH das letztlich dann aufgerüstet wird – und am Ende des Tages haben wir dann Tranche-2-Flieger. Im Übrigen wurde das vom Rechnungshof auch nicht kritisiert.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Sie werden gleich wieder scharf zurückweisen, dass Sie selbst in der Presse damals etwas ganz anderes erklärt haben, im März 2003.

Ich möchte aber jetzt einhaken, Sie haben es gerade erwähnt, dass eben eine kostenlose Nachrüstung von Tranche 1 auf Tranche 2 erfolgt.

Auch wenn Sie es jetzt scharf zurückweisen werden, muss ich Ihnen sagen, dass Herr Hofer hier bei seinen Aussagen etwas ganz anderes erklärt hat, nämlich dass es **nicht** gratis sei, um zu zitieren, die Kosten dafür stünden im Vertrag.

Können wir uns jetzt darauf einigen, dass die Aussage von Ihnen, dass ohne zusätzliche Kosten nachgerüstet wird, was Sie zum Beispiel auch am 29.6.2005 gemacht haben, **nicht** den Tatsachen entspricht, weil von Haus aus das kostenpflichtig geschehen ist, wie es Herr Hofer aussagt?

Günther Platter: Starke Zurückweisung! (*Ironische Heiterkeit des Abg. Dr. Kräuter.*) Herr Kollege, ich glaube auch, dass Sie das wissen, im Vertrag ist Tranche 2. Es ist so, dass im Vertrag natürlich die Summe für die Tranche-2-Lieferung drinsteht, aber dass nicht zusätzliche Kosten anfallen, was die Nachrüstung von Tranche 1 auf Tranche 2 betrifft. Deshalb: Es wird keinen Euro zusätzliche Kosten geben, die im Vertrag abgebildet sind!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wie viel kostet die Umrüstung von Tranche 1 auf Tranche 2? Und gibt es dazu ein Konzept?

Günther Platter: Das ist für mich nicht relevant, denn ... (*Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*) Es ist richtig, die Tranche 2 ist bereits bezahlt, Entschuldigung, das ist im Vertrag abgebildet. Jetzt geht es nur darum, dass, wenn Tranche 1 geliefert wird, auf Tranche 2 aufgerüstet werden muss – und das ist ohne Kosten der Eurofighter GmbH, das ist eine ganz klare und einwandfreie Angelegenheit.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das möchte jetzt ich einmal scharf zurückweisen, dass Sie einerseits immer andere Dinge zu Tranchen erklärt haben und andererseits jetzt sagen, Kosten und Konzept sind für Sie nicht relevant! Das sei scharf zurückgewiesen!

Günther Platter: Da muss ich schon eines dazu sagen: Wenn ein Bereich bereits abgelegt ist und dann auf Grund der Lieferung, jetzt bleibe ich bei Block 5, denn das ist ja die Tatsache ... Der Unterschied ist nicht die Tranche, sondern das sind Block 5 und Block 8. Und wenn hier im Vertrag Block 8 bezahlt wurde und dann eine Aufrüstung von Block 5 auf Block 8 gemacht wird und das im Vertrag enthalten ist, dann ist es nicht relevant, wie viel das kostet, weil das ohnehin gemacht wird, aber nicht zu Lasten des österreichischen Bundesheeres und nicht zu Lasten des Verteidigungsministeriums und der Republik Österreich.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Bundesminister Platter! Kollege Kräuter hat soeben den notwendigen Investitionsbedarf für den Bereich der passiven Luftraumüberwachung in einen direkten Zusammenhang mit der Nachbeschaffung des Eurofighter Typhoon gebracht.

Ist das richtig, oder hätte man vielmehr die Modernisierung des Flugfunks, der Flughafenausstattung beziehungsweise die Modernisierung der Goldhaube auch unabhängig von der Eurofighter-Anschaffung machen müssen?

Günther Platter: Das ist korrekt. Wenn Sie ein Fahrzeug kaufen, werden Sie vermutlich, um das Fahrzeug lange haben zu können, eine Garage dazu brauchen. Ob Sie jetzt einen VW oder Mercedes kaufen, ist unabhängig davon. So ist es natürlich auch beim Eurofighter.

Es ist so, dass wir die Rollfelder neu adaptieren müssen, dass wir Hangar benötigen, dass wir für den Simulator auch ein Simulationsgebäude brauchen und dass die Goldhauben, die in die Jahre gekommen ist, aber übrigens ein ausgezeichnetes Produkt ist, sie ist zirka 30 Jahre alt, natürlich auch wieder adaptiert werden muss, damit wir hier am Stand der Technik sind.

Das hat also mit der Beschaffungsmaßnahme Eurofighter nichts zu tun, denn wenn wir zum Beispiel SAAB Gripen gekauft hätten, hätten wir ebenfalls diese Beschaffungsmaßnahmen benötigt.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Also ist es richtig, dass man diese Kosten nicht beim Eurofighter dazuschlagen darf, weil sie generell, unabhängig davon, angefallen wären?

Günther Platter: Das ist richtig.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sie haben vorhin in Ihrem Einführungsstatement zwei Gutachten angesprochen, die Sie haben erstellen lassen beziehungsweise angefordert haben bezüglich der Reduktion von 24 auf 18 Stück, um sicherzugehen, dass die Reduktion rechtlich einwandfrei möglich ist. – Können Sie konkret etwas zum Inhalt dieser Gutachten sagen?

Günther Platter: Ich habe diese Gutachten jetzt nicht mehr zur Verfügung, wie gesagt, es war eigentlich sehr überraschend, dass ich plötzlich Innenminister wurde. Das ist, wie man auch den Medien entnehmen konnte und wie Sie wissen, sehr schnell über die Bühne gegangen, wie so oft bei politischen Entscheidungen. Ich habe diese Akten nicht zur Verfügung, aber eines ist klar, dass diese Unbedenklichkeit von beiden Gutachtern gegeben wurde. Das war für mich auch eine Versicherung, dass ich auf dem richtigen Weg bin.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Wann haben Sie diese Gutachten erstellen lassen?

Günther Platter: Diese Gutachten habe ich eigentlich zu Beginn erstellen lassen, wie ich gesehen habe, Reduktion von 24 auf 18, und als ich von den Experten informiert wurde über den gesamten Beschaffungsvorgang, habe ich diese Gutachten erstellen lassen, also weit vor Vertragsunterfertigung.

Im Übrigen sind dem Rechnungshof auch diese Gutachten bekannt. Und der Rechnungshof hat in seinem Bericht ebenfalls bestätigt, dass das zu Recht so war, dass hier einerseits vom Einzelstückpreis keine Erhöhung der Fall war von 24 auf 18 Eurofighter, das ist entscheidend gewesen, und dass diese Reduktion von 24 auf 18 Eurofighter vertragsrechtlich unbedenklich war.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Welche Experten haben den Auftrag bekommen, Gutachten zu erstellen?

Günther Platter: Ich musste jetzt gerade meinen Berater fragen, das waren **Aicher** und **Holoubek**.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Können Sie noch sagen, wieso Sie genau zwei Gutachten haben anfordern lassen?

Günther Platter: Das ist, glaube ich, immer gut. Es kann sein, dass es unterschiedliche Meinungen zu einem Vorgang gibt, und deshalb war es mir wichtig, um hier sicherzugehen, deshalb habe ich zwei Gutachten machen lassen.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Dr. Traumüller hat in seiner Auskunft hier vor dem Ausschuss ausgesagt, dass das Bundesministerium für Finanzen vom April bis Juli 2003 sehr eng in diese Vertragserrichtung eingebunden war, er im Speziellen, dass er durch seine Verhandlungserfolge noch einmal 300 Millionen € hat einsparen können.

Wie waren das Bundesministerium für Landesverteidigung und im Speziellen Sie in dieser Phase eingebunden?

Günther Platter: Es war so, dass wir, als die Verhandlungen wieder aufgenommen wurden, Finanzminister Grassler und ich, eine Arbeitsgruppe installiert haben. Diese Arbeitsgruppe hat sich erstens damit beschäftigt, dass die sparsamste Lösung, aber die militärisch rechtfertigbare Lösung gemacht wird, deshalb diese Arbeitsgruppe

zwischen Finanzministerium und Verteidigungsministerium, und zum Zweiten, dass noch Preisverhandlungen durchgeführt werden, damit wir letztlich die günstigste Lösung haben, die militärisch rechtfertigbar ist.

Uns wurde dann selbstverständlich über diese Verhandlungen berichtet. Und das Ergebnis ist bekannt.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Das heißt, Dr. Traumüller hat regelmäßig beim Bundesministerium für Landesverteidigung rückgefragt, ob gewisse Reduktionen, die er in Aussicht genommen hat, um eine Preisreduzierung zu machen, vom Bundesministerium für Landesverteidigung technisch machbar und gewollt sind?

Günther Platter: Das war wichtig so. Das wäre unmöglich, wenn jemand, der für die Finanzen zuständig ist, letztlich eine militärische Beurteilung durchführt. Und deshalb hat sich auch die Politik in diese Frage überhaupt nicht eingemischt, sondern wichtig war, dass man dieses Einsparungspotential gemeinsam eruiert, einerseits finanzielle Einsparungen, dass es aber andererseits militärisch machbar und vertretbar ist. Hier hat es keine Einmischungen seitens der Politik gegeben. Aber soviel ich weiß und nach meiner Erinnerung, war diese Arbeitsgruppe zwischen Spinka und Hillingrathner.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Bundesminister, ich muss etwas einleiten. Es geht mir um die Anti-Schmiergeld-Klausel und Ihre Ministerverantwortung, nachdem Sie in Ihrem Einleitungsstatement gesagt haben, wie sehr Sie sich haben informieren lassen, wie sehr Sie das Ganze kontrolliert haben.

Die Anti-Schmiergeld-Klausel wurde vom Finanzministerium gemeinsam mit einem Universitätsprofessor und einem Rechtsanwalt entwickelt. Sie wurde in die Ausschreibung als zwingende Unterlage mit aufgenommen. Es wurde klargelegt, dass diese Anti-Schmiergeld-Klausel genau so zu unterfertigen ist. Das heißt, es war nicht vorgesehen, dass ein Bieter irgendwelche Änderungen daran vornehmen kann. Und es ist sogar in der Präambel dieser Anti-Schmiergeld-Klausel, die Business Code genannt wird, angekündigt, dass bei einer nicht ordnungsgemäßen Unterfertigung allenfalls nach fruchtloser Aufforderung zur Verbesserung dieses Angebot auszuschneiden sei.

Eurofighter bietet daraufhin am 22. Jänner 2002 unter Abänderung der Anti-Schmiergeldklausel – und zwar unter massiver Aufweichung der Anti-Schmiergeldklausel – an, teilt das sogar im Angebot extra mit – wir haben jetzt das Dokument gefunden! Eurofighter hat gar nichts verschwiegen, sondern Eurofighter hat unter dem Kapitel 1.8 bei „Kommentaren und Abweichungen“ extra drauf hingewiesen, dass sie selber die vorgeschlagene Anti-Schmiergeldklausel abgeändert haben. Also die haben da jetzt nicht irgendwie Verstecken gespielt!

22. Jänner 2002, ab dann wird es mysteriös. Am 12. September 2002 wird auf einmal eine neuerliche Anti-Schmiergeldklausel unterfertigt – von einem Bob Haslam und einer Frau Wolf für Eurofighter –, die dem ursprünglichen, vom Finanzministerium autorisierten Text entspricht.

Und nun findet sich, Herr Bundesminister, genau dieser Text in jener Vertragsunterlage, von der Sie gesprochen haben, nämlich **ohne** den Punkt 4. Sie haben nämlich am 30. April 2003 ein Gespräch mit Bundesminister Grasser gehabt. Nach diesem Gespräch wurden die Vertragsdokumente versiegelt. – Ist das richtig? Erinnern Sie sich daran?

Günther Platter: Zum Ersten, die Zeit vor der Typenentscheidung und als angeblich diese Verhaltensregeln auch Gegenstand der Typenentscheidung waren, da war ich als Landesrat von Tirol für Sport, Kultur und Bildung zuständig.

Zum Zweiten noch einmal: Ich kenne nur eine einzige Verhaltensregel, und diese Verhaltensregel ist im unterfertigten Vertrag. Mir wurde **niemals** – ich sage es sehr, sehr deutlich! – eine Erwähnung gemacht, dass es unter Umständen eine zweite Formulierung gebe würde. Sie können alle Beamte befragen, es war auch nie nach meiner Erinnerung eine Debatte mit mir über diese Punkte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gehen wir der Reihe nach vor: „Angeblich“, Herr Bundesminister, können Sie sich sparen! Es ist **dokumentiert**, dass bei der Ausschreibung der Text des Finanzministeriums zur Ausschreibungsunterlage gemacht wurde; das ist ganz sicher. Es lässt sich das aus den Akten erweisen. Deswegen haben auch andere Anbieter diese, vom Finanzministerium vorgegebene Textierung unterfertigt. Nur Eurofighter hat das nicht getan, Eurofighter hat eigenmächtig Abänderungen vorgenommen. Hat das aber auch – muss man der Fairness halber sagen – extra ausgewiesen.

Nun komme ich auf das Gespräch. Ich habe Sie gefragt, ob Sie sich an das Gespräch gemeinsam mit Herrn Bundesminister Grasser im Finanzministerium am 30. April 2003 erinnern – weil das aus dem Tagebuch des Finanzministeriums hervorgeht – wo anschließend am Abend das Vertragskonvolut V1 und V2 versiegelt wurde. – Erinnern Sie sich an dieses Gespräch?

Günther Platter: Zum Ersten betreffend „angeblich“: Meine Formulierung ist, glaube ich, auch so korrekt, denn ich habe die Akten nicht zur Verfügung, die im Jahr 2002 vorlagen, und deshalb ist es auch wichtig: Wenn ich es nicht gesehen habe, formuliere ich mit **angeblich**. – Das nur zum Verständnis.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben ja gerade gesagt, Sie haben den ganzen Akt angeschaut. (*Günther Platter: Bitte?*) – Bei Ihrem Einleitungsstatement haben Sie gesagt, Sie haben den ganzen Akt angeschaut. Die Angebotseinholung ist der zentrale Punkt des Aktes.

Günther Platter: Nein, ich habe diesen Akt über diese Verhaltensregel nicht gesehen. – Das habe ich gemeint und deshalb habe ich „angeblich“ gesagt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Zwischenfrage: Das heißt, Sie haben sich das Angebot **nicht** angeschaut?

Günther Platter: Ich habe mich informieren lassen über alle relevanten Bereiche durch die Experten, aber ich bitte schon um Verständnis, dass ich nicht alle Akten studiert und auswendig ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es geht ja nur um Fakten, nicht um Verständnis. Das heißt, Sie haben sich das Angebot nicht angeschaut. (*Abg. Dr. Fekter: Da war die Typenentscheidung schon vorbei!*)

Günther Platter: Ich habe Ihnen bereits mitgeteilt, dass ich das **erste** Mal, als ich eine Information über die Verhaltensregel bekommen habe, diese Information aus dem Vertrag gehabt habe, wo diese Regelung enthalten ist, die letztlich auch beschlossen worden ist. Eine zweite ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich noch eine andere Zwischenfrage ...

Günther Platter: Ich würde das gerne ausformulieren, Herr Vorsitzender! – Eine zweite Formulierung dieser Verhaltensregel kenne ich nicht, wurde mit mir nie debattiert, und auch mit Finanzminister Grasser Ende April – wie Sie das gesagt haben – war das nicht Gegenstand einer Debatte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Bundesminister, ich halte Ihnen vor, dass Ihr eigenes Ministerium sowohl bei der Angebotseinholung wie auch später bei der Vertragserrichtung festgehalten hat, dass – ich zitiere wörtlich – die folgenden Dokumente Vertragsdokumente sind.

Im Falle einer Auftragserteilung gelten nachfolgende Dokumente als Vertragsdokumente: Angebotseinholung BMLV Geschäftszahl sowieso vom 10.10.2001. – Zitatende.

Das heißt, ich halte Ihnen vor, die Angebotseinholung war Vertragsdokument. Jetzt frage ich Sie noch einmal: Haben Sie sich die ... – Sie können ja einfach nur sagen: Ich habe es mir angeschaut, ich habe es mir nicht angeschaut. Es geht ja nicht um Verantwortung, die klären wir dann extra. – Also: Haben Sie sich das Angebot angeschaut oder nicht?

Günther Platter: Ich habe mich informieren lassen über alle relevanten Teile ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber Sie selber haben es nicht angeschaut.

Günther Platter: Ich habe mich informieren lassen über alle relevanten Bestandteile des Vertrages, ich habe selbstverständlich den Vertrag gelesen, der unterfertigt wurde, aber nochmals: Was diese Formulierung der Verhaltensregelung betrifft, kenne ich nur jene Formulierung, die Gegenstand des abgeschlossenen Vertrages ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Wir halten fest fürs Protokoll: Der Herr Bundesminister sagt, er hat sich über alle relevanten Details der Angebotseinholung informieren lassen. – Der **Business Code** war ein relevanter Vertragsbestandteil. – Das halte ich nur fest. (*Abg. Dr. Fekter: Und war beim Anbot derselbe Text wie beim Vertrag!*) – Frau Kollegin Fekter, ich befrage den Herrn Bundesminister Platter und nicht Sie!

Bei dieser Besprechung am 30. April 2003 – das kann ich Ihnen nachweisen! – im Finanzministerium gemeinsam mit Grassler, wo im Anschluss daran die Vertragsdokumente versiegelt wurden, da lag in den versiegelten Vertragsdokumenten **nicht** jenes Exemplar des Business Codes – das können wir nachweisen! – im Vertragsdokument, das den Punkt 4 zum Inhalt hatte, den von EADS eigenmächtig ergänzten Punkt 4, sondern das Dokument, das man am 12.9. unterschrieben hat und dem Finanzministerium vorgelegt hat. – Ich kann Ihnen den Aktenvorgang, wenn Sie wünschen, vorlegen. Das haben wir hier.

Das heißt, bei dieser Besprechung war das nicht ergänzte, vom Finanzministerium freigegebene, korrekte Exemplar vor der Versiegelung im Vertragsentwurf. – Erinnern Sie sich jetzt an den Vorgang? Ich habe Sie gefragt, ob Sie sich an die Besprechung erinnern. Gehen wir der Reihe nach vor: an die Besprechung am 30. April.

Günther Platter: Ich habe mit dem Finanzminister nicht **eine** Besprechung gehabt, sondern, ich glaube, es waren drei, vier Besprechungen, die wir durchgeführt haben – das zum Ersten.

Zum Zweiten noch einmal in aller Deutlichkeit: Mir wurde nie eine Information über eine zweite Formulierung gegeben. Es wurde in meinem Haus darüber mit mir nie diskutiert. Befragen Sie alle, die damit beschäftigt worden sind. Deshalb habe ich nur eine Formulierung gesehen, und das ist jene Formulierung, die im Vertrags-, nicht -entwurf, sondern bei der Vertragsunterfertigung auffindig war.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Bundesminister, ich frage jetzt ganz einfach noch einmal die Frage: Erinnern Sie sich an die Besprechung vom 30. April

2003: Grasser, Platter, Eurofighter, ausgehandelte Verträge, anschließend Versiegelung? Erinnern Sie sich an diesen Vorgang?

Günther Platter: Ich erinnere mich an eine Besprechung Ende April, aber noch einmal: Was diese Formulierung betrifft, ich kenne nur eine einzige Formulierung. Sie werden keine andere Antwort von mir erhalten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe gar keine andere Antwort jetzt erbeten, weil ich nur gefragt habe, ob Sie sich an die Besprechung erinnern. Sie erinnern sich also an diese Besprechung.

Günther Platter: Selbstverständlich hat es ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Das genügt schon.

Günther Platter: Ich würde aber schon gerne dazu sagen: Es hat dazu nicht nur eine Besprechung gegeben, sondern wir haben **mehrere** Besprechungen gehabt. – Und noch einmal: Ich kenne nur eine einzige Formulierung, und das war letztlich im Vertrag enthalten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): So. Nun halte ich Ihnen vor, dass bei dieser Besprechung am 30. April, an die Sie sich erinnern, in den Vertragsdokumenten die ordnungsgemäß ausgefertigte und unterfertigte Textierung vom 12.9. war, die dem ausgeschriebenem, dem festgelegten Text des Finanzministeriums entspricht.

Haben Sie, bevor die Vertragsentwürfe versiegelt wurden, sich den Vertrag bei dieser Besprechung noch einmal angeschaut, oder davor angeschaut?

Günther Platter: Ich habe die Besprechung mit der begleitenden Kontrolle durchgeführt, ob alles sauber und korrekt über die Bühne gegangen ist. Das wurde mir so mitgeteilt. Und bevor der Vertrag letztlich unterfertigt wurde, habe ich den Vertrag gelesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Zur Unterfertigung kommen wir später, bleiben wir jetzt noch beim 30. April. Es gibt hier 30. April, 14. Mai und dann 30. Juni. Bleiben wir beim 30. April. Das heißt, vor dem 30. April oder am 30. April haben Sie selber diesen Vertrag nicht noch einmal durchgeblättert und hineingeschaut, was da jetzt drin ist.

Günther Platter: Ich habe mich über alle relevanten Teile durch die begleitende Kontrolle informieren lassen, und der Hinweis – ob das jetzt genau der 30. April war, das kann ich nicht genau sagen – von der begleitenden Kontrolle war, dass alles in Ordnung ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie selber haben es aber nicht durchgeblättert und angeschaut.

Günther Platter: Es ist wichtig, dass ich da die Information der begleitenden Kontrolle habe – das ist letztlich meine Ministerverantwortung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Aber ich schließe daraus, dass Sie selber nicht den Vertrag durchgeblättert und angeschaut haben, bevor er am 30. April versiegelt wurde.

Günther Platter: Ich habe mich mit der gesamten Materie immer wieder beschäftigt, aber wie die Details waren ... – Das ist vier Jahre her!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der sogenannte Business Code ist ja kein „Detail“. Der war ja wesentlich ...

Günther Platter: Der wichtigste Punkt war und ist die **begleitende Kontrolle**, die ich installiert habe, die alle Vorgänge genau überprüft hat: Da war die Information, dass alles sauber und korrekt ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir halten fest: Sie haben den Vertrag selber nicht durchgeblättert, bevor er am 30. April versiegelt wurde. Und eine begleitende Kontrolle merkt nicht, obwohl Eurofighter extra darauf hinweist, dass hier zwei unterschiedliche Textierungen vorliegen.

Wer war jetzt die begleitende Kontrolle, die Sie informiert hat? Wer war das personenbezogen? Welche Person war das? (*Abg. Dr. Fekter: Steiner! Hat er ja schon gesagt! Haben Sie nicht aufgepasst?*)

Günther Platter: Hab ich bereits gesagt: Das war Generalmajor Steiner.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Generalmajor Steiner hat Ihnen nicht mitgeteilt ... (*Günther Platter: Das fragen Sie Generalmajor Steiner! Ist am besten!*) – Ja, das werden wir vielleicht noch tun. Ich will ja nur von Ihnen jetzt Klarheit haben, damit wir wissen, warum wir Herrn Steiner laden sollen.

Herr Bundesminister, es ist **kein Vorteil**, wenn Ihnen von Frau Fekter souffliert wird! Das hat sich für manche Auskunftsperson hier als verhängnisvoll herausgestellt. (*Abg. Dr. Fekter: Nur, ich habe aufgepasst, als er es gesagt hat! Er hat es nämlich schon gesagt!*). Das heißt ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Kollege Stadler, es ist Ihnen verboten, das Wort „Fekter“ zu verwenden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. Ich sage jetzt nur mehr: „von der Dame in Rosa“!

Herr Generalmajor Steiner hat Ihnen also als Verantwortlicher für die Kontrolle keinerlei Mitteilung gemacht, dass es hier zwei unterschiedlich unterfertigte Textierungen zum Business Code gibt. – Ist das richtig?

Günther Platter: Das ist richtig.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich berichte Ihnen nunmehr, dass wir so weit mit dem Herrn Wall auch schon Klarheit schaffen konnten, dass dann in der endgültigen Fassung, die dann unterfertigt wurde, auf einmal diese ursprüngliche, ergänzte Textierung der Firma Eurofighter wieder auftaucht.

Haben Sie eine Erklärung dafür, dass dieses Exemplar, dieser Teil des Vertrages ausgetauscht wurde?

Günther Platter: Herr Abgeordneter, nochmals: Ich kenne nur diese einzige Formulierung, und die ist Gegenstand des Vertrages.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Bundesminister, Ihrem Informationsdefizit kann ich nachhelfen. Ich lege Ihnen die richtige Formulierung vor. Schauen Sie einmal, dann können Sie vergleichen – ab jetzt kennen Sie dann beide Formulierungen. – Wollen Sie es lesen?

Günther Platter: Ich habe Ihnen bereits schon zehnmals diese Aussage gegeben: Ich kenne eine einzige Formulierung, die ich gesehen habe, und das ist **Vertragsinhalt**.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Als damals verantwortlicher Minister frage ich Sie jetzt, ob Sie eine Erklärung dafür haben, dass **nach** der Versiegelung der Vertragsentwürfe am 30. April auf einmal vor der Unterfertigung am 30. Juni wieder das ursprüngliche Exemplar des Business Codes beim Vertrag auftaucht, das zum Nachteil der Republik ist. – Haben Sie dafür eine Erklärung?

Günther Platter: Nochmals: Ich kenne nur eine Formulierung, und diese Formulierung ist Vertragsinhalt. – Fragen Sie die Beamten, die angeblich hier mit diesem Vorgang zu tun gehabt haben!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Bundesminister, Sie haben einleitend gesagt, wie detailliert Sie sich informieren ließen. Sie haben also dafür bisher keine Erklärung liefern können.

Nun frage ich Sie: Wann haben Sie zum ersten Mal selber den Vertrag gelesen?

Günther Platter: Ich habe den Vertrag natürlich vor Unterfertigung gelesen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie noch eine Erinnerung, wann das in etwa war?

Günther Platter: Das weiß ich nicht mehr ganz genau, auf den Tag genau kann ich das nicht sagen, aber ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das wäre jetzt aber von entscheidender Bedeutung, weil das würde nämlich klären, wann dieser Business Code in der Textierung der Eurofighter-Variante auftaucht.

Günther Platter: Noch einmal, es ist so: Einen Vertragsentwurf beziehungsweise einen Vertrag, der dann unterfertigt wird, liest man nicht zwei Monate vorher (*Abg. Mag. Stadler: Wann haben Sie ihn gelesen?*), sondern zu einem Zeitpunkt, wo dann der Vertragsabschluss durchgeführt wird. Und es ist sehr wichtig, dass man hier die Informationen hat.

Aber das Zweite, das Entscheidende war für mich – Sie müssen wissen, der Vertrag hat unglaublich viele Seiten! – (*Abg. Mag. Stadler: Das wissen wir schon, ich habe ihn durchgeackert!*) – Bitte? (*Abg. Mag. Stadler: Ich habe ihn durchgeackert! Ich weiß das schon!*) – Ich sage ja, das wissen Sie ja selber, das ist sehr, sehr viel, und da sind so viele Details enthalten, so viele technische Spezifikationen und dergleichen mehr. Es ist auch wichtig, dass man gerade von jenen Leuten, die eine unglaubliche Erfahrung in diesem Bereich haben, die Informationen auch zusätzlich von diesen Leuten bekommt und dass die begleitende Kontrolle – und das ist das Entscheidende, das ist die Ministerverantwortung! – gesagt hat, es ist alles in Ordnung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Bundesminister, bis zu meiner nächsten Fragerunde bitte ich Sie, sich daran zu erinnern, wann Sie den Vertrag über den größten Beschaffungsvorgang der Zweiten Republik zum ersten Mal selber gelesen haben, weil dem kommt jetzt zentrale Bedeutung zu!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Bundesminister, wenn Sie so heftig auf die Instanz der *begleitenden Kontrolle* rekurrieren: Haben Sie, von sich aus, sich bei diesen Gesprächen um Informationen bemüht oder gekümmert, wie es denn darum bestellt ist – auch Ihrer wahrscheinlichen Wahrnehmung aus der Vergangenheit nach – , dass bestimmte Umstände von Rüstungsgeschäften nicht zum Tragen kommen, zum Beispiel Tangenten von 5 Prozent? Das ist ja nicht so unüblich!

Es ist Ihnen ja wahrscheinlich nicht verborgen geblieben, dass auf der halben Welt immer wieder diese Probleme auftauchen.

Haben Sie sich erkundigt bei dieser berühmten begleitenden Kontrolle, wie Österreich sicherstellt, dass wir da nicht in diese Üblichkeiten der Branche hineingeraten?

Günther Platter: Es hat auch der Rechnungshof, der ja auch alle Unterlagen gehabt hat, in seinem Bericht mitgeteilt ..

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Der Rechnungshof war ja zu dem Zeitpunkt noch gar nicht da. Sie kommen im März 2003 zu dieser Sache dazu. Das wird ja akzeptiert. (*Günther Platter: Ich wollte nur die Frage beantworten!*) Sie kommen mir mit dem Rechnungshof, und ich habe Sie gefragt, was im März/April 2003 war! Wie haben Sie sich mit der begleitenden Kontrolle – und nicht mit dem Rechnungshof – darüber unterhalten? Sie haben ja von der begleitenden Kontrolle dauernd angefangen!

Günther Platter: Wenn Sie mir Gelegenheit geben, auch den zweiten Halbsatz zu sagen, dann werden Sie sehen, was ich gemeint habe.

Der erste Punkt ist, dass der Rechnungshof ebenfalls bestätigt hat, dass er keinen Hinweis auf Manipulation und Geschenkkannahme gehabt hat, nachdem er die gesamten Unterlagen zur Verfügung gehabt hat. Und genauso habe ich diesen Hinweis auch nicht erhalten von der begleitenden Kontrolle. Die Information war, dass alles korrekt über die Bühne gelaufen ist, bis ich Verteidigungsminister wurde – und dann wurde natürlich weiterhin begleitend kontrolliert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie werden auch Verständnis haben, warum das bei mir Allergie auslösend wirkt, wenn Sie dauernd mit dem Rechnungshof kommen (*Günther Platter: Das verstehe ich aber nicht, dass ...!*), weil der Rechnungshof, wie Präsident Fiedler und Moser festgestellt haben, das gar **nicht überprüfen kann!** Das war ein Fake Ihres Vorgängers – das nur einmal für die anwesende Öffentlichkeit auch. Der Rechnungshof kann mit seinen Methoden ja überhaupt nur eine Seite des Vorgangs – nämlich die Exekutive – überprüfen. Und die betonen das auch dauernd. Das war ein klassischer „Leger“. – Aber haken wir das ab!

Ich halte fest, dass Herr Bundesminister Platter in diesen Monaten März, April bei seinen Besprechungen mit der begleitenden Kontrolle offensichtlich darüber nachgedacht hat, dass der Rechnungshof auch über diese Dinge nachdenkt. – Ich kann da keinen anderen Schluss ziehen, aber ich frage Sie gleich noch einmal etwas anderes dazu.

Wenn Sie den Vertrag gelesen oder durchgeblättert haben, haben Sie sich dann damit auseinandergesetzt, dass diesem Vertrag ja auch eine Angebotseinholung zugrunde lag? Im übrigen relativ schön vergleichbar, weil die Vertragspositionen korrespondieren – ich sage jetzt nicht Angebotseinholung, sondern Ausschreibung, das ist allen vertrauter – mit diesen Darstellungen bis hin zum Ziffernwerk dort. Haben Sie diesen Vergleich einmal angestellt oder anstellen lassen?

Günther Platter: Sie fragen mich über Punkte und Details, die vor meiner Zeit als Bundesminister für Landesverteidigung abgehandelt wurden. Und deshalb war es klar für mich, dass einerseits die Grundlage der Vertragsentwurf vom September 2002 war, und deshalb habe ich mich eben ganz bewusst von den Experten informieren lassen und zusätzlich von der begleitenden Kontrolle, wo mir mitgeteilt wurde, dass alles seriös und sauber über die Bühne gegangen ist. Das war die Ausgangsbasis, und auf dieser Basis wurde weiterverhandelt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe Sie gefragt, ob Sie, wenn Sie schon nicht selber, aber was die Arbeitsmethode Ihrer begleitenden Kontrolle betrifft, Ihnen eine differenzielle Darstellung zu machen ... – Was war in der Angebotseinholung und wie hat der Vertragsentwurf dann ausgeschaut? Weil das ist nämlich – unbeschadet dessen, dass einzelne Passagen möglicherweise kompliziert zu verstehen sind – in der Überblicklichkeit relativ leicht nachvollziehbar – um einmal ein Lob an unbekannte Adresse auszusprechen. Es ist relativ leicht nachvollziehbar!

Haben Sie das veranlasst, oder wie muss man sich das vorstellen, dass Ihnen die begleitende Kontrolle immer die größtmögliche Sicherheit geboten hat, und wenn man nachfragt, kommt man drauf, dass man eigentlich nicht weiß, wo Sie diese Sicherheit hernehmen?

Günther Platter: Mir hat die begleitende Kontrolle insbesondere auch das Verfahren erklärt, was ja sehr, sehr wichtig ist, und hier gibt es immer wieder Differenzen, was die Auffassung betrifft. Die begleitende Kontrolle hat mir mitgeteilt, dass wir ein Verfahren gewählt haben – ein Verfahren, die freiwillige Vergabe im Wettbewerb: Das ist ein Verfahren, das ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Bundesminister, das ist ein anderes Thema!

Günther Platter: Sie haben mich gefragt, welche ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe Sie gefragt: Vergleich Ausschreibung – Vertrag. – Ausschreibung – Vertrag!

Günther Platter: Entschuldigung, das hängt ja mit der Ausschreibung und dem Vertrag zusammen! Es hängt zusammen, wie diese Maßnahme getroffen worden ist bis zu der Typenentscheidung, und da habe ich mich genau informieren lassen, wie das über die Bühne gegangen ist: dass es einen Wettbewerbsteil gegeben hat und einen Verhandlungsteil; dass im Wettbewerbsteil der Eurofighter klar Bestbieter war – Bestbieter: Eurofighter –, dass letztlich auch vom Rechnungshof, ob Sie das hören wollen oder nicht, vom Rechnungshof bestätigt worden ist, dass Eurofighter zutreffend Bestbieter war.

Und dann begann letztlich der Verhandlungsteil: Mit September 2002 gab es einen Vertragsentwurf, der meine Basis war, dann die Information der begleitenden Kontrolle über alle Maßnahmen, die gemacht wurden – dass alles sauber und korrekt über die Bühne gegangen ist, und es wurde dann im März weiter verhandelt bis zum Ergebnis und Vertragsunterfertigung.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Zum Ersten: Dieser Vergleich hätte hergestellt oder sichergestellt, dass – was den Vertragsbestandteil Code of Business Conduct, genau diese Passage 4, die einen wesentlichen Teil dieser ursprünglichen Anti-Schmiergeld-Klausel aushebelt und damit zur Schmiergeld-Klausel geworden ist –, dass das eine Differenz ist. Das hätte relativ leicht hergestellt werden können. – Das ist offensichtlich unterblieben oder Ihnen nicht mitgeteilt worden. Das müssen wir einmal festhalten, sonst kommen wir da auch nicht weiter.

Günther Platter: Ich kenne – noch einmal – nur **eine Formulierung**.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich rekonstruiere ja nur, wie das gewesen sein muss: dass dieser Schritt offensichtlich unterblieben ist. Und wir müssen ja am Schluss auch würdigen, was diese begleitende Kontrolle in Ihrem Haus wert ist, wenn sie es **nicht** für wert findet, Ihnen diesen Hinweis zu geben. Irgendetwas davon muss ja zutreffen!

Apropos zutreffen: Die Formulierung des Rechnungshofes, dass Eurofighter als Bestbieter zutreffend ermittelt wurde – Sie lassen immer den entscheidenden Halbsatz weg.

Günther Platter: Die Formulierung stimmt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Zutreffend unter den vom BMLV festgesetzten Maßstäben. – Und Sie lassen weg, dass sich der ganze Bericht – der

ganze Bericht! – damit beschäftigt, dass die Maßstäbe im offenen Verfahren verschoben wurden: verschoben wurden in ein paar bestimmten Teile.

Ich komme jetzt aber auf Ihre Verantwortungszeit zurück, zu den Vertragsverhandlungen:

Günther Platter: Ich weise das zurück, dass Sie hier jetzt sagen: „verschoben wurden“! – Sie unterstellen immer wieder Dinge, die nie irgendwo dann bewiesen werden können. Diese Unterstellungen sind einfach nicht notwendig!

Und zum Zweiten: Die Typenentscheidung war dazumal gefallen, als ich Verteidigungsminister war.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das sage ich ja gerade: Kommen wir zu Ihrer Verantwortungszeit.

Und es sind etliche Punkte ursprünglich in der Ausschreibung anders vorgesehen gewesen, als sie dann zum Zuge gekommen sind. – Und Sie wissen ganz genau, dass wir hier vergaberechtliche Probleme haben.

Wir kommen zur Vertragsverhandlung: Und da war genau ein großes Problem, ob mit diesen ständigen Umstellungen auch nach der Typenentscheidung überhaupt noch konform weiter gearbeitet werden kann.

Ich komme zum Einredeverzicht: Wenn Sie diesen Vertrag studiert oder jedenfalls sich dem Kern nach inhaltlich angeeignet haben wollen, wieso erklärt die Republik Österreich, dass sie bei fast allen für sie negativen Möglichkeiten der Vertragserfüllung des Vertragspartners auf Einrede verzichtet – bis zu dem Punkt gehend, dass selbst gesetzliche Verpflichtungen, würden sie verletzt werden, die Zahlung der Republik nicht hindern? – Erklären Sie uns das bitte einmal!

Günther Platter: Was den *Einredeverzicht* betrifft, ist das ganz klar eine Entscheidung des Finanzministeriums. Aber es hat eine gemeinsame Sitzung gegeben, wo mir auch dieser Einredeverzicht mitgeteilt wurde, dass das eine gute Variante ist.

Aber nur noch zur Information: Also alles, was die Zahlungsbestimmungen betrifft, Finanzierung und Haftung, ist ausschließlich vom Finanzministerium verhandelt worden.

Der zweite Punkt ist, dass der Einredeverzicht Folgendes bewirkt hat: dass rund 100 Millionen € an Kosten eingespart wurden, und das ist sehr, sehr viel Geld. Und aus diesem Grund wurde dieser Einredeverzicht dann auf Vorschlag des Finanzministeriums in den Vertrag aufgenommen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber federführend und verantwortlich war schon das Verteidigungsministerium. Stimmt das? – Das haben Sie gesagt, ja.

Günther Platter: Ich habe gesagt, selbstverständlich! Aber die Verhandlungen über die Zahlungsbestimmungen, über die Finanzierung und aber auch über die Haftung hat das Finanzministerium gemacht. Aber letztlich ist das dann im Vertrag des Verteidigungsministeriums aufgenommen worden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sehen Sie, und jetzt sind wir wieder bei unserem gemeinsamen Lieblingsthema: Wie hängen Vertragsverhandlungen und Typenentscheidung zusammen?

Eurofighter hat angeboten: neun Jahre, 18 Halbjahresraten. – Und nur in diesem schmalen Segment der Zahlungskonditionen ist überhaupt so etwas wie ein Bestbieter

zustande gekommen – nur dort! (*Abg. Dr. Fekter: Nein, stimmt nicht! Bewertungskommission!*)

Und ich frage Sie jetzt: Wie kommt die Republik dazu, ein Vertragskonstrukt zu wählen, das letztlich darauf hinausläuft, dass Eurofighter nicht selbst kreditiert, sondern die Republik das de facto übernimmt?

Günther Platter: Nochmals: Das ist nicht mein Zeitraum gewesen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wir reden von den Vertragsverhandlungen!

Günther Platter: Lassen Sie mich das ausführen: Sie reden hier von der Typenentscheidung, es ist also um die Typenentscheidung gegangen. Das war also nicht mein Bereich, wo ich dabei war.

Aber lesen Sie den Rechnungshofbericht nach: Im Rechnungshofbericht ist niedergeschrieben, dass nicht nur bei der Variante 18 Halbjahresraten, sondern auch 10 Halbjahresraten auch Eurofighter Bestbieter war.

Und wenn Sie noch weiter lesen, hat es Berechnungsmodalitäten gegeben, wenn man die Soll-/Muss-Kriterien ... (*Abg. Mag. Stadler: Ja, ohne Ansatz der Finanzierungskosten! – Abg. Dr. Fekter: Darf der Minister ausreden!*)

Wenn man Soll-/Muss-Kriterien anders ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, bitte, könnten wir uns darauf verständigen, dass Sie die Fragen beantworten ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Darf der Minister ausreden?

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich möchte Fragen beantwortet haben – und nicht Rechnungshofzitate vorgelesen bekommen!

Obmann Dr. Peter Pilz: Erstens hängt die Frage, ob jemand ausreden darf, nicht davon ab, ob er Minister oder sonst etwas ist, zum Zweiten, bitte Herrn Platter wirklich seine Antworten geben zu lassen.

Günther Platter: Ich verstehe nicht, dass Sie hier immer beinahe eine Aggression zeigen, wenn der Rechnungshofbericht zitiert wird – das oberste Prüfgorgan der Republik Österreich; was ich einmal festhalten möchte.

Und in diesem Bericht steht, was die Typenentscheidung betrifft, dass nicht nur bei 18 Halbjahresraten, sondern nach Ihrem Rechnungsmodell sogar bei 10 Halbjahresraten Eurofighter zutreffend Bestbieter war.

Und dann hat es zusätzlich noch Berechnungen gegeben, wenn die Soll-/Muss-Kriterien anders ausgelegt worden wären – es war ja so, dass wir 650 Muss-Kriterien gehabt haben und 350 Soll-Kriterien; und das bedeutet, dass jenes Produkt, das am höchsten Stand der Technik ist, eher benachteiligt wurde –, und wenn hier eine Verschiebung der Soll-/Muss-Kriterien gewesen wäre: 500 – 500, wie das bei anderen Beschaffungsvorgängen der Fall war, dann wäre Eurofighter sogar bei der Zahlungsvariante sofortige Zahlung Bestbieter gewesen.

Ich wollte das nur einmal sagen, dass das hier nicht immer so dargestellt wird, dass nicht Eurofighter zutreffend Bestbieter gewesen wäre.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Erstens, Herr Bundesminister, war die Frage, wie die Republik dazu kommt, als Kreditvermittler für Eurofighter aufzutreten – was darauf hinausläuft, dass die Republik alles, was sie hat, in die Waagschale wirft, dass eine annähernde, wie sich jetzt herausstellt, noch nicht einmal eine gesamte, weil

das ja unmöglich ist, eine annähernde Triple-A-Konstellation zustande kommt, was wiederum darauf hinausläuft, dass wir gleich selbst den Kredit hätten nehmen können, was darauf hinausläuft, dass wir eigentlich den Zuschlag nach Barzahlung oder Cash-neutralen Preis hätten geben müssen, was eindeutig den Eurofighter hinten gereiht hätte.

Darum geht es: dass unter Ihrer Federführung in den Vertragsverhandlungen ein ganz zentraler Punkt der Typenentscheidung auf den Kopf gestellt wurde, und deshalb bin ich auch aggressiv – und zwar aus zwei Gründen: Erstens, weil Sie dauernd aus den Rechnungshofberichten von der falschen Stelle zitieren – weil das nämlich nichts damit zu tun hat –, und zweitens, weil wir das hinreichend und oft im Rechnungshofausschuss so ausgetauscht haben und Sie wenigstens jetzt sich vielleicht im Lichte des Untersuchungsausschusses auf die Fragen konzentrieren könnten und nicht immer Ihre eingelernten Sprüche hier daherreden. – Das ist wirklich ein Ärgernis! – So. (*Abg. Muraue: Eingelernte Sprüche, ja!*)

Ich frage Sie nach diesen Gutachten von Aicher und Holoubek, die von Ihrem Vorgänger in Auftrag gegeben wurden, die Sie immer wieder zitiert haben die ganzen Jahre herauf, und jetzt frage ich Sie unter dem Lichte der Erkenntnis, dass eigentlich Zahlung bei Lieferung hätte ausschlaggebend sein müssen (*Abg. Dr. Fekter: Stimmt ja nicht!*): Warum haben Sie dann nicht Vertragsverhandlungen mit dem anderen Bieter aufgenommen, was genau dieses, das von Ihnen strapazierte Auswahlverfahren hätte ermöglicht, in diesem Fall sogar erzwungen hätte? Freihändige Vergabe im Wettbewerb, ganz knappe Bieterlage. Und wenn dann ein zentraler Punkt sich ändert, hätte man müssen mit dem anderen Bieter Verhandlungen aufnehmen. Lesen Sie nach bei Aicher, Holoubek! Und warum haben Sie das nicht gemacht?

Günther Platter: Zum Ersten: Die Verhandlungen betreffend Finanzierung hat das Finanzministerium durchgeführt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, da waren wir gut aufgehoben mit dem Ministerium für Finanzen. (*Abg. Muraue: Und auch zuständig, glaube ich!*)

Günther Platter: Ich bin nicht Vorsitzender, um hier etwas zu sagen, aber es ist so, dass halt die Zahlungsbestimmungen, Finanzierung und Haftung ausschließlich Angelegenheit des Finanzministeriums war. Und meine Aufgabe war es natürlich, das Einvernehmen herzustellen. Und deshalb mein Ersuchen, die zuständigen Sachverständigen hier zu befragen im Finanzministerium.

Abgeordneter Walter Muraue (ÖVP): Herr Bundesminister, wer hat schlussendlich den Vertrag unterzeichnet? Und es ist mir wichtig, noch einmal zu hinterfragen oder sicherzustellen, welches Rechtssystem hat mit dieser Vertragsgestaltung und deren Auswirkung, ist das österreichische Recht zuständig oder ein anderes? Unterschrift des Vertrages und welche Rechtssituation, das österreichische Recht oder ein anderes staatliches Recht?

Günther Platter: Das Erste: Die Unterfertigung hat der Leiter der Kaufmännischen Abteilung durchgeführt. Und zum Zweiten: Österreichisches Recht gilt.

Abgeordneter Walter Muraue (ÖVP): Das österreichische Recht gilt auch in Sachen Haftung und Ähnlichem?

Günther Platter: Ja, das steht im Vertrag. (*Zwischenbemerkung des Abg. Mag. Stadler.*)

Abgeordneter Walter Muraue (ÖVP): Wollen Sie das wissen, Herr Kollege Stadler? Wenn Sie es wissen wollen, schreiben Sie sich die Frage auf. Mir brauchen Sie nichts

zu sagen, denn ich weiß selber, was ich fragen sollte. Aber Sie können dann fragen. Und dass Sie es nicht vergessen, rate ich Ihnen, dass Sie sich das notieren.

18 Flugzeuge waren dann tatsächlich im Vertrag. Mich interessiert: Wie weit wurde geprüft, dass man mit 18 Flugzeugen und nicht mit 24, wie zuerst die Überlegung und die Ausschreibung war, den Luftraum sichern konnte? Kann man den nur mit 18, könnte man ihn auch mit 16 oder mit 24? Warum wurde mit 18 diese Anzahl festgelegt? Und meine zusätzliche Frage: Könnte man den Luftraum auch mit 13, sage ich jetzt, oder 14 Flugzeugen sichern?

Günther Platter: Die militärische Sicht ist, dass es natürlich besser gewesen wäre, wenn wir 24 Eurofighter zur Verfügung gehabt hätten. Wie Sie wissen, wurde unmittelbar nach der Hochwasserkatastrophe, als ich noch nicht in der Regierung war, wurde dann letztlich diese Reduktion von 24 auf 18 Eurofighter durchgeführt.

Was den militärischen Bereich betroffen hat, hat man dann eine Anpassung des operativen taktischen Konzeptes durchgeführt. Wir haben hier das Prinzip der angemessenen Reaktion. Hier gibt es verschiedene Stufen, wie Eurofighter eingesetzt wird, und genau maßgeschneidert auf 18 Eurofighter. Das ist zum Ersten die normale Lage, zum Zweiten, wenn erhöhte Bedrohungssituationen gegeben sind, zum Dritten Luftraumoperationen, Sicherungsoperationen, Großveranstaltungen zum Beispiel und darüber hinaus die grenzüberschreitenden Operationen. Und da gibt es ein ganz klares, eindeutiges Konzept für 18 Eurofighter. Aber das ist eigentlich das Mindestmaß, das wir hier beschafft haben, von 18 Eurofightern. Militärisch gesehen wäre es sinnvoller gewesen, wenn man 24 Eurofighter beschafft hätte.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Ist es richtig, wenn ich daraus den Schluss ziehe, mit weniger Abfangjägern, mit weniger Flugzeugen dieser Qualität ist der Luftraum Österreichs nicht zu kontrollieren, schon gar nicht zu sichern?

Günther Platter: Das ist natürlich letztlich dann eine Entscheidung, die zu treffen sein wird, eine politische Entscheidung, mit der die Militärs sich dann auseinandersetzen müssen. Aber die Frage allgemein ist, was ist uns die Sicherheit wert. Und wenn man eine perfekte Luftraumüberwachung haben will, eine lückenlose Luftraumüberwachung, so sind wir hier im Minimum.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Die Firma **Rumpold** hat durchaus einen erklecklichen Betrag für Werbeaufwendungen zur Verfügung gehabt. Wie weit ist die Firma Rumpold an Sie herangetreten? Haben Sie hier Verhandlungen mit Werbeangelegenheiten mit der Firma Rumpold gehabt?

Günther Platter: Ich kenne Herrn Rumpold nicht. Ich kenne auch die Gattin von Herrn Rumpold nicht. Wenn mir auch hier unter Umständen vorgeworfen wird, dass ich mit den einzelnen Personen keinen Kontakt gehabt habe, wie auch Steininger, mir war es sehr wichtig, dass das Verhandlungsteam mit diesen Leuten spricht. Ich weiß nicht einmal, ob das Verhandlungsteam mit Herrn Rumpold Kontakt gehabt hat. Tatsache ist, ich kenne diese Personen nicht.

Abgeordneter Walter Murauer (ÖVP): Wir wissen, dass die Firma des Herrn **Rosam** ebenfalls lobbiiert hat, nämlich für SAAB Gripen. – Ist diese Firma an Sie herangetreten in irgendeiner Form, das Produkt der Schweden vorzustellen beziehungsweise Maßnahmen Ihnen anzubieten, um dieses Produkt zu präferieren?

Günther Platter: Es hat mit mir kein Gespräch gegeben. Ich wollte das natürlich tunlichst vermeiden. Was ich mich erinnern kann, ich war dann nach der Vertragsunterfertigung in Schweden, habe die Kollegin Verteidigungsministerin besucht, die schwedische Verteidigungsministerin. In diesem Zusammenhang wurde mir dieses Unternehmen vorgestellt, das ein Regierungsunternehmen ist, die diese

Beschaffungsmaßnahmen durchführen. Aber dort, das war interessant, da war auch nicht irgendwo eine schlechte Stimmung da, dass wir SAAB Gripen nicht gekauft haben. Irgendwo sind das natürlich Profis und wissen, sie stehen im Wettbewerb und sie haben diesen Wettbewerb verloren.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Zum Stichwort **Steininger** noch einmal zurück, weil Sie eben so sagen, dass Ihnen das vorgeworfen wird, ihn nicht zu kennen. Also ich muss Ihnen schon sagen, wenn jemand Verteidigungsminister ist in der Republik Österreich, und da gibt es jemanden, der seit Jahrzehnten eine Geheimhaltungsklausel hat und nicht nur in fünf, sechs Verträgen mit Eurofighter involviert ist, sondern – und auch das ist Inhalt, ich kann es Ihnen vorlegen, von einer aktuellen Mitteilung – allein zwischen dem Jahr 2000 und 2004 zehn oder elf Verträge hat mit dem Bundesheer über die Lieferung von Waffen aller Art und so weiter, und der Verteidigungsminister kennt den Herrn Steininger nicht, dann, finde ich, ist das ein starkes Stück, weil dann tut der Herr Steininger offensichtlich, was er will, und der Herr Minister kümmert sich nicht darum.

Daher: Wie muss man sich das vorstellen? Das ist meine Frage, die ich hier anknüpfe. Jetzt sind mindestens 16 Verträge bekannt von dem Herrn Steininger mit dem österreichischen Bundesheer. Und Sie waren eine erkleckliche Zeit Bundesminister. Und Sie wollen uns hier auftischen, Sie kennen ihn nicht.

Günther Platter: Herr Abgeordneter, glauben Sie, dass es die Aufgabe eines Ministers ist, Verhandlungen über bestimmte Beschaffungsvorgänge zu machen? Ich glaube, das ist **nicht** die Aufgabe des Ministers, sondern des Verhandlungsteams. Und ich sage Ihnen, ich habe mir immer jedes Monat die Berichte geben lassen, welche Beschaffungsmaßnahmen durchgeführt werden. Das ist eine lange Liste jedes Monat. Was glauben Sie, wenn der Minister hier Verhandlungen führt über Beschaffungsvorhaben. Erstens würde man das niemals schaffen, zeitlich, und etwas anderes, die Politik könnte man überhaupt nicht mehr machen. Deshalb ist es wirklich absurd, zu glauben, dass der Verteidigungsminister mit Herrn Steininger hier entsprechende Verhandlungen durchführt. Das ist doch absolut unverständlich.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Also ich weiß nicht, ob da jetzt – ich hoffe, ich verletze jetzt keine Geschäftsordnung – naiv getan wird oder wie man das interpretieren soll. Also zu glauben, dass da nicht Provisionen fällig werden bei diesen einzelnen Geschäften und dass sich der zuständige Minister darum nicht kümmert, das ist einfach scharf zurückzuweisen, Herr Minister, um im Jargon zu bleiben. (*Abg. Dr. Fekter: Nein, Sie haben keine Ahnung!*)

Günther Platter: Glauben Sie wirklich, dass ich verhandeln hätte sollen? Glauben Sie das wirklich?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Was ich noch scharf zurückweise, Herr Minister, Sie haben in dem Standard-Repertoire, was die Entlastung betrifft, immer wieder den **Rechnungshof**. Herr Kollege Kogler hat schon deswegen einen „Ausschlag“, wie er sagt. Und darum gehört es klargestellt: Der Rechnungshof – das erklärt er selbst – hat nur Teile untersucht, nur eine Seite, nämlich die öffentliche, nur die Gebarung und natürlich nicht unter Wahrheitspflicht.

Darum frage ich Sie, Herr Minister, weil Sie ein Kenner der Rechnungshofberichte sind: Wo steht denn etwas drinnen über die Rumpold-Millionen?

Günther Platter: Ich kenne Herrn Rumpold nicht. Ich habe nicht die Verhandlungen geführt. Die Verhandlungen hat das **Verhandlungsteam** durchgeführt. (*Abg. Dr. Kräuter: Die Frage war, wo in dem ...!*) Die begleitende Kontrolle hat mir dann hier

insgesamt das Ergebnis gegeben, dass alles sauber und korrekt über die Bühne gegangen ist. – Und den Rechnungshofbericht kennen wir alle.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Weil Sie sich mit „sauber“, „korrekt“ und sogar „transparent“ – das muss man sich einmal vorstellen! – immer auf den Rechnungshofbericht berufen, frage ich Sie jetzt konkret – das war ja gerade meine Frage –: Wo steht denn im Rechnungshofbericht etwas drinnen über die Rumpold-Millionen? (*Abg. Muraue: Frag den Rechnungshof!*)

Günther Platter: Noch einmal, bitte: Das ist zu einem Zeitpunkt gewesen (*Abg. Dr. Fekter: Und was steht drin über die SAAB-Millionen, die über den Rosam gerannt sind, Richtung SPÖ?*), wo angeblich hier etwas gemacht worden ist – entschuldige, da war ich Landesrat in Tirol! Bitte schön, wenn das meine Aufgabe ist, dass ich mich mit dieser Materie auseinandersetze, wenn mir die Experten, die begleitende Kontrolle mitteilen, dass alles sauber über die Bühne gegangen ist?! – Ich kenne Herrn Rumpold nicht, tut mir leid.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Auch **das** ist nicht die Antwort! Meine Frage war – da Sie sich immer mit den Vokabeln „sauber“, „korrekt“ und „transparent“ auf Rechnungshofberichte berufen (*Abg. Muraue: Richtig! Korrekt!*): Wo sind die Millionen des Rumpold in Rechnungshofberichten abgehandelt? (*Abg. Dr. Fekter: Finden Sie die Millionen von SAAB im Rechnungshof...?*)

Günther Platter: Noch einmal: Ich beziehe mich auf „sauber, korrekt, transparent“, auch auf die Information der begleitenden Kontrolle (*Abg. Muraue – in Richtung des Abg. Dr. Kräuter –: Frag den Rechnungshof! Er ist ja nicht der Rechnungshof!*), und ich kenne den Herrn Rumpold nicht. Und als dieser angebliche Vertrag zwischen EADS und Rumpold gemacht wurde, war ich Landesrat in Tirol.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Bleiben wir jetzt beim Vokabel „transparent“: Sie haben ausgesagt, über diesen Punkt 4 – diese, wie wir sie, ich glaube, nicht zu Unrecht, nennen, Klausel, die Schmiergeldzahlungen erleichtert – sind Sie erst vor Vertragsabschluss informiert worden. – Wann war das?

Günther Platter: Ich habe darüber von der begleitenden Kontrolle die Gesamtinformation erhalten, dass das alles sauber über die Bühne gegangen ist. Und ich habe im Zuge der Besichtigung des Vertrages gesehen, dass es diese Klausel gibt, aber darüber wurde keine Debatte geführt. – Nochmals, ich wiederhole zum elften Mal, dass ich keine zweite Formulierung kenne und dass über eine angebliche zweite Formulierung keine Debatte mit mir geführt wurde.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Minister, ist Ihnen überhaupt klar gewesen, welche Brisanz in einer derartigen Klausel drinnen steckt, dass ja damit eigentlich Schmiergeldzahlungen erleichtert werden sollen – weil Sie öffentlich immer gesagt haben: „sauber, korrekt und transparent“ –?

Günther Platter: Ich glaube, dann irre ich mich, wenn Sie jetzt recht hätten! – Das ist eine **Anti-Schmiergeld-Klausel**, die hier angeführt wurde! (*Abg. Dr. Fekter: Ja, ganz richtig!*) Das ist eine **Anti-Schmiergeld-Klausel**, soviel ich informiert bin – und nicht eine Begünstigung der Situation. – Das zum Ersten.

Und zum Zweiten noch einmal: Ich kenne keine zweite Formulierung. Wenn ich gerade einen Funken von Information erhalten hätte, dass es hier eine andere Formulierung gegeben hätte, dann hätte ich natürlich sehr eindringlich auf diesen Punkt Bedacht genommen. Aber das war eben nicht der Fall.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): So, jetzt versuchen wir gemeinsam, diese Klausel zu interpretieren: Bekannt ist ja mittlerweile, dass von EADS Geld an

Steininger gegangen ist, von Steininger Geld an „100 % Communications“, von dort an die „Media Connection“, die ja bekanntlich damals zutiefst im politischen Feld umfasst war.

Wie interpretieren Sie diese Klausel auf diesen Zusammenhang: Geldfluss EADS – Steininger – „100 % Communications“ – „Media Connection“? – Sie müssen sich ja, als Ihnen diese Klausel zur Kenntnis gekommen ist, irgendwelche Gedanken gemacht haben. Das ist doch nicht irgendetwas, das ist ja ein zentraler Bestandteil!

Günther Platter: Also, da müssen sich auf alle Fälle die Juristen darüber Gedanken machen, falls es notwendig ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das erinnert frappierend an die Aussagen von Herrn Rauen hier, der auf die Frage: Wer ist eigentlich mit „Bieter“ gemeint?, gesagt hat, das kann er nicht ohne Juristen feststellen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich weise an diesem Punkt kurz darauf hin: Natürlich ist es möglich, diese Frage so zu beantworten. Nur kann das dann – ich sage es zur Sicherheit – in der Bewertung eine Rolle spielen, dass der Minister zugelassen hat, dass der zuständige Beamte, nämlich der Leiter der Kaufmännischen Abteilung, eine Klausel unterschrieben hat, die er möglicherweise für sehr problematisch gehalten hat.

Im Prinzip geht es also jetzt darum, festzustellen, ob dem Minister diese Klausel bekannt war oder ob sie ihm nicht bekannt war; das heißt, ob der Beamte das von sich aus gemacht hat, auch bei einer Änderung dieser Klausel und bei der Einführung dessen, was zumindest ich als „Schmiergeldklausel“ bezeichne, ob das die Eigenverantwortung des **Beamten** war, oder ob der Minister das so **akzeptiert** hat. – Das ist der Punkt, den wir offensichtlich jetzt zu klären versuchen.

Günther Platter: Ich meine, die Ministerverantwortung – das wissen wir – gibt es immer in diesem Zusammenhang, aber nochmals: Es hat nur eine Formulierung gegeben, es hat darüber keine Debatte gegeben, und deshalb ist diese Formulierung Bestandteil des Vertrages.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nur dazu noch einmal: Haben Sie die Tragweite dieser Klausel eigentlich erfasst? – Denn es drängt sich mir langsam der Verdacht auf, Ihnen ist nicht klar gewesen, worum es da überhaupt geht (*Abg. Muraier: Was unterstellst du da dem Minister?*) bei diesen angeblichen Verhaltensregeln, wo es aber in Wirklichkeit um die Ermöglichung von Schmiergeldzahlungen geht! Oder hat man Ihnen umgekehrt erzählt: Das verhindert das alles, und Sie sollen in der Öffentlichkeit nur „sauber, korrekt und transparent“ erzählen? – Ist **das** der Hintergrund?

Günther Platter: Na geh, bitte! – Nochmals: Es war eigentlich eher eine positive Wahrnehmung, die ich dabei gemacht habe, als diese Verhaltensklausel hier vorgetragen wurde. Aber nochmals: Es hat keine Debatte darüber gegeben, dass es eine andere Formulierung geben könnte.

Im Nachhinein, wenn man es hört – ich habe das auch nur aus den Medien erfahren –, dass es eine zweite Formulierung gäbe, dann schaut die Situation anders aus. Wenn ich das zu dem Zeitpunkt gewusst hätte, dass es eine zweite Formulierung gibt, dann hätten wir natürlich eindringlich über diesen Punkt debattiert. – Das war eben nicht der Fall. Ich kenne nur diese einzige Formulierung – und das können Sie mir wirklich glauben –, und diese Formulierung ist Vertragsgegenstand.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber das heißt ja dann, dass Sie als hauptverantwortlicher Verhandler, der von der Bundesregierung beauftragt worden ist,

abzuschließen, überhaupt keine Kenntnis gehabt haben, was da überhaupt vorgeht, dass es da zwei verschiedene Varianten gibt!

Günther Platter: Nochmals: Ich kenne nur diese Formulierung, die im Vertrag enthalten ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, und das lässt ja nur den Schluss zu, dass Sie da überhaupt **keine Ahnung** gehabt haben, was sich im Hintergrund tatsächlich abspielt mit solchen Klauseln, was da hin- und hergeht! – Und es ist ja auch logisch: Wenn man so eine günstige Variante, die es zwischenzeitlich gegeben hat, dann wieder hinausreklamiert bekommt vom Lieferanten, dann muss doch irgendwie ein Gegengeschäft im Vertragsverhandlungsablauf stattfinden! – Ist das völlig spurlos an Ihnen vorbeigegangen?

Günther Platter: Sie stellen jetzt hier etwas in den Raum, das Sie nicht beweisen können. Aber das müssen Sie selbst für sich ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nun, das ist ja logisch, Herr Minister! (*Abg. Dr. Fekter: Nein, das ist nicht logisch!* – *Abg. Muraue: Er möchte gern was anderes hören, nicht?*): Es ist aktenkundig, dass es eine für die Republik Österreich wesentlich günstigere Klausel gegeben hat – und die ungünstige ist dann im Vertrag. Da muss doch irgendetwas passiert sein! Sie waren der verantwortliche Ressortchef, und darum frage ich (*Abg. Dr. Fekter: Hast du nicht aufgepasst? Das hat er alles schon erklärt!*): Was war das Gegengewicht? – Oder ist das spurlos an Ihnen vorübergegangen?

Günther Platter: Herr Abgeordneter, bei allem Respekt: Ich kann Ihnen das nicht liefern, was Sie gerne hören möchten!

Obmann Dr. Peter Pilz: So, danke. Es gibt möglicherweise noch neue Fragen zur Schmiergeldklausel. Im Moment haben wir das Problem, dass sich Fragen und Antworten schon in hohem Maße wiederholen. Ich bitte, das zu berücksichtigen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Bundesminister, ich komme auf Folgendes zurück: Ich habe Sie darauf aufmerksam gemacht, dass dem Umstand, wann Sie den Vertrag vor Unterfertigung durch den Herrn Wall gelesen haben, zentrale Bedeutung zukommt.

Wann haben Sie den Vertrag wirklich gelesen? – Das ist ja eine größere Lektüre gewesen, das ist ja nicht etwas, was man zwischen Tür und Angel macht. Daher werden Sie sich daran erinnern können, wie Sie sich über dieses Konvolut darübergetraut haben. (*Abg. Muraue: Das hat er Ihnen schon fünf Mal gesagt!*) – Wann haben Sie diesen Vertrag gelesen? (*Abg. Muraue: Vor der Unterzeichnung!*)

Günther Platter: Sie haben gesagt, ich soll in der Zwischenzeit darüber nachdenken. – Ich brauche nicht nachzudenken. Ich hätte jetzt auch keine Zeit gehabt, weil ich sehr interessiert bin, die Fragen zu beantworten, die mir gestellt werden.

Aber ich habe mich rechtzeitig vorher, bevor der Vertrag unterfertigt worden ist, mit dieser Materie auseinandergesetzt. Das heißt, das war im Juni. (*Abg. Mag. Stadler: Bitte?*) Es war im Juni, natürlich. (*Abg. Mag. Stadler: Im Juni?*) Ja. Aber ich kann Ihnen jetzt nicht hier eine Zeit- und Tageseingrenzung nennen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das wäre aber von großer Bedeutung, weil wir dann rekonstruieren können, wann dieses ergänzte Exemplar in den zu unterfertigenden Entwurf hineingekommen ist. (*Abg. Muraue: Das ist fünf Jahre her!*)

Günther Platter: Das ist aber immer wieder dieselbe Frage, und Sie werden (*Abg. Mag. Stadler: Nein, ich habe diese Frage ...*) dieselbe Beantwortung bekommen: Ich kenne keine andere Formulierung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Bundesminister, ich habe diese Frage bisher nur zwei Mal gestellt, und ich präzisiere sie noch einmal: Haben Sie eine Erinnerung daran, wann Sie den Vertrag, bevor er unterfertigt wurde, gelesen haben?

Günther Platter: Das ist vier Jahre her, aber: rechtzeitig vor Unterfertigung des Vertrages.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was ist „rechtzeitig“: einen Tag, zwei Tage, drei Tage vorher?

Günther Platter: Ich habe das im Juni gemacht, und insbesondere wurde mir natürlich auch die Information über verschiedene Bestandteile gegeben. Das war ja sehr wichtig, dass man zusätzliche Informationen erhält.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Können wir den 30 Tage umfassenden Monat Juni – denn er hat auch im Jahr 2003 30 Tage umfasst –, diesen Zeitraum, etwas eingrenzen?

Günther Platter: Ich sage noch einmal: Das war im Juni. Aber das hat natürlich mehrere Tage gedauert, dass ich mich mit dieser Materie auseinandergesetzt habe.

Aber bringen Sie es auf den Punkt: Was wollen Sie wissen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich will wissen, wann Sie ihn gelesen haben, wann Sie zum ersten Mal entdeckt haben, dass dort das ergänzte Exemplar des Business Codes von Eurofighter drinnen war. (*Abg. Dr. Fekter: Er kennt ja nur das eine! Akzeptieren Sie das doch endlich!*)

Günther Platter: Ich kann mich nicht ganz genau zeitlich daran erinnern. Ich habe gesagt: Es war im Juni.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Bitte? – Ich habe Sie nicht verstanden. Die Dame in Rosa hat Sie leider übertönt.

Günther Platter: Ich kann mich nicht genau erinnern, wie jetzt der Zeitraum war, aber nach meiner Erinnerung war es der Juni.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das erscheint plausibel, aber ich bitte Sie nur, das weiter einzugrenzen (*Abg. Muraier: Wenn es nicht geht!*): War es Anfang Juni, Ende Juni?

Günther Platter: Ich kann es nicht weiter eingrenzen, sonst würde ich Ihnen jetzt (*Abg. Mag. Stadler: Können wir Ihren Kalender befragen?*) eine Antwort geben, die unter Umständen nicht ganz korrekt ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Können wir anhand Ihres Kalenders erschließen, wann Sie sich zurückgezogen haben, um den Vertrag zu studieren?

Günther Platter: Das ist sicherlich nicht eingetragen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber Sie werden doch Lücken drinnen haben, wo Sie keine Termine hatten, damit Sie den Vertrag studieren können?

Günther Platter: Sie wissen, dass man gerade als Verteidigungsminister, oder als Minister, die Lücken in der Freizeit sucht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ach, Sie haben ihn in der Freizeit gelesen?

Günther Platter: Dass man die Lücken sucht, und in der Freizeit ... – Schauen Sie, ich habe mich heute, ich habe mich gestern am Abend auch vorbereitet, gegen Abend, auf diesen heutigen Tag der Befragung. Also, das ist vorwiegend in der Freizeit, denn sonst sind ja die Termine voll und ganz ausgebucht. – Natürlich hat es Besprechungen mit der begleitenden Kontrolle dazu zusätzlich gegeben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich festhalten, dass Sie also den Vertrag zum 30. April, bei dieser Besprechung mit dem Finanzminister, im Finanzministerium, zu diesem Zeitpunkt noch nicht gelesen hatten und daher nicht wussten, dass dort die Business-Code-Fassung in der ursprünglichen, vom Finanzministerium genehmigten Fassung drinnen ist. – Ist das richtig?

Günther Platter: Hier wurde ich über – die Auslegung kann man dann machen, wie man will – die relevanten Teile des Vertragsentwurfes informiert, aber es wurde zu diesem Zeitpunkt keine Debatte über diese angebliche Formulierung geführt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Am 14. Mai stellt das Verteidigungsministerium das letzte Mal das Einvernehmen mit dem Finanzministerium gemäß Bundeshaushaltsgesetz her, und dabei wird dem Herrn Ministerialrat Hillingrathner wieder das Exemplar in der vom Finanzministerium ursprünglich genehmigten Textierung zugeleitet, diesmal aber ohne Unterfertigungshinweis. – Haben Sie dafür eine Erklärung?

Günther Platter: Nein, ich kenne das nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann wird dem Finanzministerium das Exemplar, das endgültige Exemplar, das praktisch schon kurz vor der Unterfertigung war, beziehungsweise das bereits unterfertigte Exemplar – das haben wir noch nicht ganz heraus, ob das schon unterfertigt war oder kurz vor der Unterfertigung war; jedenfalls: erst am 30.6., am Tage der Unterfertigung, übermittelt. Und dort taucht jetzt auf einmal die von Ihnen genannte Variante auf, die Sie offensichtlich irgendwann im Juni selber durchstudiert haben.

Legt das den Schluss nahe, dass man Ihnen auch im Juni bereits das Vertragsexemplar in der ausgetauschten Variante vorgelegt hat?

Günther Platter: Noch einmal: Ich kenne keine andere Variante – da können Sie fragen, soviel Sie wollen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist sehr gut, denn das wird Herr Wall erklären müssen.

Günther Platter: Das werden Ihnen die Experten mitteilen. Ich kenne nur diese einzige Variante, und die ist Vertragsbestandteil. – Und das Wichtige dabei ist, das muss ich noch dazusagen: Wenn hier irgendetwas wäre, wo man Ungereimtheiten gesehen hätte, so hätte es eine Diskussion mit mir gegeben. Und diese Diskussion, gerade von der begleitenden Kontrolle, hat es offensichtlich nicht gegeben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Minister, ich halte Ihnen vor, dass das Verteidigungsministerium in Kenntnis dessen war, dass Eurofighter das Exemplar des **Business Code** eigenmächtig **ergänzt** hat – zum **Nachteil** der Republik –, dass dieser Umstand dem Finanzministerium nachweislich nie zur Kenntnis gebracht wurde, dass Ihr Experte, der Sie angeblich laufend informiert hat, das wusste, und dabei noch eigenmächtig folgende Handlungen gesetzt hat – und zu denen frage ich Sie jetzt –:

Was diesen Experten betrifft, von dem Sie gesagt haben, dass Sie glaubhafte Versicherungen aus der Kaufmännischen Abteilung bekommen haben, dass alles in Ordnung sei, muss ich Sie jetzt fragen: Wer war hier der glaubhafte Versicherer aus der Kaufmännischen Abteilung? War das der Herr Mag. Wall?

Günther Platter: Also die Dinge, die Sie erwähnt haben, waren vor meiner Zeit – noch einmal. Und zum Zweiten hat es nur eine Formulierung gegeben.

Experten waren für mich Spinka, der den Auftrag gehabt hat, gemeinsam mit Hillingrathner erstens hier die Kürzungen durchzuführen, die militärisch vertretbar sind; und die zweite wichtige Person – begleitende Kontrolle – war Generalmajor Steiner.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Mag. Wall hat Sie nie über die Vorgänge informiert?

Günther Platter: Es ist der Hauptverantwortliche Spinka gewesen, daher ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das ist falsch. Wir haben hier eine Übersicht aus dem Verteidigungsministerium, wonach der Verhandlungsleiter **Mag. Wall** ist.

Günther Platter: Ich wollte Ihnen das ganz genau sagen: Von der Hierarchie her ist Spinka hier in der Verantwortung gewesen. Es hat mit Spinka Gespräche gegeben, natürlich auch mit Wall.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gut. – Hat Sie Herr Mag. Wall darüber informiert, dass er mit dem Vertreter der Firma Eurofighter, Faltlhauser, in die Finanzprokuratur gegangen ist? (**Günther Platter: Nein!**) – Hat er Sie informiert darüber, dass es hier eine Problematik gibt hinsichtlich dieses Business Code? (**Günther Platter: Nein!**) – Er hat Sie nie informiert darüber? – Hat Sie Herr Spinka darüber informiert, dass es hier zwei unterschiedliche Exemplare gibt?

Günther Platter: Das ist die Antwort, die ich jetzt, glaube ich, zwölf oder dreizehn Mal schon gebe, oder zwanzig Mal: Ich habe keine andere Formulierung ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, Sie haben nur gesagt, Sie kennen keine andere Formulierung, aber ich frage Sie jetzt, ob man Sie informiert hat, dass es zwei Formulierungen **gibt** – und nicht, ob Sie sie kennen.

Günther Platter: Und ich habe x-mal gesagt, dass darüber auch keine Debatte geführt wurde. Deshalb ist die Frage beantwortet.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie können einfach nur sagen: Nein, Herr Spinka hat mich nicht informiert.

Günther Platter: Ich wollte nur nicht immer ... (**Abg. Mag. Stadler: Na, Herr ...**) die Antwort noch einmal geben. Sie werden keine andere Antwort bekommen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Bundesminister, als ehemaliger Gendarmerieinspektor müssen Sie ja wissen, dass das eine unterschiedliche Frage ist. Sie haben ja selber schon einmal Befragungen durchgeführt.

Hat Sie Herr Spinka informiert darüber, dass es zwei unterschiedliche Textierungen gibt ja oder nein?

Günther Platter: Mit mir wurde darüber keine Debatte geführt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): „Debatte“ ist ja etwas anderes, ob man darüber debattiert. – **Wir** debattieren jetzt gerade, momentan.

Ich habe Sie gefragt: Spinka hat Sie nicht **informiert?** – Ist das korrekt?

Günther Platter: Wenn Sie das so korrekt haben wollen: nein.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Spinka hat Sie **nicht informiert.** – Schauen Sie, so einfach kann eine Antwort sein!

Die Diskussion im Finanzministerium ist **wie** abgelaufen am 30. April? Was ist dort wirklich referiert worden bei dieser Gelegenheit, als Grasser und Sie vor der Versiegelung der Vertragsexemplare diese Frage behandelt haben?

Günther Platter: Ich kann mich da wirklich nicht mehr genau erinnern, welche Details hier besprochen worden sind. Man hat natürlich das gesamte Beschaffungsvorhaben besprochen, wie es mit den Kürzungen aussieht, denn diese Arbeitsgruppe, die installiert worden ist, Spinka und Hillingrathner haben ja hier einige Leistungen noch heruntergenommen, die aber militärisch vertretbar waren. Ich kann mich erinnern auch an die zwei Standorte. Es war ja ursprünglich so, dass zwei Standorte, von denen aus die Eurofighter betrieben werden, geplant waren, aber letztlich hat man sich dann für einen Standort und einen Ausweichstandort entschieden. – Und so waren das diese Bereiche, die natürlich besprochen worden sind.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer hat dort außer Ihnen und Bundesminister Grasser noch an dieser Besprechung teilgenommen?

Günther Platter: Das kann ich Ihnen jetzt nicht genau sagen; tut mir leid.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie keine Erinnerung mehr daran?

Günther Platter: Ich kann mich nicht genau erinnern daran. Ich weiß nur, dass Grasser und ... – Es hat aber mehrere Besprechungen gegeben; ich kann Ihnen nicht die Details sagen, die bei den einzelnen Besprechungen ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, das habe ich nicht gefragt. Ich habe nach den Teilnehmern gefragt. Das ist ja kein Detail, wer noch bei Ihnen dort dabei war!

Günther Platter: Ich weiß es nicht mehr.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich darf jetzt selbst ein paar Fragen stellen. Ich sage nur vorher, es ist kein Zufall, dass wir uns so genau mit der Schmiergeldklausel beschäftigen, ich halte aber fest, wir haben noch eine Reihe weiterer Punkte zu besprechen, die wahrscheinlich ebenso wichtig sind: Das ist der Einredeverzicht, das ist der Übergang Tranche 1 zu Tranche 2, das ist die Frage Liefertermin 2007, das ist die Intervention bei den Zahlungen durch das Finanzministerium, und eine ganze Reihe anderer detaillierter Fragen. – Ich sage jetzt nur kurz den Hintergrund, warum das mit der Schmiergeldklausel für uns so wichtig ist:

Da werden am 16. September 2002 von der Firma Eurofighter an das Bundesministerium für Landesverteidigung die Vertragsdokumente übergeben. Und in den Vertragsdokumenten ist dabei: genau dieser Code of Business Conduct ohne Schmiergeldklausel, also ohne Punkt 4. Und soweit wir das durch Fragen bis jetzt eingrenzen können, behaupten alle möglicherweise befassten Beamten des Finanzministeriums, dass sie nie etwas mit diesem Punkt 4, das heißt der Schmiergeldklausel, zu tun hatten. (*Abg. Dr. Fekter: Oja, die Finanzprokurator ist befasst worden!*) Und Herr Mag. Wall hat als unzuständiger Beamter – und ich komme darauf zurück, warum unzuständig – uns genau geschildert, was er gemeinsam mit Herrn Faltlhauser von der Eurofighter GmbH genau in Bezug auf die Schmiergeldklausel positiv und unterstützend unternommen hat. Und das ist ein ganz entscheidender Punkt!

Wenn ich das richtig wiedergebe: Bis zum Frühjahr 2003 war in den Vertragsverhandlungen das Bundesministerium für Landesverteidigung federführend, vom Frühjahr 2003 weg war nach unseren Unterlagen das Bundesministerium für Finanzen federführend, weil es da um etliche Vertragsbestimmungen, Vertragsteile und speziell auch Finanzierungsfragen gegangen ist. Und jetzt sind wir in der seltsamen

Situation, dass ein sachlich und zu dem Zeitpunkt auch von der Verhandlungsführung her unzuständiger Beamter, aber der nach außen hin federführende Beamte der Landesverteidigung, verhandelt, es gemeinsam mit Herrn Falthäuser schafft, die Schmiergeldklausel in diesen **Code of Business Contract** hineinzubringen, und wir auf Grund Ihrer Befragung jetzt feststellen müssen, dass sein eigener Minister nichts davon wusste.

Es ist für uns für den Endbericht nicht unerheblich, feststellen zu müssen, dass möglicherweise in einer noch nicht begründeten und von den Motiven her nicht klaren Eigeninitiative des Verhandlungsführers des Bundesministeriums für Landesverteidigung gemeinsam mit dem zuständigen Herrn der Eurofighter GmbH, Herrn Falthäuser, hinter dem Rücken zweier Minister eine Schmiergeldklausel in den Vertrag hineingebracht wird. Und deswegen – ich möchte das nur zum Verständnis sagen – fragen wir so genau, weil wir endlich wissen möchten, was hier im Bundesministerium für Landesverteidigung und im Bundesministerium für Finanzen passiert ist. Ich nehme jetzt an, nachdem das öffentlich wirklich lang und breit diskutiert worden ist, dass ... – Sie kennen diesen Punkt 4, ich lese ihn vor, es sind nur zwei Zeilen. Vorher kommt alles, was es gibt in Bezug auf § 304 StGB, also die verbotene Geschenkannahme ... ist verboten, auch wenn es über dritte Firmen läuft.

Und jetzt kommt plötzlich neu die Schmiergeldklausel hinzu – ich zitiere –: Die in obiger Ziffer 3 enthaltene Verpflichtung des Bieters gilt nur, wenn und soweit die dort definierten Rechtsgeschäfte vom Bieter selbst abgeschlossen werden.

Die Befürchtung einiger Juristen, die ich persönlich **nicht** teile, war, dass, auch wenn die Rumpolds Schmiergelder gezahlt hätten – ich sage das natürlich im Konjunktiv –, der Kaufvertrag davon nicht betroffen wäre.

Jetzt frage ich **nicht** nach Ihrer Interpretation, aber hätten Sie, wenn Sie diese Ziffer 4 gekannt hätten, zum damaligen Zeitpunkt ... (*Abg. Mag. Stadler: Er hat gesagt, dass er es nur so kennt!*) Nein! – Hätten Sie diese Schmiergeldklausel akzeptiert, wenn Sie Ihnen so als Vertragsbestandteil vorgelegt worden wäre?

Günther Platter: Zum Ersten: Die Verhandlungsführung ab März 2003 war eigentlich eine gemeinsame, eine gemeinsame von Verteidigungsressort und Finanzressort, und zwar deshalb das Finanzressort – ich habe das meiner Meinung nach schon beantwortet –, weil hier vorwiegend die Finanzierung verhandelt wurde, und deshalb macht es natürlich Sinn, dass das Finanzressort hier voll mit dabei ist, weil letztlich das Einvernehmen zwischen Verteidigungsministerium und Finanzministerium hergestellt werden muss.

Und zum Zweiten noch einmal eine ganz klare Antwort: Ich kenne nur diese Formulierung. Mit mir wurde niemals über eine andere Formulierung gesprochen. (*Obmann Dr. Pilz: Meine Frage war nur ...*) Meine Einschätzung – ich habe das jetzt durchgelesen – ich möchte hier jetzt nicht in aller Schnelle eine juristische Einschätzung vornehmen. Damit werden sich sicherlich jene auseinandersetzen, die tagtäglich damit zu tun haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Meine Frage war ja nur – da das alles im Konjunktiv ist, müssen Sie die Frage nicht beantworten –: Wäre Ihnen das als Änderung vorgelegt worden und wäre Ihnen bewusst gewesen, dass das eine Änderung auf Wunsch der Eurofighter GmbH ist, hätten Sie dieser Änderung zugestimmt? (*Abg. Muraier: Hätti, wari!*)

Günther Platter: Ich hätte mich, wenn das der Fall gewesen wäre – noch einmal, damit das ja nicht falsch verstanden wird –, dann beraten lassen über diese Situation.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay, gut. – Das ist das eine.

Das Zweite ist der **Einredeverzicht**. Der Einredeverzicht ist ja auch ein Vertragsbestandteil, das ist Ihnen bekannt. Ein einfache Frage, damit wir uns unter dem Einredeverzicht etwas vorstellen können: Nehmen wir an, es wird eine Lieferung der Eurofighter GmbH fällig und Sie bekommen einen kurzen Brief aus Manching, in dem steht drinnen: Es tut uns ganz entsetzlich leid, aber wir können nicht liefern, wir können auch nächstes Jahr nicht liefern, aber wir ersuchen Sie, die vereinbarte Zahlung zu überweisen. Müssen Sie dann auf Grund des Einredeverzichts, auch wenn die Lieferung nicht zum vereinbarten Zeitpunkt geleistet wird, zahlen auf Grund des Vertrages?

Günther Platter: Ich glaube wichtig ist, dass ich darauf hinweise, dass das Finanzministerium den Einredeverzicht verhandelt hat, und es wurde mir dann in einem Gespräch mit dem Bundesminister für Finanzen, Karl-Heinz Grasser, mitgeteilt, dass diese Finanzierungsform eine sehr, sehr günstige Finanzierungsform ist, weil man rund 100 Millionen € einspart. (*Obmann Dr. Pilz: Das ist uns alles bekannt, das haben wir auch ausführlich besprochen!*)

Ich wollte nur noch einen zweiten Punkt hinzufügen und einen dritten Punkt. Das Zweite ist, dass auch die Finanzprokuratur mit dieser Situation befasst wurde – das ist eigentlich der Anwalt der Republik – und das – so die Information – geprüft und für in Ordnung befunden worden ist. (*Obmann Dr. Pilz: Nein! Das ...*)

Und zum Dritten: Das ist kein Einzelfall, sondern auch Deutschland hat zum Beispiel den A 400 M im Jahr 2003 ebenfalls mit diesem Einredeverzicht gekauft hat, weil es sich um eine sehr günstige Finanzierungsform gehandelt hat.

Ich habe auch noch gut in Erinnerung, dass es die Mitteilung gegeben hat, dass es noch drei weitere Netze gegeben hat (*Obmann Dr. Pilz: So! ...*): einerseits das Netz der Gewährleistung und der Garantie, die Haftungserklärung als zweites Netz und die Bankgarantie als drittes Netz. (*Obmann Dr. Pilz: So! ...*)

In Summe dessen, um das nur noch einmal aus meiner Sicht abschließen zu können, war dann das Ergebnis und der eindeutige Vorschlag des Finanzministeriums, dass diese Form des Einredeverzichts verwendet wird, um eben der Republik Österreich sehr, sehr viel an Kosten ersparen zu können.

Obmann Dr. Peter Pilz: So! Ich habe aus Höflichkeit die Beantwortung einer **nicht gestellten** Frage zugelassen und ersuche jetzt aber, meine Frage zu beantworten. – Ich habe eine ganz konkrete Frage gestellt und ersuche, diese zu beantworten. (*Günther Platter: Wenn Sie die bitte konkretisieren könnten!*) – Ich werde sie nicht konkretisieren, ich werde sie **wiederholen**, denn es war meiner Meinung nach eine verständliche Frage:

Wenn die Firma Eurofighter zu einem vereinbarten Zeitpunkt nicht liefert, muss die Republik Österreich trotzdem vertragsgemäß auf Grund des Einredeverzichts zahlen oder nicht?

Günther Platter: Dann muss natürlich bezahlt werden, aber da gibt es dann dazu ... – Wenn keine Leistungen erbracht werden, gibt es aber zusätzlich, so wurde ich vom Finanzminister informiert, sogar eine Bankgarantie, dass diese Leistungen erbracht worden sind.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich sage Ihnen kurz, was das Problem im Frühjahr 2003 war, und wir kommen darauf später noch ausführlich zurück: Jeder der Beteiligten wusste, dass die Eurofighter GmbH nicht einmal ansatzweise lieferfähig ist, weder für Tranche 1, noch Tranche 2. (*Abg. Dr. Fekter: Stimmt ja nicht! Das ist ein falscher Vorhalt!*) Wir werden bei einem zweiten Befragungsthema darauf zurückkommen. Ich

zitiere nur kurz aus dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags vom Jänner 2006:

... erster Exportkunde konnte Österreich im Jahr 2003 gewonnen werden, und so weiter ...

... erste Luftfahrzeuglieferung Tranche 2-Standard sollten ursprünglich im Mai 2007 erfolgen. Da zu diesem Termin noch keine Luftfahrzeuge der Tranche 2 verfügbar sein werden ... und so weiter.

Das ist die Geschichte, wo dann sechs Luftfahrzeuge gegen Tranche 1 ausgetauscht worden sind.

Wir befinden uns aber im Frühjahr 2003 und zu diesem Zeitpunkt – und ich werde Sie in einer späteren Runde mit einer Reihe von Zitaten aus Ihrem Ressort und aus dem Finanzministerium konfrontieren – war sonnenklar, dass Eurofighter seine Versprechen in Bezug auf Lieferung nicht halten kann. Der Einredevorzicht hatte einen einzigen Grund, dass, wenn Eurofighter, wie es jeder wusste, nicht liefern kann, trotzdem gezahlt wird. Und die Frage, die sich für mich stellt und die ich Ihnen jetzt formell noch einmal stelle, ist, warum sich die Republik Österreich, obwohl bereits konkrete Hinweise existieren, dass Eurofighter keine einzige Vereinbarung in Bezug auf Lieferfähigkeit etwa 2005 einhalten können wird, einen Einredevorzicht akzeptiert hat und sich damit verpflichtet hat, Zahlungen zu leisten, ohne das geliefert wird. Warum hat man das getan?

Günther Platter: Zum Ersten: Die ersten Eurofighter wurden schon im Jahr 2004 geliefert und dann hat man den Produktionsstandard ... (*Obmann Dr. Pilz: Die Zeltweger und Zeltwegerinnen bestreiten das!*) Das ist, wenn man das jetzt so auffasst, richtig. Die Lieferung erfolgte nicht nach Österreich, sondern eine Produktionslieferung an eine andere Nation wurde im Jahr 2004 durchgeführt. (*Obmann Dr. Pilz: Das dürfte für unseren Luftraum unerheblich sein! – Abg. Dr. Fekter: Die Lieferfähigkeit ist aber damit bewiesen!*) Es ist aber sehr erheblich, dass die Lieferfähigkeit gegeben war, dass also zu diesem Zeitpunkt auch der Produktionsstand schon bekannt war.

Der zweite Punkt ist, dass es eine Haftungserklärung gibt, eine Haftungserklärung für die Leistungserfüllung, falls die Eurofighter GmbH aus irgendwelchen Gründen nicht haften kann, gibt es die Haftungserklärung von den vier großen Betreibern. Und die vier großen Betreiber sind die Nationen Deutschland, Großbritannien, Spanien und Italien. Es hat hier also diese Haftungserklärung gegeben.

Zum Dritten kann ich dazu sagen, kennen wir ja den derzeitigen Produktionsstand. Sie wissen, dass der erste Eurofighter bereits fertiggebaut ist und dass mit der Erprobung begonnen wird, also dass dieses Geschäft zweifellos gut über die Bühne gehen wird.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke. – Von der ÖVP: Wer wünscht Fragen zu stellen? – Niemand. Kollegin Fekter, keine Fragen? – Dann Kollege Kräuter, bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte beim Thema **Lieferfähigkeit** anschließen und Ihnen Folgendes zur Kenntnis bringen, Herr Minister. Heinrich Traumüller hatte gemeint – ich zitiere gleich aus einer APA-Meldung –, dass es zwei Motive gewesen sein sollen, die Maastricht-Kriterien und produktionstechnische Gründe beim Hersteller, ja, produktionstechnische Gründe beim Hersteller.

Wann hat man Sie über Verschiebungen von Lieferungen aus produktionstechnischen Gründen verständigt?

Günther Platter: Herr Abgeordneter, das war für mich ein Faktum, als ich Verteidigungsminister geworden bin, und das Faktum hat damit zu tun, dass im Regierungsprogramm ganz klar niedergeschrieben wurde, dass der Ankauf in der

gesamten Legislaturperiode – und hier rede ich von der XXII. Legislaturperiode – nicht budgetwirksam sein kann und dass Lieferung und Bezahlung zusammenstimmen müssen. Deshalb war das für mich ein eindeutiges Faktum, dass die Lieferung im Jahre 2007 sein wird.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich habe jetzt überhaupt nicht nach finanztechnischen Gründen gefragt, sondern ich habe Ihnen zitiert – und da war das jetzt eben die **Nicht**-Antwort dazu –, dass Herr Traumüller gesagt hat: **produktionstechnische** Gründe beim Hersteller. Wer, wenn nicht der Verteidigungsminister, muss mit dieser Frage konfrontiert worden sein?

Günther Platter: Noch einmal: Die andere Geschichte wollte ich einfach der Vollständigkeit halber sagen, damit das Regierungsprogramm noch einmal in Erinnerung gebracht wird, dass das darin ganz klar niedergeschrieben worden ist. Und es war natürlich wichtig, dass man sich an das Regierungsprogramm hält, und deshalb war das für mich ein Faktum, dass im Jahr 2007 geliefert wird. Mir ist **nicht** bekannt, dass eine Lieferung der Eurofighter GmbH im Jahr 2005 nicht durchgeführt werden hätte können, denn es wurden ja, wie wir alle wissen, im Jahre 2005 Eurofighter an andere Nationen geliefert.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Minister, versuchen wir es so: Wie kommt der ehemalige Kabinettschef des Finanzministers, Traumüller, dazu, von **produktionstechnischen Gründen** zu sprechen? Ist das völlig an Ihnen vorbeigelaufen? Das ist ja so absurd, dass der Finanzminister in Fragen, die eigentlich Sie betreffen, offenbar Informationen hat!

Günther Platter: Mir als Verteidigungsminister geht es natürlich immer wieder darum, dass die Fakten zählen, das ist das Entscheidende. Die Fakten waren Folgende: Für mich war zu Beginn klar: 2007 Lieferung. Zum Zweiten war es Faktum, dass bereits im Jahre 2005 Eurofighter an verschiedene Nationen geliefert wurden. Deshalb ist für mich diese Aussage, die hier getätigt wurde, nicht nachvollziehbar.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nicht nachvollziehbar! Kann man das einmal festhalten. (*Günther Platter: Ja!*) Und sonstige Verschiebungen aus irgendwelchen Gründen, die bei EADS liegen: Was ist Ihnen da bekannt geworden?

Günther Platter: Mir ist nur ein einziger Punkt bekannt: Als die Entscheidung da war, und das war Faktum, als ich Verteidigungsminister wurde, dass die Lieferung im Jahre 2007 sein wird, ging es dann ja letztlich um die Tranchen. Da ging es darum, dass die Tranche 2 geliefert wird. Ein einziges Faktum ist mir bekannt, dass es dann auf Grund der Entscheidung der vier großen Betreibernationen für die Tranche 2 eine Verzögerung gegeben hat, und deshalb ist eben diese Lieferung, diese Erstlieferung der ersten sechs Eurofighter nur aus Tranche 1 möglich.

Um das zu konkretisieren: Auf Kosten der Eurofighter GmbH und ohne zusätzliche Kosten für die Republik Österreich wird dann die Nachrüstung durchgeführt. Das ist der einzige Punkt, von dem ich weiß, wo es Verzögerungen gegeben hätte. Wie Sie wissen, haben wir aus großer Fürsorge in den Vertrag mit hineingenommen, dass die Lieferungen, falls Tranche 2 nicht machbar ist, in Tranche 1 erfolgen können, und dass dann auf Kosten der Eurofighter GmbH die entsprechende Nachrüstung durchgeführt werden muss.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Beim Stichwort **große Fürsorge** kann man ja nach Ihren Worten davon ausgehen, dass alle Vorbereitungshandlungen von unserer Seite bestens gelaufen sind?

Günther Platter: Die Informationen, die ich habe, lauten, dass hier gut gearbeitet worden ist, und ich habe keinen Grund, an der Arbeit der Experten zu zweifeln.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Dann möchte ich Ihnen Folgendes vorhalten: Generalleutnant Spinka hat hier im Untersuchungsausschuss wörtlich ausgesagt: Er ist sich nicht wirklich sicher, ob wir es zusammengebracht hätten, damit den Luftraum zu überwachen, so der Beamte. Da ist das Jahr 2005 gemeint. Offenbar wäre das gar nicht möglich gewesen. Wie interpretieren Sie das? Das ist ja mitten in Ihrer Verantwortungszeit.

Günther Platter: Ich glaube, das kann man sehr gut erklären. Man darf dann nur nicht den Zusammenhang herstellen, dass die Eurofighter GmbH nicht liefern hätte können, denn auf das wollen Sie ja vermutlich hinaus. Also, nur eines klar ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nein, auf das will ich jetzt nicht hinaus. (*Günther Platter: Okay, na gut, dann ist das eine Unterstellung, die ich so nicht mehr...*) Ich möchte jetzt wissen, wie Herr Spinka dazu kommt, zu sagen, das Bundesheer wäre überhaupt nicht in der Lage gewesen.

Günther Platter: Ich würde letztlich gerne auf diesen Punkt eingehen. Es war natürlich so: Also die Lieferfähigkeit wäre gegeben gewesen; in andere Nationen ist ohnehin geliefert worden. Es ist aber natürlich Folgendes gewesen: Während dieser gesamten Verhandlungen war eine Wahl. Da gibt es natürlich die Wahlvorbereitung und dann, nach der Wahl, Regierungsverhandlungen und dergleichen mehr. Da war natürlich, was die gesamten Vorbereitungsarbeiten betrifft, Stillstand, muss man sagen, weil hier nichts weiter gemacht wurde, weil man nicht weiß, wie die neue Regierung dann die gesamte Situation sieht, und es ist auch wichtig, glaube ich, dass die Beamten hier sehr vorsichtig vorgehen.

Das, was Generalleutnant Spinka vermutlich gemeint hat, ist, dass wir viele Vorbereitungsleistungen erbringen müssen: das ist der Flugplatz, das sind die verschiedenen Hangars, das ist das Gebäude für den Simulator und so weiter. Deshalb wird er diese Aussage getätigt haben, dass also hier vielleicht das österreichische Bundesheer gar nicht besonders beleidigt war, dass eine spätere Lieferung gemacht wurde, aber das hat letztlich mit der Entscheidung nichts zu tun, dass die Lieferung erst im Jahre 2007 erfolgen wird, sondern das hat damit zu tun, dass das auf Grund der Regierungserklärung der politische Wille war.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte dem nur noch einmal entgegenhalten, dass der Kabinettschef des Finanzministers damals gesagt hat: **produktionstechnische** Probleme bei EADS.

Günther Platter: Ich habe das beantwortet, dass für mich nicht ... (*Abg. Dr. Kräuter: Kommen wir...*) Noch einmal – ich möchte diese Frage nicht offen lassen – nochmals: Ich habe das beantwortet, dass das für mich als Verteidigungsminister nicht nachvollziehbar ist. (*Abg. Mag. Stadler: Die einen waren für die spätere Lieferung, weil sie mit den Vorbereitungen noch nicht fertig waren, und die anderen, weil sie erst später zahlen wollten!*)

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Und geschoben haben sie es auf die Maastricht-Kriterien!

Obmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Maria Theresia Fekter: Herr Kollege Kräuter, sind Sie fertig mit der Befragung? Sind Sie fertig? (*Abg. Dr. Kräuter: Nein, nur, wenn die Zeit um ist, Frau Vorsitzende!*) Nein, Sie haben noch.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Na eben, also dann bitte mich mit Ruhe fortsetzen zu lassen und mich nicht zu erschrecken! (*Obmann-Stellvertreterin Dr. Fekter: Weil Sie mit Kollegen Stadler konferiert haben!*)

Herr Minister, ich darf Ihnen aus der „Kleinen Zeitung“ vom 22. Mai 2003 zitieren. Da geht es um die Standorte. Sie haben da erklärt, Eurofighter kommen nach Graz und Zeltweg:

Die 18 Eurofighter werden laut Platter, entgegen anderen Gerüchten, in Graz und Zeltweg stationiert. Platter: Eine Standortfrage hat es nie gegeben. (*Obmann Dr. Pilz übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Was ist denn da eigentlich geschehen in weiterer Folge? Wie muss man sich das vorstellen?

Günther Platter: Ganz einfach: Die militärische Planung ausgehend von 24 Eurofightern war, dass wir zwei fixe Standorte haben werden. Das war auch meine Aussage, denn das war der damalige Stand, diese zwei Standorte. Da haben Sie völlig Recht. Es hat dann im Zuge dieser Nach ... – Ich möchte das so bezeichnen, dass wir, die Politik, uns Gedanken gemacht haben, dass die Grundsätze der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit erfüllt werden sollten, dass man noch einmal genau eruieren soll, wo eingespart werden kann, aber letztlich muss es auch militärisch vertretbar sein. Da ist dann letztlich die Entscheidung getroffen worden, dass wir nur einen Standort und einen Ausweichstandort betreiben werden.

Ich sage Ihnen: Wir ersparen den Steuerzahlern sehr, sehr viel Geld, wenn nur **ein** Standort gemacht wird, weil sonst bräuchten wir die ganze Infrastruktur an einem zweiten Standort für 18 Eurofighter. Und deshalb war das zweifellos eine sinnvolle Maßnahme und eine sinnvolle Korrektur, damit wir sparsamst mit dieser Situation umgehen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wem ist diese Korrektur eingefallen? Waren das Sie? War das der Finanzminister?

Günther Platter: Das war dann letztlich eine gemeinsame Entscheidung.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Na ja, irgendjemand muss das ja dann vorgeschlagen haben?

Günther Platter: Man hat über diesen Punkt diskutiert, und dann war es eigentlich logisch, dass man über diese Standortfrage diskutiert hat, weil das doch große Kosten gewesen wären – nicht nur die Anschaffungskosten, sondern darüber hinaus wären das zusätzliche Kosten gewesen, was den Betrieb betrifft. Wenn man an zwei Standorten 18 Eurofighter betreibt, so bedeutet das auch mehr Betriebskosten, als wenn man von einem Standort aus 18 Eurofighter betreibt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ein drittes Mal die ganz einfache Frage, die Sie nicht beantworten wollen: Ist das von Ihnen ausgegangen oder vom Finanzministerium?

Günther Platter: Das ist eine gemeinsame Beurteilung gewesen, die letztlich dann auch das Militär akzeptiert hat.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, aber das ist nicht die Antwort auf die Frage!

Günther Platter: Wieso? Was soll ich Ihnen sonst sagen?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Vielleicht, um da nachzuhelfen, lese ich Ihnen vor aus dem „profil“, Nr. 22, aus dem Jahr 2003: Zwar leistete das Heer noch Widerstand, laut „profil“ vorliegenden Informationen schaltete Finanzminister Grasser allerdings auf stur. – Ist das so richtig?

Günther Platter: Noch einmal: Nach meiner Erinnerung war es dann eine gemeinsame Beurteilung. Aber noch einmal: Das ist jetzt beinahe vier Jahre her und ich habe das „profil“ auch nicht mehr ganz genau im Blick, was dort geschrieben wurde.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Bundesminister, ich halte Ihnen vor, dass die Vertragsunterfertigung durch das Verteidigungsministerium am 30. 6. 2003 erfolgt ist und man damals wusste, dass man die umfassendste Einredeverzichtserklärung mit im Vertrag abgegeben hat – praktisch die Republik im schlimmsten Fall, so wie der Herr Vorsitzende herausgearbeitet hat, zwar zahlen muss, aber nicht einmal auf Leistung bestehen kann! (*Abg. Dr. Fekter: Na sicher, gilt ja die Gewährleistung! Und über die Bankgarantie kriegen wir das wieder zurück!*) – Der Reihe nach!

Im Wissen darum, dass diese Firma Eurofighter nur über einen winzigen Bruchteil des Vertragsvolumens an Grundkapital verfügt, ist man dann erst auf die Idee gekommen, eine Haftungserklärung der verbundenen Unternehmen einzuholen. Wissen Sie noch, wann diese Haftungserklärung eingeholt wurde?

Günther Platter: Nein, bitte um Verständnis, dass ich ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich lese es Ihnen vor, damit Sie sehen, wie Ihre Leute arbeiten. Erste Unterschrift – ich halte es Ihnen nach wie vor vor, ich zeige es Ihnen dann auch -, erste Unterschrift: 24. Juli 2003, **EADS NV**; zweite Unterschrift: 30. 7. 2003, exakt einen Monat nach Vertragsunterfertigung durch Ihr Ministerium, **EADS CASA S.A.**, Spanien; nächste Unterschrift: 5. August **Alenia Aeronautica**, Spanien; (*Abg. Dr. Fekter: Ja, einer muss einmal anfangen zu unterschreiben!*); nächste Unterschrift: 5. August 2003, **BAES**.

Das heißt: Ihr Ministerium hat einen Vertrag unterfertigt, der ohne diese Haftungserklärung diese Republik aufs Glatteis geführt hätte! Wie konnten Sie so einen Vertrag bewilligen?!

Günther Platter: Noch einmal: Diese Verhandlungen betreffend Einredeverzicht das Finanzministerium, und über Details bitte auch das Finanzministerium ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hier geht es ums Leisten!

Günther Platter: Ich würde dann auf den weiteren Punkt kommen: Bitte, das Finanzministerium auch zu befragen, all jene, die diese Verhandlungen geführt haben. Zum Zweiten: Seien wir doch alle froh, dass es diese Haftungserklärung gibt von diesen vier großen Betreibern! Wobei man natürlich auch eines sagen muss: Eurofighter GmbH und die Firma EADS sind ja nicht gerade Unternehmen, die im Weltmarkt keine Rolle spielen, sondern sehr bedeutend hier mittun. Und es sei noch eines gesagt: Ich bin froh darüber, dass es endlich einmal so weit ist, dass wir bei der militärischen Rüstung ein europäisches Produkt gekauft haben, wo wir viele Gegengeschäfte machen können und wo wir eine ausgezeichnete Zusammenarbeit haben, was die militärischen Möglichkeiten betrifft, mit unseren unmittelbaren Nachbarn Deutschland, aber auch Italien.

Die Rechtskraft dieses Vertrages ist eingetreten am 22. August 2002.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die wäre auch eingetreten ohne diese Erklärung!

Günther Platter: Ich sage es ja nur, damit man das weiß: Es war eine Beschlussfassung mit aufschiebender Wirkung, und die Rechtskraft ist eingetreten am 22. August 2002. Das weiß ich ganz genau.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber Sie waren nicht daran gebunden, dass die verbundenen Unternehmen eine Haftungserklärung abgeben – die übrigens gar nicht so weit reicht, wie Sie es dargestellt haben. Ich lese sie dem Ausschuss vielleicht vor, damit hier nicht Wundermärchen in Umlauf kommen:

Für den Fall, dass Eurofighter eine Verpflichtung aus dem gegenständlichen Vertrag, welcher Art auch immer, die durch eine gerichtliche Entscheidung rechtskräftig festgestellt ist, nicht zur Gänze innerhalb der gerichtlichen Leistungsfrist erfüllt, verpflichten sich die nachstehend genannten vier Unternehmen zur ungeteilten Hand, diese Leistung als Bürge und Zahler innerhalb weiterer 14 Tage an das BMLV zu erbringen. – Zitatende.

Das heißt, das ist ein umständlicher Weg, der zuerst über ein gerichtliches Verfahren, das sich über Jahre – wer die österreichischen Gerichtsverfahren kennt, insbesondere in großen, schwierigen Causen ... (*Abg. Dr. Fekter: Wir sind in Europa führend in der Geschwindigkeit!*) – Ich zeige es Ihnen! Ich habe Causen in der Volksanwaltschaft gehabt, die haben 30 Jahre lang gedauert. Schwierige Causen in dem Lande können, bis sie endlich rechtskräftig werden, nachdem sie zum zweiten Mal schon zurückgeschmissen worden sind, **Jahre** dauern. Dann erst muss noch eine gerichtliche Leistungsfrist feststehen, und dann erst kann überhaupt auf die verbundenen Unternehmen zurückgegriffen werden. Das ist eine Wunder-Erklärung! (*Abg. Dr. Fekter: Die Gewährleistung gilt aber auch!*)

Günther Platter: Ich möchte wirklich jetzt auch eines sagen, wenn solche Behauptungen gemacht werden: Ich stelle mich voll hinter die Justiz und Staatsanwaltschaft! In unserem Land wird ausgezeichnet gearbeitet, und da können wir Vergleiche ziehen mit anderen Nationen: Wir stehen in der Gerichtsbarkeit in Österreich ausgezeichnet da! Wenn Sie nämlich solche Sachen anführen, möchte ich mich hier voll und ganz hinter diese Richter und Staatsanwälte stellen. (*Abg. Mag. Stadler: Das ist „nett“!*) – Es ist mir sehr wichtig, das auch gesagt haben zu können.

Das Zweite: Faktum ist, dass es diese Haftungserklärung gibt, die von diesen vier großen Betreibernationen abgegeben worden ist. Und das ist auch eines der Netze, die hier eingezogen worden sind, was diesen Einredeverzicht betrifft: zusätzlich die Gewährleistung und Garantie und zusätzlich noch die Bankgarantie.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Bundesminister, Ihr damaliger Ministerkollege hat errechnet, dass allein die Verfahrensverzögerungen bei den Zivilgerichten pro Jahr einen Schaden von 1 Milliarde € ausmachen. Das hat er der Regierung vorgelegt. Den Fall kenne ich, ich habe ihn bei den Akten.

Günther Platter: Ich kenne ihn nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Böhmdorfer hat das in der Regierung vorgelegt, und Schüssel hat gesagt: Das ist nicht unsere Geschichte. – Gut.

Jetzt gehen wir zu einem anderen Thema, das mit der Finanzierung zusammenhängt.

Es ist uns ein Schriftverkehr an den Herrn Ministerialrat Wall von Mitte Juni 2003 bekannt, wo Eurofighter an das Verteidigungsministerium mitteilt, dass es den Wunsch des Finanzministeriums gibt, auch bei der Deutschen Bank die Möglichkeit eines Finanzierungsvorschlages einzuholen, weil, wie ja der Kollege Kogler schon richtig gesagt hat, wir ja die Produktionsfinanzierung in Wirklichkeit zu tragen hatten.

Daraufhin schickt am 12.6. die Firma Eurofighter einen Text über die Kostentragungspflicht, wonach für den Fall, dass der Vertrag nicht unterfertigt wird, die gesamten Kosten für die Einholung der Finanzierung und auch für die Aufstellung von

Finanzierungsvarianten von der Republik zu tragen sind. Ist Ihnen dieser Vorgang bekannt worden?

Günther Platter: Wie gesagt, diese Verhandlungen über die Zahlungsmodalitäten, Finanzierung, wurden vom Finanzministerium gemacht. Mir ist das nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aber es hat ja zwischen dem Finanzministerium und dem Verteidigungsministerium darüber ...

Günther Platter: Schon, aber trotzdem: Es ist das nicht mehr in meiner Erinnerung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aha. – Ist Ihnen in Erinnerung, dass diese Textierung – und das ist das Skurrilste, was ich überhaupt bisher gesehen habe: zur Belastung der Republik Österreich, wohlgemerkt! – von einem der beiden Ministerien an Eurofighter herangetragen wurde als Textvorschlag, und die das dann abgeschrieben haben?

Günther Platter: Ich würde wirklich ersuchen, hier die zuständigen Leute zu befragen, die diese Verhandlungen geführt haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, darüber hat man Sie nicht informiert?

Günther Platter: Das sind Dinge, die nicht in meiner Erinnerung sind.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich glaube nicht, dass Ihre Aussage, dass Sie sich detailliert informieren haben lassen, noch aufrechtzuerhalten ist. Das sind derart gravierende Dinge, sage ich Ihnen! Ein Ministerium schickt einen Textvorschlag mit einer Regelung **zum Nachteil** der Republik Österreich an die Firma Eurofighter. Ihr Ministerialbeamter traut seinen Augen nicht und fragt im Finanzministerium nach, und der faxt ihm das durch und sagt: Ja, ja, das haben wir Ihnen vorgeschlagen! Und daraufhin bestätigt Ihr Ministerialbeamter, nämlich Herr Mag. Wall, dass er damit einverstanden ist!

Günther Platter: Was glauben Sie, wie viele Diskussionen es im Verhandlungsteam gegeben hat (*Abg. Mag. Stadler: Mittlerweile glaube ich da überhaupt alles!*) und dass hier der Verteidigungsminister oder auch der Finanzminister über alles im Detail informiert wird, das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Deshalb ist es wichtig – noch einmal –, auch was die Ministerverantwortung betrifft, dass es eine begleitende Kontrolle gegeben hat, die letztlich dann Information gegeben hat, ob es in Ordnung oder nicht in Ordnung war. (*Abg. Mag. Stadler: Herr Minister...*) Beim gesamten Beschaffungsvorhaben ist nach Information der begleitenden Kontrolle, und wie sich auch herausgestellt hat und der Rechnungshof bestätigt hat, alles sauber über die Bühne gegangen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Darf ich Sie vor der anwesenden Presse-Öffentlichkeit fragen, ob das für Sie ein **Detail** ist, dass hier ein Millionenaufwand von uns **blanko** übernommen wird, auch für die Aufstellung von Finanzierungsvarianten, und das von der Ministerialbürokratie auch Ihres Ministeriums ausgegangen ist? (*Abg. Dr. Fekter: War ja kein Millionenaufwand! Wir haben ja die Experten ...!*)

Günther Platter: Speziell auf diese Frage gebe ich Ihnen die Antwort, dass hier ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das nennen Sie **Detail**?

Günther Platter: Speziell auf diese Frage gebe ich Ihnen die Antwort, dass hier das Finanzministerium federführend war und dass dieser Vorgang nicht in meiner Erinnerung ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe noch etwas Interessantes beim Vergleich der Angebotseinholung und letztlich der Vertragstextierung gefunden: Dass hier laufend in der Angebotseinholung sogar Anforderungen vorhanden sind, die in den Vertrag einfließen sollen und sich dann im Vertrag nicht wieder finden.

Haben Sie sich selbst einmal darüber referieren lassen, was alles vom Angebot-Erfordernis, jetzt hinsichtlich der Vertragsgestaltung und dann effektiver Vertrag, **nicht** aufgenommen wurde?

Günther Platter: Herr Abgeordneter, Sie müssen sich einfach – und ich wollte das schon einmal darstellen; vermutlich will man das nicht hören – das System ansehen und wie dieses Verfahren abgehandelt wurde:

Es ist die freihändige Vergabe im **Wettbewerb**, und da gibt es zuerst diesen **Wettbewerbsteil**, und auf Grund dieses Wettbewerbsteiles gibt es ein Ergebnis, gibt es einen Bestbieter. Und der Bestbieter war zutreffend Eurofighter, wie das der Rechnungshof auch bestätigt hat.

Dann gibt es letztlich den **Verhandlungsteil**, und dort schaut man, dass die Politik kein Wunschkonzert zulässt, sondern dass einfach die sinnvollen Maßnahmen, die notwendigen Maßnahmen bestellt werden.

Wenn man sich dieses Verfahren anschaut: Es wird da immer wieder diskutiert, dass ein Muss-Kriterium herausgekommen ist. Das hat mit dem nichts zu tun! Das ist im Verhandlungsteil passiert, dass man hier die Beurteilung gemacht hat, und letztlich hat es dann ein Ergebnis gegeben im Angebotsteil, im Wettbewerbsteil.

Dann war der Verhandlungsteil, und letztlich ist dann der für Österreich konfigurierte Eurofighter bestellt worden.

Und noch etwas: Man könnte natürlich wesentlich mehr Zusatzleistungen für den Eurofighter bestellen. Und das ist ja der große Vorteil bei dem Produkt Eurofighter: Wir haben diesen Eurofighter für die nächsten 30 bis 40 Jahre zur Verfügung, und je nach Bedrohungslage kann dieser Eurofighter aufgerüstet werden, wenn es notwendig ist. Jetzt haben wir einen Eurofighter, der **maßgeschneidert** für unsere Luftraumüberwachung ist, und es sind keine Zusatzteile bestellt worden, wie zum Beispiel die Aufklärung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Platter, haben Sie vor, hier jetzt eine längere Erklärung abzugeben? – Ich frage nur der Sicherheit halber.

Günther Platter: Ja, ich glaube, wenn es gewünscht wird, ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, es wird nicht **gewünscht!** – Wir sind beim Beantworten von Fragen. Ich mache nur darauf aufmerksam: Ich lasse gerne ausführliche Fragebeantwortungen zu, aber **keine Erklärungen**.

Günther Platter: Okay, einverstanden.

Obmann Dr. Peter Pilz unterbricht die Sitzung.

(Die Sitzung wird um 11.34 Uhr **unterbrochen** und um 11.54 Uhr **wieder aufgenommen**.)

Obmann Dr. Peter Pilz *nimmt* die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und erteilt als nächstem Fragesteller Abg. Kogler das Wort.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Bundesminister, ich will jetzt die nächsten zehn Minuten nur dazu nützen, eine Frage noch zur Finanzierung zu stellen und dann zur Lieferfähigkeit respektive -unfähigkeit zu kommen.

Sie betonen immer, die Federführung lag dann beim Finanzministerium. Sie haben sich trotzdem von der begleitenden Kontrolle und der Revision berichten lassen, nachdem Sie, Ihr Ressort am Schluss das unterzeichnen musste. Nur mehr zu diesem einen Vorgang, dass die Bundesfinanzierungsagentur eingeschaltet wurde: Hat die begleitende Kontrolle Ihnen einmal berichtet in dieser Phase – im Übrigen war das dann erst am Schluss, Mai, Juni; das kann ich eingrenzen –, dass jetzt die Bundesfinanzierungsagentur hier eine Rolle spielt? Haben Sie eine Erinnerung oder Wahrnehmung dazu?

Günther Platter: Herr Abgeordneter, es hat natürlich viele Gespräche gegeben, und es wird für alle verständlich sein, dass gerade das Thema der Finanzierung natürlich das Finanzministerium bearbeitet hat und letztlich auch das entsprechende Know-how zur Verfügung hat. Deshalb ist es sinnvoll, dass man den Weg so wählt, dass die Finanzierungsfrage das Finanzministerium gemacht hat, und im Einvernehmen wird das dann in den Vertrag übernommen.

Das Zweite war natürlich auch der Hinweis, dass die Finanzprokurator als Anwalt der Republik diesen Vorgang überprüft hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Was die Finanzprokurator getan hat, ist allenfalls noch eine andere Frage – meine war nach der Bundesfinanzierungsagentur, der ÖBFA. Jetzt scheint es so gewesen zu sein, dass hier nichts rückberichtet wurde. Ich frage nämlich aus einem ganz simplen Grund: Bis vor kurzem musste der Ausschuss annehmen, dass die Bundesfinanzierungsagentur selbst die Urheberin dieser unterschiedlich bewerteten Idee des Einredeverzichts war. Und dann mussten wir feststellen, dass die Bundesfinanzierungsagentur gesagt hat, sie waren das nicht, sie haben das geradezu aufgetragen bekommen. Das ist deshalb bemerkenswert, weil nämlich einer der Profis dort dann auch Aktenspuren hinterlassen hat, wo hervorgeht, dass er dreimal mit dicken Fragezeichen nachfragt, ob das denn wohl ernst gemeint sein kann mit dem Einredeverzicht. Deshalb fragen wir.

Wir dürfen also festhalten – das wird Sie ja nicht stören –, dass diese Anregung mit dem Einredeverzicht aus Ihrem Hause oder von Ihnen nicht gekommen ist?

Günther Platter: Natürlich ist das nicht von unserem Hause gekommen, aber als wir dann über diesen Einredeverzicht geredet haben, kam der Hinweis, dass das eine Finanzierungsform ist, die nicht das erste Mal hier in Österreich gemacht wurde, sondern auch in Deutschland, wie Sie wissen: A400M.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist eine andere Frage. – Wir wenden uns jetzt der Entwicklung der **Lieferfristen** zu.

Aus der Perspektive des März 2003 war schon klar, dass ein Vertragsunterzeichnungszeitpunkt mit 1. Juli angepeilt wird. So weit, so gut; das geht auch aus den Akten hervor, da muss ich Sie nichts fragen.

Gleichzeitig geht aber aus den Unterlagen hervor, dass aus einem bestimmten Vertragsunterzeichnungszeitpunkt eine bestimmte Frist seitens des Anbieters resultiert, nach der dann geliefert werden kann. Das ist auch nachvollziehbar, denn so ein Ding

kauft man ja nicht vom Regal. Haben Sie eine Erinnerung aus Ihren Gesprächen und Diskussionen zu Beginn Ihrer Amtszeit, welche Zeitspanne zwischen Vertragsunterzeichnung – wann auch immer; geplant war schon der 1. Juli – bis zum Eintreffen der ersten Flugzeuge vorgesehen war? Das war nämlich nicht der Mai 2007. So viel darf ich Ihnen schon verraten.

Günther Platter: Das Erste, was die Unterfertigung des Vertrages betrifft beziehungsweise den Zeitraum der Verhandlungen: Diese Befristung wurde auf Grund der Wahl und so weiter dann auf unser Ersuchen hin verlängert. Ich glaube, es hat nach meiner Erinnerung einmal eine Befristung bis Februar gegeben und dann diese Befristung bis Juli 2003. Das ist das Erste.

Aber das Zweite, auf das Sie hinaus wollen, ist die Lieferfähigkeit der Eurofighter GmbH. Noch einmal: Für mich war es – ich habe das dem Herrn Kollegen Kräuter schon gesagt – **Faktum**, als ich Verteidigungsminister wurde, dass die Lieferung im Jahre 2007 gemacht wird auf Grund ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist jetzt interessant, weil das war die Frage: März/April, und Sie sagen, da war schon Fakt, dass erst 2007 geliefert werden soll.

Günther Platter: Ich beziehe mich hier auf das Regierungsprogramm, und das Regierungsprogramm sagt aus, dass in der Legislaturperiode, in der gesamten Legislaturperiode der Ankauf nicht budgetwirksam sein wird. Das war für mich ein Faktum. Und wann dann der konkrete Zeitpunkt war, als diese Lieferfrist mit 2007 definiert wurde, das kann ich Ihnen nicht mehr genau sagen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Also aus unseren Aktenrecherchen geht hervor, dass ursprünglich an 30 Monate gedacht war – da schwanken die Angaben zwischen 28 und 31 Monaten – und dass danach durchaus hätte geliefert werden können.

Die Frage ist jetzt nach dem **Sollen**. Denn: Wir verfolgen ja hier eine These, die so aussieht: In Wahrheit haben die einen nicht liefern lassen wollen und die anderen nicht liefern können. Das steckt dahinter! Da haben sich zwei getroffen, und die Gewichtung dieser Frage ist dann sekundär.

Nur: Was das korrekte Verhalten des Anbieters betrifft, so interessiert uns natürlich diese Lieferunfähigkeits-/Fähigkeitsfrage sehr.

Ich muss Ihnen vorhalten, dass im Verteidigungsministerium Diskussionen waren, auch veraktet – Bericht: Kabinett an den Herrn Bundesminister für Finanzen –, dass aus produktionstechnischen Gründen ...

Also eigentlich wäre der Jänner 2006 geplant gewesen. Das war jetzt genau Jänner, mit 30, 31 Monaten. Geplanter Vertragsunterzeichnungszeitpunkt: 1. Juli 2003.

Und jetzt schreibt das Kabinett an den Minister: Aus produktionstechnischen Gründen halten wir bei einer ersten Lieferung im Mai 2007.

Sie haben keine Erinnerung daran?

Günther Platter: Noch einmal: Was die Lieferfähigkeit betrifft, ist es ja so, dass Eurofighter an andere Nationen bereits ab dem Jahre 2004 geliefert hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nein, das meine ich nicht. Ich meine, ob Sie eine Erinnerung daran haben, dass man auch in Ihrem Haus im Übrigen – darauf werden gleich kommen – Anfang März 2003 noch von einem Lieferstart Jänner 2006 ausgegangen ist. Wenn Sie davon nichts wissen, dann wissen Sie eben nichts davon. Das ist ja ganz einfach.

Günther Platter: Faktum ist, dass in dieser Legislaturperiode die Budgetwirksamkeit nicht gegeben ist. Und es war auch Aussage des Finanzministers, dass das zusammenhängen muss: Lieferung und Bezahlung. Deshalb ist das Jahr 2007 definiert worden. – Und diese Situation ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Zur Lieferung und Bezahlung war zu diesem Zeitpunkt noch durchaus das Verständnis auch im Finanzministerium, dass man das aufspalten könnte. Das alleine kann es also nicht gewesen sein. Aber dazu will ich Sie nicht weiter befragen.

Wie haben Sie als Verteidigungsminister darauf reagiert, als sich herausstellte, dass das erst im Mai 2007 sein soll? Eigentlich hätten Sie ja ein Interesse daran haben müssen, dass das möglichst früh verfügbar ist. – Wie haben Sie sich hiezu verhalten?

Günther Platter: Ein Verteidigungsminister hat natürlich Interesse daran, dass so rasch wie möglich ein Gerät zur Verfügung steht. Aber nur war klar, dass durch diese Verschiebung, die auf Grund des Regierungsprogramms klar evident war und definiert war, eine Zwischenlösung ohnehin notwendig war. Deshalb war es dann nicht mehr relevant, ob die Lieferung im Sommer 2006 oder dann im Jahre 2007 kommen wird, da sind ja nur einige Monate dazwischen. Und die Zwischenlösung musste sowieso gemacht werden.

Sie wissen ja alle, dass hier eine ausgezeichnete Zwischenlösung gewählt wurde, die sehr sensibel auch nach dem Grundsatz, auf dem Boden der Sparsamkeit gemacht wurde.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie bleiben also bei Ihrer Aussage, dass ausschließlich die **budgetrelevanten Zahlungsumstände** für diesen Zeitpunkt ausschlaggebend waren?

Günther Platter: Das ist in meiner Erinnerung. Und in meiner Erinnerung ist ganz eindeutig, dass es darum gegangen ist, dass das, was wir im Regierungsprogramm versprochen haben, letztlich natürlich auch eingehalten wird.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Gut. Das ist dann auch abgehakt.

Ich erkläre nur abschließend dazu, wenn sich nämlich ein Teil davon bewahrheitet, dass auch aus produktionstechnischen Gründen verschoben werden musste, und Zusatzkosten der Zwischenlösung anteilmäßig gerechnet werden dürften, dass dann nur die Hälfte der Zwischenlösungskosten von 35 Millionen € einen Bietersturz hervorgerufen hätte. – Das nur als Anmerkung für das Protokoll, weil wir uns das genau durchgerechnet haben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Habe ich das jetzt richtig verstanden: Sie haben einen Bietersturz unterstellt!?

Herr Minister, meines Wissens hat es **keinen Bietersturz** gegeben, auch wenn man die anderen Anbote berücksichtigt hätte. (*Abg. Mag. Kogler: Na wenn man Kosten der Zwischenlösung einrechnet! Das habe ich jetzt gemeint!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Kogler, die Verteidigung ist am Wort!

Günther Platter: Die offensive Verteidigungspolitik. – Nur damit das eindeutig und klar ist, und auch auf die Gefahr hin, dass der Name **Rechnungshof** vermutlich nicht so gewünscht ist: Aber es hat der Rechnungshof selber noch Simulationsberechnungen durchgeführt und ist selbst zu dem Ergebnis gekommen, dass es keinen Bietersturz gegeben hat.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, wie teuer eine Zwischenlösung mit SAAB-Gripen geworden wäre?

Günther Platter: Das war natürlich eine schwierige Situation, mit der ich dazumal zu tun hatte, denn ich musste relativ rasch eine Zwischenlösung machen. Mir sind im Haus – da hat es auch einige Besprechungen gegeben – Vorschläge für eine Zwischenlösung gebracht worden für einen Überbrückungszeitraum von vier Jahren um rund 200 Millionen € und mehr.

Es ist mir dann gelungen – ich habe mich in dieser Frage auch persönlich sehr stark eingebracht –, eine Zwischenlösung zustande zu bringen mit der Schweiz, mit den F-5, um einen Gesamtbetrag, auch inklusive Treibstoff, von 75 Millionen €. Und meine letzte Information, als ich noch Verteidigungsminister war, ist, dass diese Zwischenlösung sogar unter 75 Millionen € gemacht wird.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist bereits das nächste Beweisthema. (*Günther Platter: Weil darauf hingewiesen wurde!*) Ja, eben.

Gibt es noch Fragen, Frau Kollegin Fekter?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ja, bezüglich des **Einredeverzichtes**.

In der Finanzierungsconstellation hat die BAWAG Eurofighter vorfinanziert. Eurofighter hat die Kaufpreiszahlung, die wir leisten müssen, an die BAWAG abgetreten, sodass wir schuldbefreiend nur mehr an die BAWAG zahlen können. Dafür gibt es gegenüber der BAWAG einen Einredeverzicht.

Ist diskutiert worden, dass das Risiko der Republik sozusagen minimiert ist, weil alle Rechte, die wir gegenüber Eurofighter haben, wie Gewährleistung, Haftung, aufrechtbleiben?

Günther Platter: Selbstverständlich hat es da eine Abwägung gegeben: einerseits Einredeverzicht, Ersparnis rund 100 Millionen €, und andererseits Risiko. Diese Abschätzung hat es gegeben. Gerade auf Grund der Tatsache: großes Einsparungspotenzial, aber auch, dass es Erfahrungen von anderen Nationen gibt, wie der Bundesrepublik Deutschland, mit dem Kauf von **A 400 M**, und er diese drei Netze braucht, die hier eingezogen sind, damit das Risiko wirklich komplett minimiert werden kann, die Gewährleistung – Gewährleistung ist ja eine gesetzliche Angelegenheit, die zwei Jahre – und zusätzlich noch die Garantie von einem Jahr. Zum zweiten die Haftungserklärung von den vier großen Betreibern, die wir ja heute schon diskutiert haben. Aber auch die Bankgarantie: Wenn zum Zeitpunkt der Rate keine geldwerte Leistung erbracht wird, dass es diese Bankgarantie gegeben wird. So sind diese drei Netze eingezogen worden.

Resümee war dann, dass auf Grund der gesamten Betrachtung und der Tatsache, dass man 100 Millionen € hier ersparen kann, diese Finanzierungsform des Einredeverzichtes genommen wurde-

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bei der Bankgarantie heißt das: Wir bekommen von Eurofighter eine Bankgarantie für jene Rate, die wir an die BAWAG zahlen müssen. Das heißt: Steht dem keine Leistung gegenüber, dann können wir über die Bankgarantie das Geld sofort zurückverlangen. – Ist das richtig?

Günther Platter: Das ist richtig.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, auch wenn wir an die BAWAG auf Grund des Einredeverzichtes zahlen müssen, hat die Republik null Risiko, weil Sie das Geld über die Bankgarantie sofort zurückbekommt.

Günther Platter: So ist es.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Die Bankgarantien sind jeweils immer nur im Hinblick auf die einzelnen Ratengeschäfte gemacht worden. Das heißt: Immer die Rate, die wir an die BAWAG zahlen, dafür kriegen wir eine Bankgarantie.

In den Unterlagen, die uns zur Verfügung stehen, haben wir dafür das ausschlaggebende Formular. Ist Ihnen bekannt, ob diese Bankgarantie für die ersten Raten, die wir ausbezahlt haben, unterfertigt worden sind?

Günther Platter: Ich glaube, es müsste so sein, aber das weiß ich nicht; ich bin doch schon längere Zeit nicht mehr Verteidigungsminister.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Danke. – Wir werden Herrn Ministerialrat Wall fragen, ob die Bankgarantien auch ordnungsgemäß unterfertigt wurden.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte noch einmal zum Punkt 4 in der Klausel zurückkehren. – Es ist ohnehin im Protokoll. Es ist, glaube ich, ein Halbsatz von Ihnen gewesen, Herr Minister.

Kann es sein – Sie haben sich wahrscheinlich zu diesem Punkt beraten lassen –, dass man Ihnen gesagt hat: Das ist ur-super, da kann der Bieter niemanden bestechen!

Ist es möglich, dass man Ihnen das so dargestellt hat? Denn: So habe ich es eigentlich verstanden, wie Sie in der ersten Reaktion auf diese Klausel reagiert haben?

Günther Platter: Noch einmal: Ich kenne nur diese eine Formulierung, und diese Formulierung ist Gegenstand des Vertrages. Und jetzt hier Interpretierungen zu machen ... – Wenn es eine andere Formulierung gegeben hätte – Herr Kollege Pilz hat dazu schon gefragt, wie ich das einschätze –, dann hätte ich mich juristisch beraten lassen. Aber das war nicht der Fall! Es hat nur diese eine Formulierung gegeben, somit war das Vertragsgegenstand.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können wir an diesem Punkt festhalten, denn da gibt es eine kleine Unklarheit: Welche Variante ist Ihnen persönlich bekannt geworden: die mit der Ziffer 4, also der Schmiergeldklausel, oder die **ohne** Ziffer 4?

Günther Platter: Jene, die Vertragsgegenstand ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die mit Ziffer 4; die ist Vertragsgegenstand.

Günther Platter: Jene, die Vertragsgegenstand ist. Nur: Ich muss auch sagen, das ist so lange her.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist damit hinreichend klar.

Ich ersuche jetzt nur um Folgendes: Auf die Frage nach Vermutungen und darauf, was hätte und so weiter, haben wir durchaus verständlicherweise bis jetzt keine Antworten erhalten. Ich habe schon einmal auf mögliche Wiederholungen bei dem Thema „Schmiergeldklausel“ hingewiesen.

Bitte, fortzusetzen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Vorsitzender, das war sehr wichtig, was wir gemeinsam herausgearbeitet haben, dass offensichtlich dem Minister gar **nicht klar war**, welche Klausel eigentlich dann in dem Vertrag drinnen war, den er unterschrieben hat. Daher ist es für mich eigentlich klar, dass man wahrscheinlich bei ihm den Eindruck erweckt hat, es ist eine Verhinderung, dass solche Dinge passieren. Das erklärt auch seine stereotypen Formeln: sauber, transparent und so weiter.

Daher wollte ich da noch einmal anknüpfen, Herr Minister!

Wenn jetzt klar wird, dass diese Klausel und diese Veränderungen vollkommen unter der Tuchtent sich befanden und nicht einmal Sie als zuständiger Chef und Verhandler das gewusst haben, kann man da noch immer – auch angesichts dessen, dass keiner von den fünf entscheidenden Ministern damals bei dem berühmten Frühstück gesagt hat, wer für den Eurofighter ist – von Transparenz sprechen?

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Kräuter, wir sind da wirklich im Bewertungsbereich. Falls ein Mitglied des Ausschuss glaubt, dass der Minister jetzt weinend sich selbst anklagen wird, dann bitte ich, diese Chance zu nützen. Momentan deutet aber nichts darauf hin.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Die Frage ist nur, ob man das noch als **transparent** – oder dann wohl doch **nicht mehr** als transparent bezeichnen kann?

Günther Platter: Ich würde wirklich darum ersuchen, dass meine Aussagen, die ich in diesem Zusammenhang bereits getätigt habe, als gegeben betrachtet werden. Laut meiner Information, die ich erhalten habe, laut meinen Informationen von der begleitenden Kontrolle kann ich nur sagen, dass es transparent und sauber über die Bühne gegangen ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Gehen wir zum Thema **Zwischenvermittler**. Es ist, glaube ich, allen Anwesenden klar, dass es bei Waffengeschäften aller Art Zwischenvermittler gibt. Das wird Ihnen wohl geläufig sein, auch aus Ihrer Zeit als Minister, bei Munitionkauf oder so etwas?

Günther Platter: Nochmals: Ich habe nie selber Verhandlungen durchgeführt. Zudem gibt es die Experten im Haus. Es ist **nicht** die Aufgabe eines Ministers, direkte Verhandlungen mit Unternehmungen zu führen, oder wenn es auch notwendig ist, von Vermittlern, die für eine Firma tätig sind. Das ist nicht Aufgabe des Ministers. Deshalb in diesem Zusammenhang jene zu befragen, die die Verhandlungen geführt haben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Worauf ich hinaus will: Herr **Steininger** ist eine Zentralperson in der ganzen Untersuchung. (*Günther Platter: Ich kenne ihn aber nicht!*)

Im Jahre 2004 hat es aber n Ihrer Zeit gleich drei Beschaffungen gegeben, und da wollte ich Sie fragen, ob Sie diese Beschaffungen überhaupt kennen, denn die hat nämlich auch Herr Steininger vermittelt. Ich würde Ihnen das gerne vorlegen.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück zur Einsichtnahme vorgelegt. – Abg. Dr. Fekter: Welches Beweisthema betrifft das?*)

Selbstverständlich das, das zur Debatte steht, Frau Kollegin (*Abg. Dr. Fekter: Bei Ihnen ist das nicht selbstverständlich, Sie nehmen es mit der Wahrheit nicht so genau!*), denn es geht ja um die Rolle von Herrn Steininger.

Günther Platter: Das glaube ich zwar nicht. Da (*unter Hinweis auf das ihm vorgelegte Schriftstück*) geht es um das Jahr 2004, was ich hier jetzt sehe. Das ist aber überhaupt nicht im Zusammenhang mit der Luftraumüberwachung, was ich jetzt hier sehe.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber darum geht es auch nicht. Es geht um die Rolle von Vermittlern. Ich wollte nur wissen, ob Ihnen überhaupt diese Beschaffungen klar sind? (*Abg. Dr. Fekter: Das hat er schon gesagt, dass er Steininger nicht kennt!*)

Günther Platter: Das hören Sie wieder nicht gerne: Erstens einmal ist das **nicht** Gegenstand dieses Beweisbereiches. Und der zweite Punkt ist, dass Sie mir hier eine Unterlage über Beschaffungen geben, die **nicht** mit der Luftraumüberwachung zu tun

hat, zum Beispiel: **2000 BILL**, dann **PAR 66** und **Ulan**. Ich glaube nicht, dass das Gegenstand dieser ...

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Minister, das ist eine Unterlage, die diesem Untersuchungsausschuss, weil er diese Unterlage angefordert hat, gestern zugegangen ist. (*Abg. Dr. Fekter: Aber er kennt den Steininger nicht!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir haben jetzt die mehrfache Antwort auf eine mehrfache Frage, ob Herr Platter Herrn Steininger kennt und mit ihm was zu tun hatte. Das ist mehrfach mit einem Nein beantwortet worden.

Zweitens gibt es einige sonstige Geschäfte. Das Einzige, was noch offen sein könnte – aber da müsste man den Zusammenhang dann herstellen –, ist, ob der damalige Verteidigungsminister über die Tätigkeit vom Herrn Steininger in diesem Zusammenhang mit diesen – ich formuliere es einmal vorsichtig so – „Pimperlgeschäften“ irgendetwas zu tun hatte.

Mich würde es sehr wundern, wenn der Minister die Vereinbarungen über den Verkauf von Knallmunition etwa persönlich bearbeitet.

Aber, bitte, jetzt einmal zumindest davon auszugehen, dass Herr Platter gesagt hat, er kennt Herrn Steininger nicht und hat mit ihm persönlich nicht zu tun gehabt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Die Frage ist jetzt nicht auf Herrn Steininger bezogen, sondern grundsätzlich: ob ihm klar ist, dass es bei Geschäften Zwischenvermittler gibt? (*Abg. Dr. Fekter: Das ist ein Firmenvertreter von Bofors!*)

Günther Platter: Ich habe x-mal gesagt, dass der Minister nicht der direkte Verhandler ist und dass das unter der Ebene des Ministers durchgeführt wird. Die Ministerverantwortung ist, dass alles genau kontrolliert wird. Und das wurde im Zusammenhang mit Luftraumüberwachung gemacht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich wollte nur wissen, ob es Ihnen klar ist, dass es bei Waffen Vermittler gibt? Aber Sie wollen es nicht beantworten. Ich muss es so zur Kenntnis nehmen.

Günther Platter: Ich möchte aber nur sagen: Es gibt Makler für Wohnungskauf, für Grundstückskauf und so weiter. Das nur aus meinem normalem Verständnis heraus: Es gibt so etwas.

Aber noch einmal: Das ist eine Ebene **unter** dem Minister. (*Abg. Dr. Fekter: Der Firmenvertreter Steininger war Bofors-Vertreter!*)

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja. Aber das erstaunt mich so gravierend: Sie wissen, dass es bei Wohnungskäufen Zwischenvermittler gibt, aber als Verteidigungsminister wollen Sie es bei Waffengeschäften nicht wissen.

Zur **Pilotenausbildung:** Im Vertrag wäre das an sich inkludiert und vereinbart, und da hat sich das dann maßgeblich verändert.

Welche Wahrnehmungen haben Sie da eigentlich, was die Pilotenausbildung betrifft?

Günther Platter: Diese Wahrnehmung habe ich natürlich. Es ist – aber nageln Sie mich nicht fest auf hundertprozentig genaue Summen – meiner Erinnerung nach ein Paket von zirka 6 Millionen € für die Pilotenausbildung im Vertrag vorgesehen. Das ist einerseits diese vertragliche Maßnahme, dass die Techniker beziehungsweise vor allem die Piloten diese Grundausbildung bei der Eurofighter GmbH bekommen. Aber worauf Sie vermutlich jetzt hier eingehen, ist die Pilotenausbildung bei der „Referenzluftwaffe“ der Bundesrepublik Deutschland. Das wird dort durchgeführt. Es macht großen Sinn, dass die Techniker und die Piloten hier das gesamte Know-how

erfahren, aber auch darüber hinaus den militärischen Einsatz erproben, damit die Piloten und die Techniker für den Einsatz bestmöglich vorbereitet sind.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, es hat sich eigentlich verändert von der ursprünglichen Ausgangslage.

Wann ist das eigentlich abgeschlossen worden, und welche Zusatzkosten gibt es da bei dieser Vereinbarung der Ausbildung?

Günther Platter: Noch einmal: Nach meiner Erinnerung ist es darum gegangen, dass sich die Eurofighter GmbH darum kümmert, dass die Ausbildung der Piloten gut funktioniert. Das ist aber meine Erinnerung!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber Sie müssen sich in Ihrer Zeit als Minister um Kostenentwicklungen Gedanken machen. Nicht so leicht herauszuarbeiten war, was die Reduktion von zwei Standorten auf einen betrifft. Das sind wir nicht auf einen grünen Zweig gekommen, ob das eher vom Finanzministerium oder Verteidigungsministerium ausgegangen ist.

Wie war es bei der Pilotenausbildung? Da hat es auch Veränderungen gegeben.

Günther Platter: Bei der Pilotenausbildung war es so, dass die Pilotenausbildung – noch einmal: nicht die Grundausbildung, sondern die spezielle Ausbildung im militärischen Einsatz – von der „Referenzluftwaffe“ der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt wird. Hier gibt es auch die dementsprechenden Vereinbarungen. Und ich meine, es macht absolut Sinn, dass die Piloten dort die Ausbildung machen, wo der Eurofighter bereits schon im Einsatz ist.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Letzte Frage in dieser Runde: Macht es auch Sinn, dass ein Herstellerland bei der Güteprüfung, bei der Über- oder Abnahme federführend tätig sein wird?

Günther Platter: Ich weiß nicht, worauf Sie jetzt hinauswollen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wie war – und das ist sehr wichtig, wenn Flugzeuge kommen – die Güteprüfung, die Abnahme gewissermaßen, ursprünglich organisiert?

Günther Platter: Die Zusammenarbeit mit Deutschland ist sehr intensiv, das ist mir bekannt. Das ist wichtig und gut so, weil wir nicht nur bei der Erprobung beziehungsweise letztlich bei der Ausbildung, sondern auch im Einsatz zusammenarbeiten. Es sind verschiedene sinnvolle Zusammenarbeitsformen gesucht worden.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ist es richtig, dass sich EADS eine Veränderung der Güteprüfung gewünscht hat?

Günther Platter: Das ist nicht in meiner Erinnerung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Zunächst zu dieser Bankgarantie, Herr Bundesminister! Ich habe mir jetzt diese Passage extra kommen lassen: Diese Bankgarantien, die von Eurofighter zu stellen sind, decken nur den Fall der sogenannten Zug-um-Zug-Problematik, das heißt: hier Ratenzahlung – hier Teilleistung, also sukzessive die Zug-um-Zug-Leistungserbringung ab. Alle anderen Fälle, insbesondere die gesamte Garantieproblematik, die gesamte Problematik einer allfälligen Vertragsnichtigkeit, sind durch diese Bankgarantien **nicht** erfasst. Das halte ich ausdrücklich fest, und wenn Sie mir jetzt dazu etwas sagen wollen, biete ich die Möglichkeit an.

Günther Platter: Diese Frage des Einredeverzichts ist vom Finanzministerium behandelt worden. (Abg. Mag. **Stadler:** *Nein, wir reden jetzt von der **Bankgarantie!***)

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist jetzt nicht unerheblich, denn es soll nicht der Eindruck entstehen, dass die Frage der Kollegin Fekter dahin gehend falsch beantwortet worden ist, dass der Eindruck erweckt worden ist, die Bankgarantie kompensiere den Einredeverzicht zu 100 Prozent. (Abg. Dr. **Fekter:** *Na sicher!* – Abg. Mag. **Stadler:** *Das genau ist eben **nicht** der Fall!*)

Nein, das ist ganz offensichtlich. Wir alle kennen die Unterlagen genau: Das kompensiert nur einen Randbereich, und alles andere ist offen. (Abg. Mag. **Stadler:** *Und zwar die Zug-um-Zug-Leistungsproblematik!* – Abg. Dr. **Fekter:** *Die jeweilige Rate!*)

Ich ersuche Herrn Platter, das so zu beantworten, dass auch im Hinblick auf die Akten hier kein falscher Eindruck entsteht.

Günther Platter: Ich möchte nicht, dass ein falscher Eindruck entsteht, ich möchte nur sagen, was meine Information dazu ist. Nochmals: einerseits Zuständigkeit Finanzministerium, Verhandlung von den Beamten des Finanzministeriums, andererseits handelt es sich meiner Erinnerung nach hier um die Rate ... (Abg. Mag. **Stadler:** *Im Zusammenhang mit der Zug-um-Zug-Leistungserbringung!*)

Günther Platter: Meiner Erinnerung nach eine Rate; dass, wenn keine geldwerte Leistung gegeben wurde, die Bankgarantie geltend gemacht wird.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, aber das löst nicht die Garantie-Problematik, die durch den Einredeverzicht nämlich voll erfasst ist. (Abg. Dr. **Fekter:** *Na sicher!*) – Das ist ja nicht wahr!

Günther Platter: Da würde ich ersuchen, dass sich die Experten damit auseinandersetzen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Die juristisch unhaltbaren Zwischenrufe der Dame in Rosa bitte nicht ins Protokoll aufzunehmen! Ich habe die Frage an den Herrn Bundesminister gerichtet – und nicht an die Dame in Rosa.

Obmann Dr. Peter Pilz: Da riskierst du aber den Zwischenruf: **der Herr in Braun!** – Bitte, da vorsichtig zu sein!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich ziehe mich um, wenn du so weitermachst, Herr Vorsitzender.

Gehen wir der Reihe nach vor, Herr Bundesminister: Sie haben gesagt, Sie haben sich über die Entwicklungen und die Verhandlungen informieren lassen. Daher würde mich interessieren, ob Sie informiert wurden über die Abweichungen zwischen dem, was im Vertrag steht – den Sie angeblich gelesen haben –, und dem, was ursprünglich im Angebot verlangt wurde. Haben Sie sich über diese Abweichungen informieren lassen?

Günther Platter: Ich habe bereits erklärt, wie dieses Verfahren stattfindet. Bei diesem Verfahren – das verstehen Sie zu 100 Prozent; das möchte ich Ihnen niemals unterstellen, dass Sie nicht genau wissen, wie dieses Verfahren abgelaufen ist – ist es darum gegangen, dass wir bestimmte Leistungen abgefragt haben. Die Leistungen sind angeboten worden, und dann kam die Typenentscheidung. Das ist der Bereich des Wettbewerbsteiles. Es sind die Leistungen angeboten worden, und dann kam die Typenentscheidung durch die 33-köpfige Kommission und dergleichen mehr. Danach gab es den Verhandlungsteil.

Da ist es darum gegangen: Was rufen wir jetzt ab? Was braucht Österreich für die Luftraumüberwachung, damit wir einen Eurofighter zur Verfügung haben, der speziell konfiguriert ist für den Aufgabenbereich und die Aufgabenstellung hier in Österreich?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Daraus schließe ich jetzt, das erinnert mich an die Art und Weise der Beantwortung der Fragen im anderen Untersuchungsausschuss durch die Organe der Finanzmarktaufsicht, die haben auch derart herumargumentiert, bis wir dann herausgefunden haben, dass sie den Bericht der Nationalbank nicht gelesen hatten. Bei Ihnen stelle ich immer deutlicher fest, dass Sie den Vertrag nicht gelesen haben, insbesondere haben Sie ihn nicht verglichen mit der Ausschreibung.

Ich halte Ihnen jetzt folgende fünf Belege vor. Erster Beleg: Was sind Vertragsdokumente? – In der Ausschreibung wurde von Ihrem Ministerium, allerdings noch unter der Verantwortung Ihres Vorgängers, verlangt, was alles Vertragsdokument zu sein hat, nämlich: Angebotseinholung, Angebote des Bieters, der gesamte Schriftverkehr bis zum Zustandekommen des Vertrages. Im Vertrag selbst – über Forderung von Eurofighter, die sagen: Nein, das machen wir nicht! – findet sich darüber überhaupt nichts mehr, sondern es gibt auf einmal nur mehr zwei Hauptkunden, die Vertragsdokumente. (*Günther Platter: Was?*)

Erstens: die Ausschreibung des Verteidigungsministeriums. – Ich bringe Ihnen fünf Belege für eklatante Widersprüche zwischen Ausschreibung – Verteidigungsministerium – und dem, was dann in den Vertrag hineingekommen ist. Das ist noch der harmloseste Teil, dass das Verteidigungsministerium gesagt hat, integrierender Bestandteil des Vertrages wird die Angebotseinholung des Ministeriums, das Angebot des Bieters, der gesamte Schriftverkehr ab Angebotseinholung bis zum Zustandekommen des Vertrages sein. Daraufhin sagt Eurofighter: Nein, das machen wir nicht, das wollen wir nicht!; steht im Angebot drin. Daraufhin wird es nicht gemacht. Es gibt dann noch einen Vorgang, über den uns Herr Wallner extra Auskunft geben muss; darüber dürfte er Sie wirklich nicht informiert haben.

Zweitens: die Garantie. Garantie – steht in der Angebotseinholung –: 24 Monate, im Vertrag steht: 12 Monate; da wird auf einmal halbiert.

Nächster Punkt: Überwachung und Einsichtsmaßnahmen durch das BMLV. Das BMLV verlangt in der Ausschreibung zu Recht – übrigens, andere Bieter haben es gewährt –: volle Information im Werk. Daraufhin teilt Eurofighter im Angebot mit: Nein, das kommt überhaupt nicht in Frage, sondern das kann nur in Form von formellen Amtshilfeverfahren der Republik Österreich an die vier Core Nations gehen, nämlich an Italien, Großbritannien, Spanien und Deutschland. Daraufhin findet sich bei Vertragsschließung überhaupt nichts mehr von Überwachungsmaßnahmen.

Viertes Beispiel: Welche Kosten sind von wem zu übernehmen, und wer hat welche Kosten im Falle des vorzeitigen Zurücktretens vom Vertrag nachzuweisen? – Eurofighter sagt: Ihr müsst alle Mehrkosten tragen! Der Vertrag besagt: Jawohl, die Republik Österreich trägt auf einmal alle Mehrkosten.

Letzter Punkt: Zahlungsbestimmungen. In der Ausschreibung ist enthalten die Zahlungsvariante 2, genau aufgegliedert, was man hier anzubieten hat, und am Schluss sagt Eurofighter – und das ist das Hauptproblem, darauf kommen wir noch extra zu sprechen –: Wir bieten folgende Zahlungsvarianten an: eine Zahlungsvariante 1 und eine Zahlungsvariante 2. Eurofighter sagt – ich zitiere wörtlich –: Eine Zahlungsvariante, wie hier gefordert, ist in unserem Angebot nicht enthalten – das hat man also gewusst, dass das nicht so ist, obwohl es die anderen, die Schweden, machen mussten; deshalb sind die Schweden dann bei der Variante 9 Jahre, 18 Halbjahresraten auf einmal ins Hintertreffen geraten –, da bei einem

solchen Mittelabfluss, der nicht dem Kostenanfall entspricht, wirtschaftlich nicht zu vertretende Finanzierungskosten entstehen würden.

Das heißt nichts anderes als: Wenn ihr das haben wollt, dann macht es selber, dann zahlt es selber! Die anderen haben es angeboten, wie es in der Ausschreibung verlangt wurde, Eurofighter hat gesagt: Das interessiert uns nicht, das zahlt gefälligst selbst, das sind nicht zu vertretende Finanzierungskosten.

Das sind fünf essentielle Beispiele, wie das Angebot und der Vertrag in eklatantem Widerspruch zueinander stehen.

Jetzt möchte ich Sie noch einmal fragen als Minister, der sich angeblich laufend hat informieren lassen: Haben Sie sich über die Widersprüche, die nicht auflösbaren Widersprüche zwischen Angebot und letztlich Vertragsurkunde informieren lassen, ja oder nein?

Günther Platter: Nochmals: Ich bin laufend informiert worden über die relevanten Teile.

Zum Zweiten: Als ich Verteidigungsminister wurde, lag bereits ein Vertragsentwurf vor, der großteils ausverhandelt war, und es ging dann eigentlich noch darum, anhand dieses Vertragsentwurfes – ich glaube, das waren 2,160 Milliarden € oder so ungefähr (*Abg. Mag. Kogler: 2,167, ja!*), 2,167 Milliarden € – noch Reduktionen durchzuführen. Das haben wir gemeinsam gemacht, einerseits durch Finanzierungsvarianten, wodurch zirka 100 Millionen € eingespart worden sind, und zum Zweiten durch Leistungsreduktionen von zirka 100 Millionen €, und damit kommen wir letztlich auf diesen Betrag von 1,959 Milliarden €. Das waren jene Maßnahmen, die unter meiner Ära durchgeführt wurden.

Weiters ist es so, dass alles geprüft wurde – und seitens des Rechnungshofes gibt es keine Beanstandungen, deshalb gehe ich davon aus, dass das alles sauber über die Bühne gegangen ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich schließe daraus, dass Sie sich eine Gegenüberstellung von Angebot und dem, was sich vom Angebotserfordernis alles nicht im Vertragstext findet, nie haben vorlegen lassen.

Günther Platter: Ich habe mich über alle relevanten Teile informieren lassen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Heißt das, dass Sie diesen Widerspruch gekannt haben, oder heißt das, dass Sie ihn nicht gekannt haben?

Günther Platter: Mir sind nicht alle Gespräche, die durchgeführt wurden, in Erinnerung. Ich glaube, dass wir insgesamt 30 Sitzungen gehabt haben, und ich bitte um Verständnis – das ist jetzt vier Jahre her –, dass ich nicht alles genau wissen kann.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann frage ich Sie im Detail: Wurde Ihnen im Rahmen des detaillierten Informationsflusses mitgeteilt, dass Eurofighter es ablehnt, die geforderten Überwachungs- und Einsichtsmaßnahmen durch das BMLV im Werk durchführen zu lassen, sondern sagt, das könnte nur im Wege der Amtshilfe an die vier Core Nations gemacht werden? Wurde Ihnen das mitgeteilt?

Günther Platter: Wie gesagt, da gilt meine prinzipielle Aussage: Es hat ungefähr 30 Besprechungen gegeben – dass ich mich jetzt, vier Jahre danach, an alles erinnern kann, das ist nicht möglich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist nicht ganz unerheblich; das ist von einer gewissen Bedeutung. Ich könnte Ihnen jetzt die Texte vorlesen. In der Ausschreibung wird detailliert verlangt, welche Kontrollmaßnahmen, Überwachungsmaßnahmen und Einsichtsmaßnahmen dem BMLV zustehen sollen;

das ist so ein nicht verhandelbarer Teil der Angebotseinholung gewesen. Andere haben sich daran gehalten, Eurofighter sagt: Da die Leistungen in den vier Core-Programm-Nationen Italien, Großbritannien, Spanien und Deutschland erbracht werden, möchten wir darauf hinweisen, dass die geforderte Überwachung et cetera nur im Rahmen von Amtshilfeverfahren durch die jeweilige nationale Behörde möglich ist. – Zitatende.

Das heißt: Ihr könnt euch brausen, nichts werdet ihr sehen in unserem Werk! – Das steht da drin.

Günther Platter: Ich kann Ihnen nur die Fakten sagen. Faktum ist und wird auch weiter sein, dass während der gesamten Produktion Leute vom Bundesministerium für Landesverteidigung mit dabei sind. Das heißt, während die Produktion durchgeführt wird, sind Leute von uns dabei, die begleitend dazu wiederum kontrollieren, dass alles genau gemacht wird; die Techniker sind anwesend. Ich glaube, das ist Beispiel genug, dass neben der begleitenden Kontrolle in Österreichischer Techniker den Produktionsstand und alle einzelnen Produktionssituationen begleitet haben. Das ist Faktum, das zählt letztlich.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Da geht es um viel mehr – Sie haben es wirklich nicht gelesen! Sie haben – das muss ich jetzt langsam zu Ihren Gunsten annehmen – den Vertrag wirklich nicht gelesen. Da geht es ja um viel mehr.

Günther Platter: Auswendig gelernt habe ich ihn natürlich nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bleiben wir beim Vertrag. Es hat einige kleinere Rabatte im Laufe der Verhandlungen gegeben. Meine Frage lautet: Jenseits dieser kleinen Rabatte – nennen Sie mir einen einzigen wesentlichen Punkt des Vertrages, in dem Eurofighter seine Position zugunsten der Republik Österreich geändert, also nachgegeben hat? Einen einzigen wesentlichen Punkt!

Günther Platter: Ich ersuche, diesbezüglich die Experten des Finanzministeriums zu befragen, die haben die Verhandlungen geführt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Jetzt wird es langsam ernst! Wir werden nämlich zu dem Punkt kommen, dass es nachweislich keinen einzigen Punkt bei den Vertragsverhandlungen gibt, wonach die Verhandlungen zugunsten der Republik Österreich ausgegangen sind. (*Abg. Dr. Fekter: Das stimmt ja nicht!*) – Und jetzt lese ich das entsprechende Dokument vor, bevor Kollegin Fekter ihre Stimme überstrapaziert:

Information für Herrn Staatssekretär Dr. Finz, verfasst von Hillingrathner und Schwarzenborfer am 30. März 2004, Bezug auf Vertragsverhandlungen: Rechnungshof stellt fest: Textänderungen beziehungsweise Ergänzungen insbesondere in den Bereichen Schadenersatzhaftung, Einredeverzicht sind nicht auf die Gesamtvertragsverträglichkeit geprüft worden und Nachteile gegenüber dem Ausgangstext. – Zitatende.

Das ist der Vorwurf vom Rechnungshof, und der ist schwerwiegend genug.

Jetzt kommt etwas, das ich in dieser Form überhaupt noch nie bei Vertragsverhandlungen gelesen habe, nämlich die Rechtfertigung des Finanzministeriums – ich zitiere –:

Die angesprochenen Themen werden aktenmäßig vom BMF behandelt und wurden im Zuge der Vertragsverhandlungen vom BMF im Gesamtkontext betrachtet und geprüft. – Und jetzt der Schlüsselsatz: – Die Durchsetzung sämtlicher Vertragswünsche des Bundes scheiterte am absoluten Widerstand des Vertragspartners. – Zitatende.

Das stellt offiziell das Finanzministerium fest.

Nicht die Durchsetzung aller Wünsche des Finanzministeriums, sondern des Bundes scheiterte, sämtliche Wünsche vom Landesverteidigungsministerium und vom Finanzministerium sind von Eurofighter kategorisch abgelehnt worden, und das haben Verteidigungsministerium und Finanzministerium zur Kenntnis genommen. – Das geht aus diesem Papier hervor; das ist ein offizielles Dokument des verhandlungsführenden Finanzministeriums. Jetzt frage ich Sie: Welchen Grund – wenn wir nicht an andere Gründe denken müssen, die bereits zu Beweisthema 7 gehören – gab es für die verhandlungsführenden Beamten und für die verantwortlichen Minister, in allen Punkten der Vertragsverhandlungen zugunsten der Firma Eurofighter nachzugeben? (Abg. Dr. **Fekter**: Das stimmt ja nicht! Wir haben eine Bankgarantie bekommen, wir haben eine ...!)

Günther Platter: Antwort – und ich werde auch etwas zitieren, das den Rechnungshof betrifft – darauf ist: Ich kenne dieses Papier nicht, bitte besprechen Sie das mit jenen, die dieses Papier verfasst haben! Es gibt viele Dokumente, und es ist niemals so, dass jeder Minister jedes Dokument kennt.

Es steht der Vorwurf im Raum, dass es von Eurofighter GmbH keine Preisreduktion gegeben hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass es einige kleinere Rabatte gegeben hat. Ich habe gefragt – nach dem, was der Rechnungshof beanstandet hat – nach irgendeinem wesentlichen Vertragsverhandlungserfolg. Ich habe extra darauf verwiesen, dass es hier nicht um die Rabatte geht.

Günther Platter: Herr Vorsitzender, wenn man sich das jetzt durchliest – ich zitiere –:

Der Rechnungshof stellt fest, dass die Firma Eurofighter Jagdflugzeug GmbH trotz der Reduktion der Stückzahl der Flugzeuge den Einzelstückpreis nicht erhöhte –

das war ja wichtig, was dann den Bietersturz betrifft –,

sondern diesen durch einen Preisnachlass um rund 5,87 Prozent verringerte. – Zitatende.

Das ist keine Bagatellangelegenheit, sondern das ist eine größere Angelegenheit.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist – und darauf werden wir zurückkommen – durch andere Erhöhungen kompensiert worden, aber ich bin nach wie vor bei dem Punkt, wo der Rechnungshof sagt: insbesondere in den Bereichen Schadenersatzhaftung, Einredeverzicht nicht auf Gesamtvertragsverträglichkeit geprüft und Nachteile gegenüber dem Ausgangstext.

Ich habe mir das angesehen. Da gibt es einen Ausgangstext, von dem ausgegangen wird, dann wird ein Jahr verhandelt, und in allen Punkten – nicht in einzelnen! –, in allen Punkten ist das Verhandlungsergebnis schlechter als der Ausgangstext.

Und was schreibt der Rechnungshof in Bezug auf das Finanzministerium? Ich wiederhole es gern: Die Durchsetzung sämtlicher Vertragswünsche des Bundes scheiterte am absoluten Widerstand des Vertragspartners.

Ich frage Sie noch einmal: Gibt es einen einzigen Vertragswunsch, den das Bundesministerium für Landesverteidigung in den Verhandlungen durchgesetzt hat, oder stimmt das, was hier dem Finanzstaatssekretär von seinen Beamten berichtet wird?

Günther Platter: Antwort noch einmal: Ich kenne diese Unterlage nicht, deshalb kann ich das nicht bewerten.

Zum Zweiten: Wenn Sie hier behaupten, dass Eurofighter GmbH keinen Wunsch erfüllt hat, dann frage ich, warum es laut Rechnungshofbericht, Seite 15, eigentlich zu einer Preisreduktion von 5,87 Prozent gekommen ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Platter, wir kommen auf die sogenannten Preisreduktionen noch zurück. Das Kapitel **Rechenkunst** wird noch ein weiterer Verhandlungspunkt sein; da gibt es Akten, die wir auch noch nicht erwähnt haben, und darauf komme ich später zurück.

Verhandelt wurde etwa die Aufrüstung von Tranche 1 auf Tranche 2. Wer trägt die Kosten für die Umrüstung von Tranche 1 auf Tranche 2?

Günther Platter: Ich habe bereits einige Male geantwortet, dass die Kosten im Vertrag V 1 und V 2 die Tranche 2 betreffen, und deshalb gibt es keine zusätzlichen Kosten, was die Umrüstung Tranche 1 auf Tranche 2 betrifft.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wo steht im Vertrag, dass die Eurofighter GmbH diese Kosten übernimmt?

Günther Platter: Das ist nach meiner Erinnerung ganz eindeutig schriftlich festgelegt worden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Der entscheidende Punkt des Vertrages – und das ist eindeutiger als das, woran Sie sich eindeutig erinnern – heißt: 2.5. Herstellung des endgültigen Bauzustandes:

Ich zitiere: Bei verspäteter Verfügbarkeit von Flugzeugen in Tranche 2-Konfiguration kann Eurofighter Flugzeuge in Tranche 1-Konfiguration liefern. Im Fall der Lieferung von Tranche 1-Konfiguration gelten die folgenden Bestimmungen:

Die Flugzeuge werden, wie nachstehend definiert, umgerüstet – dann kommt die technische Beschreibung.

Wo steht hier, dass die Kosten dafür die Firma Eurofighter übernimmt? Wo im Vertrag steht das?

Günther Platter: Ich weiß, dass es eine eindeutige schriftliche Mitteilung gibt. Wie die genau formuliert ist, ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Es gibt in den gesamten Akten, die uns zur Verfügung stehen, und mit Sicherheit im Vertrag keine diesbezügliche schriftliche Position. Es gibt nichts! (Abg. Dr. **Fekter:** *Stimmt ja nicht, Herr Pilz! Wir haben ja Tranche 2 geliefert ...!*) Es gibt nichts!

Günther Platter: Ich darf hier die Stellungnahme des Verteidigungsministeriums in diesem Zusammenhang abgeben:

Laut Stellungnahme des Verteidigungsministeriums ist eine vertragliche Absicherung gemacht worden, dass die notwendig Umrüstung der Tranche 1 auf die Qualität der Tranche 2 verpflichtet, wobei dem BMLV hiedurch keine Mehrkosten erwachsen ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, Herr Platter, und das ist der heikle Punkt.

Günther Platter: Wenn hier Unterlagen nicht zur Verfügung stehen, bitte ich, das dem Verteidigungsministerium mitzuteilen. Ich bin mir sicher, dass diese Unterlagen geliefert werden können. Das ist meine Information, die ich erhalten habe.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wer war zu dem Zeitpunkt, als uns die Akten überliefert werden sollten, Verteidigungsminister?

Günther Platter: Ich habe den Auftrag an alle Abteilungen erteilt, dass alle Akten, die angefordert worden sind, zur Verfügung zu stellen sind. Selbst habe ich das natürlich nicht gemacht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. – Dieser Punkt 3.3. auf Seite 8 des Rechnungshofberichtes, wo Sie jetzt die Antwort des Verteidigungsministeriums zitiert haben, da haben Sie eines unterlassen zu erwähnen, nämlich den Punkt 3.2., die Feststellung des Rechnungshofes:

„Ob hiefür“ – für die Umrüstung von Tranche 1 auf Tranche 2 – „dem BMLV Kosten erwachsen würden, war nicht erkennbar. Der RH empfahl daher darauf zu achten, dass dem BMLV bei etwaiger Umrüstung der Flugzeuge auf Tranche 2 keine Kosten erwachsen.“

Jetzt sage ich Ihnen den Hintergrund. Wir waren nicht die Ersten, die auf diese Ungereimtheit gestoßen sind. Die Beamten des Rechnungshofes haben im Verteidigungsministerium nachgefragt. Es konnte ihnen kein einziges Schriftstück, keine vertragliche Vereinbarung, **nichts** gezeigt werden, aus dem hervorgeht, dass es eine vertragliche Verpflichtung gibt, dass Eurofighter diese Kosten übernimmt.

Warum kommen Sie auf die Idee – wenn es diese vertragliche Verpflichtung nicht gibt; ich habe das nachrecherchiert –, dass die Firma Eurofighter ohne jede schriftliche vertragliche Grundlage diese sehr hohen Kosten übernimmt?

Günther Platter: Antwort dazu: Es ist auch meine Information, die ich erhalten habe, dass hier keine weitergehenden Kosten anfallen werden.

Aber ich würde wirklich ersuchen – Sie haben ja die Möglichkeit, die Experten zu befragen, die werden Ihnen das dann genau ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein! Ich befrage die politisch Verantwortlichen.

Günther Platter: Na gut, aber es ist Faktum ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn es keinen Vertrag gibt, wenn über Jahre die Existenz eines Vertragswerkes behauptet wird, von dem wir inzwischen wissen, dass es nicht existiert, dass es eine bloße Schutzbehauptung ist, wenn wir draufkommen, dass alle Punkte zum Nachteil der Republik Österreich verhandelt worden sind, wenn ich Ihnen die Stellungnahme des Finanzministeriums zitiere – die Durchsetzung sämtlicher Vertragswünsche des Bundes scheiterte am absoluten Widerstand des Vertragspartners –, wenn wir inzwischen wissen, dass sich auch in diesem Punkt die Firma Eurofighter geweigert hat, dann stellt sich nur noch eine Frage:

Warum stimmen ein Finanzminister – das werden wir ihn dann fragen – und ein Verteidigungsminister einem Vertrag zu, in dem in sämtlichen Punkten zum Nachteil der Republik verhandelt worden ist, sich der Vertrag gegenüber dem Ursprungstext nachweislich in allen Punkten verschlechtert hat, und warum erklären Sie im Nachhinein zu Ihrer eigenen politischen Rechtfertigung, es gebe Vertragsbestandteile, die sich weder im Vertrag noch in einem sonstigen Schriftstück finden? – Das ist die zentrale Frage. (*Abg. Dr. Fekter: Weil das aus dem Gesetz hervorgeht!*)

Weil meinem Eindruck nach – und ich versuche, hier noch nicht zu bewerten – befinden wir uns hier in einem Übergangsbereich von grober Fahrlässigkeit in einem bereits ganz anderen Bereich. (*Abg. Dr. Fekter: Unterstellung! – Abg. Dr. Sonnberger: Das ist vollkommen falsch! Das sind lauter Wertungen! – Abg. Dr. Fekter: So ein Unsinn!*)

Günther Platter: Gut, ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte, Herr Platter, Sie haben jede Möglichkeit – weil das jetzt ein sehr weitgehender Vorhalt war –, darauf auch entsprechend zu antworten. – Ich bitte darum.

Günther Platter: Wenn der Vorsitzende solche Vorwürfe macht, möchte ich das **ganz klar** zurückweisen, was Sie hier äußern! Und wenn hier zum Ausdruck gebracht wird, dass alles zum Nachteil der Republik Österreich gemacht wurde, dann frage ich, warum der Rechnungshof hier ein ganz anderes Zeugnis ausgestellt hat.

Zum Zweiten frage ich noch einmal, warum es letztlich zu einer Preisreduktion der einzelnen Eurofighter gekommen ist um 5,87 Prozent – das ist keine Bagatelle!

Zum Dritten sage ich Ihnen, dass das Verteidigungsministerium immer davon ausgegangen ist und klar war, dass keine weiterführenden Kosten kommen werden zwischen Tranche 1 und Tranche 2. Und ich weiß – es hat dann diese Erwähnung im Rechnungshofbericht gegeben –, dass das Verteidigungsministerium sich hier diesbezüglich abgesichert hat. Das ist meine Information, die ich von den Experten und von der begleitenden Kontrolle erfahren habe.

Obmann Dr. Peter Pilz: Danke jedenfalls für diese Beantwortung.

Die Nächste ist Frau Kollegin Fekter. – Bitte.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Nachdem Herr Kollege Pilz dermaßen viel Unsinn auf einmal von sich gegeben hat (*Abg. Mag. Kogler: He! – Ruf bei der ÖVP: Ja, Unsinn war das!*), möchte ich das korrigieren und aufklären:

Meine Frage an den Herrn Minister: Ist es richtig, dass die Qualitätsmerkmale Tranche 2 Vertragsinhalt sind?

Günther Platter: Selbstverständlich.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ist es richtig, dass das österreichische Gewährleistungsrecht gilt?

Günther Platter: Ja, zwei Jahre.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, wenn man einen Vertrag mit Vertragsinhalt und gewissen Qualitätsmerkmalen hat, ist man schon allein auf Grund der gesetzlichen Lieferverpflichtung verpflichtet, Tranche 2 zu liefern? (*Günther Platter: Ja!*) – Das heißt, hätten – hätten! – Fluggeräte **nicht** die Qualität 2 gehabt, hätte man ja bereits auf Grund der gesetzlichen Gewährleistungslieferverpflichtung Tranche 2 liefern müssen. – Ist das richtig?

Günther Platter: Das ist richtig. Es gibt aber nur diesen Hinweis, dass Tranche 1 geliefert werden kann, und dann aber letztlich am Ende des Tages müssen wir 18 Eurofighter Tranche 2 zur Verfügung haben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, wenn auf Grund der österreichischen Rechtsordnung und des Vertragsrechtes gemäß österreichischer Rechtsordnung das Gewährleistungsrecht gilt, Vertragsrecht gilt, Erfüllungs-Vertragsrecht gilt, dann gilt das hoffentlich auch in der Beziehung Eurofighter und österreichische Republik?

Günther Platter: Das gilt natürlich. (*Abg. Mag. Stadler: Er kennt den Vertrag wirklich nicht!*) Und ich möchte noch einmal ganz deutlich sagen, weil der Vorwurf, der ärgert mich jetzt wirklich unglaublich in dem Zusammenhang ... (*Abg. Dr. Fekter: Ja!*) – Das ist wirklich ein untauglicher Versuch! Ich bin mir komplett sicher, dass es zusätzlich noch ein ... (*Abg. Mag. Stadler: Der Minister behauptet Dinge, die durch den Einredeverzicht erfasst sind!*)

Es gibt noch 100-prozentig Schriftstücke darüber, dass man sich zusätzlich noch einmal abgesichert hat – unabhängig von der Gewährleistungsfrist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, aber Entschuldigung: Wenn sie dem Ausschuss nicht vorliegen, haben wir hier wirklich ein Problem. Ich habe jetzt wirklich in der Runde geschaut ...

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Stimmt ja nicht, Herr Pilz! Wenn das Gesetz gilt, gilt das Gesetz! Und ich bin überzeugt, ... (*Abg. Mag. Stadler: Durch den Einredeverzicht erfasst steht ja drinnen, dass das Gesetz nicht gilt!*)

Und jetzt kommen wir zur Bankgarantie, Einredeverzicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kurz – zur Güte. Es muss ja möglich sein, auch für einen ehemaligen Verteidigungsminister in seinem früheren Ressort darauf zu drängen, etwas, von dem er Kenntnis erhalten hat – nämlich von einer schriftlichen Vereinbarung, wie sie beschrieben worden ist, sie uns aber nicht vorliegt –, über seinen Amtskollegen eine Vorlage zu erwirken.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Da werden wir Wall fragen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir haben das bis jetzt nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ja, da werden wir Wall fragen.

Günther Platter: Noch einmal: Also, der erste Punkt ist, dass auf Grund der Gewährleistung ohnehin klar ist, dass Tranche 2 geliefert werden muss. Und es ist meine Erinnerung, dass es dann zusätzlich noch ein Schriftstück gegeben hat – weil der Rechnungshof darauf hingewiesen hat, damit ja ausgezeichnete Klarheit herrscht –, und das wurde mir berichtet.

Ich würde wirklich ersuchen – ich meine, das muss man nicht über den ehemaligen Verteidigungsminister machen, sondern das kann natürlich der Ausschuss selbst machen –, wenn man glaubt, dass hier eine Unterlage nicht da ist, ihn darauf hinzuweisen ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir dürfen uns aber auf die Erklärung des ehemaligen Verteidigungsministers beziehen, dass ein Schriftstück dieser Art existiert.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Darf ich in meiner Fragezeit selbst befragen – oder nehmen Sie als Vorsitzender mir die Fragezeit weg? Wie ist das?

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich kann als Vorsitzender jederzeit unterbrechen, und tue das jetzt auch. Das wird durchaus in die Fragezeit eingerechnet.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Willkürliche Vorsitzführung!

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir dürfen uns also bei unserem Ersuchen an Verteidigungsminister Darabos darauf beziehen (*Abg. Dr. Sonnberger: Diese Vorsitzführung ist widerlich!*), dass Ihrer Kenntnis nach eine vertragliche schriftliche Vereinbarung über keine Kosten für die Republik Österreich in der Umrüstung von Tranche 1 auf Tranche 2 existiert?

Günther Platter: Formulieren Sie das so, dass ich es genau formuliere, dass wir eine klare Information haben, dass die Umrüstung – ich mache es ganz genau – von Block 5 auf Block 8 keine weiteren Kosten außerhalb des Vertrages für die Republik Österreich darstellen wird.

Obmann Dr. Peter Pilz: Okay. – Frau Kollegin Fekter, bitte fortzusetzen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): In Punkt 2.5. steht im Vertrag im Detail drinnen, wie die Herstellung des endgültigen Bauzustandes zu erfolgen hat. Das heißt, bei verspäteter Verfügbarkeit von Flugzeugen in Tranche 2-Konfiguration, steht drinnen, kann Tranche 1 geliefert werden. Es ist dann im Detail angeführt, wie aufgerüstet wird. Das heißt, hier findet sich sehr wohl im Vertrag das Procedere, wie aufzurüsten ist, nämlich gemäß Vertragsinhalt auf Tranche 2. Da wir Tranche 2 gekauft haben, sind sie gewährleistungsmäßig verpflichtet, dass sie das auch im Hinblick auf den Preis aufzurüsten haben. Wie das organisatorisch vor sich geht, ist sozusagen im Akt Teil B im Detail angeführt.

Aber ich möchte jetzt noch einmal zur Bankgarantie kommen. In Anhang A-3 steht unter Punkt 3.2:

„Zahlungen mit schuldbefreiender Wirkung des BMLV“ – das heißt, unsere Zahlungen an die BAWAG –, „erfolgen für den **nicht** gedeckten Gegenwert“ – das heißt, für dort, wo es Probleme gibt mit dem Flieger, oder wo der Flieger nicht da ist –, „gegen Vorlage einer von einem Geldinstitut rechtsgültig unterfertigten Bankgarantie ...“ – Das heißt, Eurofighter muss eine Bankgarantie vorweisen.

Die Abrechnung der Vorauszahlungen und die Verringerung/Auflösung der Bankgarantie für den **nicht** gedeckten Gegenwert“ – das ist das, wenn der Flieger ein Problem hätte – erfolgen immer mit der nächsten Teilrechnung.

Und die Bankgarantie lautet: Hiermit übernehmen wir die Haftung für die unverzügliche und **ohne** Prüfung des Rechtsgrundes erfolgende Zahlung der Haftungssumme unter Verzicht auf jede Einrede und Einwendungen.

Das heißt, auch Eurofighter hat bei der Bankgarantie einen Einredeverzicht abgegeben. Das heißt, wenn wir zu Unrecht das Geld schon an die BAWAG bezahlt haben, dann muss uns auf Grund der Bankgarantie Eurofighter das sofort und mit Einredeverzicht gebe. Das heißt, die dürfen auch nicht irgendwie dahin argumentieren, dass sie uns das nicht geben wollen. Unserem Einredeverzicht steht ein Einredeverzicht von Eurofighter entgegen.

Das Bundesheer oder das Finanzministerium oder die Bundesregierung haben sich bei der Finanzierungsvariante nach allen Richtungen abgesichert und das Risiko für die Republik minimiert. Ist das richtig, Herr Minister?

Günther Platter: Mir wurde die Information gegeben bei der Besprechung betreffend Einredeverzicht, dass viele Netze eingezogen worden sind, dass die 100 Millionen €, die wir dadurch Preisnachlass haben oder weniger auszugeben haben, dass das auf alle Fälle rechtfertigbar ist mit dem Einredeverzicht, und dass diese Garantien, auch Bankgarantie gegeben sind.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Minister, ich habe hier eine Information aus dem Finanzministerium, die in Zusammenarbeit mit Herrn Hillingrathner erstellt wurde; Sachbearbeiter war Tomasch. Da geht es um den Preis und um Unterlagen im Hinblick auf die Verhandlungen BMF/BMLV. Und da steht unter Punkt 2:

Obwohl Österreich als Exportkunde trotz der geringen Stückzahl und der Nichtzahlung von Entwicklungskosten einen äußerst günstigen Kaufpreis erzielt hat, sollte man mit Rücksicht auf den Vertragspartner keine öffentlichen Aussagen in Richtung treffen, dass wir billiger gekauft haben als einige beziehungsweise sämtliche anderen Nationen. Dies könnte EADS in größte Schwierigkeiten im eigenen Land bringen, da dann möglicherweise dort eine Diskussionslawine betreffend überhöhte Preise in Bezug auf die eigene Armee losgetreten werden könnte.

Eurofighter ist derzeit in konkreten Vertragsverhandlungen mit europäischen Ländern, wo vermutlich höhere Preise als die kaum kostendeckenden von Österreich bezahlten Preise allein aus kaufmännischen Gründen gefordert werden dürften. – Zitatende.

War Ihnen diese Debatte bekannt, dass wir eigentlich ein sehr modernes, hervorragendes Gerät bekommen haben, das im Verhältnis für das, was es kann, günstig gekauft wurde?

Günther Platter: Ich kann das wirklich bestätigen. Für die Eurofighter GmbH waren wir der erste Exportskunde. Das heißt, dass sich die Eurofighter GmbH natürlich sehr bemüht hat, dass hier ein Angebot gelegt wird, dass sie in das Geschäft auch mit anderen Nationen kommen. Und die meisten von Ihnen werden ja wissen, dass es bei der Anbotstellung doch eine Überraschung gegeben hat; und die war, dass Eurofighter in Wahrheit günstig angeboten hat, denn ursprünglich waren alle der Meinung, dass Eurofighter das Rennen überhaupt nicht machen würde, weil Eurofighter vom technologischen Standpunkt her weit besser entwickelt ist als die Mitbewerber.

Ich möchte hier erwähnen, dass er zwei Triebwerke hat. Eurofighter hat zwei Triebwerke, andere haben nur ein Triebwerk, das ist eine Absicherung für die Piloten. Ich möchte erwähnen, dass die Radien, die mit Eurofighter geflogen werden können, wesentlich bessere sind als mit anderen Flugzeugen. Jetzt kann man sagen: Gut, für was brauchen wir das jetzt? Aber wenn wir ein Gerät kaufen für die nächsten 30 bis 40 Jahre, so ist es doch wichtig und gut, dass wir am neuesten Stand der Technik sind, damit wir auch in 30, 40 Jahren noch ein perfektes Gerät zur Verfügung haben. Das heißt, Eurofighter GmbH hat gut angeboten und aus diesem Grund ist Eurofighter auch Bestbieter gewesen, was uns der Rechnungshof ebenfalls bestätigt hat.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich hätte da eine Anmerkung dazu. Es ist mir auch erinnerlich, Herr Minister, als Sie damals gesagt haben, Sie sind überrascht, wie billig Eurofighter angeboten hat. Herr Rauen hat uns das dann schon ein bisschen anders erklärt, dass nicht der Kauf das teure ist, sondern dann die weiteren Jahrzehnte; und Life-Cycle-Costs und solche Dinge sind bei Ihnen dann spurlos vorbeigegangen. *(Obmann Dr. Pils verlässt den Vorsitz.)*

Frau Kollegin Fekter, der Einredeverzicht, das ist der ... Das ist der „Super-GAU“, was Verhandlungs- und Rechtsposition der Republik Österreich betrifft. Also, da mühen Sie sich vergeblich! *(Abg. Dr. Fekter: Ich glaube, Sie verstehen das nicht! Sie sind heillos überfordert! Soll ich es Ihnen erklären? Der Einredeverzicht gilt gegenüber der BAWAG!)*

Herr Minister, da mühen Sie sich vergeblich. Dieser Einredeverzicht ist ein **Super-GAU!** Das ist die nackte Katastrophe! *(Abg. Dr. Fekter: Abgesichert durch eine Haftungsgarantie, eine Bankgarantie und das und Einredeverzicht bei der Bankgarantie! Keine Ahnung!)*

Herr Minister, ich möchte Ihnen noch etwas vorlesen, wenn Frau Kollegin Fekter das erlaubt. *(Abg. Dr. Fekter: 127 Millionen erspart! Der „Super-GAU“ hat 127 Millionen gebracht! Das kann ich Ihnen ruhig sagen!)*

Wenn Frau Kollegin Fekter – bei allem Respekt vor dem „Tag der Frauen“, aber ich würde Sie jetzt wirklich bitten, dass ich eine Frage formulieren darf. *(Abg. Dr. Fekter: Nachdem wir keinen Vorsitzenden haben ...!)*

Ich glaube nicht, dass, wenn der Vorsitzende gerade nicht an seinem Platz ist, das eine Lizenz für Sie ist, hier irgendwelche Dinge herumzubrüllen. *(Abg. Dr. Fekter: Wenn Sie so falsche Sachen sagen! Könnten wir unterbrechen, damit wir auch wissen, was in der Pressekonferenz gesagt wird?)*

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler (*das Glockenzeichen gebend*): Wir brauchen nicht zu unterbrechen! Kollege Kräuter ist am Wort.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte Ihnen jetzt etwas vom 2. Juli 2002 vorlesen. Ich weiß, da waren Sie Landesrat, aber Sie werden gleich sehen, warum diese Frage Sinn macht. Der damalige Bundeskanzler Schüssel ist am 2. Juli vor die Presse getreten und hat gesagt, der Verteidigungsminister sei beauftragt worden, nun in Verhandlungen einzutreten und möglichst günstige Bedingungen für Österreich auszuhandeln.

Jetzt wissen wir, dass dann – das ist ja Aktenlage – in keinem Punkt Interessen der Republik Österreich verfolgt wurden.

Meine Frage an Sie: Als Sie das Zepter vom Herrn Scheibner übernommen haben, wie ist es dann bei Ihnen gewesen? Hat der damalige Bundeskanzler Sie daran erinnert, dass eben dieser Auftrag der Regierung besteht, möglichst günstige Bedingungen für Österreich auszuhandeln, oder hat man in der Phase auf so etwas schon verzichtet?

Günther Platter: Wie der Auftrag an den damaligen Verteidigungsminister gelautet hat, da war ich nicht zugegen. Aber ich bin mir sicher, dass es geheißen hat, dass wir eine Variante wählen sollen, die günstig ist, sparsam ist, zweckmäßig und wirtschaftlich ist nach unseren Grundsätzen, aber dass die militärische Leistungsfähigkeit gegeben ist.

Der zweite Punkt ist: Was mich betrifft, war es ja ebenfalls so. Es hat einen Vertragsentwurf gegeben, und ich habe bereits erwähnt, dass man hier nochmals Einsparungspotentiale gesucht hat, damit wir diesen Eurofighter so sparsam wie nur möglich beschaffen, dass es aber militärisch rechtfertigbar ist. Deshalb diese Arbeitsgruppe, die installiert wurde unter Leitung von Spinka und Hillingrathner.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte ein letztes Mal noch im Zusammenhang mit Tranche 1 und Tranche 2 versuchen, etwas zu hinterfragen. Sie selbst haben immer gesagt, wir kriegen schon die Tranche 2 und so weiter, also Sie haben sich mit dem Thema intensiv beschäftigt. Das muss ja so sein.

Können Sie nicht die Kosten nennen, damit wir jetzt endlich einmal zu einer Summe kommen? Sie müssen sich doch damit beschäftigt haben. Zuerst heißt es, es wird Tranche 2 geliefert, dann heißt es, es geht doch nicht. Sie müssen doch irgendwie ein Interesse entwickelt haben, was das eigentlich ausmacht?

Günther Platter: Herr Abgeordneter, diese Kosten sind doch im Vertrag enthalten. Wir bekommen 18 Eurofighter Tranche 2, deshalb sind diese Kosten enthalten. Im Vertrag ist fürsorglich die Möglichkeit eröffnet worden, wenn Tranche 1 – maßgeblich ist Block 5 –, Block 8 nicht lieferbar ist, kann Block 5 geliefert werden, und ohne weitergehende Kosten – damit das nicht falsch interpretiert wird –, ohne darüber hinausgehende Kosten, was den Vertrag betrifft, muss das von der Eurofighter GmbH dann umgerüstet werden.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Minister, worauf ich hinaus will, jenseits der Auffassungsunterschiede, Vertrag oder nicht: Für sich ist ja das auch ein Projekt, das ein Konzept braucht, und ich will doch nichts anderes wissen, als ob Sie sich dafür interessiert haben oder ob Sie wissen, was das kostet. In Zahlen. In Euros.

Günther Platter: Da gibt es keine Auffassungsunterschiede. Es ist eindeutig und klar, dass keine Kosten darüber hinaus anfallen und dass diese Umrüstung von Block 5 auf Block 8 nicht zusätzliche Kosten für die Republik Österreich darstellen werden. Und das ist Faktum. (*Abg. Dr. Fekter: Das ist im Vertrag enthalten! Ich habe es vorgelesen! Haben Sie da nicht aufgepasst?*)

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Zwei Fragen dazu: Auf welche schriftliche Unterlage können Sie das zurückführen? Das ist die erste Frage. Und die zweite Frage ist die nach wie vor unbeantwortete – Sie können ja sagen, Sie wissen es nicht –: Dieses Projekt für sich, das Umrüsten von einer Tranche auf eine verbesserte, das hat ja auch einen Kostenrahmen oder ein Konzept. Es kann doch niemand sagen, das ist einfach irgendwie ... Geld hat kein Mascherl. Diese Umrüstung ist ein Projekt. Ist Ihnen klar oder bekannt oder eben nicht, wie viel Euros und Cent das ausmacht?

Günther Platter: Jetzt noch einmal. Es ist ein Faktum – da gibt es diese Zwischenrufe, auch diese Zwischenrufe vom Herrn Vorsitzenden, und das möchte ich schon aufklären –, dass die Umrüstung von Block 5 auf Block 8 ohne weitergehende Kosten für die Republik Österreich und das BMLV stattfindet. Das ist eindeutig und klar. Dieser Punkt hat mich sehr interessiert, darum bin ich hier so beharrlich und exakt in dieser Frage, weil der Rechnungshof darauf hingewiesen hat. Aber unsere Leute sind ja von der Gewährleistungsverpflichtung her eindeutig davon ausgegangen, dass man das genau definiert, und es wurde mir ganz eindeutig und klar mitgeteilt, dass es auch schriftlich dargelegt wurde, dass es keine weiteren Kosten geben wird.

Deshalb nochmals: Sollte dieses Schriftstück nicht zur Verfügung stehen, das zusätzlich nochmals vom Verteidigungsministerium anzufordern. (*Abg. Dr. Fekter: Das ist sicher dabei bei diesen 5 000 Akten! Ihr habt es nur nicht gefunden!*) Ich möchte nur sagen, das ist ganz klar meine Erinnerung, und da gebe ich null nach. Das ist eindeutig und klar.

Der zweite Punkt ist: Wenn eine Umrüstung die Republik Österreich keinen Euro kostet, was soll ich mich da intensiv mit dieser Materie auseinandersetzen? Es ist wichtig, dass das Faktum gegeben ist, dass die Republik Österreich keinen Euro mehr zu bezahlen hat, wenn die Umrüstung dieser sechs Eurofighter von Block 5 auf Block 8 durchgeführt wird.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wissen Sie, das ist für mich so schwer nachvollziehbar, dass dann, wenn beim bedeutendsten Rüstungsgeschäft der Zweiten Republik so etwas Bedeutendes passiert wie eine vollkommene Umrüstung auf eine andere Tranche, der zuständige Minister sich überhaupt keine Vorstellung macht oder machen will über die Kosten. Sind 40 bis 50 Millionen €, wie es auch kolportiert wird, eine realistische Größe?

Günther Platter: Das ist eine Aufgabe und eine Beurteilung, die die Technik und Experten durchzuführen haben, und nicht, dass der Minister vage Zahlen in die Öffentlichkeit bringt. Das mache ich nicht.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Damit kann man von Ihnen hier keine Auskunft erhalten. Ich muss es ja irgendwie abschließen.

Günther Platter: Da werden Sie keine Auskunft von mir erhalten.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Dann frage ich Sie noch ganz kurz zwei andere Dinge. Ist Ihnen die Frau Keglevich von **Special Public Affairs PR-Beratung und Lobbying GmbH** bekannt?

Günther Platter: Ja, ist mir bekannt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Welche Informationen über ihre Tätigkeit haben Sie in der Zeit, wo Sie Minister waren. Sie hat bekanntlich – so viel ist schon bekannt im Ausschuss – Berichte geliefert an das Wirtschaftsministerium, an die Wirtschaftskammer. Haben Sie Kontakte gehabt im Zusammenhang damit.

Günther Platter: Nein, ich habe Frau Keglevich da oder dort gesehen, aber ich habe nie Termine oder Kontakte gehabt. Ich weiß auch nicht ganz genau, was der

Aufgabenbereich von Frau Keglevich war, denn Frau Keglevich war für mich nie relevant.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber dass sie mit dem Eurofighter-Geschäft zu tun hat, das war Ihnen klar.

Günther Platter: Ja, das dürfte so der Fall gewesen sein. Aber jedenfalls habe ich hier nicht irgendwelche Gespräche oder Verhandlungen geführt oder Besprechungen in meinem Haus durchgeführt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Haben Sie gewusst, dass Herr **Mensdorff-Pouilly** eigentlich schon viele Jahre einen Beratervertrag mit dem britischen Rüstungskonzern **British Aerospace** hat? (**Günther Platter: Nein!**) – Aber das war im „FORMAT“ nachzulesen am 26.11.2001 – ich zitiere –:

„Ja, Herr Mensdorff-Pouilly hat einen Beratervertrag bei uns‘, bestätigt Jonathan Mill, Europa-Direktor des Konzerns, gegenüber ‚Format‘. ‚Er beobachtet für uns den gesamten Militärmarkt in Österreich.‘“

Das heißt, wenn jemand auftragsgemäß den gesamten Militärmarkt in Österreich beobachtet, dann ist es ja naheliegend, dass er den Verteidigungsminister gekannt hat, mit ihm zu tun hat.

Günther Platter: Dass ich den Herrn kenne, ist überhaupt keine Frage, denn dass es auf Grund dessen, dass das der Gatte einer Ministerkollegin ist, da und dort natürlich Zusammenkünfte gegeben hat, das ist klar. Aber wir haben nie irgendwo betreffend Rüstungsgeschäfte zu tun gehabt, und der Aufgabenbereich von Mensdorff ist mit nicht bekannt.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, es hat im Zusammenhang mit Eurofighter nie ein Gespräch oder einen Kontakt gegeben?

Günther Platter: Ich hatte mit ihm in diesem Zusammenhang, was die Eurofighter-Beschaffung betrifft, überhaupt nichts zu tun.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Und sonstige Militärangelegenheiten? Er hat ja den Auftrag gehabt, den gesamten Militärmarkt in Österreich zu beobachten. Da ist es doch naheliegend, wenn Sie mit ihm Begegnungen haben, dass er die eine oder andere Information natürlich – das verstehe ich ja, das ist sein Auftrag – erzielen möchte.

Günther Platter: Noch einmal: Ich kann Ihnen da wirklich nicht dienen.

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Nächster Fragesteller ist Herr Kollege Darmann.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Bundesminister Platter, ich möchte mich jetzt gar nicht auf diesen Streit oder die Diskussion einlassen, ob jetzt schriftlich oder nicht irgendetwas vorliegt, das diese Kosten praktisch ausweist oder nicht ausweist. Eindeutig ergibt sich für mich auf Grund der Interpretation des Vertragswerkes, dass sie inkludiert sind. Ich möchte das ein bisschen aufbereiten, vielleicht kommt dann von meiner Seite her ein bisschen Licht ins Dunkel für die Kollegen Kräuter, Stadler und Pilz.

Es ist im Vertrag ein Endstückpreis festgelegt, der dafür berechnet wird, dass wir ein Stück, eine Flugeinheit des Eurofighter Typhoon mit der Eigenschaft – also nicht die Tranche 2, sondern mit der Eigenschaft, mit den Fähigkeiten der Tranche 2 – bestellt haben.

Weiters ist im Vertrag festgelegt, dass, wenn diese Tranche 2 nicht lieferbar sein sollte aus irgendeinem Grund, die Tranche 1 oder die Eigenschaft der Tranche 1 aufgerüstet werden soll auf die Eigenschaften der Tranche 2, und es gibt noch immer den gleichen Einstückerpreis laut Vertrag.

Wenn man jetzt zur Eigenschaft der Tranche 2 wie auch zur aufgerüsteten Tranche 1 in dieser Eigenschaft der Tranche 2 den gleichen Stückpreis hat, ist ja denklösig der ganz gleiche Preis vorhanden, und es fallen keine zusätzlichen Kosten über diesen vereinbarten Stückpreis hinaus an. – Ist das richtig?

Günther Platter: Das ist richtig, aber ich möchte nur korrigieren: Ich spreche vom Block 5 und Block 8. Die Tranchen sind ja nur diese Lieferphasen; also Block 5 und Block 8.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Ja, das ist klar.

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Können wir uns darauf einigen, dass wir das mit Tranche 1 und Tranche 2 meinen, damit wir nicht dauernd an der Semantik herumdoktern? Das ist gemeint.

Günther Platter: Nicht, dass es falsch interpretiert wird.

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Das wird schon richtig interpretiert, aber das ist mit **Semantik** gemeint.

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Herr Minister, ich bleibe jetzt einmal zunächst bei der Frage der Kosten der Umrüstung. Es ist so, dass das so interpretierbar ist, wie das der Kollege Darmann soeben probiert hat, dass man sagt, es ist ein Fixpreis, es gibt eine Leistungszusage, und daher ist das so gemeint, dass das durch den Fixpreis gedeckt ist. Sie kennen die Problematik und wissen, dass diese Problematik bis hinauf zu den Höchstgerichten getragen werden kann, ob das wirklich auch vom Fixpreis erfasst ist oder nicht. So ganz klar ist das nämlich nicht.

Zweitens: Wir haben bisher kein Schriftstück, obwohl die Kollegin Fekter behauptet, es gäbe eines, und Sie gesagt haben, es gibt eines. Weder wir, der Ausschuss, noch der Rechnungshof hat ein Schriftstück gefunden, wo Eurofighter das zugesagt hat, expressis verbis zugesagt hat, die Umrüstung von Block 5 auf Block 8 ohne ... (*Abg. Dr. Fekter: Rauen hat es dezidiert mehrmals zugesagt hier bei seiner Befragung!*)

Das wird ja immer dünner, das halte ich fest: Jetzt ist es schon kein Schriftstück mehr, jetzt ist es nur mehr Rauen, der es da herinnen gesagt hat. Ich habe das auch nachgelesen. Rauen hat das auch nicht so eindeutig gesagt, das hat mich damals schon skeptisch gemacht. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kräuter.*) – Ja, natürlich, da der Tag lang ist, hat er im Ausschuss auch viel dahergeredet, vor allem viel Belangloses. (*Zwischenruf der Abg. Dr. Fekter.*) – Nein, nein, jetzt ist es auf einmal schon kein Schriftstück mehr, sondern jetzt ist es nur mehr die Rauen-Aussage vorm Ausschuss. Das ist bemerkenswert. Das halten wir fest. (*Abg. Dr. Fekter: Das habe ich nicht gesagt! Ich habe gesagt, es steht im Vertrag!*)

Nun frage ich Sie, Herr Bundesminister: Warum hat man bei der Vertragsformulierung diesen Umstand, dass Eurofighter zusagt, keine weiteren Kosten für die Umrüstung zu verrechnen, nicht in den Vertrag aufgenommen? Das wäre doch das Logischste der Welt, denn es handelt sich um Größenordnungen in mehreren Zigmillionen Höhe.

Günther Platter: Ich kläre das sehr gerne auf. Es war für jene, die den Vertrag geschrieben haben, eindeutig und klar, dass also hier keine weitergehenden Kosten ...

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Warum steht das nicht drinnen?

Günther Platter: Lassen Sie mich das bitte jetzt ausführen. Das war für die Vertragsexperten, die verhandelt haben, eindeutig und klar, dass es für die Umrüstung von Block 5 auf Block 8 keine weitergehenden, über den Vertrag hinausgehenden Kosten geben wird.

Der zweite Punkt ist: Auf Grund dieser Information des Rechnungshofes, der gesagt hat, sichert euch noch einmal ab, wurde ich informiert, dass diese zusätzliche Absicherung gemacht wurde in Form eines Schriftstückes oder was auch immer. Jedenfalls ist mir die Information gegeben worden.

Deshalb noch einmal mein Ersuchen, dass die Zuständigen dazu befragt werden, dass man fragt, wo dieses Schriftstück ist, damit man das als Unterlage zur Verfügung hat. Das ist meine Information. So wurde ich informiert, auch von der begleitenden Kontrolle.

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Herr Minister, wer hat Ihnen gesagt, und zwar namentlich, dass es ein diesbezügliches Schriftstück gäbe?

Günther Platter: Das ist mir im Zuge der Besprechungen mitgeteilt worden.

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Wissen Sie, wenn wir ein Schriftstück suchen, müssen wir schon wissen, bei wem wir suchen müssen. Wer hat behauptet, es gäbe ein derartiges Schriftstück?

Günther Platter: Ich kann mir vorstellen, dass es unproblematisch sein wird, so ein Schriftstück wieder zu erhalten, vom Verteidigungsministerium zu erhalten. Aber noch einmal ...

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Das haben wir auch angenommen.

Günther Platter: Ich bin ja nicht der Aktenvermerkverwalter oder jener Verwalter, der die Schriftstücke irgendwo einordnet.

Obmannstellvertreter Mag. Ewald Stadler: Nein, aber wer hat es Ihnen gesagt?

Günther Platter: Das muss man schon einmal auf den Punkt bringen. Das ist **nicht** meine Aufgabe. Meine Aufgabe ist es, das zu sagen, was meine Information ist. Für unsere Leute, die den Vertrag ausgearbeitet haben, für die war das sonnenklar und eindeutig, dass keine weitergehenden Kosten anfallen werden auf Grund des Vertragswerkes, vermutlich auch auf Grund der Gewährleistung. Bitte, diese Experten selbst zu befragen. (*Abg. Dr. Fekter: Das hat auch Spinka gesagt!*)

Zusätzlich hat man sich noch einmal abgesichert auf Grund der Erwähnung des Rechnungshofes. Und wenn Sie den entsprechenden Leuten, die mit dem Vertragswerk zu tun haben, die Frage stellen werden, werden Sie sicherlich eine Antwort bekommen.

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Das versuchen wir jetzt herauszufinden, Herr Minister, damit ich weiß, wen ich fragen muss. Hat Wall Ihnen gesagt, dass es so ein Schriftstück gäbe?

Günther Platter: Also noch einmal: Ich kann es Ihnen nicht genau sagen, aber es wäre nicht unlogisch.

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Also Wall könnte in Frage kommen, der Ihnen so etwas gesagt habe. – Hat Spinka Ihnen gesagt, dass es so ein Schriftstück gäbe?

Günther Platter: Noch einmal: Jetzt hier alle Namen durchzugehen ...

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Es nützt ja nichts: Wenn Sie keine Namen nennen, dann muss ich Sie nach Namen fragen.

Günther Platter: Ich habe gesagt, es wäre logisch, dass es Wall war. Aber das sind alles Dinge gewesen vor dreieinhalb Jahren, aber ganz klar in meiner Erinnerung ist, dass wir über diesen Punkt gesprochen haben.

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Da wurde Ihnen gesagt, dass es ein Schriftstück von EADS gibt, in dem EADS zusagt, keine weiteren Kosten für die Umrüstung zu verrechnen?

Günther Platter: Mir wurde mitgeteilt, dass sie sich zusätzlich noch einmal abgesichert haben, obwohl für sie eindeutig und klar war, dass es keine weitergehenden Kosten geben wird.

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Das heißt also, selbst im Verteidigungsministerium, bei aller Annahme, dass es eindeutig und klar sei, hat man eine zusätzliche Absicherung für notwendig erachtet, die wir aber bis zur Stunde nicht kennen.

Günther Platter: Auf Grund der Information des Rechnungshofes.

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Die zweite Problematik, die ich anschneiden möchte, ist die des Einredeverzichtes. Ich lese jetzt dem Ausschuss zum xten Mal den **Einredeverzicht** wortwörtlich vor, und ich tue das auch wegen der anwesenden Medienöffentlichkeit. Der Einredeverzicht lautet wie folgt:

„Im Hinblick auf diese Erfordernisse ...“ – gemeint ist das Erfordernis, eine günstige Finanzierungsvoraussetzung zu schaffen, damit jemand diese Forderung, am Schluss BAWAG, auch zu entsprechend hohen Konditionen abkauft –:

„Im Hinblick auf diese Erfordernisse der günstigen Finanzierung, die auch im Interesse des Käufers gelegen ist, garantiert der Käufer“ – gemeint ist die Republik Österreich – „hiermit, die vereinbarten Kaufpreiszinsen in voller Höhe zu den in Punkt 1 der Zahlungsbestimmungen vereinbarten Terminen zu leisten, und zwar unabhängig von allen Ansprüchen und Einreden gegen die Gültigkeit und Fälligkeit der Zahlungsverpflichtung dem Grunde oder der Höhe nach, die der Käufer allenfalls, aus welchem Grunde auch immer, auf Grund dieses Vertrages oder auf Grund gesetzlicher Bestimmungen“ – wohlweislich: gesetzlicher Bestimmungen – „(insbesondere aus Nichtigkeit des Vertrages oder infolge der Ausübung von Anfechtungs-, Gestaltungs- und Rücktrittsrechten, durch wen auch immer, oder infolge von Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüchen) gegen den Verkäufer erheben könnte. Diese Ansprüche und Einreden können auch nicht im Weg der Aufrechnung geltend gemacht werden, sondern sind vom Käufer gesondert gegen die Verkäufer geltend zu machen, werden jedoch durch diese Erklärung (Garantie der unbedingten Kaufpreiszahlung) ihrem Inhalt nach nicht geschmälert.“ – Ende des Zitats.

Nur damit das klar ist: Einreden dürfen wir, das kann man alles einreden, aber zahlen müssen wir trotzdem. Noch einmal ... (*Abg. Dr. Fekter: Aber über die Bankgarantie bekommen wir das sofort wieder zurück!*) Das ist – ich sage **nicht** „Unsinn“ – die nächste Falschbehauptung, die in den Raum gestellt wurde.

Ich habe jetzt nachgewiesen für alle Vertreter auch der Medienöffentlichkeit, dass wir zwar einreden dürfen, aber egal, was wir einreden, auf jeden Fall alles zu bezahlen haben, nämlich verbunden mit der Garantie der unbedingten Kaufpreiszahlung. Das ist der Schmach dabei. (*Abg. Dr. Fekter: Wir kriegen es ja sofort wieder zurück!*)

Was hat man von einer Einrede, die auf die Kaufpreiszahlung beziehungsweise auf die Aufrechnungsmöglichkeit ohne jeden Einfluss bleibt? Können Sie mir das erklären, was man von so einer Einrede haben soll?

Günther Platter: Sie wissen, dass die Republik Österreich, wenn es notwendig ist, ihr Recht hat und dass natürlich das auch zu hundert Prozent gegeben ist, wenn irgendeine Lieferung nicht funktionieren würde, dass man alles auf Heller und Pfennig zurückbekommt.

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Ich habe immer mehr den Eindruck, dass Sie den Vertrag *nicht* gelesen haben, weil auch das im klaren Widerspruch zur Textierung des Vertrages ist. Aber es ist wirklich nicht mehr meine Aufgabe, einem Minister, der die Hauptverantwortung für diesen Vertrag trägt, im Nachhinein noch durch eine Vertragsexegese klarzumachen, was dort wirklich drinnen steht. Das ist wirklich nicht meine Aufgabe.

Günther Platter: Es ist eine sehr seltsame Aufgabe des Vorsitzenden, dass man immer wieder unterbrochen wird, wenn man hier eine Antwort zu geben versucht.

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Die keine ist!

Günther Platter: Ich stelle fest, dass die gesamte Situation rund um den Einredeverzicht vom Finanzministerium verhandelt wurde, dass es darüber eine Besprechung gegeben hat und eine Abwägung der Vor- und Nachteile durchgeführt wurde. Und auf Grund dieser Vorteile, die es gibt, dass wir uns rund 100 Millionen € dadurch ersparen, auf Grund der Tatsache, dass auch in Deutschland so eine Finanzierungsform gewählt wurde, auf Grund der Tatsache, dass es drei Netze gibt, damit wir auch dementsprechend abgesichert sind, wurde diese Finanzierungsform im Einvernehmen gewählt.

Obmann-Stellvertreter Mag. Ewald Stadler: Ich habe schon einem anderen Vertreter eines anderen Ministeriums vorgehalten, dass es für uns unerheblich ist, ob die Deutschen so eine Finanzierung schon gemacht haben oder nicht. Sie muss nicht nur deswegen, weil es die Deutschen schon gemacht haben, eine gute Finanzierung sein.

Hätte man diese Finanzierung im Gegensatz zu dem, was Eurofighter bei der Angebotslegung – wenn man mir vielleicht diese Gegenüberstellung noch einmal bringt –, hätte man diese Finanzierungsvarianten und diese Finanzierungskosten dort bereits aufstellen lassen, anstatt einfach zur Kenntnis zu nehmen, dass die gesagt haben: Diese Finanzierungskosten tragen wir nicht, wenn ihr eine andere Finanzierung wollt, zahlt ihr das selbst!, wenn man sie gezwungen hätte, dort die Finanzierungskosten für die 9-Jahres-Variante, 18 Halbjahresraten, in der Form, wie sie dann gewählt wurde, aufzugliedern und die Kosten darzustellen, dann wäre, sage ich Ihnen ungeschaut voraus, Eurofighter auch bei der 9-Jahres-Variante, 18-Halbjahres-Variante, *nicht* vor SAAB gelegen. Das ist der Schmach an der ganzen Geschichte. (*Abg. Dr. Fekter: Stimmt ja nicht! Sie haben ja die Finanzierung mit anbieten müssen!*)

Günther Platter: Ich möchte das eindeutig zurückweisen. Es hat ein Verfahren gegeben, den Wettbewerbsteil. Es hat eine 33-köpfige Kommission gegeben, die selbst die Entscheidung getroffen hat und die Information an die Regierung mit der Empfehlung, dass Eurofighter der Zuschlag gegeben werden soll, weil Eurofighter Bestbieter ist. (*Obmann Dr. Pils übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Zum Zweiten hat der Rechnungshof bestätigt, dass Eurofighter zutreffend Bestbieter ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich lese nur vor, weil es zeigt, dass der Minister auch diesen Text *nicht kennt*.

In der Ausschreibung heißt es (*Abg. Dr. Fekter: Das ist keine Ausschreibung!*):

Zahlungsvariante 2: Die Bezahlung erfolgt nach Zustandekommen des Vertrages in neun gleichen Kaufpreislraten mit Fälligkeitsdatum jeweils 15. Jänner, beginnend frühestens 15. Jänner 2004, und Erhalt einer rechtsgültigen unterfertigten Bankgarantie gemäß Beilage 1, kommerzielle Bestimmungen, Anhang A7, für die jeweilige Kaufpreislrate. Die Bezahlung der neunten Kaufpreislrate erfolgt jedoch erst 60 Tage nach vollständiger Erfüllung und Erhalt einer Schlussrechnung. Für Kaufpreislraten, denen bei Fälligkeit bereits erfüllte, vertraglich bedungene Leistungen in einem anteiligen Gegenwert gegenüberstehen, entfällt die Beibringung einer Bankgarantie.

Eurofighter teilt daraufhin Folgendes mit: Eine Zahlungsvariante, wie hier gefordert, ist in unserem Angebot nicht enthalten – alle anderen haben es gemacht, aber sie nicht –, da bei einem solchen Mittelabfluss, der nicht dem Kostenanfall entspricht, wirtschaftlich nicht zu vertretende Finanzierungskosten entstehen würde. – Ende des Zitats. (*Abg. Dr. Fekter: Das war vor der Konkretisierung, und dann hat es noch einmal eine Ausschreibung gegeben!*)

Das war zum Zeitpunkt der Typenentscheidung Stand der Dinge, damit wurde entschieden, und danach wurde erst die Kaufpreis-, die Zahlungsvariante, die Finanzierungsvariante verhandelt, die hat Kosten verursacht, die bei der Typenentscheidung jedenfalls nicht bekannt waren, weil Eurofighter gesagt hat, dass das unvertretbar hohe Finanzierungskosten sind, die sie nicht bekannt geben. So ist es.

Möchten Sie noch etwas dazu sagen?

Günther Platter: Natürlich habe ich etwas dazu zu sagen. Es sind all diese Angebote genau geprüft worden, war vor meiner Zeit, das ist ganz eindeutig und klar. (*Abg. Mag. Stadler: Darum wundert es mich, dass Sie etwas dazu sagen!*)

Zum Zweiten bin ich mir sicher, dass Angebote ausgeschlossen worden wären, wenn etwas nicht korrekt gewesen wäre, deshalb sind die Angebote geprüft worden. Letztlich hat die 33-köpfige Kommission die Entscheidung getroffen, der Politik den Rat zu geben, die Empfehlung zu geben, Eurofighter den Zuschlag zu geben, und letztlich hat Eurofighter den Zuschlag bekommen – der Rechnungshof hat diese Vorgangsweise bestätigt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Hier nur ein kleiner Nachtrag von der Auskunftsperson Kocher, damit das auch an der Stelle noch einmal vermerkt ist: Diese ganze Herumrechnerei hat letztlich dazu geführt, dass das 10 bis 15 Millionen *mehr* an Finanzierungskosten für die Republik gebracht hat.

Aber zu einem anderen Punkt, weil Sie immer die Verhandlungserfolge hier strapazieren ... (*Abg. Dr. Fekter: Das stimmt nicht! Billiger ist es geworden! 127 Millionen € ...*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn, dann bitte ich konkret vorzuhalten, denn da herrscht jetzt eine gewisse Unklarheit.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das war gar kein Vorhalt, das war eine Feststellung, wie sie andere auch hier im Ausschuss machen.

Etwas anderes, wo ich den Rechnungshof bemühen kann, denn auf dieser Basis verstehen wir uns ja offensichtlich schon: Es wird hier immer behauptet, dass Einsparungserfolge bei den Verhandlungen Platz gegriffen hätten. Ich greife jetzt nur

ein Beispiel heraus, weil das immer auch vermischt wird mit dem Einredeverzicht, der so viel gebracht hätte.

Die Haftungsbeschränkung: Herr Bundesminister, da hat das Bundesministerium für Landesverteidigung selbst ein Gutachten in Auftrag gegeben, um den Gegenwert einer Haftungsbeschränkung gegenüber einer sonst üblichen im militärischen Luftfahrtbereich, und der wird mit 50 Millionen € angegeben. Die vom Bundesministerium für Finanzen festgestellte zuordenbare Kaufpreisermäßigung bezieht sich aber nur auf 33, das ist eine Differenz von 17 Millionen €, haltet der Rechnungshof fest.

Jetzt frage ich Sie, wie Sie dazu kommen, ständig den Rechnungshof hier ins Spiel zu bringen und uns zu erklären, wie hier die Einsparungsergebnisse erzielt worden sind, nämlich genau korrespondierend mit dem Vorhalt des Vorsitzenden? Wo ist hier ein Einsparungsziel? Das sind 17 Millionen, die liegen gelassen wurden, das braucht man nur richtig zu lesen. Was sagen Sie dazu?

Günther Platter: Das Erste: Ihre Behauptung, um 10 bis 15 Millionen € sei irgendetwas teurer geworden, haben Sie ohne Begründung hier gemacht, deshalb kann ich das als gegenstandslos betrachten.

Der zweite Punkt ist: Ich freue mich, dass Sie den Rechnungshof jetzt auch selbst zitiert haben – das ist ein unglaublich wichtiges Dokument –, und ich weise noch einmal darauf hin: Man möchte es vermutlich nicht wahrhaben, aber auf Seite 15 des Rechnungshofberichtes steht, dass der Rechnungshof feststellt, dass die Firma Eurofighter Jagdflugzeug GmbH trotz der Reduktion der Stückzahl der Flugzeuge – trotz der Reduktion!, normalerweise wird es ja teurer, wenn man eine Reduktion durchführt; wenn ich eine größere Menge habe, wird normalerweise der Preis niedriger. Hier ist es umgekehrt der Fall gewesen, trotz dieser Reduktion der Stückzahl der Flugzeuge hat sich der Einzelstückpreis nicht erhöht, im Gegenteil, es hat einen Preisnachlass von 5,87 Prozent gegeben – steht im Rechnungshofbericht drinnen.

Jetzt zu sagen, dass man bei den Haftungen weniger Haftungsbetrag zur Verfügung hat und andererseits hier diesen Preisnachlass sieht, so kann man eindeutig und klar sagen, dass gut verhandelt wurde.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das wird mit dieser Zitiererei des Rechnungshofes zu nichts führen, so wie Sie das hier machen. (*Abg. Dr. Fekter: Ja, weil ihr es nicht wahrnehmen wollt!*) – Nein, es geht ja um etwas ganz anderes auch noch, es geht um die Verschiebung von Kostenbestandteilen vom sogenannten Vertrag 1 in den Vertrag 2, das ist ja soweit bekannt.

Herr Bundesminister, erste Frage zu diesem Komplex: Ist Ihnen bekannt, dass Vertragspositionen, die korrespondieren mit der Ausschreibung, deshalb kann man das so schön nachvollziehen, in bestimmter Menge zunächst einmal von Vertrag 1 in Vertrag 2 gewandert sind?

Günther Platter: Ich kann Ihnen da keine Auskunft geben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Keine Antwort. Gut, dann darf ich Ihnen und für das Protokoll mitteilen, dass von 38 Vertragspositionen, und zwar ist das in Ihrer Verantwortungszeit, noch zu Beginn der Wiederaufnahme im März, April, 30 Vertragspositionen in V1 waren und 8 Positionen in V2. (*Abg. Dr. Fekter: Aber es gelten schon beide Verträge!*) Am Schluss der Übung waren nur mehr 5 in Vertrag 1 und der Rest, also 33, in Vertrag 2. Auf diese Art und Weise kann man bald einmal Kostenreduktionen signalisieren, die so nicht stattgefunden haben, weil sich der V1 im Wesentlichen zum Schluss auf den sogenannten nackten Flieger bezogen hat, und das zeigen auch alle Unterlagen hier. – Sie wollen dazu eine Anmerkung machen, was sagt

Ihr Berater? (*Obmann Dr. **Pilz**: Na, was der Berater sagt ...*) – Es ist eine Frage, ob Sie dem noch etwas entgegen wollen. (*Abg. Dr. **Fekter**: Na sicher! – Günther **Platter**: Ich würde diese Untergriffigkeit ...*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Was der Berater sagt, ist nicht Gegenstand der Befragung. (*Abg. Mag. **Stadler**: Nein, er hat ja die Frau Kollegin Fekter gemeint!*) Ach so, die Kollegin Fekter.

Günther Platter: Ich habe das jetzt überhört. – Aber eines ist doch klar: Wir haben eine Gesamtsumme V1 und V2, und die gilt! Der nächste Punkt ist natürlich, dass wir die Preisreduktionen durch gute Verhandlungen, die gemacht wurden, erreicht haben. Und der dritte Punkt ist, ich bin froh darüber, dass das Finanzministerium hier sehr stark mit eingebunden war, dass gerade das, was diese Bereiche, die Haftung, die Finanzierung und Zahlungsbestimmungen betrifft, das Finanzministerium verhandelt hat.

Eines muss man einfach einmal zur Kenntnis nehmen: dass wir einen guten Vertrag haben, dass wir einen Vertrag haben, dass wir 18 Eurofighter bekommen, die am neuesten Stand der Technik sind und in 30, 40 Jahren immer noch voll leistungsfähig sein werden, zu einem Betrag, der wirklich äußerst akzeptabel ist.

Deshalb war es der Eurofighter GmbH immer ein großes Anliegen, dass die Preise nicht groß in die Öffentlichkeit kommen, weil wir der erste Exportkunde waren.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Diese Verschiebung hat dazu geführt, dass dann letztendlich festgestellt werden musste, dass 463 Millionen außerhalb der Verträge außerdem noch anfallen, die ursprünglich so nicht vorgesehen waren.

Günther Platter: Das ist völlig unrichtig! Das weise ich zurück. Es hat **keine Verschiebung gegeben!**

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wir werden da offensichtlich zu keiner Einigung kommen.

Gehen wir das historisch ein bisschen durch: Im Ministerratsvortrag vom 2. Juli 2002 – da waren Sie noch nicht, darauf brauchen Sie nicht einzugehen – waren für die 24 plus Option 6 1,79 Milliarden drinnen. (*Zwischenbemerkung der Auskunftsperson.*) – Das stimmt ja nicht. Das ist wieder etwas anderes.

Wie erklären Sie, dass am Schluss 18 Stück Eurofighter letztlich – wenn wir die ganzen Dinge dazunehmen, die Sie gerade wieder aufzählen wollen – so viel kosten wie 24?

Günther Platter: Das wissen Sie ganz genau! Lesen Sie sich den Bericht durch, den Ministerratsvortrag vom 2. Juli 2002! Ich war damals noch nicht Verteidigungsminister. Da werden Sie sehen – ich möchte das jetzt nicht interpretieren, weil ich den Bericht nicht zur Verfügung habe –, dass hier aber bei diesem Betrag verschiedene Bereiche nicht dabei sind, sondern in der Anmerkung angeführt worden sind.

Deshalb ist das nicht ein vergleichbarer Betrag, einerseits die 24 Stück Einsitzer um 1 791 Millionen, dazu kommen noch die Aufwendungen der Ausbildung, Logistik und dergleichen mehr. Deshalb sind dieser Betrag und der Betrag, der letztlich abgeschlossen worden ist, nicht vergleichbar, weil die Logistik, Ausbildung und verschiedene andere Maßnahmen dazugekommen sind.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie wollen dem Ausschuss erklären, dass an jenem 2. Juli 2002 – auch das ist eine Interpretationsvariante – Bundesminister Scheibner in Einheit mit Bundesminister Grasser ein dem Bundeshaushaltsrecht widersprechendes Zahlenmaterial vorgelegt hat – weil das müsste nämlich alles drinnen sein. (*Abg. Dr. **Fekter**: Blödsinn! Hat er ja nicht gesagt!*)

Unterstellen Sie ihm das nicht!) – Natürlich. Wie lesen Sie den § 43 Bundeshaushaltsgesetz in Verbindung mit § 45?

Günther Platter: Noch einmal: Ich werde mich jetzt nicht damit auseinandersetzen ... – oder, wenn es gewünscht wird, mache ich das natürlich, überhaupt keine Frage, liebend gerne. Aber wenn es um den Ministerratsvortrag vom Juli 2002 geht (*Abg. Dr. Fekter: Da war er Landesrat in Tirol!*), da gibt es heute ausreichend Möglichkeiten, den Kollegen Scheibner zu befragen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es hat mich nur dazu verleitet, weil Sie immer sagen, was alles großartig eingespart wurde. Es wird jetzt ohnehin dann in den nächsten Runden darauf hinauslaufen, dass man einmal fragt, was es mit diesen ominösen 2 Milliarden auf sich hat – und auch in Ihrer aktiven Zeit. Da will ich aber nicht vorgreifen.

Ich weise Sie jetzt nur darauf hin und halte Ihnen vor, dass im Bundesministerium für Landesverteidigung schon ab dem Jahr 2001 mit Ausschreibungsvorbereitung ganz klar, und zwar auf Drängen des Bundesministeriums für Finanzen, Zahlen festzulegen waren, die damals noch in Schilling mit 25 Milliarden angegeben wurden – und mit 24 plus 6 Flugzeugen.

Ich kann Ihnen das auch vorhalten, weil das hat dann eine Geschichte bis zum Schluss mit diesen 2 Milliarden. Das kann man ungefähr umrechnen, wenn man die Inflation dann mit einberechnet auf die 2 Milliarden.

Hier steht: Durch das Bundesministerium für Finanzen wäre hinsichtlich der Budgetplanungen für das Jahr 2004 bis 2011 – damals noch – die Finanzierung des Kaufes der Luftraumüberwachungsflugzeuge – und jetzt kommt es, ich zähle es nur einmal in der Summe auf – einschließlich der Ausrüstung und der Bewaffnung, der Infrastrukturanpassung – das sind dann diese 460, da kommen wir schon dort hinein, was Sie nicht wahrhaben wollen! –, der Finanzierungskosten – auch das widerspricht dem! – und der Vorsorgen für Ausbildung, aber nicht nur, sondern auch Simulation und Logistik in der geschätzten Höhe von 25 Milliarden Schilling. Seien wir großzügig und sagen wir: mit dem Aufschlag 2 Milliarden €.

Das kommt aus Ihrem Haus! – Wenn sich ständig Ihre begleitende Kontrolle mit Ihnen so unterhalten hat, ist jetzt schlicht und ergreifend die Frage: Wie kommen Sie dazu, zu sagen, dass hier dauernd eingespart wurde?

In Wahrheit haben wir jetzt 18 Flugzeuge. In diesen 18 Flugzeugen sind fast keine Bestandteile, die von mir aufgezählt wurden, drinnen. Und jetzt frage ich Sie – und ich gebe Ihnen das gerne zum Vorhalt, das ist aus Ihrem Haus, das ist dann ein nicht widerlegtes Dokument gewesen –, was davon jetzt in diesen 2 Milliarden noch drinnen ist und was nicht. – Das ist nämlich die Beweisführung für die Kostenexplosion.

Günther Platter: Herr Kollege Kogler, Sie legen hier Schriftstücke vor ... (*Abg. Mag. Kogler: Aus Ihrem Ministerium!*) – Ich habe nichts Negatives gesagt! Aber Sie legen hier Schriftstücke vor, die nicht Gegenstand der Angebote waren. (*Zwischenruf.*) – Ja, natürlich! Entschuldigung!

Es wurden Angebote eingeholt, es hat eine Angebotseröffnung gegeben, eine 33-köpfige Bewertungskommission hat die Bewertung durchgeführt, und letztlich hat es dann eine Typenentscheidung gegeben. Die Typenentscheidung war klar für 24 Stück Eurofighter.

Das heißt, Faktum ist – und das ist mein Zugang zu dieser Frage –, dass ich mit einer eindeutigen Beschlussfassung der Bundesregierung konfrontiert war, dass 24 Stück

Eurofighter beschafft werden – im Rahmen eines Wettbewerbsverfahrens –, und dann sind die weiteren Maßnahmen durchgeführt worden.

Es wird verschiedenste Akte da oder dort geben – die waren nicht Gegenstand dieser Bewertung, waren nicht Gegenstand des Angebotes. Und deshalb ist das irrelevant, was Sie jetzt hier vortragen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Moment, das machen wir jetzt noch fertig. Das wird immer skurriler. Sagen Sie uns einfach – das ist nämlich der Einleitungsakt in Ihrem Haus zu dieser Beschaffung! –, was davon jetzt drinnen ist! Ist die Bewaffnung dabei oder nicht?

Günther Platter: Noch einmal: Sie haben hier einen Akt, der aus meiner Information heraus nicht im Wettbewerbsteil dabei war. Das ist vom Jahr 2001.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es wäre auch sicherlich vernünftiger, die beiden Fragen voneinander zu trennen, weil das eine wirklich ein Akt vor den Leistungsbestimmungen ist, der insofern nicht direkt relevant für die Leistungsbestimmungen und die Angebotseinholung ist. Andererseits reicht es, glaube ich, vollkommen zur Klärung diese Komplexes, zu klären, ob zum Beispiel die Bewaffnung Teil der dargestellten Summe ist. Ohne diesen Vorhalt ist die Frage vielleicht sogar leichter zu beantworten.

Günther Platter: Es ist klar – und das haben wir schon ausreichend diskutiert –, dass einerseits die Beschaffung der Eurofighter durchgeführt wurde und dass einmalige Folgeaufwendungen notwendig sind, wo es diese Information von meinem Haus gibt, die 233 – da ist auch Bewaffnung dabei, weil die Bewaffnung nicht die Eurofighter GmbH zur Verfügung stellt, das muss man von anderen Unternehmungen letztlich dann einholen –, dass es hier einen Betrag von 233 gibt. Ich war natürlich auch interessiert.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das hat mit dem überhaupt nichts zu tun. (*Abg. Dr. Fekter: Lassen Sie ihn antworten! – Abg. Mag. Stadler: Wir lassen ihn reden; antworten tut er nicht!*)

Günther Platter: Sie reden über die einmaligen Folgeaufwendungen – das ist das 233er Paket, und der Rechnungshof hat von 460 Millionen € gesprochen, ich habe das bereits ausgeführt, weil der Rechnungshof auch die Adaptierung „Goldhaube“ und die Zwischenlösung mitgenommen hat.

All jene Bereiche, die jetzt nicht im V1 und V2 sind, sind einmalige Beschaffungen, die nicht von der Eurofighter GmbH geliefert werden und die im Laufe der nächsten Jahre, bis zum Jahr 2015, aus dem eigenen Budget berappt werden müssen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber nach diesem Einleitungsakt hätten sie dabei sein müssen. (*Günther Platter: Nein, ich war da Landesrat in Tirol!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich würde vorschlagen, dass wir wieder eine vernünftige Pause machen. Die Sitzung ist **unterbrochen**.

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 13.39 Uhr **unterbrochen** und um 14.08 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

Obmann Dr. Peter Pilz nimmt die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und erteilt Abg. Fekter das Wort.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Kollege Kogler hat ja aufgehört, indem er die Einsparungen angezweifelt hat.

Ich habe hier den Rechnungshofbericht, wonach 714 Millionen € Preisminderung durch die Leistungsreduktionen erreicht wurden und weitere Preisreduktionen von 129 Millionen € durch sonstige kaufmännische Verhandlungsergebnisse.

Sehr geehrter Herr Minister, können Sie uns in etwa praktisch erläutern – bei der Reduktion der Flieger ist ja klar: wenn es weniger Flieger sind –, aber was hat sich dann da noch an Reduktion in der Leistungsreduktion ergeben?

Günther Platter: Ja, das ist korrekt: Mir ist diese Summe, mir sind diese Beträge ebenfalls bekannt auf Grund des Rechnungshofberichtes, das heißt die Reduktion von 24 auf 18.

Dann hat es verschiedene Bereiche gegeben, wo wir einfach nicht abgerufen haben, weil das für die Luftraumüberwachung in Österreich derzeit nicht notwendig ist. Das sind vor allem Aufklärungsbehälter, Träger für Aufklärungsbehälter. Da geht es darum, dass man hier flächendeckend Fotografien durchführt, um eine Gesamtlagebeurteilung durchführen zu können, und darüber hinaus über die Grenze hinaus Fotografien gemacht werden können. Und das ist jetzt auf Grund der derzeitigen Bedrohungssituation nicht notwendig.

Das war unter Umständen zu Zeiten des Kalten Krieges nicht ganz uninteressant, aber es ist jetzt nicht mehr notwendig. – Das ist auch ein Beispiel, dass man hier dementsprechend eingespart hat.

So wurden natürlich einige militärische Bereiche gefunden, die Einsparungspotentiale festgestellt, und letztlich ist aus diesem Grund dann die Reduktion auch bei den Leistungen durchgeführt worden, aber mit dem klaren Hinweis, dass es militärisch rechtfertigbar sein muss. Und das wurde auch uns von den Militärs bestätigt, denn letztlich haben die Militärs gemeinsam mit dem Finanzministerium hier die ganzen Einsparungspotentiale genau eruiert.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Es wurde ja dann auf Grund des Anbotspreises ein sozusagen Einzelfliegerpreis ermittelt. Und während der Vertragsverhandlungen sind ja immer wieder Angebote von anderen Unternehmen aufgetaucht, wie beispielsweise auch die Firma SAAB hat ganz etwas Neues angeboten im März 2003. Waren Sie damit befasst, Herr Minister?

Günther Platter: Es hat tatsächlich Angebote gegeben. Ich bin auch informiert worden, denn es ist ja so, die Typenentscheidung war gefallen. Jene Unternehmer, ich nenne hier ganz klar auch SAAB, die hier ein Angebot gelegt hat, das war letztlich nach der Typenentscheidung und war ungültig.

Hier möchte ich auch den Rechnungshof zitieren auf Seite 18, weitere Angebote: Nach Ansicht des Rechnungshofes waren die genannten Angebote unvollständig, nur die Mussforderungen wurden angeboten, und zusätzlich ungültig, also zu spät eingebracht, Deshalb hat der Rechnungshof das ebenfalls bestätigt. Ich meine, es wäre ja unmöglich, dass man Angebote, die nach einer Typenentscheidung hineinkommen, dann letztlich als gegeben annimmt. Das würde eigentlich die ganze Verfahrensweise, die wir derzeit gewählt haben, über den Haufen schmeißen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Hat das Ressort somit keine Alternativvergleichsrechnungen angestellt, sondern sich auf den juristischen Standpunkt gestellt, Typenentscheidung ist gefallen und daher nicht zu berücksichtigen? Das hat ja der Rechnungshof ein bisschen kritisiert.

Günther Platter: Nein. Das war zu Recht so, dass diese Angebote ungültig waren, und der Rechnungshof hat das letztlich ja auch bestätigt, dass es sich um ungültige und

unvollständige Angebote gehandelt hat und dass sie zu spät eingebracht worden sind. Und ungültige Angebote sind auszuschneiden.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Zu den zwei Verfahrensschritten im Anbot, nämlich einmal im Wettbewerb den Bestbieter zu ermitteln und das zweite Mal dann die eigentlichen Vertragsverhandlungen zu führen. War Ihnen bekannt, dass ja bereits bei der Bestbieterermittlung die Anbotsunterlagen verändert worden sind, dass es da eine Zweitausschreibung gegeben hat? War Ihnen das bekannt?

Günther Platter: Mir ist bekannt, dass es eine Konkretisierung gegeben hat der Angebote, das ist also mein Informationsstand. So wurde mir das auch von der begleitenden Kontrolle mitgeteilt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt also, während man den Bestbieter ermittelt hat, hat man das Anbot verändert und konkretisiert. Dann wurde auch bei den Vertragsverhandlungen durch die Reduktion, durch die Veränderung des Mengengerüsts, des Leistungsumfanges wieder eine Veränderung vorgenommen. Kann man daher das Anbot mit dem Vertrag noch eins zu eins vergleichen?

Günther Platter: Noch einmal: Das sind also diese verschiedenen Bereiche des Verfahrens freiwillige Vergabe im Wettbewerb, denn einerseits ist es der Wettbewerbsteil, da gibt es eine klare Typenentscheidung, dann der Verhandlungsteil, und im Verhandlungsteil hat man die sparsamste, aber militärisch notwendige Variante gewählt. – Punkt 1. Und Punkt 2: Was in diesem Zusammenhang wichtig ist, wenn eben gerade eine Reduktion von 24 auf 18 gemacht wurde, dass hier kein Bietersturz entsteht. Und diese Berechnungen wurden gemacht. Es war kein Bietersturz, deshalb zu Recht Bestbieter. Auf Grund der Vertragsunterfertigung ist also Eurofighter auch zu Recht Bestbieter. Und das hat der Rechnungshof bestätigt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich der Verträge V 1, V 2, die betreffen ja das reine Flugzeug V 1, und dann die von Eurofighter zu liefernden Teile im Hinblick auf das System. Wie ist man vorgegangen mit jenen Teilen, die notwendig waren, aber die nicht im Eurofighter-Vertrag Platz finden konnten, weil ja Eurofighter kein Vertragspartner ist, wie beispielsweise die Hangarerrichtung in Zeltweg oder die Pilotenausbildung in Deutschland? Hat es da dann weitere Verträge gegeben, oder wie ist man damit umgegangen?

Günther Platter: V 1 und V 2 ist der Eurofighter mit System-, Logistikkosten, und das betrifft ... – Dieser Vertrag ist ausschließlich Republik Österreich mit Eurofighter GmbH, und im Übrigen, die Bordkanone ist natürlich mit dabei. Damit das nur klar ist, die Bordkanone ist dabei. Nur Munition, Sidewinder und so weiter muss von einer anderen Firma beschafft werden. Und dann gibt es also diese einmaligen Folgekosten, die nicht von der Eurofighter GmbH erbracht werden. Das sind verschiedenste Kosten wie Sanierung Flugplatz, Bauinfrastruktur, Simulatorhalle, Garage, Hangar, Erneuerung Goldhaube und dergleichen mehr. Und jetzt sind diese Kosten, die hier anfallen, die bei jeder Type natürlich anfallen würden, müssen diese Kosten aus dem Budget bis zum Jahr 2015 bewältigt werden.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, ein Teil der Kosten, die zusätzlich notwendig sind, sind reine budgetäre Erneuerungsmaßnahmen und ein Teil ist abgedeckt in jenem Bereich, wo im Ministerrat zugesagt worden ist, dass die Kosten übernommen werden. Ist das richtig?

Günther Platter: Es gibt eine klare Regelung hier einerseits, dass zu 100 Prozent V 1 und V 2 übernommen wird, was die Betriebskosten betrifft, dass 32 Millionen € der

Betriebskosten jährlich übernommen werden vom Finanzministerium. Das ist also die Situation, die wir hier momentan vorliegend haben.

Wichtig ist mir ein Punkt, der doch da oder dort in der Öffentlichkeit diskutiert wurde. Wichtig ist mir der Punkt, dass es keine Kostenverschiebung gegeben hat, wie es einmal dargestellt worden ist, eine Kostenverschiebung durch Reduktionen, denn die Reduktionen sind ja im V 1 und V 2 dann letztlich gemacht worden, das heißt mit der Eurofighter GmbH. Aber alle anderen Kosten, das sind die einmaligen Folgekosten, haben mit dem Vertrag nichts zu tun. Und deshalb muss ich auch – aber dieser Vorwurf wurde hier auch nicht erhoben –, muss ich in aller Deutlichkeit sagen, dass es **keine** Kostenverschiebung gegeben hat, so wie es dargestellt wurde, unter Umständen eine Kostenverschiebung durch eine Reduktion hin in die Betriebskosten. Also das ist ganz klar zurückzuweisen, das hat es nicht gegeben.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Bezüglich jener Investitionskosten, die Bauinvestition sind, die insbesondere am Militärflugplatz in Zeltweg erforderlich waren, wie Hangar, Lärmschutzhaus, Simulatorgebäude, Turm, Waschplatz, Fanganlage, Navigations- und Anflugsystem, Luftfahrzeug Rettungsdienst, et cetera, diese Kosten, waren die in etwa bekannt und abschätzbar?

Günther Platter: Es waren Kosten, die abschätzbar waren. Hier handelt es sich um das so genannte 233 Millionen €-Paket. Das haben wir auch dem Finanzministerium berichtet. Bitte um Verständnis, mein Interesse war ja, dass ich noch zusätzlich Geld bekommen hätte als Verteidigungsminister, und deshalb habe ich unabhängig der Kosten V 1, V 2 auch mitgeteilt, dass einmalige Folgekosten entstehen werden. Aber letztlich war es dann so, dass diese einmaligen Folgekosten, die mit der Type, mit Eurofighter nichts zu tun haben, die auch nicht der Vertragsgegenstand mit der Eurofighter GmbH sind, war die Aussage des Finanzministeriums, dass das aus dem eigenen Budget zu berappen sein wird.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Haben Sie als Minister auch gleich veranlasst, dass das alles sozusagen in Angriff genommen wird, dass es rechtzeitig fertig ist?

Günther Platter: Ja, selbstverständlich sind die verschiedensten Maßnahmen bereits begonnen worden, wenn man sich in Zeltweg, und der Herr Kollege Kräuter kennt sich in Zeltweg sehr gut aus, wenn man sich das anschaut, die Bauwerke werden derzeit errichtet, damit wir rechtzeitig, wenn die Eurofighter kommen, alles so im Schuss haben, dass der Betrieb begonnen werden kann.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt also, in den laufenden Verteidigungsbudgets der nächsten Jahre finden dann bestimmte Adaptierungen, zum Beispiel „Goldhaube“, Radar und so weiter, oder Infrastruktur, Hangar und so weiter, Niederschlag und sind nicht von den eins Komma irgendwas, 1,9 Milliarden, von dem Kaufpreis insgesamt umfasst. Herr Minister, das widerspricht ja diametral dem, wie es dargestellt wurde! Es hat ja geheißen: Die Kosten für 18 Abfangjäger betragen 1,337 Milliarden €, **und** auf zusätzliche 632 Millionen € – also gesamt: 1,969 Milliarden – kommt jetzt dazu: Kosten Pilotenausbildung, Munition, Radar, Adaptionen und Infrastruktur.

Und jetzt erklären Sie uns – erhellenderweise –, dass das laufend aus den Verteidigungsbudgets besorgt werden muss.

Daher frage ich Sie: Ist die Pilotenausbildung damals da drinnen gewesen? Ist Munition drinnen gewesen? Sind die Radar-Adaptionen drinnen gewesen? Ist Infrastruktur drinnen gewesen?

Günther Platter: Nochmals, um das klarzustellen: Keine einzige der Leistungen, die reduziert worden sind in der Vertragsverhandlung und letztlich dann, was den Vertrag betrifft, scheint dann in der Zukunft als einmalige Folgeaufwendungen auf.

Das Zweite ist: Weil so getan wird, als ob man hier ein Geheimnis daraus gemacht hat, was auch diese zusätzlichen Kosten betrifft und was letztlich auch die Budgetwahrheit betrifft, darf ich auf eine Dringliche Anfrage vom 10. Juni 2003 – also vor Vertragsunterfertigung war diese Dringliche Anfrage! – an den Finanzminister Grassler hinweisen. Hier erklärt er – und wenn Sie einverstanden sind, Herr Vorsitzender, würde ich das gerne zitieren –:

„Diese allfälligen Ausgaben,“ – da geht es also um diese einmaligen Ausgaben, das 233-Paket – „die in der Entscheidung des Landesverteidigungsministeriums liegen, sind daher vom Landesverteidigungsministerium zu bedecken. Im Übrigen weise ich zu den von Ihnen mystifizierten 233 Millionen € darauf hin, dass wir beispielsweise – Sie sollten sich einen solchen Budgeterstellungprozess vielleicht einmal ansehen – in der Budgeterstellung 2003 mit Forderungen konfrontiert waren, die um 1,7 Milliarden € über das hinausgingen, ... Es ist völlig klar, selbstverständlich und auch legitim, dass man danach trachtet, größere Mittelzuteilungen vom Finanzministerium zu bekommen.“

Das heißt, was ich damit sagen will: Wir haben diese Debatte – natürlich dazumal schon nichts Neues – am 10. Juni 2003 bereits gehabt, betreffend die einmaligen Folgeaufwendungen. Also hier jetzt so zu tun, als wenn hier wieder etwas ganz Besonderes auftauchen würde – Herr Kollege, mit allem Respekt, das ist sicherlich nicht der Fall!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nun, ich zitiere Sie ja nur selbst! Was Sie jetzt als absolute Selbstverständlichkeit darstellen – dass das natürlich in den laufenden Jahren abgegolten wird, wie die Radaradaptierungen oder Infrastrukturausgaben –, hat man ja damals, aus politischen Gründen oder welchen auch immer – vielleicht können Sie uns das ja sagen –, anders dargestellt. Da heißt es:

„Das Verteidigungsministerium weist Berichte zurück, dass etliche Posten nicht in die Berechnung der Kosten für die Eurofighter eingeflossen seien. Aussagen, der wahre Preis liege weit höher, sei ‚nichts abzugewinnen‘.“

Also, jetzt so zu tun ... – Es ist schon bekannt jetzt, na freilich, weil wir es herausgearbeitet haben! Darum haben wir ja diese Untersuchung, Herr Minister. Und es ist ja klar, es ist ja jetzt auf dem Tisch. Aber Sie tun jetzt so, als wäre das *immer* klar gewesen. – Das stimmt nicht! Das ist vollkommen anders dargestellt worden.

Günther Platter: Herr Abgeordneter, bei allem Respekt, was den Untersuchungsausschuss betrifft, aber, ich meine, das 233-Millionen-€-Paket wurde am 10. Juni 2003 nachweislich bereits besprochen und behandelt. Also, das hat jetzt mit dem Untersuchungsausschuss nichts zu tun. Es ist darüber hinaus auch im Rechnungshofbericht so dargestellt.

Aber worauf ich hinausgehe – noch einmal –: Durch den Kaufvertragsabschluss V1, V2 und die Reduzierungen, die vorher vorgenommen worden sind, kommt es nicht zu zusätzlichen Aufwendungen im Rahmen der einmaligen Folgekosten! – Damit ich das ein für alle Mal klar erklärt habe. – Deshalb muss man hier zu hundert Prozent davon ausgehen – und ich bestehe darauf, dass das auch verstanden wird –, dass hier keine Kostenverschiebung stattgefunden hat, von Reduktion V1, V2 auf sonst irgendwelche Positionen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter: Herr Minister, der entscheidende Punkt ist, dass bis zumindest zum 27. Mai 2003 das eben anders dargestellt worden ist! – Das ist das

Entscheidende, und wenn man auf die entscheidenden Phasen zurückblickt, wirft das eben ein bezeichnendes Licht auf die Vorgänge.

Ein Zweites zur Finanzierung. – Sie haben vorher gesagt: ein guter Vertrag, und: Der Betrag ist äußerst akzeptabel.

Ich muss Ihnen jetzt wirklich das vorhalten, was Herr Kocher hier gesagt hat – Sie wissen, Herr Kocher war der ehemalige Geschäftsführer der Bundesfinanzierungsagentur –:

„Laut Kocher wäre“ eine „direkte Finanzierung billiger gewesen“ – billiger!

Frau Fekter ins Stammbuch, und auch dem Herrn Minister noch einmal vorgehalten:

„Paul Kocher, ehemaliger Geschäftsführer der Bundesfinanzierungsagentur, sagte aus, dass eine direkte Finanzierung über die Republik im Gegensatz zu der gewählten Vorfinanzierung durch die BAWAG um schätzungsweise ein Achtel billiger gewesen wäre. Gekommen sei der Vorfinanzierungs-Wunsch vom Finanzministerium.“

Meine Frage: Wie ist dieser Vorfinanzierungs-Wunsch auf Sie zugekommen?

Günther Platter: Ich bin mit dieser Situation nicht befasst worden, sondern bei diesem Gespräch hat man über die Variante Einredeverzicht debattiert. Der Finanzminister hat die Vorteile dieses Einredeverzichts zum Ausdruck gebracht. Letztlich war das einvernehmliche Ergebnis, die Eurofighter so zu finanzieren, dass wir diese günstigere Möglichkeit, dass wir 100 Millionen € dadurch einsparen konnten, genommen haben.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Jetzt reden Sie wieder von einer günstigeren Möglichkeit. – Ich habe Ihnen gerade vorgelesen, dass eine direkte Finanzierung billiger gewesen wäre! (*Abg. Dr. Fekter: Über eine Bundesanleihe, hat er gesagt!*)

Günther Platter: Ich würde sehr ersuchen, mit den Experten, Finanzexperten diese Debatte zu führen. Ich bin mit dieser Angelegenheit nicht konfrontiert worden.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Herr Bundesminister, ich habe eine Frage zur Haftungsreduktion. Es hat da ein Gutachten gegeben, und zwar von einem Dipl.-Ing. Robert Wasner, wonach man auf Grund der Haftungsreduktion auch sozusagen einen Preisabschlag in der Höhe von ungefähr 49,9 Millionen € geltend machen hätte sollen. Faktum ist, dass aber nur 30 Millionen € an Preisabschlag gewährt worden sind.

Was sagen Sie dazu? Was haben Sie dazu an Wahrnehmungen? Und warum wurde dieses Gutachten, das angeblich sogar vom BMLV in Auftrag gegeben worden ist, überhaupt nicht beachtet?

Günther Platter: Ja, sehr gerne: Bei der Haftung geht es darum, dass Schäden, die irgendwo erwachsen, durch einen Unfall oder sonst etwas, damit berappt werden müssen. Ich habe mich da auch informieren lassen – obwohl die Haftungsfrage vom Finanzministerium verhandelt wurde –, dass wir, wenn man die letzten Jahre und Jahrzehnte zurückblickt, im Verteidigungsressort noch nie mit einer Haftungssituation zu tun gehabt haben, die weit über dieses Ausmaß hinausgeht.

Zum Zweiten geht es auch darum – und das ist auch wieder eine Abwägung, denn es geht ja dann letztlich um den Preis, um die Preisverhandlung –: Wenn wir sagen, das ist uns nicht so wichtig, wir reduzieren hier, und wenn wir anstatt dessen dann eine Preisreduktion bekommen, so ist es wiederum eine Abwägung der Situation zwischen diesen beiden Punkten – und die Abwägung hat vom Finanzministerium ergeben, dass wir das in Kauf nehmen können.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Da haben Sie vielleicht meine Frage nicht richtig verstanden. Es geht darum, dass man für die Haftungsreduktion – also rein für die Produkthaftung – um einen Betrag von 295,6 Millionen € einen Preisabschlag von 30 Millionen € in Kauf genommen hat. Aber letztendlich gibt es ein Gutachten, und darin wurde vorgeschlagen, dass ein Preisabschlag von fast 50 Millionen € gerechtfertigt sei.

Und **das** ist die Frage: Das ist eine Differenz von 20 Millionen €. Wie ist man dazu gekommen? – Mir ist schon das Problem klar, das, was Sie mir geschildert haben, dass man das abwägt. Aber die eine Frage hat mit der anderen nichts zu tun: warum man dieses Gutachten, das ja vom Bundesministerium für Landesverteidigung selbst in Auftrag gegeben worden ist, diese 20 Millionen € nicht als Preisabschlag berücksichtigt hat. Oder war da nur das Bundesministerium für Finanzen zuständig?

Günther Platter: Noch einmal: Dieser Bereich, diese Haftungsgeschichte ist ausschließlich nur vom Finanzministerium bearbeitet worden.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Ich habe dann noch eine Frage zu Tranche 1 und Tranche 2. Sie haben gesagt, das kostet uns keinen Euro. Wissen Sie, wann die Umrüstung der Tranche-1-Flugzeuge zu Tranche-2 erfolgen soll?

Günther Platter: Ich habe mich damit natürlich beschäftigt – überhaupt keine Frage. Das ist eine entscheidende Geschichte, was den Verteidigungsminister betrifft. Hier geht es also darum, dass am Ende des Tages, das heißt bis zum Jahr 2014, wenn ich mich nicht irre, alles abgeschlossen sein muss, dann muss letztlich Block 8 zur Verfügung stehen.

Wichtig ist, dass das im Einvernehmen mit dem Verteidigungsministerium gemacht wird, zu welchem Zeitpunkt es günstig ist, von der Abwicklung des Betriebes, dass dann diese Umrüstung gemacht wird.

Also ich gehe davon aus – aber, bitte, noch einmal die Experten dann zu fragen –, dass es Sinn machen wird, wenn die Lieferungen durchgeführt werden – zuerst also die sechs Eurofighter Block 5 und dann die nächsten zwei Block 8 –, dass im Anschluss daran dann die Umrüstung auf Block 8 durchgeführt wird. Aber das ist zwischen diesen beiden, zwischen dem Unternehmen Eurofighter GmbH und dem Bundesministerium für Landesverteidigung, so besprochen worden, dass das einvernehmlich gemeinsam dann bearbeitet wird.

Abgeordneter Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Im Angebot ist festgehalten gewesen, dass das beim 400-Flugstunden-Service stattfinden sollte.

Jetzt haben wir 100 Flugstunden pro Jahr. Das wäre sozusagen, wenn die ersten Flugzeuge im Jahr 2007, in diesem Jahr geliefert werden, dann im Jahre 2011. – Das heißt, wir würden also vier Jahre mit einem Tranche-1-Flugzeug den Betrieb einmal beginnen, und dann würde uns erst im Jahre 2011 jenes Flugzeug zur Verfügung stehen, das an und für sich gefordert wird.

Und da stellt sich dann die Frage – wenn Sie sagen, das kostet keinen Euro –: Wer trägt die Fixkosten für das Gerät, während es umgerüstet wird? Gibt es da Ersatzflugzeuge im Jahre 2011? Wenn also da diese Umrüstung erfolgt, ist ja einmal die Frage, wie viele Flugzeuge wir da überhaupt haben. Wer wird den anderen Luftraumüberwachungsbetrieb aufrechterhalten? – Wer hat sich über diese Kosten Gedanken gemacht? Wo scheinen diese Kosten auf? War das ein Thema?

Günther Platter: Gut, das heißt jetzt also: Es kommen keine zusätzlichen Kosten – so wie ich das jetzt schon einige Male erklärt habe –, was diese Umrüstung Block 5 und Block 8 betrifft. Ich darf das so erklären:

Das ist nicht nur bei Eurofighter so, sondern überhaupt bei Abfangjägern, bei solchen hochtechnischen Geräten, dass man, wenn wir von 18 Eurofightern ausgehen, sechs Eurofighter im Einsatz hat, dass sechs Eurofighter für den Betrieb zur Verfügung stehen und dass sechs Eurofighter – immer ein Drittel – für die Wartung dann letztlich zur Verfügung gestellt werden, dass die Wartung durchgeführt werden muss. Und das wird natürlich dann in diesem Zusammenhang mit einberechnet werden, dass man hier diese Variante findet, dass wir also keinen eingeschränkten Flugbetrieb haben werden. – Was also Block 5 und Block 8 betrifft, da geht es um die Software, und ich glaube, dass Experten Ihnen ohnehin schon erklärt haben, wie diese Umrüstung stattfinden wird.

Abgeordneter Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Ich werde nicht lange herumreden, weil das schon x-mal ein Thema war und Sie schon x-mal gefragt worden sind, dass das nichts kostet, und Sie auf Ihrem Standpunkt stehen: Das kostet uns nichts! – Ich möchte Sie nur mit der Aussage von Herrn Hofer konfrontieren, der nämlich schon etwas anderes ausgesagt hat. Herr Hofer hat hier vor dem Ausschuss gesagt:

„... Wir haben jetzt einen Vertrag mit diesen 1,9 Milliarden, und die Nachrüstung von Block 5 auf Block 8“ – also Tranche 1 auf Tranche 2 – „erfolgt ohne zusätzliche Kosten für das Bundesheer. Das heißt“ aber „**nicht, gratis!**“

Also, wie gesagt, da hat der Herr Hofer schon etwas anderes ausgesagt. Ich habe das Protokoll da. – Wie gesagt, damit wollte ich Sie nur einmal konfrontieren.

Ich komme dann zu einem anderen Punkt, und zwar ...

Günther Platter: Entschuldigung: Könnte ich das aufklären, denn Sie haben jetzt das erwähnt, ...

Abgeordneter Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Hofer sagte „nicht gratis“ – die Umrüstung erfolgt **nicht gratis**.

Obmann Dr. Peter Pilz: Eine Stellungnahme dazu ist natürlich schon möglich.

Abgeordneter Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Ja, selbstverständlich.

Günther Platter: Ich wollte dazu eine Stellungnahme abgeben. – Ich gehe davon aus, dass Herr Ministerialrat Hofer das so gemeint hat, dass die Tranche-2-Lieferung, also diese Umrüstung von Block 5 auf Block 8, nicht gratis ist, weil ja das ohnehin bezahlt ist – im Vertrag ist ja Block 8 bezahlt worden! –, sondern nur, dass die darüber hinaus gehenden Kosten nicht anwachsen werden. Das ist der große Unterschied! – Und ich habe schon gehört, dass es hier eine Irritation gegeben hat.

Es gibt also keine zusätzlichen Kosten, die über diesen Vertrag, den wir abgeschlossen haben, anfallen werden.

Abgeordneter Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Schauen Sie, Herr Minister – wie gesagt, ich will auf dem gar nicht lange herumreiten, nur: Die Sache ist die, dass Sie behauptet haben, es würde hier einen Schriftverkehr geben, wo das schriftlich zugesichert worden ist, dass das nichts kostet. – Das haben Sie heute gesagt (*Günther Platter: Nein, ich habe – noch einmal – ...*), dass Sie Informationen ... – Sonst korrigieren Sie mich bitte, aber Sie haben gesagt, Sie haben die Informationen: Das kostet nichts!

Günther Platter: Ich **muss** korrigieren! – Wir haben ja diese Debatte bereits geführt: Ich habe gesagt, zum Ersten, dass man vom BMLV zu hundert Prozent davon

ausgegangen ist, dass aufgrund des Vertrages die Umrüstung von Block 5 auf Block 8 nichts kostet.

Darüber hinaus hat der Rechnungshof gesagt, mehr oder weniger: Schaut nach, das muss sichergestellt sein!, und dann hat man sich noch zusätzlich vom BMLV diese Absicherung geben lassen, dass durch Block 5 auf Block 8 keine zusätzlichen Mehrkosten erwachsen werden.

Abgeordneter Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Ja, aber wie gesagt, da liegt uns ja nur Ihre Aussage vor, aber kein Material. Und es ist deswegen verwunderlich, weil: Wenn das so ist – ich stelle es nur einmal so hin –, dann frage ich mich, warum Herr Hofer das nicht in seiner Einvernahme ausgesagt hat, sondern – da ist ja relativ lange ..., weil diese ganze Angelegenheit eben durchaus missverständlich ist – Herr Hofer hat das mit keinem Satz erwähnt!

Deswegen sage ich, es ist schon eigenartig: Wenn das abgesichert worden ist, warum hat dann Herr Hofer dazu überhaupt nichts gesagt? – Aber das wird schwierig sein für Sie, das zu beantworten, warum Herr Hofer das nicht gesagt hat. Ich halte das nur fest, dass das so ist.

Günther Platter: Und ich halte fest, dass diese Aussage, die ich hier getätigt habe, zu hundert Prozent richtig ist.

Abgeordneter Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Dann habe ich noch eine weitere Frage. Es geht da um eine Zinersparnis, die man ausgehandelt hat – offensichtlich das Bundesministerium für Finanzen, und zwar Dr. Christl und Mag. Kocher –, und zwar konnte man hier eine Zinersparnis von 26 Millionen € beim Vertrag Abfangjäger lukrieren. Mir liegt ein E-Mail vor, vom 25.4.2003 – ich lese es Ihnen vor, und Sie können dann Einsicht nehmen –, und zwar von Frau Elisabeth Sattler an Herrn Josef Christl; eine Kopie ist an Herrn Hillingrathner gegangen. Darin heißt es:

„Dr. Christl/Mag. Kocher konnten durch günstigere Finanzierung eine weitere Zinersparnis von 26 Mio Euro beim Vertrag Abfangjäger lukrieren (...).“

Da das BMLV mit der arbeitsintensiven Aussplittung (*sic!*) der Verträge und Festlegung der umfangreichen Mengengerüste fertig ist, wird diese Preisreduktion gemäß persönlicher Weisung des Herrn BMLV nicht mehr berücksichtigt, da dies eine Neubearbeitung der div. Einzelpreise bedeuten und das BMLV mit der Aktenerstellung in Verzug geraten würde. ...“

Können Sie mich da bitte aufklären über die Weisung, die hier gegeben worden ist?

Günther Platter: Ich habe nie eine Weisung an das Finanzministerium gegeben – könnte ich auch nicht machen.

Abgeordneter Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Wie gesagt, ich gebe Ihnen das ... (Abg. Mag. **Stadler:** *Die wird ja nicht behauptet da drin!*) – Die wird da drin behauptet! (Abg. Mag. **Stadler:** *Nein, ...*) – Da steht: „... persönlicher Weisung ...“!

Günther Platter: Trotzdem, und das wissen Sie alle: dass ich keine Weisung an das Finanzministerium machen kann. (Abg. Mag. **Stadler:** *Ja, aber intern haben Sie ...*)

Abgeordneter Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Es ist intern behauptet worden! (Abg. Mag. **Stadler** – *in Richtung Günther Platter* –: *Nein: Bei Ihnen haben Sie die Weisung gegeben, im Verteidigungsministerium – intern!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein – das wird sich klären. Das ist auch von Hillingrathner anders gemeint gewesen. (Abg. Dr. **Fekter:** *Schon wieder einmal!*) Aber darauf werden wir ohnedies noch zurückkommen. – Danke.

Kollege Kogler hat keine Fragen, dann frage ich eben etwas:

Einige Male haben wir schon gehört: Regierungserklärung – ich glaube, die stammt vom 28. Februar 2003. Und da heißt es – Sie haben das schon zitiert –:

„Nachbeschaffung Luftraumüberwachungsflugzeuge“.

Der meiner Ansicht nach interessante Punkt ist: „Der Ankauf soll in der gesamten Legislaturperiode nicht budgetwirksam sein.“ –

Das haben Sie ohnedies zitiert.

Meine Frage: Wer wollte das?

Günther Platter: Das war ganz klar: die Regierung, die neue Regierung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Da die Regierung aus mehreren Personen besteht und **Sie** das offensichtlich **nicht** wollten: Wer hat den Vorschlag gemacht: Schreiben wir das so rein!? – Das ist ja keine Selbstverständlichkeit!

Günther Platter: Ich bin am 28. Februar, nein, am 27. Februar nachmittags vom Herrn Bundeskanzler gefragt worden, ob ich als Bundesminister für Landesverteidigung zur Verfügung stehe. Daher bitte ich um Verständnis, dass ich in die Regierungsverhandlungen nicht eingebunden war.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, na okay. Jetzt steht das im Regierungsprogramm. Warum hat man sich dafür entschieden, in der gesamten Legislaturperiode nichts aus dem Budget zu zahlen?

Günther Platter: Wie bereits erwähnt, war das für mich ein Faktum, dass das so der Fall ist, und ich würde auch ersuchen, das jene befragt werden, die dieses Regierungsprogramm verhandelt und erstellt haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Haben Sie da jemals nachgefragt, warum das so vereinbart worden ist?

Günther Platter: Das ist ein Faktum gewesen. Das habe ich so zur Kenntnis genommen.

Obmann Dr. Peter Pilz: So, wie das ein guter Militär eben tut: Da sind Fakten geschaffen, und die nimmt man zur Kenntnis und fragt nicht viel. – Okay, kein Kommentar dazu.

Na ja, es ist ja nicht unerheblich, gell, es ist ja nicht unerheblich, ob für das größte Investitionsprojekt der Zweiten Republik in der kommenden Legislaturperiode budgetwirksame Kosten anfallen oder nicht. – Bitte, das Mikrofon ist auch ein Faktum. (**Günther Platter: Das ist ein Faktum!**) Das ist richtig, da sind wir uns schon wieder einig: Es ist ein Faktum.

Welche Konsequenzen hat dieses Faktum gehabt? Hat das irgendwelche Konsequenzen für die Beschaffung gehabt?

Günther Platter: Wir mussten eine Zwischenlösung machen, und ich habe bereits erwähnt, dass wir eigentlich eine gute Lösung zustande gebracht haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Die Zwischenlösung ist Beweisthema 4, da möchte ich jetzt nicht darauf eingehen, aber das Faktum ist einmal klar.

Günther Platter: Die Frage war: Was ist die Konsequenz daraus?

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, eine Zwischenlösung. – War eine Zwischenlösung ursprünglich geplant?

Günther Platter: Eine Zwischenlösung, die unter 65 Millionen €, inklusive (*Obmann Dr. Pilz: Erstens haben wir das schon einmal im Protokoll!*) aller Kosten für vier Jahre.

Obmann Dr. Peter Pilz: Herr Platter, wir haben das bereits einmal im Protokoll. Zweitens behalte ich mir vor, nach der Zwischenlösung zu fragen. Drittens, sollte ich nach der Zwischenlösung fragen, werde ich mich selbst darauf aufmerksam machen, dass das erst das kommende Beweisthema ist, und deswegen, viertens, bleiben wir bei der Geschichte, es reicht doch vollkommen, nur das festzuhalten. (*Günther Platter: Einverstanden!*) – Okay! Eine der Folgen war eine Zwischenlösung. Bleiben wir noch kurz bei diesem Thema.

War ursprünglich bei der Typenentscheidung eine Zwischenlösung geplant? War zur Zeit der Typenentscheidung eine Zwischenlösung geplant?

Günther Platter: Für mich war es ein Faktum auf Grund der Gegebenheiten, dass eine Zwischenlösung notwendig ist, und deshalb habe ich mich mit dieser Situation eigentlich ...

Obmann Dr. Peter Pilz: War zur Zeit der Typenentscheidung eine Zwischenlösung geplant?

Günther Platter: Damals war ich Landesrat von Tirol.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann sage ich es: Sie war *nicht* geplant! Bei der zweiten Anbotseinholung ist explizit auf eine Zwischenlösung verzichtet und festgehalten worden: Am 1. Juli 2005 sollen sieben Luftfahrzeuge, am 1. Jänner 2006 sollen weitere fünf Luftfahrzeuge, am 1. Jänner 2007 sollen weitere Luftfahrzeuge und am 1. Juli 2007 sollen weitere fünf Luftfahrzeuge verfügbar sein, und dann kommt man auf die damalige Zahl 24. So! Wissen Sie als Verteidigungsminister, der damals noch Landesrat, Kulturlandesrat in Tirol war, warum man seinerzeit auf die Zwischenlösung verzichtet hat, wenn nicht, ergänze ich es gerne. Es ist nur wichtig als Hintergrund dessen, was ich dann fragen werde.

Günther Platter: Noch einmal: Das war eine Angelegenheit, die vor meiner Zeit bearbeitet wurde.

Obmann Dr. Peter Pilz: Man hat darauf verzichtet, weil Eurofighter keine Zwischenlösung anbieten konnte, weil an und für sich eine typengleiche Zwischenlösung von 2003 bis 2005 gefordert war. Da ist man Eurofighter entgegengekommen. Dann hat man noch einmal Angebote ohne Zwischenlösung eingeholt mit Liefertermin 1. Juli 2005, und hat sich hoch und heilig versprechen lassen, dass ab 2005 geliefert wird. Welches Flugzeug hätte nach der Typenentscheidung von Eurofighter geliefert werden sollen? Ich glaube Sie haben es schon gesagt, das war ein Flugzeug der Tranche 2. Ist das richtig? (*Günther Platter: Nach der Typenentscheidung?*) Ja! Die Typenentscheidung betrifft ein Flugzeug der Tranche 2. Das haben wir heute ohnehin schon durchbesprochen.

Günther Platter: Nein! Ich meine, die Typenentscheidung war ja so, dass die Lieferung, wie ich jetzt aus Ihren Auskünften beziehungsweise Aussagen erfahren habe, schon im Jahre 2005 stattgefunden hätte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Hören Sie das wirklich von mir das erste Mal?

Günther Platter: Das ist in meiner Erinnerung von verschiedenen Aktenstücken her gegeben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, okay gut! – Jetzt haben wir nur die Typenentscheidung, und da gibt es eine Verpflichtung – ich sage das jetzt aus meiner Aktenkenntnis – Flugzeuge der Tranche 2 ab Juli 2005 zu liefern. Jetzt beginnen die

Vertragsverhandlungen, und jetzt nähern wir uns Ihrem Wirkungsbereich als Verteidigungsminister: Da haben wir noch ein paar Monate Herbert Scheibner, dann haben wir Wahlkampf, und dann beginnt es ernsthaft.

Wie kommt es dann zum Lieferzeitpunkt **2007**? Wer wollte das?

Günther Platter: Das wollte die Regierung, denn es ist im Regierungsprogramm niedergeschrieben, wie ich bereits erwähnt habe, war ich damals nicht Mitglied der Bundesregierung, aber das ist dort behandelt worden, und die Textierung ist bereits bekannt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich verstehe das jedoch überhaupt nicht. Ich könnte jetzt die Akten vorlegen. Einer nach dem anderen steht auf und sagt, ab 2005 kann der Draken nicht mehr fliegen, eine Lücke droht, wir wollen keine Modellwechsel, wir wollen typengleiche Flugzeuge, wir verlangen, egal wer den Zuschlag bekommt, es muss 2005 ein Flugzeug dastehen.

Warum sagt man dann plötzlich: Ist uns wurscht, liefert erst 2007, wir wünschen uns, dass es erst 2007 kommt. Warum wünscht sich die Bundesregierung das?

Günther Platter: Nochmals: Diese Debatte ist also vor meiner Zeit geführt worden. Nochmals: Es war ein Faktum, als ich Bundesminister für Landesverteidigung wurde, dass die Lieferung 2007 stattfinden wird. (*Obmann Dr. Pilz: Ja, aber das ...*) Im Übrigen weise ich auch darauf hin, dass wir trotz dieser Situation eine lückenlose Luftraumüberwachung haben, weil ich, so denke ich, eine gute Zwischenlösung ausverhandelt gehabt habe.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ja, zu der werden Sie uns ja noch einmal besuchen, aber der heutige Besuch gilt der Zeit **bis zum Vertragsabschluss**.

Noch einmal: Ich kann mir das ja nur schwer vorstellen, aber vielleicht war es ja wirklich so: Da wünscht sich die Regierung, dass die Flugzeuge erst zwei Jahre später geliefert werden, und der Verteidigungsminister fragt nicht einmal: Ja, was ist denn das für eine Regierung? Das ist die erste mir bekannte Regierung, die sagt: Ab 2005 brauche ich dringend ein Flugzeug, und dann steht das Flugzeug vor der Tür und die Regierung sagt: Nein, bitte schön, nicht, bitte nicht! Liefert uns erst 2007, denn sonst können wir ja keine Zwischenlösung machen. Wir wollten zwar zuerst keine Zwischenlösung, und nachdem wir das Ganze so gemacht haben, dass es keine Zwischenlösung gibt und die Firma bereit ist ohne Zwischenlösung zu liefern, sagen wir: Nein, jetzt haben wir uns es gerade wieder anders überlegt, jetzt hätten wir gern doch erst 2007 das Flugzeug und eine Zwischenlösung. Wo wir übrigens, und dem greife ich nicht vor, Ihre vielen Briefe an Amtskollegen, Ihre fast verzweifelten Versuche, typengleiche Flugzeuge zu bekommen, noch zitieren werden, und da werden wir uns wundern, was Sie alles ausbaden mussten auf Grund dieses Wunsches der Bundesregierung, die Flugzeuge erst 2007 zu bekommen.

Sie werden sich doch irgendwann einmal gefragt haben: Warum will der Bundeskanzler, der Finanzminister, dass die Flugzeuge um zwei Jahre später geliefert werden? Was haben Ihnen die, die Sie sicherlich gefragt haben, darauf gesagt?

Günther Platter: Noch einmal, ich kann nur wiederholen: Das war für mich ein Faktum, und wenn Sie mich fragen, was ich mir gedacht habe, was die Verantwortlichen ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, was die Ihnen gesagt haben!

Günther Platter: Nein, nein! Das war Faktum, das ist ... – Ein Regierungsprogramm ist Faktum.

Ich möchte hier keine Bewertung durchführen, aber was einen guten Verteidigungsminister auszeichnet ist, dass man mit Gegebenheiten umgehen kann, und das ist, so glaube ich, doch in ausgezeichnete Form geschehen, denn interessanterweise glaubt man da oder dort, dass diese Zwischenlösung, diese wunderbare Zwischenlösung, die ich ausgearbeitet habe, dass man die noch sehr, sehr verlängern könnte. Das heißt also, dass wir in Wahrheit dadurch, durch diese Maßgabe eine gute Zwischenlösung gehabt haben, wofür wir eine große Zustimmung bekommen haben. (*Abg. Murauer: Sehr gut!*) Das war letztlich meine Verantwortung in diesem Zusammenhang, weil diese Faktum gegeben war auf Grund des Regierungsübereinkommens, dass die Budgetwirksamkeit erst ab dem Jahre 2007 schlagend wird.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich frage Sie nur, weil wir das erst in der nächsten Runde vertiefen können: Haben Sie jemals den Bundeskanzler oder den Finanzminister gefragt, warum es Wunsch der Regierung ist, die Flugzeuge nicht vor 2007 zu bekommen?

Günther Platter: Noch einmal jetzt: Also, das war für mich ein Faktum und das ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe nur gefragt, ob Sie das gefragt haben!

Günther Platter: Das war für mich ein Faktum. Wir haben über viele Umstände gesprochen, was diesen Beschaffungsvorgang betrifft, und deshalb ist auch die Erklärung eindeutig gewesen, weil es schwarz auf weiß im Regierungsübereinkommen steht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Im Regierungsübereinkommen steht keine Erklärung. Ich versuche ja draufzukommen, warum eine Regierung etwas sehr Seltsames macht. Ich sage Ihnen nur, wozu das führt, und dann sind wir ohnehin schon ... – Ich zitiere Ihnen etwas, das von Ihnen stammt:

Exzellenz, sehr geehrter Herr Amtskollege! Einleitend darf ich Ihnen und Ihrem Land gegenüber meine vorzüglichste Wertschätzung zum Ausdruck bringen. – Und dann kommt die Bitte.

Es ist mein Ziel, für den Zeitraum 2005 bis 2008 ein Einstiegspaket mit sechs einsatzbereiten Luftraumüberwachungsflugzeugen Eurofighter mit österreichischen Piloten und österreichischen Hoheitsabzeichen verfügbar zu machen. Weil eine bestmögliche Lösung bei einer Mitwirkung aller Eurofighter-Betreiberstaaten zu erwarten sein wird, darf ich Sie, sehr geehrter Herr Amtskollege ersuchen, mir bei der Frage der Verfügbarmachung einer ausreichenden Zahl von Flugzeugen behilflich zu sein.

Am 8. September 2003, ein halbes Jahr nach der Regierungserklärung schreiben Sie noch Briefe kreuz und quer durch Europa, in diesem Fall an Ihren italienischen Amtskollegen, in denen Sie bitten, man möge Ihnen doch Eurofighter für eine Überbrückungslösung bis 2007 zur Verfügung stellen, weil die Regierung gesagt hat: Die eigenen Eurofighter wollen wir nicht 2005, sondern 2007 haben. Von F-5 ist keine Rede. Das war ein Notnagel in letzter Minute auf den wir zurückkommen. Der Bundeskanzler schickt Sie auf „Eurofighter-Betteltour“ durch ganz Europa, weil aus irgendeinem Grund, der für Sie ein Faktum ist, aber den Sie uns nicht nennen wollen, Sie uns nicht erzählen können, warum etwas militärisch völlig Absurdes passiert. Die Regierung hat Anspruch, 2005 den Eurofighter zu bekommen, sagt, wir nehmen ihn erst 2007 und schickt ihren Verteidigungsminister auf Eurofighter-Leih- und Bitttour durch Europa. (*Abg. Dr. Fekter: Eine optimale Lösung darf er doch wohl suchen!*)

Das ist doch, zumindest vom Militärischen her, nicht ganz einleuchtend, würde ich vorderhand einmal bemerken, bevor ich in einer späteren Runde weiter frage. – Oder wollen Sie da schon jetzt Licht ins Dunkel bringen?

Günther Platter: Selbstverständlich muss ich jetzt etwas sagen, wenn das jetzt hier behauptet wird, obwohl das das andere Beweisthema ist. – Ich meine, eines ist klar: Ich habe mir genauso wie bei der Beschaffung der Eurofighter die Situation nicht leicht gemacht. Ich habe mich hier sehr eingebracht in dieser Angelegenheit, weil ich die **kostengünstigste** Lösung für Österreich haben wollte, und da hat man natürlich verschiedene Schritte gesetzt. Ich bin mit der Situation konfrontiert gewesen, dass wir rund 200 Milliarden € für diese Zwischenlösung für vier Jahre gebraucht haben. Und letztlich zählt das Ergebnis.

Ich habe als Ergebnis zustande gebracht, dass diese Zwischenlösung mit der F-5 um weit über 100 Prozent (*sic!*) weniger kostet. Deshalb haben wir, glaube ich, doch eine ausgezeichnete Lösung, und ich bin eigentlich froh darüber, dass ich immer wieder die Bestätigung dafür bekomme, dass diese Lösung mit der F-5 von mir gut ausverhandelt worden ist.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann werden Sie mir in der nächsten Runde sicherlich die Frage beantworten, warum diese wunderbare und sehr günstige Zwischenlösung nicht weiter ausgedehnt worden ist. Da hätten wir uns nämlich noch mehr Geld sparen können.

Günther Platter: Es ist erlaubt, dass ich jetzt auch eine Antwort gebe. (*Obmann Dr. Pilz: Na selbstverständlich! Immer, immer!*) Das ist ein Irrtum, der auch in den Medien da oder dort, oder von Abgeordneten ... (*Obmann Dr. Pilz: Bitte, sich nicht an die Medien zu wenden!*) – Das haben eigentlich heute schon einige getan, ich glaube, Sie ebenfalls. (*Obmann Dr. Pilz: Nein!*) Macht ja nichts! (*Obmann Dr. Pilz: Ich doch niemals!*)

Kein Problem, aber eines sei gesagt: Die F-5 ist ein Flugzeug, das genauso ausläuft – auslaufen ist der militärische Ausdruck –, das heißt, das nicht mehr zur Verfügung steht, wie der Draken. Der Draken musste im Jahre 2005 aus dem Betrieb genommen werden, weil seine Zeit vorbei war. Wir haben keine Materialerhaltung und so weiter mehr bekommen, und bei der F-5 ist es ebenfalls so. Ab dem Jahre 2010 wird die F-5 aus dem Betrieb genommen. Deshalb ist es völlig falsch, wenn hier immer wieder Debatten geführt werden, die F-5 wäre ein Ersatz dafür, dass wir Eurofighter beschaffen, weil der Eurofighter für einen Zeitraum von 30 bis 40 Jahren zur Verfügung stehen wird. – Ich wollte nur einmal zu diesen Dingen eine klare Information geben, weil das wirklich falsch dargestellt wird.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich bitte die Journalisten, das zur Kenntnis zu nehmen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Da wir eigentlich schon beim Beweisthema 4 sind, werden wir diese Fragenkomplexe, die der Minister jetzt angesprochen hat, dann bei der nächsten Befragung behandeln. Und Sie wissen ohnehin, wir werden auch dann noch die Möglichkeit haben, zu den Beweisthemen 1, 2 und 3 Ergänzungen, die sich eventuell noch durch andere Erkenntnisse aufdrängen, zu artikulieren.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Herr Minister, ich habe Sie vorhin auf diese 26 Millionen € aufmerksam gemacht, die so genannte Zinsreduktion, Preisreduktion, und die hätte ja den Kaufpreis gedrückt um diese 26 Millionen €. Jetzt hat aber der Rechnungshof auch kritisiert, dass diese Preisreduktionen nie nachvollziehbar dokumentiert worden sind, warum es also auf Grund irgendwelcher Verhandlungen wirklich zu einer Preisreduktion gekommen ist. Was können Sie dazu

angeben? Warum ist das nicht ordentlich dokumentiert und auch nicht ordentlich nachvollziehbar?

Günther Platter: Noch einmal: In diesem Zusammenhang ist die Verhandlung durch die Finanzbeamten durchgeführt worden, und da geht es jetzt um die Frage der Dokumentation, was also der Kritikpunkt war, und deshalb auch mein Ersuchen, dass hier die Entsprechenden, also die, die die Verhandlung geführt haben, befragt werden.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Das werde ich nachholen. – Ich werde Sie jetzt zum Thema des Systemaufwandes befragen, und zwar gibt es hier vom BMLV, von der Luftzeugabteilung eine Berechnung, wonach der Gesamtaufwand für die Jahre 2005 bis 2011 an die 233 Millionen € beträgt. Der Rechnungshof hat hier selbst Berechnungen angestellt und kommt auf eine Summe von 463 Millionen €, wobei ich aber gleich vorsichtshalber und fairerweise festhalte, dass der Rechnungshof die Zwischenlösung mit 75 Millionen € bewertet hat und diese Bewertung im Systemaufwand beim BMLV nicht einbezogen worden ist.

Trotzdem: Wenn man von den Berechnungen des Rechnungshofs ausgeht, 463 Millionen €, und man zieht also dann die 75 Millionen € ab, dann ist man noch immer bei zirka 390 Millionen €, und das ist noch immer eine enorme Differenz zu den 233 Millionen €. Wie lässt sich das aufklären? Und vor allem: Was ist da sozusagen vom BMLV **nicht** mit einbezogen worden, aber vom Rechnungshof schon?

War das einmal ein Thema in den Gesprächen mit Ihren Experten, denn da geht es ja um einen enormen Betrag, der dann letztendlich ja auch zum Teil vom BMLV erstens zu tragen ist oder zweitens zumindest mit dem Finanzminister auszuverhandeln ist? Was können Sie dem Ausschuss dazu mitteilen?

Günther Platter: Herr Abgeordneter, ich glaube, ich habe das heute schon einige Male erklärt, aber ich mache es sehr gerne noch einmal: Wir sind von einem einmaligen Folgeaufwand von zirka 233 Millionen € ausgegangen und der Rechnungshofbericht, das sehen wir, von 460 Millionen €. Der Unterschied ist, das fällt mir jetzt gerade ein, ohne hier Unterlagen zur Verfügung zu haben, dass der Rechnungshof auch die Erneuerung der Goldhaube mit hineingenommen hat, und nach meiner Erinnerung sind das allein schon 110 Millionen €, was die Erneuerung der „Goldhaube“ betrifft, denn die „Goldhaube“ ist 30 Jahre alt und muss jetzt wieder neu adaptiert werden, unabhängig von der Beschaffung von Eurofightern.

Der zweite Punkt, der mir einfällt, ist die Zwischenlösung, die dazumal mit 75 Millionen € berechnet wurde. Damit sind wir nach Adam Riese schon bei 185 Millionen €, was mir jetzt so aus meinem Gedächtnis heraus einfällt. Und so sind diese Unterschiede auch zu sehen, dass wir also diese Kosten **nicht** mit hineingerechnet haben, aber der Rechnungshof schon.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Warum haben Sie sie nicht hineingerechnet?

Günther Platter: Noch einmal: Für das Verteidigungsministerium war es klar, dass die „Goldhaube“-Erneuerung aus dem eigenen Budget berappt werden muss und dass aber darüber hinaus auch die Zwischenlösung aus dem eigenen Budget berappt werden muss. Der Rechnungshof hat eine Gesamtdarstellung der Situation gemacht. Das ist der Unterschied, aus dem sich diese Differenz ergibt. Unabhängig davon, ist das ein einmaliger Folgeaufwand, den wir ohnehin im Laufe der nächsten Jahre, bis zum Jahr 2015 aus dem laufenden Budget zu berappen haben werden.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Ja, aber die 233 Millionen € sind ja auch zur Gänze aus dem BMLV-Budget zu tragen, oder nicht? (*Günther*

Platter: Ja, das habe ich gerade gesagt!) Ja eben! Und darum frage ich mich auch, warum man dann die 110 Millionen € nicht dazugerechnet hat.

Dann habe ich noch eine Frage zum Bereich Tranche 1 und Tranche 2. Da gibt es nämlich eine ganz interessante Äußerung von Herrn Rauen, der gemeint hat, dass das Tranche 1-Flugzeug eigentlich den militärischen Erfordernissen entspricht, nur dass sozusagen das BMLV oder die Regierung unbedingt das Tranche 2-Flugzeug haben wollte. Ist diese Aussage richtig, oder ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, Rauen hat nicht erklärt, dass es den **militärischen** Erfordernissen entspricht, sondern dass es den Erfordernissen der **Luftraumüberwachung** entspricht. Das ist etwas anderes, denn die Leistungsbeschreibungen haben ja Leistungen beschrieben, die weit über die Luftraumüberwachung hinausgehen. Ich möchte nur, dass es keinen falschen Vorhalt gibt.

Günther Platter: Ich glaube, diese Aussage ...

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Ich lese es Ihnen korrekt vor. Herr Rauen hat ausgesagt:

„In Österreich geht es um die Luftraumüberwachung, und dafür ist dieses Flugzeug“ – Tranche 1 – „perfekt ausgerichtet.“

Und da stellt sich dann die Frage, wenn das perfekt ausgerichtet ist: Haben Sie sich mit Ihren Experten darüber Gedanken gemacht, warum man dann nicht ein Tranche 1 nimmt? Ist das günstig oder nicht günstiger? Hat man sich darüber Gedanken gemacht, ob man sich da etwas ersparen könnte?

Günther Platter: Zum Ersten: Natürlich kann die Luftraumüberwachung mit Eurofighter Tranche 1, also Block 5, die Luftraumüberwachung durchführen. Bitte, das machen ja jene Nationen, die dieses Flugzeug erhalten haben, jetzt schon. Es wäre falsch zu sagen, dass man mit diesem Flugzeug Eurofighter Block 5 nicht die Luftraumüberwachung machen könnte – na selbstverständlich perfekt. Aber eines ist auch klar: Es ist eine Weiterentwicklung von Block 5 auf Block 8, was die Technologie betrifft. Wenn wir im Jahr 2007 dann die Eurofighter Block 8 bekommen, so hat man natürlich Interesse, dass man jenes Gerät bekommt, das auf dem neuesten Stand der Technik ist. Deshalb ist die Entscheidung, glaube ich, sehr vernünftig gewesen.

Der Hinweis, was die Finanzsituation betrifft: Es hat der Rechnungshof ebenfalls bereits festgestellt, dass wir sogar eine **Preisreduktion** bekommen haben, eine Preisreduktion von 5,87 Prozent, was den Einzelstückpreis betrifft. Deshalb ist das aus meiner Sicht zweifellos ein sehr gutes Geschäft gewesen.

Obmann Dr. Peter Pilz (in Richtung des Abg. Mag. Dr. Haimbuchner, der in seinen Unterlagen blättert): Es besteht kein Fragezwang!

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Nein, nein, ich frage schon noch, ich darf mir nur kurz Zeit lassen.

Es gibt da auch ein Schriftstück von der Kommerzabteilung, und zwar geht es da um die Herstellung des endgültigen Bauzustandes, der Vertragspunkt 2.5. Da ist erwähnt, dass bei verspäteter Verfügbarkeit von Flugzeugen in Tranche 2-Konfiguration Eurofighter Flugzeuge in Tranche 1-Konfiguration anbieten kann. Und weiter heißt es:

Die Entscheidung über die Annahme des Angebotes obliegt dem BMLV. Sollte das BMLV dieses Angebot ablehnen, wird eine Anpassung des Lieferplans vereinbart. Im Falle der Annahme des Angebotes gelten folgende Bestimmungen ..., und so weiter.

Festzuhalten ist einmal, dass man sich offensichtlich im Jahr 2003 schon Gedanken über Tranche 1 und Tranche 2 gemacht hat. Man hat also offensichtlich auch gewusst, dass Tranche 2 gar nicht lieferbar ist. Warum hat das BMLV dieses Angebot angenommen, dass man die Tranche 1 nimmt? Und wenn man schon gewusst hat, dass man Tranche 1-Flugzeuge auch erst im Jahr 2007 bekommt, war ja an und für sich schon klar, dass es vorher eine Zwischenlösung geben muss. – Aber die Zwischenlösung ist ein anderes Thema.

Die konkrete Frage ist: Wer hat das entschieden? Haben Sie das persönlich entschieden, dass man die Tranche 1-Flugzeuge nehmen wird, dass man dieses Angebot annehmen wird von Eurofighter?

Günther Platter: Herr Abgeordneter, in diesem Zusammenhang erkläre ich wiederum – ich erkläre es noch einmal, ich habe das einige Male schon getan –, dass man hier fürsorglich war, dass man, falls Block 8 nicht lieferbar ist, fürsorglich in den Vertrag hineingenommen hat, dass da Block 5-Flugzeuge geliefert werden können und dann die Aufrüstung ohne weitere Kosten von der Eurofighter GmbH gemacht wird.

Der Grund, warum man diese Fürsorge gehabt hat, war, weil für die Produktion Tranche 2, Block 8, die Zustimmung der Betreibernationen noch gefehlt hat: Deutschland, Großbritannien, Spanien und Italien. Deshalb hat man das fürsorglich mit hineingenommen. Es hat sich bewahrheitet, dass diese Fürsorge gut war, dass wir sechs Eurofighter Block 5 bekommen werden und die dann ohne weitere Kosten des österreichischen Bundesheeres auf Block 8 aufgerüstet werden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich ergänze jetzt noch zu den vorigen Fragen. Es ist irgendwie noch die Frage offen geblieben: Warum macht die Regierung so etwas Seltsames und schafft ein Faktum für den Verteidigungsminister, das dieser dann zu exekutieren hat, nämlich dieses Lieferung erst ab 2007, und der Minister muss sich in ganz Europa auf die Suche begeben, ob ihm wer von 2005 bis 2007 Eurofighter leiht – was im Übrigen negativ beschieden worden ist und dann in die Schweizer F-5 gemündet hat.

Es gibt einen Hinweis darauf, warum dieses Faktum entstanden ist: Das war eine Sitzung im Finanzministerium am 14. August 2002. Da hat Herr Christl zu einer Sitzung geladen, und da geht es um Eurostat. Christl hat einen Auftrag, nämlich – Zitat – die Maastricht-optimale Verrechnung der Kosten der Abfangjäger.

Ist Ihnen einmal aufgefallen, dass diese Verschiebung auf 2007 etwas zu tun haben könnte mit der Maastricht-optimalen Verrechnung der Abfangjäger?

Günther Platter: August 2002: Ich bitte wirklich um Verständnis, ich war nicht Verteidigungsminister ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Es hätte ja sein können, dass das später auffällt.

Günther Platter: Zum Zweiten: Das ist mir nicht in Erinnerung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich erkläre kurz, worum es geht. Für ein Maastricht-Defizit, das für die EU-Vergleiche als Haushaltsdefizit gilt, ist es völlig irrelevant, wann Zahlungen geleistet werden; es geht um die Liefertermine. Das heißt, wenn 2005 gezahlt wird und 2007 geliefert wird, entsteht das Maastricht-Defizit für den Bundeshaushalt 2007.

Bei unseren jetzigen Lieferplänen, wo wir eine Spitze mit – ich weiß es jetzt nicht auswendig –, ich glaube, acht oder mehr Flugzeugen 2008 haben, wird es einen extrem hohen Maastricht-Anstieg im Jahr 2008 geben. Das erste Mal werden wir heuer mit vier Flugzeugen auch ein Maastricht-relevantes Defizit haben. Für die Maastricht-

Schuld ist das etwas anders. Die steigt mit den Volumina und den Zeitpunkten, wo die Bank mit den Überweisungen beginnt.

Soweit wir aus dem Finanzministerium wissen, war die Vermeidung eines Maastricht-Defizits bis zur nächsten Nationalratswahl das entscheidende Motiv, die Lieferung der Eurofighter zu verschieben. Ist Ihnen darüber irgendwas bekannt?

Günther Platter: Mir ist bekannt, dass es sich – und das ist meine Erinnerung – um finanztechnische Gründe gehandelt hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich sage Ihnen auch, der finanztechnische Grund, der Ihnen bekannt ist, war: Die Regierung wollte öffentlich den Eindruck erwecken, obwohl schon Hunderte Millionen überwiesen worden sind und eine reale Schuld begründet worden ist, als gäbe es nach wie vor kein gestiegenes Defizit, und wollte mit einem auf diese Art dargestellten scheinbaren Nulldefizit in die nächsten Nationalratswahlen gehen und erst die übernächste Regierung Maastricht-relevant belasten.

Das heißt: Es ist nur um Nationalratswahlen gegangen, nur darum, in Bezug auf das Budgetdefizit einen falschen Eindruck zu erwecken, und eine geschönte Darstellung des Budgets war der Bundesregierung unter Dr. Schüssel wichtiger als die Luftraumüberwachung in Österreich, die man vorher so beschworen hat, dass man sogar bereit war, das teuerste Flugzeug zu kaufen. Das können Sie nicht so im Detail wissen, weil für Sie das ein Faktum war, aber Sie haben zumindest gesagt, dass das haushaltstechnische Gründe hatte.

Günther Platter: Ich weise das ganz eindeutig und klar zurück, dass es der Regierung Wolfgang Schüssel II nicht wichtig war, dass die Luftraumüberwachung durchgeführt wird, denn eines ist auch klar: Seien wir froh, dass diese Entscheidungen von der Regierung Schüssel getroffen wurden!

Obmann Dr. Peter Pilz: Sind wir nicht froh! (*Abg. Dr. Fekter: Wir sind schon froh, Herr Pilz! Auch die ÖBB kostet Geld!*)

Günther Platter: Das ist keine populäre Angelegenheit. Und eines sei auch gesagt: Die Sicherheit kostet Geld, und man muss auch die Sicherheit nicht in der Form abwägen, ob es populär ist oder unpopulär. Und ich bin der Überzeugung, dass viele noch froh sein werden, dass diese Entscheidung damals getroffen wurde.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich bin mir sicher, die „vielen“ heißen wahrscheinlich Bischoff, Wolf, und ich kann Ihnen noch ein paar Namen nennen. Es handelt sich zumindest um eine Mehrzahl von Personen.

Günther Platter: Die Bevölkerung in Österreich, Herr Vorsitzender!

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist jetzt nicht der Punkt. Da sind wir politisch unterschiedlicher Meinung, aber das ist jetzt nicht das Problem der Befragung.

Ich sage Ihnen, wie es weitergeht: Dann bekommt die Bundesfinanzierungsagentur den Auftrag, international rauszukriegen, mit Hilfe von EADS, wie man am besten eine entstehende Finanzschuld verschleiern kann.

Jetzt lese ich Ihnen noch etwas vor, damit Sie sehen, wie weit man bereit war, zu gehen.

Zur Vermeidung auch nur des Anscheins der Begründung von Finanzschulden war es richtig, dass die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur – in der Funktion, gute Dienste für EADS zu leisten – unbürokratisch und ohne kompromittierenden Schriftverkehr Informationen eingeholt hat.

Da hat die Bundesfinanzierungsagentur den Auftrag gehabt, möglichst entstehende Finanzschulden zu verschleiern; den Auftrag gehabt –

ich zitiere das wörtlich –,

gute Dienste für EADS zu leisten, und sollte sich erkundigen –

unbürokratisch und ohne kompromittierenden Schriftverkehr –,

auch nur den Anschein der Begründung von Finanzschulden zu vermeiden. – Zitatende.

Da sieht man – ohne dass es darum geht, das zu bewerten –, wie wichtig es damals zumindest der politischen Führung des Finanzministeriums war, bei dermaßen hohen drohenden Ausgaben auch nur den Anschein einer Finanzschuld zu vermeiden. Und deswegen haben Sie nach einer Zwischenlösung suchen müssen, und deswegen haben Sie monatelang an Verteidigungsminister Briefe schreiben müssen, ob die Ihnen Eurofighter borgen.

Günther Platter: Herr Vorsitzender, ich finde es eigentlich unseriös, dass Sie hier Konstruktionen erwähnen, ohne dass der Finanzminister anwesend ist und man hier dann die entsprechenden Antworten geben kann. Das kommt mir so vor, als wenn man den Finanzminister fragen würde: Warum hat das Militär die Aufklärungsbehälter nicht benötigt?, und ein Finanzminister natürlich nicht weiß, was Aufklärungsbehälter sind, denn das ist ja Aufgabe des Militärs.

Deshalb mein Ersuchen, dass solche Fragen, die rein in das Finanzressort hineingehen, dann auch mit den Zuständigen besprochen werden!

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich sage Ihnen, wenn wir schon dabei sind – ich wollte das an und für sich nicht –, was **ich persönlich** für unseriös halte: Ich halte es für **unseriös**, wenn ein Verteidigungsminister nicht weiß, warum gegen alle bisherigen Vorhaben eine Zwischenlösung suchen muss, und dann nicht einmal nachfragt, warum das plötzlich vom Bundeskanzler von ihm verlangt wird. **Da** stellt sich die Frage nach der Seriosität, weil mit einer seriösen Landesverteidigung hat das möglicherweise nichts mehr zu tun.

Sie haben gerne noch die Möglichkeit einer Antwort, aber dann möchte ich eigentlich wieder Fragen stellen.

Günther Platter: Was meine Seriosität betrifft, sei schon eines gesagt: Dass ich es sehr gut geschafft habe, mit jenen Voraussetzungen, die gegeben waren, umzugehen, dass wir eine lückenlose Luftraumüberwachung haben, und dass wir eine gute Zwischenlösung haben, die mittlerweile eigentlich alle gelobt haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Damit kommen wir zum nächsten Punkt. Es ist Ihnen heute schon einige Male vorgehalten worden, dass Sie eigentlich von Amtsantritt weg ziemlich sparen mussten. Jetzt sage ich Ihnen gleich, dass es auch hier eine Vorgeschichte gibt: Der Herr Traumüller hat uns bei seiner Befragung ein persönliches Papier vorgelegt, in dem etliche Zahlen drinstehen, unter anderem auch Zahlen zu 18 Flugzeugen ohne Träger für Waffen, 18 Halbjahresraten, und so weiter, insgesamt 2,167 Milliarden €. Aber das Entscheidende ist, dass da unten steht: 2 000 und in Klammer: Ziel.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Das ist noch nicht zu Ihrer Zeit und in einem anderen Ressort. Ich persönlich interpretiere das so, dass das politische Ziel damals formuliert worden ist, nicht mehr als 2 Milliarden € als Kosten für die Eurofighter-Beschaffung öffentlich angeben zu müssen.

Jetzt sind Sie Ende Februar 2003 Verteidigungsminister geworden und haben von der Luftzeugabteilung ein Papier vorgelegt bekommen; da steht drauf: Abfangjäger Eurofighter – System und Folgeaufwand – Mindestbetrag für Ankaufsgesetz. – Und das ist jetzt der wichtige Punkt: Ab damals war es in der Planung klar, das Ziel ist das Ankaufsgesetz. Das heißt, das Ziel ist ein Gesetz, das im Nationalrat beschlossen wird, das Sie ermächtigt, das budgetär zu bedecken, also ein Budgetermächtigungsgesetz; das heißt da „Ankaufsgesetz“. Damals war auch noch die Debatte: Soll man ein eigenes Ankaufsgesetz machen, macht man das im Rahmen eines Budgetbegleitgesetzes? Ist egal.

Da haben Sie Zahlen drinnen, die Ihnen bekannt sein müssen, weil das sind ja Zahlen, die Sie persönlich erhalten haben: Systemaufwand-Vertrag: 1,9 Milliarden, inklusive Systemaufwand-Folge 2,6 Milliarden, inklusive Betriebsaufwand in der Investitionszeit 3,1 Milliarden, und inklusive des gesamten Betriebsaufwandes 4,47 Milliarden. Das alles ohne Abgaben – was ja sinnvoll ist, ohne Abgaben zu rechnen, weil sich die Variante mit Abgaben ja bekanntlich erledigt hat. – Das ist ein Generalstabspapier ...

Günther Platter: Das ist ein Papier vom 20. September 2002. Da war ich Landesrat in Tirol!

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist ein Papier vom 3. April 2003, wenn Sie sich die Fußnote anschauen, ganz unten rechts.

Günther Platter: Ja, aber so, wie ich das hier sehe, ist das erstellt worden am 20. September 2002.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es ist erstellt worden am 3. April 2003!

Günther Platter: Es ist abgefasst am 20. September 2002.

Obmann Dr. Peter Pilz: Lesen wir das bitte gemeinsam in Ruhe: gemäß Vertragsentwurf vom 20. September 2002. – Das heißt, es bezieht sich auf einen Vertragsentwurf vom 20. September 2002. Das Papier selbst ist aber erstellt worden am **3. April 2003**.

Wir haben ja nachgefragt, weil wir uns informieren wollten. Sie haben damals den Auftrag gegeben, gemeinsam mit dem Finanzminister Grasser: Macht jetzt eine interministerielle Arbeitsgruppe, schätzt einmal die ganzen Kosten ab, damit wir wissen, was das Ganze überhaupt kostet. Und dann können wir über das Einsparungspotenzial reden.

Wir haben da diese Zahlen, und jetzt meine ganz einfache Frage in diesem Zusammenhang: Welche Zahl, auf die man bei dem Ankaufsgesetz – das heißt dann, was in den Nationalrat kommt – runterkommen muss, welche Zahl haben Sie da Ihren Beamten vorgegeben? Es muss ja ein Einsparungsziel geben.

Günther Platter: Für mich war es ebenfalls klar, wie für den Finanzminister, dass wir nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit diese Beschaffung durchführen müssen, und dass es darüber hinaus auch militärisch zu rechtfertigen ist, dass wir eine lückenlose Luftraumüberwachung durchführen können. Das ist der erste Punkt.

Daher haben wir dort vereinbart, um die Einsparungsziele noch einmal auszuloten, dass diese Arbeitsgruppe installiert wurde: Spinka/Hillingrathner. Dort ist das Ergebnis gewesen, dass wir – ich habe das vorher bereits gesagt – ungefähr rund 100 Millionen € eingespart haben durch Kürzung von Leistungen, die rechtfertigbar war, aber dann auch, was die Preisreduktion und Finanzierung betrifft, noch einmal 100 Millionen €. Dann waren wir unter 2 Milliarden €. Aber meine Vorgabe hier war die

sparsame Art und Weise, die Verhandlungen zu führen, damit wir den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit gerecht werden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Minister, wenn wir bei diesem Thema bleiben: Sie kennen den Aktenvermerk des Herrn Ministerialrates Hillingrathner vom 1. April 2003, der ja schon zu einer medialen Diskussion geführt hat. – Ich lese Ihnen diesen Aktenvermerk zur Sicherheit für das Protokoll noch einmal vor. Da heißt es unter der Aufstellung der Netto-Preise Eurofighter auf 18-Halbjahres-Raten-Basis:

Anmerkung 3:

Herr Bundesminister für Landesverteidigung hat beauftragt, die EADS Netto-Bestellsumme nominell unter 2 000 Millionen € – also 2 Milliarden – zu drücken und den Restbedarf unter Titel Betriebsaufwand zu verbuchen. Eine Verbilligung ergibt sich dadurch nicht. – Ende des Zitats.

Erste Frage: Haben Sie solch einen Auftrag erteilt? Wenn ja, an wen?

Günther Platter: Wie Sie wissen, Herr Abgeordneter, hat das Hillingrathner bereits öffentlich zurückgenommen, als dieser Vorwurf erhoben wurde.

Obmann Dr. Peter Pilz: Entschuldigung! Damit hier wieder nichts Falsches im Raum stehen bleibt: Wir haben – möglicherweise wissen Sie das nicht – Herrn Hillingrathner dazu befragt. Er hat gesagt: Na selbstverständlich konnte er keine Weisung vom Verteidigungsminister bekommen, das ist ja ausgeschlossen, sondern in diesen Besprechungen, die es dann regelmäßig zwischen Beamten Landesverteidigung und Finanzministerium gegeben hat, hat er uns erklärt, hätten ihm seine Verhandlungspartner genau über diese Anordnung des Verteidigungsministers berichtet.

Günther Platter: Und was hat er zur Verschiebung der Kosten gesagt?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das werden wir aus dem Protokoll herausholen können.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das müssen wir aus dem Protokoll heraussuchen.

Günther Platter: Darum würde ich ersuchen, dass man sich das genau anschaut.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich glaube nicht, dass er uns dazu viel sagen hat können, denn das ist ein weiterer offener Punkt, auf den wir mit Ihnen noch zurückkommen.

Aber das Wesentliche ist jetzt diese Geschichte mit der Weisung: Da hat er berichtet, er glaubt, Spinka, möglicherweise jemand anderer, habe ihm über diese Weisung im Verteidigungsministerium berichtet. – Das ist ungefähr meine Erinnerung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Deswegen haben ich Sie gefragt: Wenn ja, an wen? Haben Sie solch eine Weisung erteilt, solch einen Auftrag erteilt, und wenn ja, an wen?

Günther Platter: Ich habe keine Weisung erteilt. Die Aussage von mir war – genau so wie jene vom Finanzminister –, dass die sparsamste Lösung gefunden werden soll und dass hier die Grundsätze der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit beachtet werden müssen.

Etwas anderes ist mir nicht in Erinnerung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist eine Weisung, als ob der Bundeskanzler die Regierungsmitglieder anweist, die Rechtsordnung einzuhalten. Das ist eine No-na-net-Weisung, weil das ergibt sich aus dem Gesetz selbst.

Günther Platter: Ja, wir haben aber dafür auch eine Arbeitsgruppe installiert, das heißt, dass hier die Einsparungspotenziale genau eruiert werden sollen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Völlig korrekt! – Wir reden jetzt aber nicht allgemein von Einsparungspotenzialen, sondern er sagt – und ich glaube, dass er das nicht erfunden hat; Herr Hillingrathner war in seinen Protokollierungen und Anmerkungen immer recht präzise –, er sagt – und das hat er hier im Ausschuss präzisiert –, es hat einen Auftrag gegeben.

Jetzt frage ich Sie nicht nach einer Weisung, damit wir uns nicht schon wieder an der Semantik aufhängen, sondern: Hat es einen **Auftrag** gegeben, die EADS-Netto-Bestellsumme nominell – nominell! – unter 2 Milliarden zu drücken?

Günther Platter: Nach meiner Erinnerung war es immer so, dass wir von Einsparung gesprochen haben, dass die bestmögliche Einsparung durchgeführt werden soll von der Arbeitsgruppe, aber dass der Grundsatz der militärischen Fähigkeit und einer lückenlosen Luftraumüberwachung zweifellos gewährleistet bleiben muss.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Daraus schließe ich, dass es solch einen Auftrag gegeben hat.

Günther Platter: Es hat den Hinweis gegeben, dass wir die Einsparungspotenziale eruiieren sollen, und das ist ja evident, sonst hätten wir die Arbeitsgruppe nicht installieren müssen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Also Sie nennen das nicht mehr „Auftrag“, sondern „Hinweis“: Also der Minister gibt einen „Hinweis“.

Günther Platter: Ich glaube, wir können jetzt da herumtun, wie wir wollen, überhaupt kein Problem! Der Hinweis war jedenfalls – und das ist auch wichtig so, und ich bekenne mich auch als Verteidigungsminister dazu! –, dass wir einfach sparsamst umgehen, damit wir nicht ein Wunschkonzert erfüllen, sondern dass wir jene Luftraumüberwachungsflugzeuge haben, die genau konfiguriert sind, wie das die Republik Österreich benötigt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Minister, es genügt, ohne lange Aufsatzarbeit einfach die Dinge zu klären, die sich aus diesem Satzteil 1 ergeben.

Das heißt, es gab von Ihnen einen derartigen Auftrag, den Sie als „Hinweis“ bezeichnen, die Netto-Bestellsumme nominell unter 2 Milliarden zu drücken.

Günther Platter: Das habe ich nicht gesagt! Sie interpretieren mich völlig falsch! Das tut man nicht!

Ich habe gesagt, dass die Einsparungspotenziale zu eruiieren sind, und das ist von der Arbeitsgruppe gemacht worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Und die haben das so aufgefasst, wie das Herr Hillingrathner protokolliert hat?

Günther Platter: Ich kann nicht beurteilen, wie das aufgefasst worden ist. Und im Übrigen wird es genügend Aktenvermerke geben. – Ich meine, ein Verteidigungsminister, ein Minister kann nicht jeden einzelnen Aktenvermerk kennen.

Wahr ist, dass man die Einsparungspotenziale angesprochen hat, und das war der Auftrag an die Arbeitsgruppe.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann frage ich Sie anders – bezogen auf das, was Herr Hillingrathner formuliert hat –: Ist die Formulierung des Herrn Ministerialrates Hillingrathner, die er hier verwendet hat – Herr Bundesminister für

Landesverteidigung hat beauftragt, die EADS-Netto-Bestellsumme nominell unter 2 Milliarden € zu drücken –, richtig oder falsch?

Günther Platter: Ich habe gesagt – und ich erwähne noch einmal dasselbe –, dass ich den Hinweis gegeben habe, dass die Einsparungspotenziale zu eruieren sind, und deshalb wurde die Arbeitsgruppe installiert.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wissen Sie, Herr Bundesminister, keine Antwort auf eine klar und einfach gestellte Frage zu formulieren und dafür politische Sprechblasen abzusondern, ist auch eine Antwort.

Günther Platter: Das ist eine klare Antwort gewesen!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das ist auch eine Antwort.

Günther Platter: Das ist eine klare Antwort gewesen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte, es ist nicht notwendig, mit „politische Sprechblasen“ und so weiter zu formulieren.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist jetzt wirklich eine politische Sprechblase. (*Abg. Dr. Fekter: Werten Sie nicht – noch dazu abfällig! Also bitte, wo kommen wir denn da hin?*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollegin Fekter, ich wollte Sie jetzt nicht aufwecken, sondern nur schauen, dass wir bei unserem ursprünglichen Ton bleiben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gehen wir zum zweiten Satzteil. Dann heißt es im zweiten Satzteil:

... und den Restbedarf unter Titel Betriebsaufwand zu verbuchen.

Gab es einen derartigen Auftrag, den Restteil unter Betriebsaufwand zu verbuchen, wie immer man Ihren Hinweis verstanden hat?

Günther Platter: Herr Abgeordneter, Sie wissen selbst, dass Herr Hillingrathner diese Aussage zurückgenommen hat. – Mir muss einmal einer erklären, wie das überhaupt möglich ist! Das ist ja überhaupt nicht möglich!

Obmann Dr. Peter Pilz: Indem ich etwas im systemspezifischen Folgeaufwand verbuche.

Günther Platter: Ich habe erwähnt, dass wir Einsparungspotenziale eruiert haben, und diese Einsparungspotenziale betrafen V1 und V2. – Alles andere, was darüber hinaus geht, sind die einmaligen Folgeaufwendungen, die mit der Eurofighter GmbH nichts zu tun haben! Deshalb geht das gar nicht, diese Hin- und Herschieberei, die hier behauptet wird.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das heißt, Ihr Bemühen war schon, dafür zu sorgen, Dinge, die unter Umständen in der Netto-Bestellsumme vorhanden sein könnten, in den Betriebsaufwand zu bringen?

Günther Platter: Ganz eindeutig und klar: Nein! Das hat es nicht gegeben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Weil das Wort „Betriebsaufwand“ später durch das Wort „Systemspezifischer Folgeaufwand“ ersetzt worden ist. Und dort ist das Zeug verschwunden!

Günther Platter: Herr Vorsitzender, das sind wieder so Unterstellungen, die ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, wir bleiben bei der Semantik! Wir spielen immer Verstecken mit Semantik.

Günther Platter: Moment! So geht es nicht!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, sondern?

Günther Platter: Da eine Frage zu stellen und hier eine Frage zu stellen – und ich gebe eine Antwort darauf. Dieses Recht habe ich, meine geschätzten Abgeordneten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, ja, natürlich! Sie sind am Wort.

Günther Platter: Wenn solche Dinge unterstellt werden, sage ich ganz klar: nein!

Obmann Dr. Peter Pilz: Aber es soll keinen falschen Vorhalt geben, und es war sicher nicht im Betriebsaufwand. *(Abg. Dr. Fekter: Lassen Sie doch den Minister ausreden, wenn es pausenlos Unterstellungen gibt! – Abg. Gahr: Der Verfahrensanwalt soll einmal etwas sagen!)*

Günther Platter: Fragen Sie alle Experten, und die Experten werden Ihnen vermutlich – davon gehe ich aus, weil Sie werden ja Experten auch gefragt haben – die gleiche Information gegeben haben: Es geht keine Verschiebung!

Entschuldigung, wie soll das machbar sein? – Einerseits schließe ich einen Vertrag ab mit der Eurofighter GmbH, und ausschließlich die Eurofighter GmbH ist Vertragspartner – und da will man dann behaupten, dass dann plötzlich eine Verschiebung der Kosten stattfindet, wo ein völlig anderer Vertragspartner gegeben ist?!

Alle Kosten, die einmaligen Folgekosten betreffen nicht die Eurofighter GmbH, sondern das sind verschiedene Unternehmungen: Bauunternehmungen, „Goldhaube“, Rollfeld und dergleichen mehr. – Das geht nicht, geschätzte Damen und Herren!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Minister, ich verstehe die Erregung nicht.

Günther Platter: Nein, überhaupt nicht, aber wenn da Unterstellungen gemacht werden, wird das klargestellt von mir!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wenn Sie solch einen Auftrag nicht erteilt haben, können Sie einfach sagen, Sie haben solch einen Auftrag nicht erteilt. Jetzt frage ich Sie präziser ... *(Abg. Dr. Fekter: Er kann ja dem Hillingrathner überhaupt keinen Auftrag erteilen! Das hat er schon dreimal gesagt!)* – Wenn sich *(in Richtung ÖVP-Reihen)* der Hooligan-Sektor wieder beruhigt hat, frage ich Sie präziser ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler, das ist wirklich nicht notwendig! *(Abg. Gahr: Herr Kollege Stadler, nehmen Sie das sofort zurück! Das ist eine Frechheit! Wir sind nicht der „Hooligan-Sektor“! Da können wir gleich hinausgehen! – Abg. Muraier: Wahrscheinlich hat er zu viel Umgang mit denen!)*

Kollege Stadler, bitte durch Unterstellungen dieser Art nicht die Abgeordneten der ÖVP aufzuwecken! *(Abg. Gahr – den Sitzungssaal verlassend –: Kollege Stadler, darauf können Sie sich etwas einbilden! Das ist ja ein Witz, so etwas da! – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Jetzt kommt er schon, der Hooligan!

Jetzt frage ich Sie präziser, Herr Bundesminister: Gab es einen Auftrag, den Restbedarf, der sozusagen dadurch entsteht, dass man die Nettobestellsumme unter 2 Milliarden drücken muss, in einen systemspezifischen Folgeaufwand zu verpacken? Gab es einen solchen Auftrag von Ihnen?

Günther Platter: Herr Abgeordneter, **nein!** Solche Aufträge hat es natürlich nicht gegeben. Was wichtig war, das ist, dass wir sparsamst umgehen, dass kein Wunschkonzert erfüllt wird, dass die Konfiguration der Eurofighter maßgeschneidert

auf die Luftraumüberwachung in Österreich ist, dass die Einsparungspotentiale eruiert werden. Das war der Auftrag der Arbeitsgruppe, und das wurde gemacht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir haben bei Protokoll, Sie haben nein gesagt. Das genügt mir völlig. Begründungen nehmen wir nur zur Kenntnis. (*Abg. Murauer: Es wäre nicht schlecht, wenn man einmal eine neue Frage stellt, Herr Vorsitzender!*)

Sie haben gesagt, Sie haben sich laufende Infos zukommen lassen. Haben Sie sich über diese laufenden Infos Aktenvermerke oder Protokolle angefertigt?

Günther Platter: Ich gehe davon aus, dass jene, die informiert haben, das protokolliert haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das haben wir leider nicht. Da haben wir leider nichts vorliegen.

Günther Platter: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie selber haben sich Protokolle oder Aktenvermerke gemacht?

Günther Platter: Nein, ich habe es nicht protokolliert.

Obmann Dr. Peter Pilz: So, jetzt versuchen wir einmal gemeinsam, das Rätsel zu klären, was wohin verschoben worden ist. Es ist eine außerordentlich einfache Sache. Und ich glaube, wenn man sich die Zahlen anschaut, wird man draufkommen, erstens es ist etwas verschoben worden ... (*Abg. Dr. Fekter: Nein, ist nichts verschoben worden!*)

Gehen wir einmal wieder aus von dem Papier, das wir uns gemeinsam angeschaut haben. (*Zwischenruf des Abg. Murauer.*) Da haben wir oben „Ankaufsvertrag“, also das, was Sie richtig als die EADS-Kosten bezeichnet haben. Mein Eindruck war, und bitte mich zu korrigieren, wenn dieser Eindruck falsch ist, ... (*Abg. Murauer: Langsam ist das mies! Seien Sie mir nicht böse!*)

Kollege Murauer, ich bin Ihnen eh nicht böse. Ich werde nur gleich die Sitzung unterbrechen, wenn Sie jetzt ein ausgeprägtes Schreibbedürfnis haben. Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder Sie lassen jetzt ... (*Abg. Murauer: Sie sagen: Sie haben etwas verschoben! – Der Minister sagt: Ich habe nichts verschoben! – Dann kommt der Stadler und sagt: Sie haben doch etwas verschoben! – Ich frage von der anderen Seite: Haben Sie etwas verschoben? – Der Minister sagt: Ich habe nichts verschoben! Ich kann nichts anderes sagen! – Jetzt kommen Sie wieder: Machen wir es einfach, Herr Minister, gehen wir gemeinsam vor: Sie haben etwas verschoben! – So geht das stundenlang dahin!*)

Noch einmal: Wir haben zwei Arten, eigentlich drei Arten von Aufwand. Wir haben einerseits den Betriebsaufwand, andererseits den Systemaufwand aus dem Vertrag oder später aus den Verträgen V1 und V2. Und wir haben den sonstigen Systemaufwand, der zu unterschiedlichen Zeiten von unterschiedlichen Einrichtungen unterschiedlich beziffert worden ist. Wie Sie selbst richtig gesagt haben: aus Ihrem Ressort einmal mit 233 Millionen € von anderen Anbietern, also nicht von EADS beziehungsweise Eurofighter, und beim Rechnungshof – meiner Meinung nach auch zu Unrecht – mit einer wesentlich höheren Summe. Also ich halte auch die 233 Millionen € für die realistische Annahme.

Das heißt, wir haben drei Arten von Aufwand.

Hillingrathner erklärt Folgendes in der Anmerkung 3 von diesem 1. April 2003: HBMLV – also Herr Bundesminister für Landesverteidigung – hat beauftragt, die EADS-

Nettobestellsumme nominell unter 2 000 Millionen €, also 2 Milliarden €, zu drücken. Das ist der erste Teil.

Hier haben wir bei Hillingrathner 2 167; das deckt sich auch mit dem ersten Papier, das ich Ihnen vorgelegt habe. Das war damals die Planungsgrundlage und die Rechengrundlage vom Bundesministerium für Landesverteidigung und wurde dem Herrn Hillingrathner auch bei diesen interministeriellen Treffen mitgeteilt. – Und nur darauf bezieht sich dieses, „nominell unter 2 Milliarden € zu drücken“.

Dann gibt es einen zweiten Halbsatz:

... und den Restbedarf unter Titel Betriebsaufwand zu verbuchen.

Das sind die sonstigen zwingenden Systemkosten, sonstigen Investkosten und dann später noch die Zwischenlösung. Und das Ganze läuft nicht unter **Betriebsaufwand**, sondern unter **Systemaufwandfolge**, also Systemaufwendungen in Folge nach dem Kernvertrag mit EADS. (*Günther Platter: Können Sie da ein Beispiel bringen?*) Aus demselben Papier: Einsatz/Ausbildung Piloten, Initial Integrated Service Support, Lenkflugkörper, Infrastruktur, Führungssystem, IT-Ausstattung, DataLink meets LVD.

Ich nehme jetzt ein ganz anderes Papier her aus dem Jahr 2005, und da sieht man bei der Abwicklung dann, Systemspezifischer Folgeaufwand – das hat nichts mit den laufenden Zahlungen an Eurofighter zu tun –: Pilotenausrüstung 1,5 Millionen €, Ausbildung Waffensystem 46,9 Millionen €, zusätzliche Flugzeugausrüstung 12 Millionen €, Lenkflugkörper IRIS-T 13,2 Millionen €. Das heißt, das System wird relativ schnell klar, wenn man sich das ein bisschen genauer anschaut.

Wir haben auf der einen Seite V1 plus V2 unter Traumüller im September 2002, und Sie sagen später im März 2003: Bitte schön, das sind jetzt 2,167 Milliarden €, und wir hätten das gerne unter 2 Milliarden. Und der Grund ist doch wirklich trivial.

Wie hoch war die Summe, die im Ministerratsbeschluss am 2. Juli 2002 für 24 Stück Eurofighter gestanden ist? – Ich lese es Ihnen vor: 1,791 089 Milliarden €.

Das politische Problem für die Regierung war doch wirklich einfach, nämlich: Wir können doch nicht für 18 Flugzeuge mit über 2 Milliarden ins Parlament gehen, wenn für 24 Flugzeuge am 2. Juli bei der Ministerratsentscheidung 1,79 Milliarden € gestanden sind. Auch wenn da ein bisschen etwas anderes dabei ist, wir halten es politisch nur durch, wenn das weniger als 2 Milliarden € sind, sonst haben wir ein großes Problem. Das war alles.

Ich kann mich noch daran erinnern, wie wir damals öffentlich gestritten haben, weil ich aus Ihrem Ressort von parlamentsfreundlichen Beamten informiert worden bin, dass es noch 233 Millionen € Folgeaufwand gibt. Die habe ich Ihnen im Budgetausschuss vorgehalten, überall vorgehalten. Und Sie haben steif und fest weiter behauptet: Nein, der Eurofighter kostet unter 2 Milliarden! Das können wir uns alles ausheben lassen.

Wir hatten natürlich beide Recht: Sie, weil Sie sich das alles in der Regierung so hergerichtet haben, dass Sie nur mit unter 2 Milliarden ins Parlament gehen – wir, weil wir damals bereits erste Hinweise auf einen doch sehr beträchtlichen Folgeaufwand, der vor dem Parlament verheimlicht worden ist, gehabt haben.

Der entscheidende Punkt ist der, und deswegen ist das alles so plausibel, was hier Traumüller schreibt, was Hillingrathner schreibt, es stimmt ja alles, das deckt sich ja genau mit unseren Erfahrungen: Das Ziel war ja nicht, die Kosten zu senken, sondern das Ziel war, vor dem Parlament die angegebenen Kosten zu senken und mit weniger als 2 Milliarden hineinzugehen, um dann zu sagen: Schaut her, wie toll wir sind, es kostet alles weniger als 2 Milliarden, und wir haben das modernste Flugzeug der Welt!

Das ist genauso wie die Sache, dass die Zahlungen nach 2007 verschoben werden, und Sie können in die Nationalratswahl gehen und sagen: Schaut her, wie toll wir sind, wir haben Nulldefizit! – Beides entspricht aus heutiger Sicht nicht ganz der Realität. Und das ist der Punkt: Da ist nichts in den Betriebsaufwand verschoben worden, sondern da ist ein Folgeaufwand mit sonstigen Anbietern vor dem Parlament verheimlicht worden.

Meine Frage in diesem Zusammenhang ist: Warum haben Sie trotz etlicher Nachfragen im Nationalrat, von Werner Kogler, von mir, auch von Abgeordneten der SPÖ, dem Parlament diese sonstigen Systemkosten von 233 Millionen € verheimlicht?

Günther Platter: Zum ersten Punkt: Dass diese Kosten nicht verheimlicht wurden, beweist auch eine parlamentarische Anfrage beziehungsweise Dringliche Anfrage vom 10. Juni 2003, die wir öffentlich geführt haben, wo über das Paket 233 Millionen € debattiert wurde.

Aber das ist der einmalige Folgeaufwand, und meine Aussage betraf natürlich, was die 1, 959 Milliarden € betrifft, V 1 und V 2, rein das Flugzeug. – Nur, damit das klargestellt ist.

Ich habe hier ein Beispiel. Am 10. Juni ist das bereits debattiert worden. (*Obmann Dr. Pilz: Weil wir das Dokument schon öffentlich vorgelegt haben!*)

Das Zweite – es werden hier immer wieder Äpfel mit Birnen verglichen –: Wenn man hier Summen nennt, vom Ministerratsvortrag vom 2. Juli 2002, dann muss man schauen, ob Logistik, System und so weiter dabei sind. Das kann man nicht miteinander vergleichen – genauso wie man nicht miteinander vergleichen kann die Kosten der Eurofighter für Deutschland, wozu des öfteren gesagt wurde, dass es wesentlich billiger ist als für Österreich. Nur hat man eines vergessen: dass man die Entwicklungskosten nicht dazugerechnet hat. – Also hier werden immer wieder, was die Eurofighter-Beschaffung betrifft, Äpfel mit Birnen verglichen.

So, jetzt gehen wir es durch: Wenn Sie von IT-Ausstattung reden, Data Link und dergleichen mehr: Das war ja nicht im Vertrag vorgesehen! Solche Punkte werden ja, also Data Link und IT-Ausstattung und so weiter, von einem anderen Unternehmen geliefert, nicht von der Eurofighter GmbH.

Jetzt schauen wir uns das noch näher an! – Wenn wir gemeinsam festgestellt haben: September 2002 Vertragsentwurf, der schon gesichert war. Und dann ist es darum gegangen, dass wir Einsparungspotentiale haben, zustande bringen Auftrag an die Arbeitsgruppe.

Jetzt geht es eigentlich um 200 Millionen €, darum, dass es um 200 Millionen € billiger geworden ist.

Jetzt würde es ja nicht einmal gehen, dass die 233 Millionen €, die man angeblich, so wie hier behauptet wurde, aus dem Vertrag herausgenommen hat und als Folgeaufwand bezeichnet hat, also das wäre schon einmal die erste falsche Darstellung.

Der zweite Punkt ist, dass wir rund 100 Millionen € eingespart haben auf Grund des Preisnachlasses, auf Grund der Zahlungsgestaltung, die wir gemacht haben. Und die Kürzungen, die wir durchgeführt haben, liegen im Bereich von rund 100 Millionen €. Das sind alles Maßnahmen beziehungsweise Beschaffungen, die **nichts** mit dem einmaligen Folgeaufwand zu tun haben.

Zum Letzte: Ganz klar: Von mir hat es nie irgendeine Weisung, irgendeine Anordnung gegeben, dass hier Verschiebung von Kosten durchgeführt werden sollen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Fragewünsche von der ÖVP? – Das ist nicht der Fall. – Kollege Kräuter, bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte da anknüpfen. – Sie haben jetzt beschrieben, dass das IT-System oder das Datenmanagement und so weiter von anderen Anbietern dazugekommen wäre und daher nicht Eingang hat finden können in die Paketlösung. Genau das stimmt nicht! Denn: Wie wir aus diesem aktuellen Papier, das uns gestern zugegangen ist, wissen, im Zusammenhang mit Steininger-Vermittlung, sind das Verträge mit EADS. Ich zitiere:

„Im Zusammenhang mit der Einführung von Luftraumüberwachungsflugzeugen der Type Eurofighter wurden mit EADS Deutschland nachstehende Verträge abgeschlossen ...“

Das heißt, Sie reden von anderen Bietern. Tatsache ist aber: Vier zusätzliche Verträge EADS – mit Kosten, die damals niemand gewusst hat. Ich gebe es Ihnen gleich.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Das heißt, das stimmt überhaupt nicht überein mit dem damaligen Aktenvermerk vom 2. Juli 2003 vom Hillingrathner, wo der Gesamtpaketpreis V 1 und V 2 ist.

Günther Platter: Wir haben vorher schon festgestellt, da ist der Gegenstand dieser angeblichen Verträge.

Hier sind einige Auflistungen da: eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben ... *(Abg. Dr. Kräuter: Von den vier!)* Moment! Acht Verträge. Hier ist die Zusammenstellung, die Beilage. *(Abg. Dr. Kräuter will das besagte Schriftstück wieder an sich nehmen.)* – Ich gebe alles wieder zurück, keine Sorge!

Da gibt es acht angebliche Verträge bis zum Jahr 2002, und dann sind drei Verträge angeführt – ich habe das bereits erwähnt – vom Jahr 2004.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Minister, Sie irren sich! Vorne! Das sind die weiteren, die nichts damit zu tun haben, das haben wir schon ausgeschieden, die haben mit Eurofighter nichts zu tun.

Vorne sind vier Verträge, die Steininger direkt mit EADS vermittelt hat, die da überhaupt nicht vorkommen. Und Sie haben davon gesprochen, dass genau diese Dinge von anderen Anbietern stammen und dass daher damit argumentierbar wäre, dass es nicht Eingang gefunden hat. Aber das stimmt nicht! Das sind weitere Verträge und weitere Kosten, die damals auf welche Art auch immer, hier nicht Eingang gefunden haben.

Günther Platter: Da geht es um etwas völlig anderes. Da geht es darum, dass die Eurofighter GmbH garantiert hat, dass die Ausbildungen durchgeführt werden, und dass die Eurofighter GmbH dafür Sorge zu tragen hat. Einerseits ist das die normale Grundausbildung, die von der Eurofighter GmbH gemacht wurde, und zum Zweiten sind das die Ausbildungen im militärischen Bereich durch die „Referenzluftwaffe“ der Bundesrepublik Deutschland. Und deshalb haben wir dieses Know-how von der Bundesrepublik Deutschland angenommen, dass wir hier diese Ausbildung der Piloten und Techniker machen, weil die mit dem Eurofighter beste Erfahrungen haben. Da eine Verschiebung zu konstruieren, ist eigentlich völlig falsch.

Zum Zweiten – damit das klargestellt ist –: Ich habe **niemals** eine Weisung gegeben, oder es gibt nicht irgendeinen Hinweis, dass ich angeordnet hätte, dass solche Verschiebungen durchgeführt werden. Das ist in der Öffentlichkeit dargestellt worden, von Hillingrathner öffentlich zurückgenommen worden, und sogar der „Standard“ hat geschrieben – sodass ich darauf hinweisen kann –:

„Eurofighter: Minister Platter entlastet. Die helle Aufregung, die ein Aktenvermerk aus dem Finanzministerium am Dienstagabend in der Causa Eurofighter gebracht hat, war am Mittwoch rasch wieder verfliegen.“

Hillingrathner revidierte die Aussage.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ob Verschiebung oder nicht Verschiebung, das ist überhaupt nicht das Thema. Faktum ist, dass es zusätzliche Verträge mit Eurofighter, mit EADS gibt, wo zusätzliche Kosten schlagend werden. Und das legte ich Ihnen hier vor, aber Sie behaupteten vorher etwas anderes.

Günther Platter: Ich sage Ihnen, dass hier keine Kosten angefallen sind durch die Reduktion dieser V 1 und V 2. Also durch diese Einsparungspotentiale, die diese Arbeitsgruppe eruiert hat, sind keine zusätzlichen Kosten gekommen, was diesen Folgeaufwand betrifft.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich rede von den zusätzlichen Kosten von diesen vier zusätzlichen Verträgen, die zusätzlich der Herr Steininger vermittelt hat.

Günther Platter: Und das sind im Übrigen auch keine Dinge, die gekürzt worden sind im Rahmen des V 1 und V 2, die hier angeführt sind. Da können Sie nachschauen, das werden Sie sehen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber die Kosten – Herr Minister, darum geht es ja, daher sind wir letztlich überhaupt zusammen in diesem Untersuchungsausschuss –, die zusätzlichen Kosten, die da entstehen!

Günther Platter: Die zusätzlichen Kosten – wie gesagt, 233-Paket, oder vom Rechnungshof 460 Millionen €-Paket; das ist also klar – haben mit der Beschaffung nichts zu tun. Das hat mit der Eurofighter-Beschaffung nichts zu tun. Das sind zusätzliche Kosten, die auch bei einer anderen Type angefallen wären. Die sind in den laufenden Budgets bis zum Jahr 2015 abzuwickeln.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das hat damit nichts zu tun. Wenn ich Ihnen das zitieren darf: Es geht um „technischen Unterstützungsvertrag für das Flugzeugsystem Eurofighter“.

Günther Platter: Das ist ja nicht herausverhandelt worden. Noch einmal: Sie stellen das falsch dar! Sie stellen das so dar, als hätte man diesen Punkt aus dem Vertrag herausverhandelt beziehungsweise gestrichen und als würde es dann zusätzlich anfallen. Das ist der Punkt! Das ist **nicht** passiert!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Nein! Es sind vier zusätzliche Verträge aufgetaucht. Das ist der Punkt!

Günther Platter: Bringen wir es auf den Punkt. Bei der Diskussion, die hier stattfindet, geht darum: Hat es Verschiebung von Kosten gegeben: ja oder nein? Und da können Sie diese Punkte noch so anführen, da hat es **keine** Verschiebung von Kosten gegeben! Das werden Sie auch zugeben müssen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Dann hat es halt eine Addition gegeben. Es ist doch völlig egal, welches Vokabel man verwendet. Es sind neue Verträge mit Eurofighter aufgetaucht.

Günther Platter: Noch einmal: Das hat mit dem nichts zu tun! Es hat **keine** Verschiebung der Kosten gegeben! Das ist **seriös** über die Bühne gegangen!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Minister, nun zu einer anderen Frage, zu dem eigenartigen Fest in Langenlebarn. Haben Sie gewusst, dass EADS dieses Fest finanziert? – Hat man Sie darüber informiert? (**Günther Platter: Nein!**) – Können

Sie uns ein bisschen genauer schildern, wie diese eigenartigen Belustigungen dort stattgefunden haben und auf wen jetzt wirklich geschossen wurde oder auf wen Sie geschossen haben?

Günther Platter: Ob das dieses Beweisthema ist, keine Ahnung, aber wenn der Herr Vorsitzende glaubt, dass wir das machen sollen, dann bitte.

Obmann Dr. Peter Pilz: Machen wir es wirklich umgekehrt. Wir haben das zwar mit allen Auskunftspersonen besprochen, aber ich habe alle immer darauf hingewiesen, dass das nicht zu diesem Beweisthema rein zeitlich gehört. Wenn Sie etwas dazu sagen wollen, werden wir es wie bei den anderen halten. Wenn nicht, ist es Ihr selbstverständliches Recht, jetzt nichts dazu zu sagen.

Günther Platter: Ich kann genügend dazu erzählen. Was heißt „genügend“?; viel zu erzählen gibt es da überhaupt nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn es unterhaltsam ist, dann bitte ich darum.

Günther Platter: Der Unterhaltungswert ist ohnehin hier im Untersuchungsausschuss manchmal gegeben, da kann ich keinen Beitrag leisten.

Aber prinzipiell gilt: Hier hat es eine Einladung der Luftstreitkräfte gegeben. Ich bin dazu eingeladen worden, und aus Respekt auch gegenüber den Piloten, die das ganze Jahr eine ausgezeichnete Arbeit leisten, bin ich hingegangen.

Betreffend die Bezahlung: Als Verteidigungsminister kann man davon ausgehen, wenn Einladungen ausgesprochen wurden und auch Generäle dafür verantwortlich sind, dass das korrekt und sauber über die Bühne geht.

Im Übrigen wird man im Jahr hundertmal eingeladen. Das wird Ihnen so passieren. Das passiert mir so. Aber es ist nicht die Aufgabe eines Verteidigungsministers, da sich zu erkundigen, wie die Finanzierung dieses Festes stattgefunden hat.

Es ist davon auszugehen, wenn jemand eine Einladung ausspricht – ob das jetzt zum Beispiel bei der Ausmusterung von Offizieren der Fall ist, wo auch Einladungen ausgesprochen werden –, dass das korrekt und sauber über die Bühne geht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe das Letzte akustisch nicht verstanden – dass das Budget, dass die Kosten dafür das Verteidigungsministerium trägt, davon sind Sie ausgegangen?

Günther Platter: Nein, dass es sauber abgewickelt wird, so wie bei jeder anderen Feierlichkeit, wo man letztlich eine Einladung bekommt. Und deshalb sind hier zu befragen die Luftstreitkräfte, die dieses Fest veranstaltet haben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe nach dem Reinigungsgrad der Veranstaltung ja gar nicht gefragt. Ich habe Sie nur gefragt, ob Sie gewusst haben, wer die **Kosten dafür trägt**.

Günther Platter: Natürlich ist es so, dass ich davon ausgehe, dass diese Kosten, die hier anfallen, korrekt abgewickelt worden sind. Ich meine, das ist bei jeder Veranstaltung so.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was heißt **korrekt abgewickelt**?

Günther Platter: Dass es sauber abgewickelt worden ist und dass es keine Probleme geben wird.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wer, glaubten Sie, hat diese Kosten bezahlt?

Günther Platter: Ich bin davon ausgegangen, dass die Luftstreitkräfte das bezahlen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das kann man ja ganz einfach und ohne umständliche Umschreibung auch sagen. Das heißt, Sie haben nicht gewusst, dass **EADS** diese Kosten trägt.

Günther Platter: Das ist so, wie wenn der Militärkommandant eine Einladung macht, und ich gehe dorthin, dann gehe ich davon aus, dass es von dort berappt wird. Genauso ist es in diesem Fall.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir haben es verstanden; Sie brauchen gar nicht Beispiele zu bemühen.

Die Frage ist: Sie haben daher keinerlei Information gehabt, dass EADS diese Kosten übernimmt? (*Günther Platter: Nein!*) – Auf wen ist jetzt wirklich dort geschossen worden?

Günther Platter: Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Bei dieser Veranstaltung war es so, dass ich gebeten worden bin, da mitzutun. Wer dabei war, der weiß, welche Windungen ich dabei gemacht habe. Aber letztlich wollte ich den Piloten die Reverenz erweisen.

Nach meiner Erinnerung habe ich da nicht auf irgendwelche Personen oder auf irgendjemanden geschossen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Auf **Personen** – Gott sei Dank! – eh nicht! Das hat niemand behauptet.

Günther Platter: Nein, nein, auf Abbildungen von Personen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wir haben das schon so oft gehört.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich wollte es einmal authentisch aus dem Mund des Ministers als einem der Schützen hören.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich glaube, das war sehr authentisch, aber ich bezweifle, dass wir dazu noch viel mehr fragen müssen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eh nicht, ich habe es eh nicht vor. – Ich wollte zurückkommen zu dem Thema, das Sie gesagt haben, Sie hätten keine Aktenvermerke und Protokolle über die laufenden Informationen, die an Sie im Zusammenhang mit der Vertragserrichtung ergangen sind.

Haben Ihre Mitarbeiter darüber Gesprächsprotokolle gemacht? Denn: Ich weiß es aus eigener Erfahrung: Wenn ich zu Ihnen gekommen bin, saß immer jemand dabei, der fleißig mitgeschrieben hat.

Gibt es solche Mitschriften von diesen Informationen, die an Sie herangetragen wurden?

Günther Platter: Ich selber habe keine Mitschriften gemacht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ihre Mitarbeiter?

Günther Platter: Ich habe keine Mitschriften gemacht – und ob die Mitarbeiter das gemacht haben, weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gehen wir davon aus, dass Mitarbeiter dabei waren, und gehen wir davon aus, dass die das mitgeschrieben haben. Wären diese Mitschriften ...

Günther Platter: Noch einmal: Ich weiß nicht, ob da Mitschriften gemacht wurden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich finde es nur eigenartig, dass sich der Minister beim größten Beschaffungsvorgang seines Ressorts, aber darüber hinaus der

Zweiten Republik, laufend informieren lässt, aber **keinerlei** Aufzeichnungen darüber führt. Also es gibt kein Protokoll, keinen Aktenvermerk, nichts.

Es hätte uns wirklich sehr interessiert, worüber Sie informiert wurden, um Ihren Wissensstand zu erfragen, den Sie zum Zeitpunkt der Vertragsunterfertigung und darüber hinaus hatten.

Günther Platter: Meinen Wissensstand haben Sie bereits jetzt schon erfahren. Es sind viele Fragen gestellt worden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das war aber nicht sehr erhellend.

Günther Platter: Es sind viele Fragen gestellt worden, und ich habe Ihnen Antwort gegeben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das ist der Punkt! Sie haben gesagt, Sie haben den Vertrag gelesen, und ich habe festgestellt, dass Sie wesentliche Teile des Inhaltes gar nicht kennen.

Haben Sie, nachdem Sie behauptet haben, den Vertrag gelesen zu haben, einen Genehmigungsvermerk darauf getan oder gesehen, oder genehmigt: Günther Platter oder sonst irgendetwas? (**Günther Platter: Nein!**) – Sie haben keinerlei Spuren auf diesem Dokument, das Sie gelesen haben, hinterlassen?

Günther Platter: Nein! Damit kann ich nicht dienen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Eine Frage, die mir jetzt noch im Zusammenhang mit Langenlebern einfällt – das muss ich jetzt schon noch fragen –: War Herr Steininger dort?

Günther Platter: Wo wann wie was?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): In Langenlebern bei dieser Belustigung. (**Abg. Dr. Fekter: Er kennt keinen Steininger!**)

Günther Platter: Also wirklich, ich habe keine Ahnung. Ich kenne den Herrn Steininger wirklich nicht! (**Abg. Dr. Fekter: Das war eine sogenannte Fangfrage!**)

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sagt Ihnen der Name **Kahlbacher Toni** etwas? (**Günther Platter: Nein!**) – Sagt Ihnen nichts?

Günther Platter: Nein, sagt mir nichts.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie haben für den Kahlbacher Toni aber bei der Firma EADS interveniert, dass er Gegengeschäfte bekommt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dass er was bekommt?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gegengeschäfte. (**Obmann Dr. Peter Pilz: Aha!**)

Günther Platter: Kann sein. Aber ich kenne den Kahlbacher nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das wird später noch beim Thema **Gegengeschäfte** eine Frage sein.

Ich wollte jetzt wissen, ob Ihnen der Name Kahlbacher etwas sagt. Sie haben nämlich einen netten Brief geschrieben. Die Firma EADS bedankt sich sogar für Ihren Brief für die Firma Kahlbacher.

Günther Platter: Wenn es möglich ist, dass heute Unternehmungen Gegengeschäfte lukrieren können, so ist mir das auch als Verteidigungsminister sehr recht. Wir sind doch alle froh, wenn Unternehmungen hier Möglichkeiten haben. Aber deswegen muss

ich nicht jemanden unbedingt kennen. Und wenn ich ihn gekannt hätte, ist es auch kein Problem, aber ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Daher frage ich Sie ja nur, ob Ihnen der Name etwas sagt.

Sagen Sie, haben Sie gewusst, dass Ihr früherer Kabinettschef *Ita* Kontakt mit Frau *Rumpold* hatte?

Günther Platter: Keine Ahnung!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nur mehr wenige Anmerkungen für das Protokoll, damit wir uns dann beim Endbericht leichter tun. Das werden wir jetzt so handhaben, wie wir das richtigerweise schon ein paar Mal so gemacht haben.

Die Auskunftsperson hat hinsichtlich des Vorhaltes des Herrn Vorsitzenden in diesem Fall und des Herrn Kollegen Stadler bezüglich dieser Anmerkung 3 und den 2000 Millionen € auf einen „Standard“-Artikel und andere Dinge verwiesen.

Wir haben uns zwischenzeitig das Protokoll der diesbezüglichen Befragung zum Beweisthema 3 unter Aussage Hillingrathner zu diesen Fragen besorgt: Befragung vom 22. Februar 2004, öffentlicher Teil, 21. Sitzung.

Nachdem mehrere Abgeordnete auf diese Problematik hingewiesen haben, hat der Obmann Dr. Pilz folgende Zusammenfassung in der Befragung des Dr. Hillingrathner versucht. Ich zitiere – Seite 128 –:

„Obmann Dr. Peter Pilz: ... Das heißt, das Einzige, woran Sie sich mit Sicherheit erinnern können, ist, dass Sie aus dem Kreis Ihrer Verhandlungspartner und Besprechungspartner aus dem Bundesministerium für Landesverteidigung über diese Weisung des Verteidigungsministers, die Nettobestellsumme EADS unter 2 Milliarden € zu drücken, informiert worden sind.“

Dr. Herbert Hillingrathner: Das ist perfekt formuliert. Ja.“ – Zitatende.

Also von Zurücknahme keine Rede!

Das ist die Aussage, mit der wir uns hier zu beschäftigen haben. Und ich halte solche Anmerkungen für das Protokoll für nützlich, weil wir nachher praktisch um diese Stunden schneller arbeiten können. Detto zu meinem ...

Günther Platter: Damit das nicht in Vergessenheit gerät ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Kogler darf das noch fertig machen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe jetzt keine Frage daran geknüpft, das ist schon richtig. Es ist dann eh Sache des Vorsitzenden ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn eine völlig andere Frage kommt, ist es schon gescheiter, wenn es gleich die Antwortmöglichkeit gibt.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ja, da haben Sie Recht.

Günther Platter: Das war nur der Versuch, aber liebend gerne, so, wie Sie das haben möchten. (*Abg. Mag. Kogler: Bitte!*) – Es hat von mir überhaupt *nie* eine Weisung in diesem Zusammenhang gegeben!

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich komme zu dem Dokument des Bundesministeriums für Landesverteidigung, und ich nenne gleich die Geschäftszahl aus dem Jahr 2001, weil das heute auch schon ein Vorhalt war, und da geht es eben letztlich um die Kostenexplosion.

„GZ 11.011/0011-1.2/01 für 2001.“

Gegenstand: „Mitwirkung auf Grund bundeshaushaltsrechtlicher Vorschriften. Beschaffung von Luftraumüberwachungsflugzeugen;“ – sinngemäß natürlich. „Herstellen des Einvernehmens mit dem BMF.“

Die haben das schon urgiert. Das war alles bei Ihren Vorgängern, das ist schon klar, aber weil es um diese 2 Milliarden geht am Schluss.

Es geht dabei um das Einvernehmen nach § 43 und § 45 BHG. Dann wird ausgeführt, dass 25 Milliarden Schilling brutto – das Finanzministerium übersetzt das dann mit ein bisschen etwas über 1,8 Millionen €

Ich zitiere jetzt:

„Durch das Bundesministerium für Finanzen wäre hinsichtlich der Budgetplanungen für die Budgetjahre 2004 bis voraussichtlich 2011 die Finanzierung des Kaufes der Luftraumüberwachungsflugzeuge einschließlich der Ausrüstung und Bewaffnung, der Infrastrukturanpassung, der Finanzierungskosten und der Vorsorgen für Ausbildung, Simulation und Logistik in der geschätzten Höhe von 25 MrdS (brutto) sicherzustellen.“ Demgegenüber korrespondiert ein Akt des Bundesministeriums für Finanzen – der umgehend angelegt worden ist auf Grund der Information, die urgiert wurde – mit der Geschäftszahl 27 1322/3-II/14/01, Titel: „Mitwirkung auf Grund bundeshaushaltsrechtlicher Vorschriften Beschaffung von Luftraumüberwachungsflugzeugen; Herstellen des Einvernehmens ...“, gezeichnet für Ministerbüro: Dr. Christl, mit dem ausdrücklichen Vermerk: zur Information des Herrn Bundesministers; dorthin ist das dann gegangen. Dort finden wir – um das jetzt abzukürzen – deckungsgleich die Formulierung und 25 Milliarden, respektive die 1,8 Milliarden €

Ich halte fest – weil wir die Kostenexplosion erst als Thema gehabt haben –, dass wir innerhalb von zwei Jahren, jetzt aber, in der Phase, als Sie verantwortlich waren für den Vertragsabschluss dieser Dinge, entweder festhalten müssen, dass bei unter 2 Milliarden € – was fast der gleiche Preis ist – viele dieser Dinge nicht drinnen sind, und wenn man es rückrechnet auf die Positionen, die hier stehen, nämlich 24 plus sechs Flugzeuge und andere Dinge, würde man auf über 3 Milliarden € kommen. Das ist aus meiner Sicht eine Kostenexplosion der Sonderklasse!

Sie haben vorhin darauf verwiesen, und das war der Disput – daran richtet sich dann auch noch die Frage –, dass Sie damals nicht zuständig waren. Das stimmt, aber wenn Sie schon ständig auf diese begleitende Kontrolle rekurrieren, die Sie gemacht haben, ist die Frage: Sind Sie jemals darauf aufmerksam gemacht worden, was als Basis der Ausschreibung gedient hat – das korrespondiert 1 : 1 mit dem Leistungskatalog, das ist sogar erst später gemacht worden –, was davon dann noch übrig geblieben ist und dass das einer Kostensteigerung von weit mehr als 50 Prozent gleichkommt? Was hat Ihre begleitende Kontrolle zu diesen Umständen vermerkt?

Günther Platter: Wie so oft werden da Äpfel mit Birnen verglichen! Ich weise diese Aussagen, die hier getätigt worden sind, ganz klar zurück, denn Faktum ist Folgendes:

Diese Unterlage, die Sie erwähnen, war nicht Gegenstand der Angebotsermittlung beziehungsweise war nicht Gegenstand im Wettbewerbsteil. Es ist so: Es sind Angebote eingeholt worden, und diese Angebote waren dann letztlich ausschlaggebend für den Wettbewerb. Die 33-köpfige Kommission hat sich alle Angebote ganz genau angesehen und ist dann zu einem Ergebnis gekommen. Bestbieter – Ermittlung der Kommission –: Eurofighter, und der Rechnungshof hat bestätigt, dass Eurofighter Bestbieter – zutreffend! – war.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nur mehr zur Ergänzung: Das Einvernehmen mit dem Finanzministerium ist ein bundeshaushaltsrechtlich

zwangsläufig rechtlicher Schritt. Auch die Aussagen seitens des Bundesministeriums für Finanzen und deren Vertreter hier sind darauf hinausgelaufen, dass man auf dieser Basis die Ausschreibung freigegeben hat, und sonst auf keiner. Das hätte abgebildet werden sollen, und das ist Ihnen dann völlig aus den Fugen geraten. (*Günther Platter: Aber nicht mir, das werden Sie nicht glauben!*)

Ein Letztes zu der begleitenden Kontrolle. Hat Ihnen die Gruppe der begleitenden Kontrolle einen Hinweis darauf gegeben, dass der Lobbyist Steininger in einem Vertragsverhältnis mit EADS steht und dass der Lobbyist Steininger ein Verhältnis zum Bundesministerium für Landesverteidigung hat? Haben Sie davon etwas gehört?

Günther Platter: Wie gesagt, ich kenne Herrn Steininger nicht, und all jene Bereiche ... (*Abg. Mag. Kogler: Nein, Sie nicht! Aber hat diese Kommission etwas gesagt?*) Trotzdem sei mir dieser Hinweis nochmals erlaubt: Ich kenne Herrn Steininger nicht. Ob er beim Fest dabei war – ich kann es nicht einmal sagen, weil ich Herrn Steininger nicht kenne. Und zum Zweiten: Was hier mit Steininger besprochen oder auch unter Umständen verhandelt wurde, war unter der Schwelle des Kabinetts.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Die begleitende Kontrolle hat keinen Hinweis gegeben – in Bezug auf die Aussage, die Steininger hier immerhin getroffen hat –, dass das Bundesministerium für Landesverteidigung ihn, Steininger, von bestimmten Dingen nicht entbinden würde beziehungsweise dass er ein Verhältnis zum Bundesministerium für Landesverteidigung hätte, das ihm auch Schweigen auferlegt?

Er muss irgendein Verhältnis gehabt haben, Ihnen ist nichts berichtet worden – das kann alles sein, ich halte das fest. Es wäre nur interessant gewesen, was solch eine begleitende Kontrolle zu leisten im Stande ist. Wenn da jemand mit einem Werbeauftrag von 6,6 Millionen ausgestattet in der Gegend herumrennt, Bezug nehmend auf die Klauseln, auf die Schmiergeld-Klauseln, dann frage ich mich, was Ihre begleitende Kontrolle eigentlich den ganzen Tag tut? (*Günther Platter: Das werden Sie mir doch nicht vorhalten wollen? Wollen Sie mir das vorhalten?*) Ja, ganz genau.

Günther Platter: Aha, das ist ja sehr interessant. – Kommen wir zurück, was Herrn Steininger betrifft. Noch einmal: Ich bekomme natürlich nicht die Information, wer die unmittelbaren Geschäftspartner sind. Wichtig ist, was die begleitende Kontrolle macht, dass man Informationen erhält über verschiedene Vorgänge während eines Beschaffungsvorganges und dass alles sauber und korrekt über die Bühne gegangen ist.

Zum Zweiten, Herr Abgeordneter: Der Rechnungshof hat sogar gelobt, als diese Vorgangsweise gewählt wurde, dass wir diese begleitende Kontrolle haben. Ich habe mir das jetzt im Innenministerium angesehen, da wird überall eine begleitende Kontrolle durchgeführt; wenn es um die Hubschrauber geht, wird eine begleitende Kontrolle durchgeführt. – Das ist letztlich die Ministerverantwortung, und diese Verantwortung habe ich wahrgenommen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Der Rechnungshof weiß überhaupt nichts von dem 6,6-Millionen-€-Vertrag, und das konnte er auch nicht wissen. – Keine Fragen mehr.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Haben Sie mit Herrn *Plattner* zu tun gehabt?

Günther Platter: Plattner kenne ich viele, und Plattner kenne ich ebenfalls einige.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Er war auch einer der Vertreter von EADS beziehungsweise Eurofighter.

Günther Platter: Nein, ist mir nicht bekannt. Vielleicht habe ich ihn irgendwo getroffen, ich treffe so viele Leute, aber er ist mir nicht bekannt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie sind ja an sich eng bekannt oder fast befreundet mit Herrn Generalleutnant Wolf. – Ist das richtig?

Günther Platter: Ich bin noch nie privat mit ihm Essen gegangen. Ich habe mit meinen Mitarbeitern im Ministerium ein korrektes Verhältnis, aber es muss ja nicht eine Freundschaft dahinterstecken! (*Abg. Mag. Stadler: Ich habe ja keine Zweifel daran!*) Gut.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Meine letzte Frage bezieht sich auf die Zahl der auszubildenden Piloten. Wissen Sie, wie hoch die Zahl der auszubildenden Piloten war, als Sie aus dem Ministerium gegangen sind? Stimmt die Zahl 18?

Günther Platter: Nein, ich glaube, es werden noch Einige dazu ausgebildet, weil dann die Ausbildung ebenfalls in Österreich gemacht wird. Ich glaube, es sind etwas mehr als 18. (*Abg. Mag. Stadler: Aber nicht über 20?*) Ich kann das nicht genau sagen, das ist nicht in meiner Erinnerung. In meiner Erinnerung ist nur, dass nicht genau 18 ausgebildet werden, sondern dass einige mehr ausgebildet werden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich möchte nur darauf zurückkommen, dass Ihnen der Chef des Generalstabes, Ertl, am 15. April 2003 schriftlich mitgeteilt hat, dass durch diese Einsparungen, die offensichtlich vorgesehen sind, um – na ja, bleiben wird einmal dabei – möglichst kostengünstig, im Sinne Ihres Hinweises, den Preis zu entwickeln, die Pilotenausbildung reduziert wird. Er sagt, ich zitiere wörtlich: Bei einer Reduktion auf 27 Piloten kann das System langfristig nicht mehr in der erforderlichen Qualität aufrechterhalten werden. – Zitatende. Das hat er Ihnen mitgeteilt. (*Günther Platter: Welches Schreiben, zu welchem Zeitpunkt war das?*)

Das ist ein Schreiben des Chefs des Generalstabes Ertl vom 15. April 2003, und da steht auf dem Deckblatt: Ein Exemplar wurde dem Herrn Bundesminister bereits am 3. April 2003 durch den Chef des Generalstabes persönlich übergeben. – Ertl hat Ihnen das persönlich übergeben.

Günther Platter: Ich glaube, das ist gut aufklärbar. Wichtig ist, dass wir einen Simulator haben, und durch diesen Simulator können viele Trainings durchgeführt werden, ohne dass man sich in den Jet hineinsetzen muss. – Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Wir haben diese Reduktion auf 1 800 Flugstunden vorgenommen; das ist ein Erfahrungswert der letzten Jahre. 100 Stunden pro Pilot mal 18, das ergibt 1 800 Flugstunden, und es wurde letztlich auch militärisch bestätigt, dass das so machbar ist. (*Abg. Mag. Stadler: Die 100 Flugstunden waren die absolute Untergrenze, ohne dass man die Lizenz verliert, Herr Minister! Das wissen Sie!*) Ja, aber ich glaube, dass es sehr sinnvoll ist, dass man eine Möglichkeit sucht, um so sparsam wie nur möglich umzugehen.

Nochmals: Das ist angepasst an die derzeitige Bedrohungssituation. Seien wir froh darüber, dass wir keine prekäre Situation haben. Das Gute beim Eurofighter ist – das muss man einmal sehen und erkennen –, dass wir alle Möglichkeiten der Aufrüstung haben, falls die Bedrohungslage eine schwierige wird. Wir wissen alle nicht, was in den nächsten 30 bis 40 Jahren auf uns zukommt, deshalb haben wir mit den 18 Eurofightern ein ausgezeichnetes Zukunftsgerät für die Luftraumüberwachung hier in Österreich gekauft.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann frage ich mich, wieso man ursprünglich bei der Ausschreibung beziehungsweise beim Pflichtenheft von 4 360 – ich lasse die Zahl gerade heraussuchen – Flugstunden ausgegangen ist. (*Obmann Dr. Pilz: 4 320!*)

Günther Platter: Früher ist man auch von mehr Flugzeugen ausgegangen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Dann hat man reduziert. Man hat aber nicht nur die Flugzeuge reduziert, man hat auch die Flugstunden pro Flugzeug reduziert.

Günther Platter: Ja, das ist dann im Einvernehmen mit den Militärs erfolgt. Ich habe die Maßgabe gewählt, dass wir sparsam mit dieser Situation umgehen müssen, dass die Grundsätze Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit beachtet werden, dass darüber hinaus aber weiterhin die militärische Machbarkeit gegeben ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Warum hat man das dann nicht schon von vornherein bei der Ausschreibung gemacht, wenn das alles so sinnvoll war?

Günther Platter: Wir haben jetzt schon öfter diskutiert, dass nach der Hochwasserkatastrophe die Reduktion von 24 auf 18 Eurofighter erfolgt ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich sage Ihnen, man hat dann immer weiter reduziert, weil man versucht hat, das mit den Kosten einigermaßen hinzubiegen. – Das war der ganze Hintergrund und sonst gar nichts.

Günther Platter: Man hat das nicht „hingebogen“! Man hat versucht, hier nicht eine Wunschliste zu erfüllen, sondern auf die sparsamste Art und Weise eine lückenlose Luftraumüberwachung durchzuführen. Das war der Weg, den man gewählt hat! Das sind wir vermutlich auch dem Steuerzahler schuldig gewesen, hier eine budgetär sanfte Art und Weise zu finden. Einerseits wird uns vorgehalten, dass wir zu wenig Geld ausgeben, Sie werfen uns vor, dass wir zu viel Geld ausgeben, und indirekt werfen Sie mir jetzt eigentlich vor, dass wir zu wenig Geld für die Luftraumüberwachung ausgeben.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Erstens habe ich gar nichts vorgeworfen, ich habe nur gefragt, und zweitens würde diese Frage nicht einmal diesen Vorwurf beinhalten. Wenn diese Frage einen Vorwurf beinhaltet, dann den, dass man bei den Kosten herumgetrickst hat, um einfach unter bestimmte Vorgaben zu kommen. Ich wiederhole jetzt die ganze Debatte nicht noch einmal.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Stadler, das haben wir jetzt wirklich oft gehört.

Günther Platter: Wenn Sie diesen Vorwurf machen, kommt wieder die Antwort zurück: Das stimmt nicht, das weise ich zurück. Die Einsparungspotentiale sind eruiert worden (*Abg. Mag. Stadler: Es genügt, wenn Sie auf Ihre bisherige Aussage verweisen!*) von der Arbeitsgruppe unter dem Hinweis auf Sparsamkeit, aber militärische Machbarkeit.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Aus Rücksicht auf die Damen und Herren des Protokolls bitte ich Sie, einfach nur auf Ihre bisherigen Aussagen zu verweisen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann könnten wir vielleicht auch auf die bisherigen Fragen verweisen?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, ich habe noch eine andere Frage, die ich in dem Zusammenhang noch nicht gestellt habe. Wenn das alles so ist, wie Sie sagen – am Schluss die kostengünstigste Variante und so weiter –, dann würde das im Umkehrschluss bedeuten, dass bei der Ausschreibung, bei der Formulierung des Pflichtenheftes in Wahrheit nicht auf die kostengünstigste und sinnvollste und sachlich gebotenste Variante Bezug genommen wurde. Entweder – oder? Entweder hat man

bei der Formulierung des Pflichtenheftes und bei der Ausschreibung gemeint, man kann sich sozusagen einen feudalen Flieger leisten, mit allem Luxus und Schnickschnack, oder man hat am Schluss die Erkenntnis gehabt? Dazwischen zeigt sich eben die Entwicklung, dass man mit dem Preis hintricksen musste. – Das ist der einzige Schluss, den man daraus ziehen kann.

Günther Platter: Herr Abgeordneter, ich bitte um Vergebung, wenn ich Ihnen nicht die Antworten liefern kann, die Sie gerne haben möchten.

Zum Ersten ist es so – und ich habe dieses Verfahren ganz klar erklärt –: Leistungen werden angeboten, dann wird im Rahmen des Wettbewerbs eine Entscheidung getroffen, das ist die Typenentscheidung. Danach ist der Verhandlungsteil, und in diesem Verhandlungsteil hat man noch versucht, Einsparungspotentiale zu finden, und darauf geachtet, dass kein Bietersturz passiert. Das ist uns von allen bestätigt worden, dass das nicht der Fall war. Das heißt, dieses Verfahren ist absolut korrekt abgewickelt worden.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Herr Minister, ich habe nur eine Frage, und zwar auch, weil Sie vorhin auf die mehrfachen Fragen des Kollegen Kräuter nicht wirklich eine Antwort gegeben haben. Diese Anfragebeantwortung vom 6. März 2007 über Systeme, die mit den Eurofightern anzuschaffen sind, an deren Zustandekommen nämlich auch Erhard Steininger beteiligt war, sieht ganz wesentliche Aspekte wie den technischen Unterstützungsvertrag für das Flugzeugsystem Eurofighter vor. Ich kann nur sagen, ich kenne mich in der Zivilluffahrt ein bisschen aus und kenne auch die Verträge dort: Ich kenne keinen einzigen Vertrag, wo eine Unterstützungsleistung und andere EDV-Leistungen, wie diese gesonderten Verträge, nicht Bestandteil des Hauptvertrages sind.

Können Sie mir sagen: Warum gibt es da einen eigenen Vertrag, und warum wird da offensichtlich komplett neben der Gesamtstruktur abgerechnet? (*Abg. Muraier: Das haben wir aber schon einmal gehabt!*) Ja, aber ich habe keine Antwort bekommen, und daher frage ich noch einmal, weil das nämlich auch zu dem passt, was Kollege Stadler vorhin gefragt hat.

Günther Platter: Herr Kollege, ich bitte schon um Verständnis: Die Zivilluffahrt mit den Luftstreitkräften, mit der militärischen Luftraumüberwachung zu vergleichen, das ist wirklich ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Es geht um Bestandteile des Gesamtsystems, das ist das Wesentliche. Das kann man ja nicht aufdröseln, außer man will etwas erreichen. (*Abg. Dr. Fekter: In Vertrag 2 sind die eh drin!*)

Günther Platter: Da muss man sagen, da werden wiederum Äpfel mit Birnen verglichen, wie heute schon des Öfteren.

Das Zweite ist, dass dieses Know-how, das Deutschland hat, die Referenz Luftwaffe der Bundesrepublik Deutschland, für uns unglaublich wichtig ist. Die haben Erfahrungen mit Eurofighter, und es ist doch gescheiter, wenn man mit diesen Leuten, die die Erfahrungen haben, mit diesen Technikern und Piloten eng zusammenarbeitet, anstatt sich dieses Know-how selbst mühsam erarbeiten zu müssen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das ändert aber nichts daran, dass das Bestandteil dieses Gesamtvertrages ist. Warum ist das herausgenommen worden? Es gibt ja keine sinnvolle Erklärung, warum eigentlich immanente ... (*Günther Platter: Wo ist das hinausgenommen worden?*) Na da, das sind eigene Verträge, die abgeschlossen worden sind unter Beteiligung des Herrn Steininger; technischer Unterstützungsvertrag für das Flugzeugsystem Eurofighter.

Günther Platter: Wieder: Ich weise ganz klar zurück, dass hier irgendein Betrag herausgenommen wurde, der andererseits dann anfällt. Alles, was im Vertrag drin war, die Kürzungen, die vorgenommen wurden, ist tatsächlich umgesetzt worden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gibt es weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind wir mit der Befragung am Ende. Ich danke für Geduld und Auskunftsbereitschaft – und ich spreche die Entlassung in allen Ehren aus!

(Die **Auskunftsperson Günther Platter** verlässt den Sitzungssaal.)

16.16

(Fortsetzung: 16.17 Uhr bis 16.18 Uhr unter Ausschluss der Medienöffentlichkeit; s. dazu gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; „**nichtöffentlicher Teil**“.)

16.19

Obmann Dr. Peter Pilz leitet – um 16.19 Uhr – wieder zum **medienöffentlichen** Teil der Sitzung über und gibt bekannt, dass die Protokollberichtigungen, die hiermit Teil des Protokolls sind (s. *Anhang*), beschlossen sind und veröffentlicht werden.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

(Die Sitzung wird um 16.19 Uhr **unterbrochen** und um 16.33 Uhr **wieder aufgenommen**.)

16.33

Obmann Dr. Peter Pilz nimmt – um 16.33 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf**, begrüßt als **nächste Auskunftsperson** Herrn **Dr. Wolfgang Schüssel**, dankt für dessen Erscheinen als **Auskunftsperson**, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 des Strafgesetzbuches wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe der Personalien.

Dr. Wolfgang Schüssel: Mein Name – wie beim letzten Mal –: Dr. Wolfgang Schüssel; geboren am 7. 6. 1945; wohnhaft in 1130 Wien; Beruf: immer noch Abgeordneter zum Nationalrat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Waren Sie im Untersuchungszeitraum, allenfalls zeitweise, öffentlich Bediensteter?

Dr. Wolfgang Schüssel: Nein, wie beim letzten Mal.

Obmann Dr. Peter Pilz: Dann werde ich Sie wieder auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung hinweisen (*Dr. Schüssel: Sind bekannt!*) und auf den Umstand, dass bei konkretem Vorliegen eines dieser Gründe Sie sich an den Verfahrensanwalt oder mich zwecks weiterer Besprechung wenden.

Sie haben, auch wie beim letzten Mal, das Recht, vor Eingang in die Befragung eine zusammenhängende persönliche Erklärung zum Beweisgegenstand abzugeben. Wollen Sie von diesem Recht Gebrauch machen? (*Die Auskunftsperson verneint dies.*)

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Herr Dr. Schüssel, ich möchte mit einer APA-Meldung vom 2. Juli 2002 einsteigen. Sie haben damals bei Ihrem Pressefoyer nach dem Ministerrat Folgendes erklärt:

Der Verteidigungsminister sei beauftragt worden, nun in Vertragsverhandlungen einzutreten und –

das kommt dann unter Anführungszeichen, war also wörtlich –

„möglichst günstige Bedingungen für Österreich auszuhandeln“.

Jetzt hat sich das an den damaligen Minister Scheibner gerichtet, ich möchte aber ein bisschen später anknüpfen, als Platter verantwortlich war für die „möglichst günstigen Bedingungen für Österreich“.

Haben Sie diesen Auftrag Minister Platter gegenüber irgendwie erneuert oder bekräftigt?

Dr. Wolfgang Schüssel: Das war keine Presseaussendung, das war ein APA-Bericht über die Pressekonferenz nach der Typenentscheidung. Die Vertragsverhandlungen sind dann von Günther Platter ein Jahr später in etwa – glaube ich, wenn ich jetzt das Datum richtig im Kopf habe – mit einem sehr guten Preis durchaus in diesem Sinn abgeschlossen worden.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Können Sie dem Untersuchungsausschuss vielleicht die drei, vier Highlights dieser günstigen Bedingungen nennen? Was sticht für Sie besonders hervor? Was war aus Sicht der Republik besonders günstig in diesem Vertrag?

Dr. Wolfgang Schüssel: Bestes Gerät, Eurofighter war der Bestbieter, hervorragende Gegengeschäftsbedingungen – 240 Prozent, zum ersten Mal in der Geschichte eines Beschaffungsvertrages –, eine sehr gute Kosten-Leistungs-Relation. In Summe hat dann auch bei den Vertragsverhandlungen, die ja nachher gewesen sind – da sind ja dann praktisch erst die Spezifikationen und die näheren Details ausverhandelt worden –, ich glaube, im Sinne der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit der Verteidigungsminister gemeinsam mit dem Finanzminister das Richtige herausgeholt.

Ich denke, insgesamt sind dann auch noch beachtliche Einsparungen gegenüber den ursprünglichen Wünschen der Militärs zutage getreten. Also, in Summe, glaube ich, ist das ein wirklich gutes Ergebnis gewesen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber im Einzelnen – weil Sie gesagt haben: „das Richtige herausgeholt bei den Vertragsverhandlungen“ –: Wo hat man so das Gefühl, dass da wirklich sozusagen Verhandlungsfüchse seitens der Republik am Werk waren?

Dr. Wolfgang Schüssel: Na, da waren Profis am Werk! Die Juristen, die das ausverhandelt haben, dann im Verteidigungsressort, im Finanzressort, Finanzprokurator, Bundesfinanzierungsagentur – das waren lauter Profis.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, auf jeden Fall jede Menge Vorteile für die Republik Österreich in dieser Phase?

Dr. Wolfgang Schüssel: In Summe ein sehr guter Vertrag und endlich einmal ein gutes Gerät. – Das kann man nicht immer von früheren Beschaffungen sagen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Darauf kommen wir bestimmt noch zurück.

Ich möchte aber jetzt zurückblenden zu der Sitzung, zum berühmten Frühstück, worüber wir uns schon letztes Mal unterhalten haben. Bitte nicht ungehalten zu sein!

Inzwischen war Herr Minister Bartenstein da, und da gibt es einiges, was sich dadurch ein bisschen verdeutlicht hat.

Herr Minister Bartenstein hat hier zu Protokoll gegeben, wie in etwa die Einstellung der einzelnen Akteure damals war: Bundeskanzler, Vizekanzlerin, Finanzminister, Verteidigungsminister, Wirtschaftsminister. Das waren die wesentlichen Anwesenden.

Minister Bartenstein hat das so dargestellt:

„Der Minister, der über längere Zeit deutlich gesagt hat, wo seine Präferenz liegt, war Minister Grasser mit dem F-16 ...“ – Damit ist das einmal klar.

Dann sagt Minister Bartenstein über sich:

„..., aus gutem Grunde, sehr geehrter Herr Abgeordneter, haben sich Minister Scheibner und auch ich da sehr zurückhaltend, wenn überhaupt, geäußert und haben der Herr Bundeskanzler und die Frau Vizekanzlerin hier letztlich völlig zurückhaltend und reserviert versucht, im Laufe der Tage und Wochen eine Einigung herbeizuführen, und sich auf diese Aufgabe beschränkt.“

Das haben Sie auch so dargestellt, dass eigentlich eine Schiedsrichterrolle von Ihnen und Frau Riess-Passer zu registrieren ist.

Um nur ein Zitat herauszunehmen:

„Wir beide haben uns auch vorher immer vorgenommen, wir haben keinerlei Präferenz, wir zwei sind die Garanten dafür, dass das ordentlich abläuft.“

Und an anderer Stelle heißt es:

„Warum sollte ich überhaupt ... Warum sollten ich oder die Vizekanzlerin überhaupt für oder gegen ein bestimmtes Modell Stellung nehmen?“

Jetzt ist natürlich von entscheidender Bedeutung, wer was bei dieser Zusammenkunft in der Diskussion beigetragen hat. Und so viel war auch Herrn Minister Bartenstein noch zu entlocken, dass sich eben alle fünf zu Wort gemeldet haben – ich zitiere Bartenstein –:

„Wir haben uns alle zu Wort gemeldet, weil das in so einer Besprechung unter im Wesentlichen fünf Besprechungsteilnehmern auch völlig normal ist ...“

Jetzt meine Frage: Sie werden sich erinnern – das ist ja nicht irgendetwas, sondern ein sehr bedeutender Augenblick, als man das bespricht: Minister Scheibner kommt mit seiner Vorstellung – Gripen –, Minister Grasser mit F-16, Sie sind völlig zurückhaltend und Schiedsrichter, Bartenstein schon überhaupt.

Wer hat denn da eigentlich den Diskussionsreigen begonnen?

Dr. Wolfgang Schüssel: Ehrlich gesagt, genau das haben wir das letzte Mal ausführlichst diskutiert. Über das hinaus, was Sie im Protokoll finden, kann ich wirklich nichts dazu beitragen, aber ich werde gerne die Anregung aufgreifen, und das nächste Mal werden wir ein Tonband mitlaufen lassen.

Mehr ist aus dem Gedächtnis fünf Jahre danach, glaube ich, nicht herausfilterbar. Ich werde Sie gerne einmal fragen, wie Sie ein Gespräch vor fünf Jahren genau geführt haben, wer genau was gesagt hat, wer angefangen hat, und, und, und. – Jeder antwortet nach bestem Wissen und Gewissen.

Und im Prinzip zeigt sich ja eigentlich eine sehr kohärente Darstellung. So war es. Jeder hat seine bestimmte Vorstellung gehabt. Das war aus der jeweiligen Interessenslage sehr gut argumentierbar: Verteidigungsminister – bestes Gerät, Bestbieter, in der Rückhand eine Empfehlung der Beschaffungskommission für dieses

Gerät; der Wirtschaftsminister sehr daran interessiert, bestmögliche Gegengeschäfte herauszuverhandeln; der Finanzminister, ein möglichst kostengünstiges Gerät zu bekommen, am besten wahrscheinlich die Gebrauchtvvariante mit Mid-Life Update. – Das war eigentlich sehr klar, sehr logisch, sehr nachvollziehbar. Etwas Neues wird da nicht herauskommen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Darf ich noch einmal das zusammenfassen, weil das ja nicht so klar nachvollziehbar ist: Der Minister Bartenstein war sowieso sehr zurückhaltend und hat sich um die Gegengeschäfte gesorgt. Grassler ist mit F-16 ins Rennen gegangen, Scheibner mit Gripen, und zwei waren Schiedsrichter. Daher die Gretchenfrage von dem Ganzen: Wer hat dann eigentlich begonnen, sich für Eurofighter zu engagieren?

Das ist ja jetzt viel deutlicher und klarer zu fragen, nachdem Bartenstein gesagt hatte, alle fünf hätten sich zu Wort gemeldet. Ich möchte Sie ja nur fragen: An Ihre eigene Wortmeldung werden Sie sich bestimmt erinnern.

Können Sie sich an zusätzliche Wortmeldungen der Vizekanzlerin, des Finanzministers, des Verteidigungsministers erinnern?

Dr. Wolfgang Schüssel: Wir waren keine Schiedsrichter. Das wollen Sie in den Fragestellungen immer unterstellen. Wir sind keine Schiedsrichter. Es war kein Fußballmatch und kein Ringkampf, sondern es war ein Bemühen um eine gemeinsame Lösung, weil es ja im Ministerrat nachher eine einstimmige Entscheidung geben musste.

Noch einmal die unterschiedlichen Interessen – das haben Sie ja längst gehört: Der Finanzminister war für Brauchtgerät, was **nicht** in der Ausschreibung der Bundesregierung drinnen war, was **nicht** den Empfehlungen des Landesverteidigungsrates entsprochen hat, aber es ist eine aus seiner Sicht glaubhaft argumentierbare Lösung gewesen. Der Verteidigungsminister war nicht für den Gripen, sondern für ein **neues** Gerät und hatte eine Offenheit – auch das ist von Ihnen, glaube ich, jetzt ein bisschen einseitig dargestellt worden: Er hat gesagt, er plädiert für ein **neues** Gerät; er hat nicht für den Gripen exklusiv plädiert, sondern er hat ausdrücklich gesagt, er will ein neues Gerät.

Da die Alternative bei neuen Geräten ziemlich klar war – nämlich eine klare Empfehlung der Beschaffungskommission, vier zu eins, für den Eurofighter –, war es klar, was herauskommen wird.

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Kräuter, einen Moment bitte. Das ist jetzt über weite Strecken eine Wiederholung der Befragung vom letzten Mal. Ich weise nur darauf hin. Ich kann bis jetzt noch nichts anderes erkennen als das, was wir bereits wirklich sehr dicht bei Protokoll haben.

Verfahrensökonomie ist eine meiner Aufgaben nach der Verfahrensordnung. Ich bitte jetzt wohin zu kommen, wo wir noch nicht waren.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Einen Vorhalt dazu, den ich aus einem „Kurier“-Artikel entnehme, der vielleicht ein bisschen weiterhilft: Da wird der seinerzeitige Finanzminister Grassler so zitiert:

Im Streit zwischen ihm und Verteidigungsminister Herbert Scheibner, ob man gebrauchte – Position Grasslers – oder neue – Position Scheibners – Flieger kaufen sollte, haben sich Riess-Passer und Schüssel wegen der längeren Lebensdauer für neue entschieden. – Zitatende.

Das ist alles in Bezug auf diese Besprechung. Hilft Ihnen das jetzt ein bisschen weiter? Kann man jetzt sagen, dass sich die Meinungsbildung so zugetragen hat, dass von Ihrer Seite oder von Seiten Riess-Passers ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Entschuldigung, aber **genau das** wurde auch das letzte Mal so geschildert. Da ist nichts Neues. Das ist wirklich Punkt für Punkt eine Wiederholung der letzten Befragung. Ich habe es fast noch im Ohr.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Was aber dem, Herr Obmann, bei allem Respekt, auch gegenübergestellt gehört, ist die Aussage von Scheibner. Dann hat eben das Finanzministerium gesagt, gut, aber aus unserer Sicht ist dann der Eurofighter der mit der größten Zukunftsperspektive.

So zusammengeführt ist diese Frage noch nicht gestellt worden. Das heißt, auf der einen Seite sagt der Finanzminister, wegen der längeren Lebensdauer waren Schüssel und Riess-Passer für Eurofighter, und auf der anderen Seite sagt Scheibner, dass das eben das Finanzministerium gesagt hat. – Also wir werden das irgendwie auflösen müssen.

Dr. Wolfgang Schüssel: Das ist ja schon x-mal diskutiert worden. Wir waren **alle** für neue Flugzeuge. – Das ist ja überhaupt nicht neu. Das ist ja auch öffentlich gesagt worden. Entschuldigen Sie, was hat denn das außerdem für einen Sinn, ständig eine Gebrauchtvariante zu kaufen, wo man dann fünf Jahre später oder in der nächsten Legislaturperiode das gleiche Theater noch einmal hat!

Ich meine, Sie sehen ja das selber, wie quälend eine solche Beschaffung wird. Jetzt überlegen Sie, wir hätten wirklich Gebrauchtflieger gekauft. Da müssten wir bitte jetzt schon wieder in dieser neuen Legislaturperiode anfangen, die Nachfolgebekaffung zu machen. Daher war ja von Anfang an eigentlich das gemeinsame Bemühen – übrigens unterstützt auch vom Freund Gaál von Ihrer Fraktion, der immer im Landesverteidigungsrat war und sehr konstruktiv mitgearbeitet hat –, dass wir endlich einmal neue Geräte kaufen und uns diese quälenden Übungen ersparen, die immer so ein Dahinwurschteln bedeuten.

Daher: Wir haben immer gesagt, **neue** Geräte. Richtig ist, es ist ein freihändiges Verfahren, es ist daher immer möglich, aus guten Gründen – die aber in diesem Fall sehr gut sein müssen – davon abzugehen. Aber wir haben uns an die eigenen Regeln gehalten. – Das ist ja das Interessante dabei.

Auch wenn es jetzt die fünfte Wiederholung ist, ich sage es gerne noch einmal: Es war mir immer klar, das Gescheiteste ist, ein ordentliches neues Gerät, das gute wirtschaftliche Gegengeschäftsperspektiven bietet, wo ein transparenter Vorgang ist, der Bestbieter.

Noch einmal: Ich hatte keinerlei Präferenz, das können Sie mir glauben. Mir ist das völlig wurscht gewesen, Gerät A, Gerät B oder Gerät C. Die Bewertungen sind von den Experten gemacht worden, und die wurden dann letztlich auch von uns nachvollzogen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich will jetzt nicht eine weitere Antwort in dieser Art und Weise provozieren, aber für mich ist eben klar – und das habe ich ja nachweisen können –, Grasser hat gesagt, Schüssel und Riess-Passer waren es, die sich für den Eurofighter entschieden haben, und Scheibner sagt, Grasser war es. – Und das ist ein Widerspruch, und der bleibt halt jetzt stehen. Ich kann es ja nicht anders bewerkstelligen, als das zu zitieren und Sie zu fragen, ob Sie da eine spezifische Wahrnehmung haben.

Dr. Wolfgang Schüssel: Ja, aber wenn es nur wir gewesen wären, warum hat dann die ganze Bundesregierung eine Ausschreibung für neue Flieger gemacht?

Entschuldigen Sie vielmals, das kann doch nicht plötzlich eine Überraschung sein, dass wir neue Flieger ... – Wir haben uns ja **neue Flieger** anbieten lassen. Natürlich hat es dazu auch Varianten gegeben, aber das grundsätzliche Ziel war es, neue Flugzeuge zu bekommen, und zwar aus einer Generation, die uns sicherstellt, zumindest 15 bis – im Falle Eurofighter – 30 Jahre eine Perspektive zu haben, die uns die Sicherheit gibt, die wir brauchen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich sage jetzt in aller Deutlichkeit: So geht es mit Sicherheit nicht! Das ist eine komplette Wiederholung einer Befragung, die wir bereits hatten! Wenn das so weitergeht, werde ich – und das Recht steht mir als Obmann zu – einfach das Wort dem Nächsten weitergeben.

Gibt es noch Fragen zu einem anderen Thema?

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Selbstverständlich, und ich werde mich jetzt ein bisschen im Protokoll schlau machen. In Sachen Wiederholungen scheint mir sehr oft die SPÖ-Fraktion in die Kritik zu geraten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es geht nicht darum, sondern es ist eine meiner wichtigsten Aufgaben – und das ist vielleicht die Aufgabe, die ich am meisten vernachlässige –, im Sinne der Rücksicht auf die Fraktionen und das Fragerecht der einzelnen Abgeordneten auf die Verfahrensökonomie zu achten.

Wir hatten aber relativ selten den Fall der eigentlich kompletten Wiederholung einer Befragung, die bereits vor einiger Zeit stattgefunden hat, und ich ersuche um Verständnis, dass ich das in dieser Form eigentlich nicht fördern will. Ich bitte, jetzt zu einem anderen Bereich Fragen zu stellen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Zur Finanzierung: Herr Kocher – der ehemalige Geschäftsführer der Bundesfinanzierungsagentur – hat hier Folgendes angemerkt: Laut Kocher wäre eine direkte Finanzierung billiger gewesen.

Ich möchte Sie einfach fragen, was Sie dazu sagen, dass er sagt, eine direkte Finanzierung über die Republik im Gegensatz zu der gewählten Vorfinanzierung durch die BAWAG wäre um schätzungsweise ein Achtel billiger gewesen, und dass dieser Vorfinanzierungswunsch vom Finanzministerium gekommen ist.

Dr. Wolfgang Schüssel: Über Finanzierungsvarianten hat es ein Gespräch gegeben. – Ich glaube, irgendwann einmal im Juni 2003. Da standen zwei Varianten – vom Finanzminister und vom Verteidigungsminister – zur Diskussion. Es war völlig außer Streit, dass wir das nicht bar zahlen und dass wir das nicht durch eine Bundesschuld finanzieren, sondern dass man natürlich ein möglichst budgetschonendes und maastrichtschonendes Verfahren wählt, wie es bitte übrigens ja auch bei allen früheren Beschaffungen gemacht worden ist. – Es ist ja in diesem Fall nichts Neues gemacht worden.

Da standen zwei Varianten zur Diskussion: Die eine Variante war eine Empfehlung auf diese Finanzierung mit Einredevorzicht, wie es die deutsche Bundeswehr, die deutsche Bundesregierung mit einigen Flugzeugen gemacht hat.

Das zweite Modell war ein griechisches, das allerdings teurer und in Hinblick auf Maastricht wesentlich problematischer gewesen wäre. Nach einer eigentlich ziemlich harmonischen Diskussion mit den beiden Ministern hat man sich auf diese deutsche Variante geeinigt. Die Bundesfinanzagentur hat dazu auch ihre Expertise abgegeben, hat das empfohlen. Es hat das auch die Finanzprokurator empfohlen, und darauf haben wir uns dann alle geeinigt. – Da hat es keine Differenz gegeben.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Klubobmann Dr. Schüssel, hätte es aus Ihrer Sicht zu rechtlichen Problemen mit der Reduzierung der Stückzahl von 24 auf 18 kommen können?

Dr. Wolfgang Schüssel: Nein. Jedenfalls nicht, dass wir irgendetwas von Problemen in diesem Zusammenhang gehört haben.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Ich frage deshalb, weil Bundesminister Platter in seiner Auskunft vorhin mitgeteilt hat, dass er sehr wohl zwei Rechtsgutachten angefordert hat, um sicherzugehen, dass es rechtlich einwandfrei möglich ist, eine Reduktion zu bewerkstelligen. Sind Ihnen diese Gutachten auch bekannt?

Dr. Wolfgang Schüssel: Das ist natürlich immer gescheit, weil man ja nie weiß, ob nicht nachher ein Untersuchungsausschuss kommt und man sich dann in irgendeiner Weise argumentativ wappnen muss. Daher ist es sehr klug und vorausschauend gewesen, dass sich der Verteidigungsminister auch rechtzeitig um rechtliche Unterstützung gekümmert hat.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Können Sie dem Ausschuss auch die Gründe für die schlussendliche Reduktion nennen?

Dr. Wolfgang Schüssel: Das habe ich aber auch schon beim letzten Mal gemacht: Der Grund war ausschließlich das Hochwasser. Wir haben damals im Jahr 2002 zwei Entscheidungen getroffen: Einerseits – so wie die Deutschen, die einen Teil ihrer geplanten Steuerreform ausgesetzt haben – haben wir die Steuersenkung, die ein Jahr früher geplant gewesen ist, ein Jahr hinausgeschoben. Die zweite Entscheidung war, dass man auf den internationalen Teil der Eurofighter verzichtet. – Diese 24 waren ja 18 plus sechs; die sechs waren sozusagen ein Zusatz. Das hätte natürlich eine noch bessere Überwachung sicherstellen können, aber vor allem wäre das ein Bereich gewesen, der auch international eingemeldet hätte werden können.

Die Tschechen haben das ja auch gemacht haben. Die haben ihre Beschaffung der Gripen aus dem gleichen Titel Hochwasser ausgesetzt, aber das haben wir letztes Mal auch schon diskutiert.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Uns ist auch bekannt, dass bis in den Herbst 2002 hinein hauptsächlich das Bundesministerium für Landesverteidigung federführend bei der Vertragsverhandlung war, und ab April bis Juli 2003 das Bundesministerium für Finanzen.

Dr. Traumüller hat gesagt, dass er die Verhandlungen sehr erfolgreich weitergeführt hat, eine Reduktion der Kosten erlangen konnte. Wie haben sich diese Vertragsverhandlungen für Sie gezeigt? Haben Sie gesehen, dass die beiden Ministerien an einem Strang gezogen haben, zusammengearbeitet haben – vor allem auch in der Phase kurz vor Vertragsabschluss? Oder hat das einer Moderation durch Ihre Person bedurft?

Dr. Wolfgang Schüssel: Nein, das war absolut harmonisch. Das ist aber auch selbstverständlich. Bei einer so riesengroßen Beschaffung sind selbstverständlich immer beide Ministerien zuständig und auch eingeschaltet gewesen: das Verteidigungsministerium als **abschließendes** Ministerium – die müssen ja den Vertrag abschließen –, aber natürlich, wenn es um Finanzierung geht, um technische Details, ist klar, dass das Finanzministerium mitreden muss – in der Finanzierungsstruktur, in der Konstruktion, die gewählt worden ist.

Und dann vergessen Sie nie, dass die Finanzprokurator ja quasi der Rechtsanwalt des Staates ist, und der befindet sich in der Kompetenz, im Zuständigkeitsbereich des

Finanzministeriums. Also müssen die beiden Ministerien sinnvoller Weise zusammenwirken.

Das haben sie auch gemacht, und es gab eigentlich einen einzigen Punkt – das war eben diese Frage der Finanzierungsvariante mit dem Einredeverzicht –, der offensichtlich von beiden Ministern als so wichtig angesehen wurde, dass ich eben informiert wurde. Aber es wurde auch da letztlich genauso eine gemeinsame Vorgangsweise für diese deutsche Finanzierungsvariante gewählt.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sind Sie ansonsten laufend über die Verhandlungsfortschritte informiert worden?

Dr. Wolfgang Schüssel: Eigentlich nicht. Dann zum Abschluss – im Juli beziehungsweise im Sommer 2003 – war klarerweise wieder ein Ministerratsvortrag zu machen, aber über die Zwischenschritte sind wir nicht informiert worden.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Somit waren diese Verhandlungen alleinige Ressortverantwortung. (*Dr. Schüssel: Richtig!*)

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Herr Klubobmann, Sie haben vorhin bei dem Themenkreis Finanzierung davon gesprochen – wenn ich Sie da richtig jetzt wiedergebe –, dass das mit den beiden Ministern diskutiert worden wäre. Welche „beide“ sind da gemeint? Der Bundesminister für Finanzen und der Bundesminister für Landesverteidigung?

Dr. Wolfgang Schüssel: Platter und Grasser, ja.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Jetzt hat aber der nunmehrige Innenminister in sehr ausführlicher Befragungszeit seinerseits ziemlich viel Zeit darauf verwendet, immer wieder zu erklären, dass er mit all diesen eigentlich relevanten kommerziellen, finanziellen Bestimmungen überhaupt nichts zu tun gehabt hätte, sondern dass nur das Finanzministerium federführend gewesen sei. (*Abg. Dr. Fekter: Gemeinsam, hat er gesagt!*) – Ja, schon gemeinsam, aber der Punkt war – ich sage das vor dem Hintergrund der Aussage des Herrn Innenministers –, dass er in der Sache selbst überhaupt keinen Beitrag leisten konnte. Jetzt sagen Sie aber, das ist alles mit den beiden diskutiert worden. – Ich wollte das nur einmal klären.

Ich frage Sie aber nach Ihren Beiträgen und Wahrnehmungen in den Regierungsverhandlungen des Jahres 2003. Welche Rolle hat da gespielt, dass unbedingt erst in der Gesetzgebungsperiode beginnend mit 2007 Maastricht-Defizit-relevante Zahlungen stattfinden sollen?

Dr. Wolfgang Schüssel: Erstens: Ich glaube nicht, dass da ein Widerspruch zwischen dem, was Platter gesagt hat, und dem, was ich sage, besteht. Ich habe ja nichts anderes gesagt, als dass beide Minister bei diesem einen Gespräch dabei waren und es richtiger Weise – vielleicht hätte ich das noch ergänzen müssen – diese Frage der Finanzierungsvariante klarerweise der Vertreter des Finanzministeriums übergeben hat. – Es war übrigens nicht einmal der Minister, sondern irgendein Beamter hat das vorgetragen. Der hat auch irgendeine Unterlage verteilt und nachher wieder eingesammelt, wo sozusagen auch die fachlichen Gründe, die Pro und Kontra der beiden Finanzierungsvarianten vorgetragen wurden.

Das ist also kein Widerspruch. Ich glaube, dass das Günther Platter völlig richtig aus seiner Erinnerung berichtet hat. Federführend war hier das Finanzministerium, weil die klarerweise darüber auch mehr Expertise haben, aber selbstverständlich war der Verteidigungsminister mit dabei.

Nun zu der Frage, warum 2007. – Weil es vor der Wahl so gesagt wurde und weil wir das auch eingehalten haben. Wir haben gesagt, es wird in dieser Legislaturperiode

noch nicht bezahlt, und das haben wir eingehalten. Das ist in den politischen Verhandlungen – das ist ja keine Frage der Vollziehung – so vereinbart worden. Daher ab 2007 die Zahlungen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Im Wahlkampf ist auch anderes gesagt worden (*Abg. Dr. Fekter: Stimmt ja nicht! Koalitionsübereinkommen, hat es geheißten!*), aber die Vorgabe, die Maastricht-Defizit-relevanten Zahlungen erst 2007 schlagend werden zu lassen, haben doch dazu geführt, dass bei der Auslegung der Maastricht-Kriterien nach Eurostat – und die ist ja schon bekannt gewesen – die Kampfflugzeuge tatsächlich erst 2007 geliefert werden sollen.

Jetzt war es aber so, dass zum Vertragsverhandlungszeitraum März 2003 bis Juni 2003 ja noch davon auszugehen war, dass früher geliefert werden sollte. Auch das findet sich in den Akten. Da besteht also ein gewisser Widerspruch.

War damals im Frühjahr 2003 schon klar, dass es da zu einer Zwischenlösung kommen muss, wenn erst 2007 geliefert wird?

Dr. Wolfgang Schüssel: Im Wahlkampf ist das sein Thema gewesen, und wir haben damals – fragen Sie mich jetzt nicht, wann das genau war – gesagt, die Kosten für diese Beschaffung, die notwendig ist, werden erst in der übernächsten Periode – also ab 2007 – anfallen. Genau das findet sich übrigens im Koalitionsvertrag, genau das findet sich in der Regierungserklärung, genau das ist dann auch vom neuen Verteidigungsminister – Günther Platter ist dann erst als Verteidigungsminister angelobt worden – umgesetzt worden.

Wann jetzt genau diese Zwischenlösung mit den Schweizern verhandelt worden ist, die übrigens außerordentlich günstig war: Ich glaube, die allerersten Varianten, von denen ich gehört habe, waren Kosten von über 200 Millionen €, und er hat das heruntergedrückt auf, glaube ich, 70, 75 Millionen €. Das ist ein hervorragendes Verhandlungsergebnis gewesen, was auch nur deswegen möglich gewesen ist, weil die Schweiz in dem Zeitraum die Möglichkeit und die freie Kapazität gehabt hat, die aber 2007, 2008 nicht mehr gegeben ist. Das muss man immer dazusagen, das war ein absolutes Window of Opportunity, das der Günther Platter da genützt hat.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Da Sie den Wahlkampf dauernd strapazieren: Mir ist diese Ankündigung nicht erinnerlich, das ist ja auch nicht wirklich ein Vollzugshandeln des Staates, aber eines ist mir schon in Erinnerung, dass eine – wortwörtlich – Wirtschaftsplattform die Eurofighter finanzieren wird. Was hat die Wirtschaftsplattform, die die Eurofighter finanzieren wird – ich meine jetzt nicht allgemeine Gegengeschäftsbestimmungen, den Vertrag hat es ja dann gegeben, ich meine eine Wirtschaftsplattform die die Eurofighter finanziert –, was hat diese Variante dann in den Vertragsverhandlungen für eine Rolle gespielt? Immerhin haben Sie sich ja auch für diese Idee stark gemacht.

Dr. Wolfgang Schüssel: Ja, und diese Plattform ist ja auch gegründet worden. Am 2. April 2003 – das habe ich auch schon das letzte Mal gesagt – haben sich die relevanten Firmen, die diese Gegengeschäfte gebildet haben, zusammengeschlossen zu einer solchen Plattform. Ich habe ja nie gesagt, dass es zu 100 Prozent finanziert wird, denn dann hätten wir ja nicht 18, sondern, was weiß ich, 80 Flieger kaufen müssen, sondern dass es größtenteils finanziert wird oder ein beachtlicher Teil finanziert wird, und ich bin hundertprozentig überzeugt, bei 4 Milliarden € Gegengeschäften bekommen Sie mit Sicherheit mehr als 50 Prozent des Kaufpreises wieder herein, und zwar direkt und indirekt, budgetrelevant über die Lohn- und Einkommensteuer, über die Mehrwertsteuer, über die Sozialversicherungsbeiträge.

Meine Idee – ich sage das auch hier ganz offen – wäre gewesen, dass man eine rechtliche Konstruktion wählt, wo man das auch sichtbar macht. Das Problem ist, verfassungsrechtlich geht das nicht, weil man zum Beispiel die Krankenversicherungsbeiträge, die etwa die Krankenversicherungen wie die Gebietskrankenkassen in Oberösterreich – Stichwort FACC – oder in der Steiermark – Stichwort Magna oder Pankl oder Böhler – einnehmen, dort nicht zwischenparken kann, sondern die müssen direkt überwiesen werden. Das ist das Problem.

Ökonomisch bleibt natürlich das hundertprozentig richtig, was wir damals gesagt haben. Diese Plattform gibt es. Die 4 Milliarden € Gegengeschäfte sind gut unterwegs, wir sind sogar leicht über dem Plan. Also das wird auch eines der spektakulärsten und besten Gegengeschäftsprojekte sein, die wir je gehabt haben in Österreich.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das wird uns sicher noch beschäftigen. Das führt woanders hin, das wollen wir auch nicht.

Sie haben hier beim ersten Fragesteller, Kollegen Kräuter, auch zur Finanzierungsvariante gesprochen – ich meine jetzt nicht jene, die für die Typenentscheidung ausschlaggebend war, sondern die, die dann verhandelt wurden; Sie unterschieden zwischen einer griechischen und einer deutschen Variante; ich beziehe mich also darauf – und haben gesagt, dass das – wortwörtlich – auch früher so gemacht worden wäre. Herr Klubobmann, wo ist das früher so gemacht worden?

Dr. Wolfgang Schüssel: Nein, das ist ein Missverständnis. Ich habe gesagt, früher ist es auch nicht so gemacht worden richtigerweise, wie der Abgeordnete Kräuter gesagt hat, warum habt ihr nicht zum Beispiel über eine Bundesanleihe cash gezahlt. Und darauf hat sich meine Antwort, das hat man früher auch so gemacht, bezogen, dass man natürlich nicht eine Langfristinvestition in die eigene Sicherheit quasi aus der Portokassa zahlt. Das ist eine sehr teure Investition, die allerdings in dem Fall über 30 Jahre lang die Sicherheit Österreichs im Luftraum garantiert. Und die finanzierst du natürlich nicht so, dass du das bar zahlst, sondern die finanzierst du so, dass das maastrichtrelevant optimal läuft, und das waren die 18 Halbjahresraten. Also genau diese Finanzierungsvariante ist früher auch gewählt worden. – Darauf habe ich mich bezogen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber da gehen jetzt tatsächlich ein paar Dinge durcheinander. Ich beziehe mich auf das konkrete Konstrukt, das Österreich dann hier gewählt hat, im Dreiecksverhältnis auch mit der BAWAG. Jetzt mag das schon für die Maastrichtrelevanz noch zutreffen, was Sie hier ausführen, Faktum ist aber, dass mit dieser Konstruktion eine Finanzierungsform gewählt wurde, die einer Zahlungsform gleichkäme, die nicht mehr dem entspricht, was Eurofighter verpflichtend anbieten musste, nämlich dass sie selber im ökonomischen Kern für eine Kreditvorfinanzierung Sorge tragen müssen. Das war ja ausgeschrieben, da wurde angeboten, und genau diese Zahlungsvariante alleine ist überhaupt nur die Idee, Bestbieter aufzutreiben. Jetzt stellt sich im Nachhinein heraus, die Republik geht her und spielt Kreditvermittler über die BAWAG. – So weit hierher. (*Abg. Dr. Fekter: Das stimmt ja nicht! Eurofighter hat das vorfinanziert!*)

Ich frage Sie, ob Ihnen diese Finanzierungsvarianten mit vorgelegt wurden, ob Sie damit befasst waren und ob das irgendeine Rolle bei diesen Gesprächen mit dem Herrn Platter und mit dem Herrn Grasser gespielt hat.

Klubobmann Dr. Wolfgang Schüssel: Das ist ja genau der Diskussionspunkt gewesen: Natürlich hätte man die andere Variante nehmen können, die wäre teurer gewesen für die österreichischen Steuerzahler. Daher ist das überhaupt nicht richtig, dass wir hier zum Nachteil Österreichs oder der österreichischen Finanzen vorgegangen sind. Wir haben durch diese Finanzlösung 130 Millionen € erspart. (*Abg.*

Dr. Fekter: 127 Millionen!) 127 Millionen € Korrekt, danke, stimmt. Also mit Verlaub gesagt, 127 Millionen €, das sind 2 Milliarden Schilling, das nehme ich mit Handkuss. Und dazu hat eben die Finanzagentur über die bessere Bonität, die sie hier einbringen kann, niedrigere Zinsen zustande gebracht, und die Vorfinanzierung, mit der ich überhaupt nichts zu tun hatte, ist so gewählt worden, wie sie gewählt wurde.

Ich kann daher aus meiner Wahrnehmung ja nur sagen – alles andere ist politische Bewertung, die Ihnen natürlich freisteht –, ich bin ein einziges Mal befasst worden mit diesen zwei Varianten, mit dem deutschen Modell und mit dem griechischen Modell, und das deutsche war weit, weit günstiger. Daher habe ich das auch nachdrücklich unterstützt und mitgetragen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie eine Wahrnehmung dazu, wer die Bundesfinanzierungsagentur mit dieser Variante beauftragt hat?

Dr. Wolfgang Schüssel: Nein, aber vermutlich der Finanzminister. Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber Sie sagen, die Bundesfinanzierungsagentur soll ihre Bonität einbringen. Sie meinen offensichtlich, dass die Republik eher ihre Kreditwürdigkeit in die Waagschale schmeißt, und jetzt läuft es eben auseinander. Dazu haben wir die Auskunftsperson Kocher hier genau befragt. Wenn am Schluss herauskommt, dass es darum geht, dass im Wesentlichen die Konditionen, hergestellt durch das Triple-A der Republik, nachgebildet werden sollen, stellt sich ja genau wieder die Frage, warum wir nicht gleich selber einen Kredit aufgenommen haben. Ihre Antwort vorher – Moment, ich kann es vorwegnehmen –: weil dann der Maastricht-Defizitverlauf anders geworden wäre.

Ich sage Ihnen und frage Sie jetzt dazu und halte Ihnen vor, dass die Auskunftsperson der Bundesfinanzierungsagentur zwei Dinge hier gesagt hat. Erstens war das überhaupt nicht die Idee der Bundesfinanzierungsagentur, sondern das ist ihr aufgetragen worden. Sie haben sogar noch dreimal nachgefragt, ob das wirklich der Ernst sein kann, so etwas zu verhandeln, und die zweite Übung im Ergebnis ist, dass das um 10 bis 15 Millionen € teurer gekommen ist – Auskunftsperson von der Bundesfinanzierungsagentur Kocher –, als wenn die Republik den Kredit selber aufgenommen hätte. (*Abg. Dr. Fekter: In Form einer Anleihe, hat er gesagt!*) – Ja selbstverständlich! Wie denn sonst?

Wie kommen Sie zu der Aussage, dass man sich da so viel erspart hat? Außer dass es um den Maastricht-Verlauf geht – das ist eine andere Frage –, wie kommen Sie dazu, dass sich hier irgendwer irgendetwas erspart hat gegenüber einer Variante, die nämlich die normalste der Welt wäre, dass die Republik zwar schaut, dass sie die Zahlungsströme verteilt über die Jahre – das war ja Ihre Intention, okay. Budgetdarstellung, Maastricht, okay –, aber das hätte auch anders hergestellt werden können, nämlich indem die Republik entsprechende Anleihen mit diesen Rückzahlungsmodalitäten auflegt. Die Einsparung wäre also 10 bis 15 Millionen € gewesen. – Wie kommen Sie zu der Aussage?

Dr. Wolfgang Schüssel: Genauso, wie ich es Ihnen vorher gesagt haben: Die ursprüngliche Annahme war, dass die Eurofighter GmbH oder Gripen – das ist ja Wurscht, das hätte jede Firma sozusagen machen können – die Vorfinanzierung übernimmt für die Produktion. Dann wird das natürlich nach deren Bonität bewertet und wäre für die Republik wesentlich teurer gekommen am Ende.

Wir haben also nach einer Mischform gesucht, sprich das Finanzministerium hat nach einer Mischform gesucht: Wie können wir sicherstellen, dass wir nicht maastrichtschlagend alles haben und trotzdem fast gleich gute Kriterien und Bonitäten haben, wie wenn die Republik selber auf den Kapitalmarkt ginge?

Da gibt es zwei Varianten, die international üblich sind, die daher vorgetragen worden sind: das deutsche Modell, an dem wir uns orientiert haben – das wäre gegenüber der ursprünglichen Variante, Eurofighter übernimmt das selber, um 127 Millionen € billiger gewesen – und das griechische Modell, das eine Reihe von Nachteilen gehabt hat. That was it.

Alles andere müssen Sie andere fragen. Ich habe eine einzige Wahrnehmung aus einer Sitzung, die kann ich Ihnen gerne sagen, alles andere müssen Sie selber in Ihrer Recherche finden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Nur, Herr Dr. Schüssel, das war die Antwort auf eine Frage, die nicht gestellt wurde, nämlich auf jene, dass im Nachhinein die Finanzierungskonditionen umgedreht worden sind und bei dieser Variante Eurofighter Schlechtbieter gewesen ist.

Dr. Wolfgang Schüssel: Nein, das stimmt nicht. Das ist nicht richtig.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe sie gefragt, warum die Republik nicht selber ganz normal, wie sonst auch; einen Kredit aufnimmt, der 10 bis 15 Millionen billiger gewesen wäre?

Dr. Wolfgang Schüssel: Das war nie die Absicht. Das war weder bei der Ausschreibung die Absicht noch zwischendrin die Absicht noch am Schluss die Absicht. So war es auch nie gedacht und geplant.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wie erklären Sie sich dann, dass bei der Ausschreibung verpflichtend eine neunjährige Finanzierungsvariante verlangt wurde, 18 Halbjahresraten, was nichts anderes bedeuten kann, als dass der Bieter verpflichtet wird, so anzubieten, dass er sich gefälligst selber um seine Kreditkonditionen zu kümmern hat. Und wenn die Republik im Nachhinein davon abweicht; hätte sie müssen mit dem anderen Bieter, der in der Konstellation sogar Bestbieter gewesen wäre, genauso verhandeln. So viel verstehen Sie ja von den Dingen, nehme ich an. Wieso also hat man dieses Risiko in Kauf genommen?

Dr. Wolfgang Schüssel: Bei 18 Halbjahresraten war Eurofighter mit Sicherheit die beste Variante, bei 18 Fliegern auch bei 10 Halbjahresraten, und die gleichen Verhandlungen wären – jetzt virtuell und tentativ – genauso mit jedem anderen Anbieter geführt worden. Da werden Sie nichts herausfinden.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Eben, danke, natürlich.

Dr. Wolfgang Schüssel: Nein, das wäre bei jedem anderen auch so gewesen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Eh, nur wären die dort Bestbieter gewesen.

Dr. Wolfgang Schüssel: Nein, das ist ja nicht wahr, das stimmt ja nicht! Das ist Ihre Interpretation. Ich kann nur aus meiner Wahrnehmung etwas ganz anderes hier berichten.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Herr Klubobmann, Sie haben vorhin eben die politischen Verhandlungen und Vorgaben mit dem Koalitionspartner erwähnt, der Beschaffungsvorgang geht aber schon in die große Koalition der neunziger Jahre zurück. Dort hat es ja auch mehrere Anläufe gegeben, sich mit der Sozialdemokratie zu einigen. Können Sie uns etwas berichten, was stand eigentlich in jenem Koalitionspaktum drinnen, mit Klima ausverhandelt, das dann Nürnberger damals nicht unterschrieben hat?

Dr. Wolfgang Schüssel: Es stand im Jahr 2000 die Passage drinnen, wie sie mit der SPÖ ausverhandelt gewesen ist und die wir dann wortidentisch für das

Regierungsprogramm mit der FPÖ übernommen haben. Das war auch außer Streit. Das habe ich auch das letzte Mal gesagt, das war auch zwischen mir und Viktor Klima mit Handschlag vereinbart, dass die Beschaffung aus verschiedenen politischen Gründen, die er in seiner Partei gehabt hat, nicht vor der Wahl mehr gemacht werden soll – obwohl das richtig gewesen wäre, sachlich richtig gewesen wäre –, sondern erst nach der Wahl gemacht werden soll. Dieser Teil war auch unstrittig, war nie eine Diskussion, war auch nicht der Punkt, warum Nürnberger Probleme gehabt hat. Das war eigentlich eine absolut glatte Sache.

Übrigens ist auch die Passage, die dann in das Regierungsprogramm 2003 und 2007 hineingenommen wurde, ebenso mit der Sozialdemokratie, damals mit Dr. Alfred Gusenbauer, eigentlich genauso unstrittig besprochen worden. Also es war jedem klar, dass selbstverständlich der Beschaffungsvorgang weiterzuführen ist, und die Idee, dass man die Finanzierung erst ab dem Jahr 2007 schlagend macht und zugleich budgetschonend, maastrichtkonform vorgeht, war genauso außer Streit.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt also, auch ein anderer Koalitionspartner hätte politisch ähnlich agiert?

Dr. Wolfgang Schüssel: Nehme ich jedenfalls an. Aber das ist jetzt natürlich eine Annahme von mir. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Haimbuchner.*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Ich habe den Herrn Klubobmann – damals war er Vizekanzler – danach gefragt, was er mit Klima ausverhandelt hat, und das Papier, das mit der Sozialdemokratie im Jahr 2002 ausverhandelt war, ist ja bekannt geworden, das ist ja öffentlich geworden. – Danke.

Dr. Wolfgang Schüssel: Und ist identisch mit dem Text.

Obmann Dr. Peter Pilz: Sie haben keine weiteren Fragen?

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Nein, es war für mich gut zu hören, dass auch damals bereits ausgemacht war vor der Wahl, es sozusagen nicht in den Wahlkampf zu ziehen, zwar den Deal zu machen, aber vor der Wahl nicht davon zu reden.

Obmann Dr. Peter Pilz: Von der SPÖ Fragewünsche? – Das ist nicht der Fall. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Jarolim.*) – Kollege Jarolim, bitte.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Erteilen Sie mir das Wort, oder?

Obmann Dr. Peter Pilz: Aber bitte einfach durch eine Wortmeldung.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wollen Sie mir nun das Wort erteilen oder nicht? (*Obmann Dr. Pilz: Schon geschehen!*) – Danke schön.

Ich habe jetzt im Zusammenhang mit der Frage des Kollegen Kogler eine Frage an Sie. Wenn ich es richtig verstanden habe, bedeutet die budgetkonforme Entwicklung, dass die Belastung eigentlich in die nächste Legislaturperiode der nächsten Bundesregierung hinübergeschoben wird. So verstehe ich Sie, weil wir nämlich bis jetzt nicht erklärt bekommen haben, dass das nicht maastrichtkonform sein könnte, sondern ganz im Gegenteil, es bedeutet halt nur, wann die Budgetbelastung tatsächlich stattfindet. Und da haben Sie auch gesagt, das ist eine Erklärung Ihrer Regierung gewesen, dass das gegenständliche Budget nicht belastet wird, aber das nächste. Nur hat das mit Maastricht nichts zu tun.

Jetzt meine Frage – Kollege Kogler hat das ja schon herausgearbeitet –: Wir haben einen Ausschreibungsvorgang gehabt, in dem die Finanzierung – und nur alleine dort war Eurofighter besser – mit den 18 Monatsraten schlagend geworden ist. Jetzt sagen Sie, es gibt das deutsche Modell, es gibt das griechische Modell, diese beiden Modelle

könnten natürlich genauso gut auf jeden anderen Flieger ebenfalls umgelegt werden. Das heißt also, ein Kostenvorteil könnte dann dort auch bei einem geringeren Barpreis natürlich noch schlagender werden.

Jetzt ist meine Frage: Diese Refinanzierung oder diese Finanzierung ist eine völlig essentielle Änderung des gesamten Vorganges. Warum ist man eigentlich nicht dazu übergegangen, dieses Modell auch den anderen Herstellern anzubieten und eigentlich in dem Kontext hier eine Finanzierung durchzuführen, beziehungsweise hätte man wirklich auch gleich – und das ist ja auch gesagt worden; nämlich noch billiger um ein Achtel – eine Bundesfinanzierung durchgeführt? Aber da sagen Sie ja, Sie wollten es in das nächste Budget hinüberschieben.

Aber wenn Sie hören, es gibt hier ein tolles Finanzierungsmodell, warum wird das eigentlich nur ausschließlich Eurofighter angeboten und nicht auch den anderen, zumal die Vergabe doch eine sehr offene war?

Dr. Wolfgang Schüssel: Mit Maastricht ist das etwas anders. Die Maastricht-Relevanz rührt daher – das hat jetzt nichts mit den 18 Halbjahresraten zu tun –, das ist eine Frage des Staatsschuldenstandes.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Mit der Aufnahme der Finanzierung, ja.

Dr. Wolfgang Schüssel: Die Maastrichtfrage hat eine andere Konsequenz. Mit der Lieferung der Flieger wird maastrichtmäßig der Bund oder Österreich belastet. Das ist der Punkt. Da ist an sich völlig egal, ob man eine Finanzierungsvariante mit 18 Halbjahresraten oder 10 Halbjahresraten wählt, das ist für Maastricht gleich. Das ist budgettechnisch relevant, ist aber maastrichtmässig neutral.

Wir haben daher geschaut, dass eben beide Elemente gut zusammenpassen, und es gab eben die Zusage oder das Versprechen. Auch durch das Hochwasser. Das war ja sehr umstritten, alle möglichen politischen Parteien, auch die SPÖ hat ja überhaupt den Verzicht auf die Eurofighter gepredigt, die Grünen detto, ein Teil auch in der FPÖ. (*Abg. Mag. Kogler: Auch ohne Hochwasser!*) – Bitte? (*Abg. Mag. Kogler: Ich möchte nur festhalten, dass wir auch ohne Hochwasser diesen Verzicht predigen!*) Ja, ja, das ist schon klar. Wobei ich sage, aus Neutralitätsgründen und aus Souveränitätsgründen geht das eben nicht: Da muss, wer A sagt, auch B sagen. Daher gab es diese politische Zusage, dass wir eben nicht in der Legislaturperiode hier die Finanzierung machen und dass wir gleichzeitig auf die Maastrichtgestaltung achten.

Sie stellen das jetzt so dar, als ob durch die Finanzierung der Eurofighter Bestbieter geworden wäre. – Das ist völlig falsch! Der Eurofighter ist militärisch das **beste Gerät**, und wir haben ja nicht eine Finanzierungsvariante gekauft oder Gegengeschäfte oder Betriebskosten, sondern wir haben einen Flieger gekauft. Das heißt, in der Qualitätsbewertung der verschiedenen Flugzeuge war der Eurofighter das beste Gerät – 4 : 1 –, und in den zwei Finanzierungsvarianten 10 und 18 bei 18 Fliegern ist der Eurofighter zusätzlich noch der Bessere gewesen.

Wie gesagt: Wir wären gar nicht gebunden gewesen – aber überlegen Sie einmal, wie wäre die Diskussion, hätten wir nicht den Bestbieter genommen? Hätte man theoretisch einen anderen Flieger genommen, dann wären selbstverständlich die gleichen Diskussionen oder das gleiche Ringen um die bestmögliche Finanzierungsvariante gemacht worden. Das ist klar.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Herr Klubobmann, wir haben vielleicht einen ganz kleinen Informationsvorteil dadurch, dass wir so viele andere Auskunftspersonen schon befragen durften und eigentlich relativ eindeutig mitgeteilt bekommen haben, dass natürlich der Umstand, dass bei 18 Monatsraten Eurofighter der Günstigste war, und man das wollte, eigentlich schlagend war für den Ankauf.

Dr. Wolfgang Schüssel: Halbjahresraten, nicht Monatsraten.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Halbjahresraten, ja. Also neun Jahre, 18 Halbjahresraten. Deshalb frage ich jetzt noch einmal: Warum ist eigentlich dieses Finanzierungsmodell im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens nicht auch anderen Anbietern zugänglich gemacht worden?

Dr. Wolfgang Schüssel: Weil wir zuerst eine Typenentscheidung zu treffen hatten, wie bei jedem Beschaffungsvorgang, und nach der Typenentscheidung, die objektiv, transparent für den Bestbieter ausgegangen ist, sind dann Vertragsverhandlungen zu führen gewesen. Die haben dann natürlich verschiedene Teile der Lieferungen beansprucht oder hereingezogen und selbstverständlich auch das optimale Finanzierungsmodell.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, Sie hätten Eurofighter jedenfalls gekauft, unabhängig, wie teuer er gewesen wäre, weil er so gut war?

Dr. Wolfgang Schüssel: Ich glaube, dass Sie aus meiner Antwort diesen Schluss nicht ziehen können.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Na, ich habe ihn schon ... – Die Finanzierungsform und das Geld sind offenbar erst danach ein Thema geworden (*Abg. Dr. Fekter: Die Typenentscheidung war ja eine Kosten-Nutzen...! Wenn Sie öfter da wären, wüssten Sie das!*), nachdem Sie sich oder die Militärs sich für die Type selbst entschieden haben. Habe ich Sie da jetzt falsch interpretiert? Dann müssten Sie es ...

Dr. Wolfgang Schüssel: Sie haben jetzt den Eindruck erwecken wollen – jedenfalls habe ich das so verstanden –, als ob mir völlig egal wäre, wie teuer das ist. Das stimmt ja nicht, sondern: Es ist die Typenentscheidung auf Grund eines objektiven Verfahrens gewählt worden (*Abg. Murauer: Kosten und Nutzen!*), und da sind alle Elemente mit drinnen gewesen: konstitutiv natürlich die Qualität des Fliegers plus die Kosten des Flugzeugs, nicht konstitutiv, aber interessant klarerweise die Gegengeschäfte und verschiedene andere Elemente. (*Abg. Dr. Jarolim: Ich frage es nur deshalb, weil das bis dato ...*)

Wäre die Typenentscheidung für einen anderen Flieger ausgegangen, hätte man nachher die konkreten Vertragsinhalte mit dem anderen besprechen müssen. Da wäre sicher genauso auch über die Finanzierungsvarianten geredet worden.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Na ja, die Antwort ist unbefriedigend. (*Abg. Dr. Fekter: Weil Sie es nicht verstehen!*)

Da Sie sagen, Sie haben keine Gegengeschäfte gekauft: Sie haben uns vorhin erzählt, und zwar über die Frage dieser Wirtschaftsplattform ... Ich habe noch in den Ohren, wie Sie uns erklärt haben, dass es sich hierbei um eine kluge und vorausschauende Lösung handelt, durch eine Wirtschaftsplattform die Finanzierung durchzuführen. Heute sagen Sie, dass die Finanzierung eigentlich darin bestanden hat, dass Sie Gegengeschäfte nach Österreich geholt haben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte, bitte, Beweisthema 6. – Kollege Kräuter schaut mich eh schon so böse an. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kräuter.*) – Auch da habe ich kurz darauf hingewiesen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich hätte nur ganz gerne gewusst, weil diese Wirtschaftsplattform ja vorhin auch gefragt worden ist: Was sollte die Wirtschaftsplattform eigentlich finanzieren, die Flieger oder diejenigen, die Geschäfte machen wollen durch die Kompensationsgeschäfte?

Wie Sie uns im Plenum das vorgestellt haben, haben Sie gesagt: Wir haben eine Finanzierungsform für die Eurofighter gefunden, wir machen eine Wirtschaftsplattform!, und es entstand unzweifelhaft der Eindruck, dass die Fliegerfinanzierung durch diese Wirtschaftsplattform durchgeführt wird, während Sie uns ja heute sagen, dass die Wirtschaftsplattform mehr oder weniger Gewinne macht, indem sie Geschäfte macht anlässlich des Eurofighters. (*Abg. Dr. Fekter: Nein, er hat es erklärt, Herr Kollege Jarolim, vor einer halben Stunde!*) – Frau Kollegin! Tun Sie mich doch nicht dauernd ... Es ist so unsäglich, was Sie da von sich geben, Kollegin. (*Abg. Dr. Fekter: Wären Sie herinnen gewesen, hätten Sie aufpassen können!*)

Herr Klubobmann, ich darf Sie bitten, wenn Sie bitte statt der Kollegin Fekter diese an Sie gerichtete Frage beantworten würden.

Dr. Wolfgang Schüssel: Ich habe das wirklich beim letzten Mal und heute auch noch einmal erklärt, ich kann es gern noch einmal tun: Ökonomisch ist es doch klar, wenn beispielsweise ein Großauftrag von 4 Milliarden € nach Österreich kommt, dass Österreich davon profitiert, auch der österreichische Bundeshaushalt, die Landeshaushalte und die Sozialversicherungsträger. Bei einer Abgabenquote von damals 45 oder 46 Prozent, also fast die Hälfte, können Sie sich selbst ausrechnen, kommen bei 4 Milliarden Gegengeschäfte direkt oder indirekt fast so viel herein wie – rein theoretisch – das Ganze kostet. Das ist aber natürlich insofern nicht realistisch, weil du Vorlieferungen hast, die natürlich nicht zu 100 Prozent das abdecken, und, und, und.

Daher, glaube ich – und das wird Ihnen jeder ernst zu nehmende Ökonom bestätigen können –, liegt natürlich die Gegenfinanzierungskraft nicht bei den 46 Prozent Abgabenquote damals, 40 Prozent heute, sondern vielleicht etwa bei 30, 33, 35 Prozent. Damit kommen Sie auf eine beachtliche Gegenfinanzierung auch in den öffentlichen Haushalten, für die ja der Bund haftet, also Landesbudgets, Bundesbudget, Sozialversicherung. Das Problem ist, wie Sie das zuordnen.

Noch einmal, ich hätte das ganz gerne einmal als Modellversuch gemacht, geht aber verfassungsrechtlich nicht, okay, aber ökonomisch stimmt die Rechnung natürlich.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Eine letzte Frage, wir kommen wirklich noch zu den Gegengeschäften, und zwar: Es gibt diese Verhaltensregeln betreffend die Geschäftstätigkeit, wo zunächst von Eurofighter zugesagt worden ist, Sorge dafür zu tragen, dass insbesondere im Rahmen von Kompensationsgeschäften keine Bestechungsgelder gezahlt werden. Auf diese Erklärung, die schon firmenmäßig gefertigt war, ist verzichtet worden anlässlich des endgültigen Abschlusses. (*Abg. Dr. Fekter: So ein Unsinn, Kollege Jarolim! Das war schon im Angebot so drinnen!*)

Ist das etwas, von dem Sie Kenntnis hatten, oder war das etwas, von dem Sie nicht Kenntnis hatten? (*Abg. Dr. Kräuter: Schreien Sie nicht immer drein, Frau Kollegin Fekter! Das ist so unangenehm, wirklich!*) – Ihr Organ ist wirklich jetzt zumindest auf Grund der Zwischenrufe unerwünscht, Frau Kollegin! (*Abg. Dr. Fekter: Weil Sie sich nicht auskennen!*) – Ich würde Sie ersuchen, lassen Sie mich die Fragen stellen!

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich bitte, jetzt den Kollegen Jarolim fragen zu lassen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Herr Klubobmann, war das etwas, was in Ihre Wahrnehmung gedrungen ist, oder war das ein Thema, das eigentlich auf der Vertragsebene gelaufen ist?

Dr. Wolfgang Schüssel: Natürlich ist es auf der Vertragsebene gelaufen bei den Juristen, Finanzprokuratur et cetera, aber klarerweise ist von uns aus – und das ist das Einzige, das wir dazu beitragen konnten und mussten, sowohl Vizekanzlerin wie ich, und Verteidigungsminister, Finanzminister, Wirtschaftsminister –, dass

selbstverständlich ein Code of Conduct, eine ethische Selbstverpflichtung hineinkommt. Wie die dann im Detail ausschaut, war selbstverständlich Sache der Vertragsjuristen. Ich glaube, das ist ziemlich identisch so gewesen, wie das halt üblicherweise gemacht wird.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Na, es ist eine rechtliche Verpflichtung, und diese rechtliche Verpflichtung war relativ weitgehend und stellt sogar einen Ausstiegsgrund dar, und auf die ist verzichtet worden.

Dr. Wolfgang Schüssel: Nein, nein, das ist eine ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Nein, auf die ist verzichtet worden, das ist Faktum.

Dr. Wolfgang Schüssel: Nein, das ist Ihre Interpretation. Es ist nicht darauf „verzichtet worden“, sondern es ist genau das, was ursprünglich auch angeboten wurde von der Firma EADS, Eurofighter GesmbH, auch in den Vertragstext übernommen worden. Aber dass es da selbstverständlich immer wieder auf Juristenebene Diskussionen gibt, ist klar.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber ich gehe davon aus, dass wir uns nicht von Eurofighter die Wünsche, noch dazu, wenn sie unterschrieben hatten, schon aufs Auge drücken lassen, sondern dass schon die Republik, die in den Ausschreibungen genannten Wünsche, hat, nicht?

Dr. Wolfgang Schüssel: Herr Dr. Jarolim, ich kann Ihnen nur sagen: Wir haben Wert darauf gelegt, dass es sauber zugeht, dass es hier eine ganz klare ethische Verpflichtung gibt, dass keine Schmiergeldzahlungen oder sonstigen Vergünstigungen einander gezahlt werden. Dazu stehe ich, das war meine Absicht und das ist auch umgesetzt worden.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Nur, von Ethik ist da keine Rede mehr, bei dieser Streichung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich erlaube mir selbst noch ein paar kurze Fragen.

Können Sie das noch einmal schildern aus dem Wahlkampf 2002, diese offensichtlich politische Botschaft, die Zahlungen auf nach 2007 zu verschieben, wie das war und aus welchem Grund, weil das ist mir in dieser Form nicht erinnerlich?

Dr. Wolfgang Schüssel: Rund um das Hochwasser gab es ja erhebliche Diskussionen von allen möglichen politischen Parteien – das war ja auch einer der Gründe, der beim Koalitionspartner im Sommer 2002 zu ziemlichen Diskussionen und Turbulenzen geführt hat. Und um der Öffentlichkeit ein Signal zu geben: Wir sind bereit, ein Opfer zu bringen!, Steuerreform verschieben, Zahl der Flieger reduzieren und auch die Zahlungen hinausschieben. Wir sind bereit, ein Signal zu setzen. Mehr war das nicht, und das ist bei verschiedenen Veranstaltungen oder bei Interviews oder bei Diskussionen gewesen.

Das war dann natürlich auch bei den Koalitionsverhandlungen ein Thema und ist daher auch in die entsprechenden Verhandlungen mit eingeflossen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe da von Ihnen eine Erklärung, ich habe mir das jetzt schnell ausdrucken lassen, von einer Pressekonferenz vom 15. August 2002, das war diese Hochwasser-Eurofighter-Pressekonferenz gemeinsam mit der damaligen Vizekanzlerin, und ich zitiere: Man habe ursprünglich vorgehabt, die Abfangjäger sofort nach dem Ende der Nutzungszeit des Draken zu beschaffen. Und jetzt wörtliches Zitat: Dabei bleibt es, wir verschieben aber die Zahlung um ein Jahr von 2005 auf 2006 – und so weiter.

Das heißt, Sie haben damals zweierlei festgestellt: Es bleibt bei der Lieferung 2005, und die Zahlung wird auf 2006 und nicht auf 2007 verschoben. – In der Regierungserklärung wird die Zahlung auf 2007 verschoben, das heißt hinter die nächste Nationalratswahl, 2006 wäre vor der nächsten Nationalratswahl gewesen. (Abg. Dr. **Fekter**: November!)

Zweitens, der viel wichtigere Punkt: Es ist kein Wort von der Verschiebung der Lieferung. Wir haben heute den Verteidigungsminister befragt, was die Folgen von 2007 waren, von dieser Passage in der Regierungserklärung, und er hat uns gesagt, dass eine Zwischenlösung nötig wurde. Das ist also doch etwas anderes.

Erklären Sie mir bitte, warum in der Regierungserklärung im Gegensatz zur damaligen Stellungnahme bei der Hochwasserkatastrophe eine Verschiebung der **Lieferung** auch auf 2007 vereinbart wurde.

Dr. Wolfgang Schüssel: Herr Vorsitzender, das habe ich zu erläutern versucht. Die Hochwasserkatastrophe war **vor** dem Wahlkampf. Im Wahlkampf hat es eine ziemlich heftige Diskussion gegeben – und nach dem Wahlkampf natürlich auch. Wir haben dann die Verhandlungen mit allen politischen Parteien geführt: mit den Grünen, den Sozialdemokraten, der FPÖ. Das Ergebnis dieser Verhandlungen und auch der Diskussion im Wahlkampf war, dass wir gesagt haben: Die Lieferung und die Bezahlung werden nicht in der laufenden Legislaturperiode stattfinden, also inklusive 2006, also erst **ab 2007**. Das war die politische Einigung, die damals getroffen wurde.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe unser Pressebüro ersucht, das schnell einmal zu untersuchen. Die haben diese einzige Aussage von der Pressekonferenz festgestellt. Es kann natürlich sein, dass das unvollständig ist – wir werden das noch bis ins Detail in den nächsten Tagen überprüfen. Derzeit finde ich aus dem Wahlkampf nichts. Aus den Regierungsverhandlungen werden wir öffentlich nichts finden, denn die sind ja nicht öffentlich geführt worden, das ist ja wieder etwas anderes.

Dr. Wolfgang Schüssel: Aber im Wahlkampf hat es eine ganz heftige Diskussion darüber gegeben. Wir haben ja reagiert darauf, dass wir sensibel gesagt haben, wenn das im Wahlkampf ein so riesiges Thema ist – damals hat es ja eine viel heftigere Diskussion als im Wahlkampf 2006 gegeben über die Eurofighter und überhaupt über die Notwendigkeit von Luftraumüberwachungsflugzeugen. Da können Sie auch gar nichts finden in den Presseunterlagen. Wir haben daher in den Verhandlungen, übrigens mit allen politischen Parteien, reagiert und haben gesagt: Gut, darauf gehen wir sensibel ein und werden sagen, im Laufe dieser Legislaturperiode findet keine Belastung des Budgets statt, die Lieferung kommt unmittelbar danach, und damit ist, glaube ich, auch ein Signal von unserer Seite gesetzt. – So habe ich das jedenfalls in Erinnerung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich tue mir nur bei einem Punkt ein bisschen schwer: Wenn es im Wahlkampf eine große Rolle gespielt hat, nämlich die angekündigte Verschiebung auf 2007, und zwar von Zahlung und Lieferung (Abg. Dr. **Fekter**: Nein, das war das Ergebnis der Verhandlungen, hat er gesagt! Passen Sie doch auf!), dann würde ich davon ausgehen, dass ich etwas finde. Wenn es nur bei den Verhandlungen war, dann war das kein öffentliches Versprechen, sondern dann hat das erst ab den Verhandlungen eine Rolle gespielt.

War für die Verschiebung der Lieferung auf 2007 mit entscheidend, dass die Bundesregierung kein Maastricht-Defizit mit der Lieferung begründen wollte vor der nächsten Nationalratswahl?

Dr. Wolfgang Schüssel: Noch einmal: Das Ergebnis der Regierungsverhandlungen mit den drei Parteien, mit denen wir geredet haben – Sie brauchen sich ja nur zu

erkundigen, es ist bei allen Parteien dasselbe geredet worden –, war: Nicht in dieser Legislaturperiode 2002 bis 2006!

Eines ist klar: dass natürlich erst ab dem Zeitpunkt der Lieferung die Maastricht-Konsequenzen eintreten.

Obmann Dr. Peter Pilz: Aus tatsächlicher Wahrnehmung kann ich ja nur für eine Partei sprechen. Ich habe das mit Ihnen persönlich im Bundeskanzleramt besprochen dürfen, und da hat das mit Sicherheit keine Rolle gespielt. Mir ist das vollkommen neu. Aber es kann bei den beiden anderen Parteien eine Rolle gespielt haben. Es spricht auch dafür, dass Sie das nicht mit uns besprochen haben, weil es relativ sinnlos war, mit uns überhaupt über Eurofighter zu verhandeln. Ich vermute, wir sind nicht so weit gekommen (*Dr. Schüssel: Darauf wollte ich hinweisen, dass wir mit den Grünen nicht bis in die Nähe dieses Themas gekommen sind!*), insofern kann ich Ihnen dieses Detail in diesem Zusammenhang ersparen, mit den anderen sind Sie möglicherweise weiter gekommen. Wie weit Sie mit Dr. Gusenbauer gekommen sind, wird mich dann in einer weiteren Frage interessieren, weil ich ein neugieriger Mensch bin, aber zuerst noch einmal zu der Geschichte zurück.

Ich sage Ihnen auch den Hintergrund: Bei allen Unterlagen, insbesondere aus dem Finanzministerium, und auch bei den Befragungen der Beamten aus dem Finanzministerium – mit dem Minister werden wir erst darüber reden – ist ziemlich deutlich geworden, dass das Nichtbegründen einer Maastricht-Schuld – eine Lieferung begründet ja konkret eine Maastricht-Schuld – das entscheidende Motiv gewesen sei, das hinter die nächste Nationalratswahl, also auf 2007 zu verschieben. Ist diese Darstellung, die wir aus dem Finanzministerium jetzt mehrmals gehört haben, richtig?

Dr. Wolfgang Schüssel: Dazu kann ich nichts beitragen, da müssen Sie das Finanzministerium fragen. Nur: Man soll die Kirche im Dorf lassen. Ob jetzt zwei Flieger oder drei Flieger geliefert werden, das ist – mit Verlaub – für das gesamtstaatliche Defizit eines Landes nicht gerade eine besonders aufregende Geschichte.

Wenn Sie sich etwa – gesetzt den Fall, wir hätten 2006 alle Flieger geliefert bekommen – anschauen die Entwicklung etwa des geplanten Budgetdefizits und des tatsächlich herauskommenden Budgetdefizits, dann ist das ein Klacks. Das wäre sich locker ausgegangen. Dass das Ministerium vielleicht eine solche Idee gehabt hat, weiß ich nicht, müssen Sie dort fragen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das Finanzministerium stellt zum Beispiel über die Rolle der Bundesfinanzierungsagentur fest: Zur Vermeidung auch nur des Anscheins der Begründung von Finanzschulden war es richtig, dass die Bundesfinanzierungsagentur in der Funktion, gute Dienste für EADS zu leisten, unbürokratisch und ohne kompromittierenden Schriftverkehr Informationen eingeholt hat. – Das ist der Einleiter. Und dann geht es weiter bis hin zu einer Weisung des Finanzministers, erst 2007 Zahlungen zuzulassen. Diese Weisung stammt übrigens aus dem Mai 2003. Das spricht ja alles dafür, dass da durchaus einiges dran ist. (*Abg. Dr. Fekter: Dran ist was?*) Das ist das eine.

Das Zweite, was ich Sie noch fragen wollte, ist: Ist es eigentlich bei Ihnen als Bundeskanzler zu Interventionen wichtiger Personen zugunsten von Eurofighter oder damit verbundener Vorhaben gekommen?

Dr. Wolfgang Schüssel: Das haben Sie mich aber auch das letzte Mal schon gefragt. Selbstverständlich gab es Interventionen, aber völlig legitime Interventionen vom schwedischen Ministerpräsidenten Göran Persson und seinem Verteidigungsminister für den Gripen. Selbstverständlich hat es Vorsprachen des russischen Botschafters

gegeben für die MiG, und selbstverständlich hat sich der amerikanische Botschafter für die F-16 eingesetzt, und selbstverständlich hat es immer wieder auch Hinweise gegeben von deutscher Seite – ich glaube, **nur** von deutscher Seite – und, glaube ich, einen Brief von britischer Seite, dass der Eurofighter ein Supergerät ist. Aber darüber hinausgehend nichts.

Obmann Dr. Peter Pilz: Können Sie uns informieren über Interventionen von deutscher Seite? (*Dr. Schüssel: Was?*) – Sie haben Informationen von deutscher Seite erwähnt. Könnten Sie uns darüber genauer informieren?

Dr. Wolfgang Schüssel: Dass bei irgendwelchen Gesprächen irgendwann einmal ein bayerischer Wirtschaftsminister sagt: Eurofighter ist ein Super-Gerät, schaut euch das an, und, wenn es geht, europäische Lösung! – Selbstverständlich wird das der Fall gewesen sein, aber ehrlich gesagt: Pelerinen-Effekt! So etwas ist selbstverständlich, tröpfelt ab und hat keinerlei Bedeutung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Da wendet sich zum Beispiel der bayerische Ministerpräsident an Sie: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Wie mir bekannt wurde, plant das österreichische Bundesheer zwei wichtige Beschaffungsvorhaben, deren Ausschreibungen derzeit vorbereitet werden, zum einen geht es um das Bodensystem zur Unterstützung des Eurofighter-Einsatzes, zum anderen um die Ausstattung des Bundesheeres mit modernen, auch internationalen Einsätzen gerecht werdenden taktischen Funkkommunikationssystemen. An beiden Projekten hat mir das renommierte bayerische Unternehmen Rohde & Schwarz starkes Interesse signalisiert.

Dann geht es so weiter: Gerade die hohe Vertrauenswürdigkeit sowie die internationale Führungsposition von Rohde & Schwarz ... – und, und, und.

Und schließt mit: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Ich bin überzeugt, dass Rohde & Schwarz in den beiden Projekten seine Leistungsfähigkeit zur vollsten Zufriedenheit des österreichischen Bundesheeres unter Beweis stellen würde, und bitte Sie um eine wohlwollende Prüfung der Angebote dieses Unternehmens. – Ende des Zitats.

Erste Frage: Warum wendet er sich an Sie? Sie waren ja damals nicht ... (*Dr. Schüssel: ... von wem?*) – Vom bayerischen Ministerpräsidenten.

Dr. Wolfgang Schüssel: Ich habe gedacht, das war vom Wirtschaftsminister. Aber Sie werden Recht haben, war es der Ministerpräsident. (*Obmann Dr. Pilz: Ich gebe ...*) – Brauche ich nicht.

Aber das ist genau das Gleiche, was, noch einmal, der russische Botschafter, der amerikanische Botschafter, ... (*Obmann Dr. Pilz: Aber Sie sind ja nicht der Verteidigungs...*) Entschuldigen Sie, das ist selbstverständlich. Das würde ja mit Sicherheit dort zu Problemen führen, würde der das **nicht** machen! Das ist ein ganz normaler Routinevorgang, der selbstverständlich – nehme ich an – auch bei allen anderen Parteien gemacht wurde oder bei den Wehrsprechern.

Obmann Dr. Peter Pilz: Es hat mich nur interessiert, warum beim Bundeskanzler. Sie sind nicht der Verteidigungsminister, Sie haben mit der konkreten Entscheidung (*Abg. Dr. Fekter: Der Ministerpräsident ist auch nicht der Wirtschaftsminister! – Von Spitze zu Spitze!*)

Dr. Wolfgang Schüssel: Ja, aber warum wendet sich der schwedische Ministerpräsident an mich? – Okay, fragen Sie ihn!

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist auch eine gute Frage. Ich habe ja den Eindruck, dass es SAAB nicht anders macht als EADS.

Dr. Wolfgang Schüssel: Aber bei jeder Beschaffung auf der ganzen Welt wird das selbstverständlich gemacht! Das ist ja in keiner Weise problematisch oder schlecht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Und was haben Sie daraufhin unternommen? (*Dr. Schüssel: Nichts!*) – Okay, gut. Dann habe ich dazu auch nichts mehr zu fragen.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Bundeskanzler, ein paar Widersprüchlichkeiten in Ihren Ausführungen betreffend die Typenentscheidung. Ich gebe Ihnen Recht: Was die Technik betroffen hat und die technische Ausstattung, hat es ein eindeutiges Votum gegeben, aber wenn ich mir diese Ausschreibungsunterlagen anschau, dann hat es doch für den Eurofighter nur diese zehn halbjährliche und die 18 halbjährliche Finanzierungsvariation den Eurofighter als den Siegertypen ... – Das heißt, es muss vorher schon finanzielle Überlegungen gegeben haben, die hier präjudiziert haben. – Sehen Sie das nicht so?

Dr. Wolfgang Schüssel: Nein, weil Sie natürlich klarerweise zunächst bei der Ausschreibung und bei der Anbotseröffnung sozusagen den Preis der Bieterfirma haben, während Sie dann, bei den Vertragsverhandlungen ganz genau wissen: Wie schaut das aus? Wie wird das wirklich spezifiziert? – Da gab es ja eine Fülle von Verhandlungen! Da sind ja zum Teil ganz erhebliche Verschiebungen immer notwendig – das ist ja klar, nicht?!

Und der Eurofighter ist übrigens sowohl in der 18-Halbjahres-Variante als auch in der 10-Halbjahres-Variante (*Abg. Faul: Ja, richtig!*) – siehe Rechnungshof – der Bestbieter gewesen.

Also, daher noch einmal: Hätten wir den Gripen genommen – auch kein schlechtes Flugzeug, bitte, nebenbei bemerkt –, dann hätte das Finanzministerium selbstverständlich mit den SAAB-Leuten dieselben Verhandlungen führen müssen, das ist ja gar keine Frage!

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Na, das stimmt nicht ganz, weil da muss ich Kollegem Jarolim Recht geben: Diese Verhandlungen auf die spezielle Laufzeit sind einfach nur mit Eurofighter geführt worden und nicht mit allen anderen auch.

Dr. Wolfgang Schüssel: Na sicher, klar, denn zuerst muss ja eine Typenentscheidung getroffen werden, und dann verhandelt man ja auch exklusiv! Dann, nachdem die Typenentscheidung durch die Regierung getroffen wurde, verhandelt man natürlich **exklusiv** mit diesem Anbieter – ist doch ganz klar! Anders geht es ja gar nicht! Sonst endest man ja in einer Endlosschleife und kommt nie zu einer Entscheidung!

Die endgültige, die sozusagen konstitutive Entscheidung war die Typenentscheidung am 2. Juli 2002. (*Abg. Faul: Okay!*) Danach hat der Verteidigungsminister den Auftrag gehabt – nämlich im Einvernehmen mit dem Finanzminister –, die Vertragsverhandlungen fertig zu machen. Ein Jahr später war es so weit.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Bundeskanzler, wenn Sie mir das noch einmal bestätigen, was Sie früher gesagt haben: Sie haben in Ihren Ausführungen bei Kollegem Jarolim oder bei Kollegem Kogler gesagt, dass Sie die Bonifikationen oder die Best-Angebote für die Republik – das heißt, die billigsten Konditionen – nur durch diese Kombination der Kreditaufnahme durch Eurofighter und der Gesamtfinanzierung gesehen haben – Sie haben das griechische Modell zitiert.

Stehen Sie dazu? Das war für Sie das beste. Sie haben das vorher gesagt. Sie haben gesagt, Sie haben das deutsche Modell und das griechische Modell als das günstigste Finanzierungsmodell dargestellt.

Dr. Wolfgang Schüssel: Nein, Herr Abgeordneter Faul, ich glaube, wir reden aneinander vorbei: Die Typenentscheidung ist eine Sache (*Abg. Faul: Nein, nur*

Finanzierung!), dann sind die Vertragsverhandlungen geführt worden. Und in den Vertragsverhandlungen gibt es natürlich auch einen Finanzierungsvertrag, einen Finanzierungsteil. Und nur für diesen Finanzierungsteil hat es dann... (*Abg. Mag. Kogler: War auch Teil der Ausschreibung!*)

Und nur für diesen Finanzierungsteil wurde dann eine Entscheidung getroffen, wo die beiden Minister gesagt haben: Da hätten wir gerne die Rückendeckung, da wollen wir dich informieren. Es gibt zwei Varianten: das deutsche, das griechische Modell. – Und da ist dann in dieser Abwägung ganz eindeutig – das hätten Sie an unserer Stelle genauso entschieden. Wie gesagt: Verantwortung der Minister, aber ich trage das hundertprozentig mit. Wir haben uns damit 127 Millionen € erspart, und das ist ein Super-Deal gewesen! Also, da gibt es überhaupt nichts zu kritisieren.

Hätten wir einen anderen Flieger gewählt, hätten wir solche Verhandlungen natürlich auch mit anderen führen müssen. Aber exklusiv ab der Entscheidung, der Typenentscheidung wurde nur mehr mit Eurofighter verhandelt, ganz klar.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Klubobmann Dr. Schüssel, lassen wir einmal die Flieger weg: Die Typen sind entschieden. – Ich gehe noch einmal zurück auf die Finanzierungsform.

Außer Ihnen hat niemand bestätigt – weder von der Bundesfinanzierungsagentur noch jemand von den Experten aus dem Finanzministerium –, dass das wirklich die beste Finanzierungsform gewesen wäre. Außer Ihnen glaubt das niemand, und außer Frau Dr. Fekter glaubt auch niemand an die Ersparnisse.

Ich sage Ihnen, warum: Herr Dr. Schüssel, ich habe mich schlau gemacht: Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses war die Sekundärmarktrendite – als einer vieler Indikatoren, EURIBOR, wurscht, was man nimmt – bei 2,9. Für alle Bankfachleute hat der österreichische Staat – wurscht, ob jetzt als Auftraggeber, als einer, der die Bonität stützt – die besten Konditionen. Also, Triple A heißt: SMR beispielsweise plus 0,1, plus 0,2 – das habe ich von vielen gehört: von Raiffeisen, von Sparkassen, ich habe das überall herausbekommen.

Jetzt, Herr Dr. Schüssel, frage ich Sie: Wie kommen Sie immer dazu, zu sagen, dass 4,48 das Beste war? – Ich sage Ihnen: Wenn ich das rückrechne, ist da ein Delta von 1,6 Prozent drinnen, und 1,6 Prozent sind für mich im Jahr – nur im Jahr! – 30 Millionen €, die ich nur im Jahr verliere, sogar bis 40 Millionen € – je nachdem, wie man es sieht.

Das ist in meinen Augen schon aufklärungswürdig, Herr Dr. Schüssel! Wissen Sie, warum? – Alle unter Ihnen haben nichts gewusst. – Also, mir erscheint immer deutlicher zu sein, dass Sie dort die Zügel vorgegeben haben für diese Finanzierung und dass sich unter Ihnen die Leute einfach eben da gefügt haben: Dass sie alle sich gewundert haben, warum sie nicht gescheit anbieten und gescheit ausschreiben dürfen, das glaube ich, und dass in diesem Zinsdelta ein gewisser Verdienst drinnen steckt, der, sagen wir es einmal ganz harmlos, nur der BAWAG zukommt. – Was sich mit Elsner in einer Refinanzierung aufdrängt, ist eine andere Geschichte. Das will ich gar nicht ansprechen, aber so sehen wir das, nicht?

Und in der Zeit waren eben die Kontakte von Ihnen zu Elsner auch da, nicht? (*Zwischenruf des Abg. Murauer. – Abg. Dr. Haimbuchner: „Fluch der Karibik!“ – Abg. Murauer: Was weiß man?*)

Dr. Wolfgang Schüssel: Also, Herr Abgeordneter, das ist eine köstliche „Räuber’schicht“: Ich bin sozusagen der Göd, der Pate von Marcel Elsner gewesen? – Das ist wirklich eine köstliche Geschichte! Die geht wirklich in die

Geschichte ein! Wenn Sie das beim „Guglhupf“ am Sonntagvormittag erzählen: Die Leute „hauen sich ab“ vor Vergnügen!

Ich habe mit Herrn Elsner ein einziges Mal zu tun gehabt – das kann ich gerne aufklären: Ich habe mich tatsächlich dafür eingesetzt, dass er die Firma Bösendorfer rettet – und das finde ich eigentlich nachträglich auch ganz in Ordnung. Da haben übrigens auch sehr viele Sozialdemokraten gratuliert, die das auch für sehr klug gehalten haben, dass wir diese Firma aus Amerika zurückgekauft haben.

Entschuldigen Sie, dazu stehe ich. Das finde ich auch ganz in Ordnung. – Das ändert nichts daran, dass alles, was er sonst gemacht hat – mit tatkräftiger Unterstützung Ihrer Parteifreunde, die dort in Aufsichtsräten und Vorständen gesessen sind – ,nicht tolerabel ist. – Aber die Bösendorfer-Rettung finde ich absolut in Ordnung.

Und dass ich dann dafür einmal – ein Mal! – nach Bulgarien gefahren bin und auch drei Flügel überreicht habe – das hat mich, ehrlich gesagt, einen Abend gekostet, war kein wirkliches Vergnügen –, finde ich auch in Ordnung, weil zufällig auch am nächsten Tag eine große österreichische Firma dort eröffnet hat.

Ich habe mit dem sonst überhaupt nichts zu tun, also unterstellen Sie mir nichts in dem Zusammenhang. – Ich bin weder der Göd von Elsner oder von der BAWAG, ich habe nicht an der Zinsdifferenz verdient – das weise ich mit großer Entschiedenheit zurück.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Das habe ich aber nicht gesagt ...

Dr. Wolfgang Schüssel: Aber durchblicken lassen. (*Abg. Faul: Nein, habe ich nicht gesagt!*) Und wenn Sie das je irgendwo öffentlich sagen, nehme ich meine Rechte in Anspruch – ich sage Ihnen das ganz deutlich, damit kein Missverständnis entsteht. Drehen Sie das nicht um!

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Nein, Herr Dr. Schüssel, das habe ich sicher nicht gesagt. Jetzt haben Sie ...

Dr. Wolfgang Schüssel: Na, dann ist es in Ordnung.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Ich verstehe Ihre Erregung zwar, aber ...

Dr. Wolfgang Schüssel: Ich bin nicht erregt, ich bin ganz ruhig. Ich bin ganz ruhig. (*Abg. Dr. Kräuter: Das hat er nicht gemeint! – Abg. Dr. Fekter: Aber meinen wollen!*)

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Ich habe nur darauf hingewiesen – Herr Dr. Schüssel, und das können Sie nicht wegdiskutieren; die Frage können Sie nicht wegdiskutieren –, dass es mir trotzdem auffallen muss, dass es hier so einen Zinsunterschied gibt. Und damit widerlegt sich die ganze ..., diese Millionen, Hunderte Millionen – darauf wollte ich nur losgehen –: Dieser vermeintliche Gewinn für die Republik, der zerstreut sich.

Dr. Wolfgang Schüssel: Herr Abgeordneter, einen Gewinn macht überhaupt niemand.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Nein! Zinsenersparnis! Entschuldigung: die Ersparnis.

Dr. Wolfgang Schüssel: Man erspart sich etwas. – Und gegenüber den ursprünglichen Finanzierungsvarianten, die ausgeschrieben gewesen wären – die allerdings jeden betroffen hätten: die SAAB-Gripen genauso wie die Amerikaner oder die MIG, oder die Eurofighter gemacht hätten (*Abg. Faul: Ja, das ist klar!*) –, wenn die quasi selbst die Finanzierungskosten übernommen hätten – Zwischenfinanzierung –, und die Republik hätte es dann zahlen müssen, dann wären das ungefähr 7,5 Prozent Zinsen gewesen.

Nachdem wir eine andere Form, angelehnt am Modell ... – Ich gar nicht, also, ich bin nicht der Mastermind, ich verstecke mich nur nicht hinter anderen! Also, das, was ich weiß, sage ich Ihnen, und zwar ganz ungeniert.

Die Idee war: Wenn wir diese Finanzierungsform wählen, ist das günstiger als das ursprüngliche Angebot, und ich glaube, das kann man nachvollziehen. Richtig ist: Wenn die Republik selbst eine Bundesschuld begeben hätte, Bundesanleihen begeben hätte, wäre es eine Spur noch billiger gewesen. Also, um 2 ...

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Da haben wir ja etwas dabei herausgebracht. *(Abg. Dr. Fekter: Aber ein Defizit hätten wir gemacht und nicht Budget!)*

Dr. Wolfgang Schüssel: Das hat aber niemand gesagt! Das hat ja niemand bestritten, bitte, um Gottes Willen! Aber ihr wollt ja herausfinden: Da ist es nicht mit rechten Dingen zugegangen. *(Abg. Faul: Nein! Sie sehen das so!)* Und die Wahrheit ist: Das ist der Bestbieter, und wir haben uns bemüht, nach bestem Wissen und Gewissen eine optimale Finanzierungsform im Rahmen der budgetschonenden und Maastricht-relevanten Kriterien zu wählen. – Und das ist gelungen.

Abgeordneter Christian Faul (SPÖ): Herr Dr. Schüssel, das möchte ich auch mit Entschiedenheit zurückweisen: dass ich gesagt hätte, dass etwas nicht mit rechten Dingen zugegangen ist! Das möchte ich mit Entschiedenheit zurückweisen! *(Abg. Muraue: Na! Das ist schon beinhaltet! – Abg. Dr. Fekter: Geh! Geh! Seit Monaten tut ihr Unterstellungen ...!)* – Frau Dr. Fekter, es wird mir wohl offen stehen, nachzufragen, warum. Herr Dr. Schüssel, wir sind ja nur durch Zufall draufgekommen, weil die Leute der Bundesfinanzierungsagentur, weil die Leute des Finanzministeriums plötzlich keinen Auftrag gehabt haben, aber plötzlich nicht mehr gefragt worden sind: Was ist die beste Finanzierung in Österreich?

Herr Dr. Schüssel, Sie haben ja jetzt selbst zugegeben, dass die Finanzierungsform, die Sie gewählt haben, zumindest einmal die zweitbeste wäre, und dass es viele andere Finanzierungsformen gegeben hätte, wenn ich dieses Zinsdelta anschau von ... *(Abg. Dr. Fekter: Das stimmt ja gar nicht! Es war nicht die zweitbeste, es war die beste!)* – Na, sicher hätte es bessere gegeben: Triple-A-Geschichten!

Das können Sie ja nicht wegdiskutieren. 2,9 SMR Triple A 0,1. Da sind wir bei 3 Prozent; 4,48 Prozent stehen dagegen. Sagen Sie mir, was billiger ist!

Dr. Wolfgang Schüssel: Warum, glauben Sie, macht die deutsche Bundesregierung genau das Gleiche?

Obmann Dr. Peter Pilz: Kollege Darmann hat keine Fragen, Kollege Stadler auch keine, Kollege Kogler auch keine.

Dann habe ich nur eine letzte Frage auf eine Nebenbemerkung von Ihnen hin. *(Abg. Muraue: Wenn der Vorsitzende munter wäre, hätte er gesehen, dass Kollegin Fekter auch noch eine Wortmeldung hat! – Zwischenruf der Abg. Dr. Fekter.)* – Guten Morgen, Kollege Muraue! *(Abg. Muraue: Nein, nein! Ich bin sehr munter!)*

Nur auf eine Nebenbemerkung von Ihnen hin: Meiner Erinnerung nach war Dr. Gusenbauer ja immer ein vehementer Gegner der Eurofighter-Beschaffung. Sie haben erklärt, dass Sie sich mit ihm seinerzeit in den Regierungsverhandlungen im Frühjahr 2003 in diesen wesentlichen Punkten, nämlich wie die Eurofighterbeschaffung umsetzen und speziell Verschieben der Lieferung und der Zahlung auf 2007, bereits geeinigt gehabt hätten. Dieses können wir natürlich nicht den Akten entnehmen, weil es über Regierungsverhandlungen keine Akten gibt, und ist mir auch persönlich neu. Deswegen hätte ich gerne von Ihnen eine Auskunft darüber.

Dr. Wolfgang Schüssel: Einigung gibt es dann, wenn eine Einigung da ist. – Eine Einigung hat es natürlich nicht in dem Sinn gegeben, dass sie einklagbar oder schriftlich fixiert ist, aber es war völlig klar, dass der Beschaffungsvorgang weitergeführt wird und dass man versucht, genau so übrigens, wie wir das gemacht haben im Jahr 1986 nach der SPÖ/FPÖ-Koalition, da haben wir die Drakenbeschaffung weitergeführt, übrigens mit ziemlichen Problemen parteiintern, wie jeder weiß.

Selbstverständlich ist klar – *pacta sunt servanda!* –, dass eine solche Entscheidung, die **überfällig** gewesen ist, weitergeführt werden muss. Und selbstverständlich war auch klar, dass das **nicht** – das war ja dort das Thema – in der laufenden Periode 2002 bis 2006 budgetwirksam und lieferwirksam wird, sondern dass man das in der Periode unmittelbar danach haben wird.

Einigung gibt es dann, wenn es eine Einigung insgesamt gibt. Also so gesehen ... Aber das war nicht wirklich strittig in dem Sinn. Da hat es andere Themen gegeben, etwa in der Pensionsreform, die strittiger gewesen sind. Aber es ist mein Eindruck, den ich hier wiedergebe. Schriftlich gibt es nichts. Da haben Sie Recht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gibt es noch sonstige Fragen? Ich schaue jetzt in die Runde. – Von der SPÖ Kollege Kräuter, bitte.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Zwei kurze Nachfragen hätte ich noch. (*Abg. Dr. Fekter: Also nach den Grünen sind schon wir dran!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Frau Kollegin Fekter, richtig. (*Abg. Muraier: Guten Morgen, Herr Vorsitzender! Sind wir auch wieder munter?*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Guten Morgen, Herr Vorsitzender! – Diese Illusion, Österreich hätte durch Aufnahme einer Bundesanleihe sozusagen die Eurofighter bar bezahlen können – und da hat dann der Chef von der Bundesfinanzierungsagentur ausgesagt, wäre es um ein Achtelprozent günstiger im Zinssatz gewesen, weil er hat ja nur den Zinssatz verglichen, nämlich das, was die BAWAG war, und das, was sozusagen eine Bundesanleihe gemacht hätte. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Jarolim.*)

Was hätte die Bundesanleihe für Wirkung gehabt im Hinblick auf das Budget und die Staatschuld?

Dr. Wolfgang Schüssel: Unmittelbare Staatsschuldwirksamkeit. Das ist das Problem.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Und das wollte man vermeiden, indem man diese Neun-Jahresraten-Variante gewählt hat? (*Dr. Schüssel: So ist es!*) – Das heißt, die Vorgabe: Eurofighter sieht früher Geld, als wir bereit sind zu zahlen. Wir wollten ja nicht die Produktion vorfinanzieren.

Dr. Wolfgang Schüssel: Normalerweise muss man bei jedem Großauftrag ein Drittel vorfinanzieren bei Auftragserteilung, ein Drittel zwischendrin und ein Drittel nach Lieferung. Wenn man das macht, hat man natürlich extreme Zacken drinnen, und es ist daher bei allen großen Beschaffungen immer geglättet worden – auch schon vor 20 Jahren, und das wird sich auch in Zukunft so erweisen. (*Abg. Mag. Kogler: Aber Maastricht-relevant!*)

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Daher Maastricht-relevant – wissen wir – ist, wenn die Flieger kommen. (*Dr. Schüssel: Klar, logisch!*) – Aber Tatsache ist, es war die Vorgabe, wir zahlen erst, wenn die Flieger kommen. Eurofighter will aber früher bereits Geld sehen. (*Dr. Schüssel: Klar!*) – Und drittens. Wir teilen unsere Schuld auf neun Jahre auf. Für diese drei Vorgaben hat man das

günstigste Modell gesucht und über einen beschränkten Wettbewerb herauszufinden versucht. Und ist es dieses für diese drei Vorgaben das günstigste Modell?

Dr. Wolfgang Schüssel: So ist die Auskunft des Finanzministeriums und der relevanten Experten gewesen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Im Übrigen war Vertragsinhalt der EURIBOR, und dort ein Abschlag von 0,06. Das ist eine relativ günstige Finanzierungsform, auch wenn die BAWAG verdient hat, aber sie konnte trotzdem nicht überleben.

Ich wollte das nur klargestellt haben (*Zwischenruf des Abg. Faul*), weil die Äußerung des Kollegen Faul, eine Anleihe wäre billiger gewesen, stimmt – in Prozentsatz von einem Achtel Prozent, aber es hätte schlagartig zu einer **Staatsschuld** geführt. (*Zwischenruf des Abg. Faul.*)

Dr. Wolfgang Schüssel: Absolut richtig.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Zwei Fragen, garantiert noch nicht gefragt. Heinrich Traumüller, damals Kabinettchef von Ex-Finanzminister Grasser hat gemeint, was die Verschiebung der Lieferung auf 2007 betrifft: zwei Gründe – Maastricht-Kriterien und produktionstechnische Gründe.

Jetzt wollte ich Sie fragen: Bei Ihren Gesprächen mit deutschen Repräsentanten, sei es Ministerpräsident, Wirtschaftsminister von Bayern, was auch immer, ist es Ihnen da einmal untergekommen, dass Sie darauf angesprochen worden sind, dass es einfach Probleme produktionstechnischer Natur gibt und dass man sich da etwas einfallen lassen soll, um beim Liefertermin etwas zu machen? (*Dr. Schüssel: Nie!*)

Zweite Frage: Am 18. April 2003 hat also das Finanzministerium die Bundesfinanzierungsagentur aufgefordert, eine Bank zu finden. Der Rechnungshof hat das ein bisschen kritisiert, mündlich, telefonisch und so weiter. Und drei Wochen vorher – Sie haben selber davon gesprochen – hat es eben diese Reise gegeben, Stichwort Bösendorfer-Klavier. Und da waren ja etliche Leute dabei, die in der Finanzwelt durchaus Reputationen und Erfahrung haben. Herr Taus war zum Beispiel dabei.

Haben Sie da keine Meinungen eingeholt? Das war ja unmittelbar vor der Entscheidung, wie man das jetzt finanziert, und Sie haben bei dieser Reise wirklich mit Kapazitäten gemeinsam viele Stunden verbracht. Jetzt nur ganz lebensnah: Haben Sie da nicht Meinungen eingeholt?

Dr. Wolfgang Schüssel: Ich glaube, Sie träumen, wenn Sie glauben, das waren viele Stunden. Wir sind eine Stunde nach Bulgarien geflogen. Ich habe mich auf meine Rede dort vorbereitet. Ich habe dort ein Gespräch mit dem bulgarischen Staatspräsidenten geführt, habe ein Vier-Augen-Gespräch mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten Saksoburggotski geführt. Dann war die Feier, das war der eigentliche Anlass, das war ein Fest, eine Gala der Wiener Staatsoper – Ioan Holender, der übrigens auch im Flieger war.

Das Ganze hat sich hauptsächlich um die Kunst gedreht und um die Präsenz der Wiener Staatsoper in diesem Bereich. Es war das eine Riesensache mit bulgarischen Künstlern, also: bulgarische Künstler, Philharmoniker, und, und, und. Arien sind gesungen worden, die halbe Regierung Bulgariens ist dort gesessen, und viele, viele Zuschauer waren in diesem Konferenz- oder Kongresszentrum. Dann sind wir auf die Bühne hinunter, haben die Flügel überreicht für die Musikschulen, haben Österreich-Werbung gemacht und nachher ein Abendessen gebucht, und ich bin nach der Vorspeise gegangen.

Wo Sie da jetzt herausfiltern wollen, dass ich da Finanzgespräche hatte! Das ist wirklich eine Legende!

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich wollte Sie nur auf Grund der Zeitnähe (*Dr. Schüssel: Ich erzähle es Ihnen ja!*), weil nachher der Auftrag erfolgt ist, fragen, ob das nicht lebensnahe ist, dass Sie da Meinungen einholen. Das lässt sich ja in einem schnellen Hin und Her – was meinst denn du dazu, so und so stelle ich mir das vor – ... Das ist ja plausibel! Aber wenn Sie jetzt sagen: Nein, das war ausschließlich ein Kulturevent, dann muss ich das so nehmen.

Dr. Wolfgang Schüssel: Meine lebensnahe Schilderung haben Sie gehört – noch dazu habe ich gar nicht gewusst, dass im Finanzministerium zu diesem Zeitpunkt oder ein paar Wochen später solche Aufträge hinausgehen. Das ist überhaupt nicht zu mir gedrungen. Das ist Sache der ressortzuständigen Minister gewesen. Ich bin meiner Erinnerung nach ein einziges Mal zwischen der Typenentscheidung und dem Ministerratsvortrag mit dem Vertrag direkt involviert gewesen: in der Frage deutsches oder griechisches Modell.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Aber wir sind uns doch im Klaren, das war eben die heiße Phase, wo diese Entscheidungen gefallen sind, und daher naheliegend, dass man sich eben entsprechend umhört. (*Zwischenruf der Abg. Dr. Fekter.*)

Dr. Wolfgang Schüssel: Für mich war es eine kühle Jahreszeit.

Obmann Dr. Peter Pilz: Gibt es sonst noch Fragen? – Kollege Jarolim, bitte.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ganz kurz nur mehr: Herr Klubobmann! Noch einmal zurück jetzt zu der Wirtschaftsplattform. Es hat am 4. Mai 2003 eine „Pressestunde“ gegeben, wo das Thema war. Da haben Sie zunächst gesagt:

Ich habe versucht – nämlich warum eine Plattform –, dieses Thema ein wenig von Emotionen herauszuholen, nämlich die Beschaffung insgesamt, und die Plattform diene dazu, Emotionen herauszuholen und das Thema zu versachlichen. Und dann kommt es dazu, dass Sie sagen: Die Wirtschaftsplattform wird diese Abfangjäger letztlich bezahlen. Aus dem Budget wird kein Euro, kein Cent fließen. – Zitatende.

Ich lese das jetzt schon ein bisschen anders, als dass hier durch Gegengeschäfte eine Finanzierung stattfindet, weil ob aus dem Budget kein Euro und kein Cent fließen soll, ist an sich schon der unmittelbare Beschaffungsvorgang, das heißt das Geld, das bezahlt wird, um den Flieger zu kaufen. Insofern liege ich mit meiner ursprünglichen Annahme, wie ich mich erinnern kann, nämlich Ihre Rede im Plenum, dass diese Plattform das übernimmt, nicht ganz falsch. Ich hätte das ganz gerne noch einmal geklärt. Was haben Sie gemeint, wie diese Finanzierung tatsächlich stattfinden soll, wenn aus dem Budget nichts finanziert wird?

Dr. Wolfgang Schüssel: Das, was ich gesagt habe jetzt, ist meine Meinung. Ökonomisch wird ein großer Teil über die Gegengeschäfte direkt oder indirekt dem Staatshaushalt zufließen beziehungsweise den Sozialversicherungsträgern. Das habe ich eigentlich ziemlich präzise erklärt. Ich kenne das, was Sie da im Wortlaut vor sich haben, nicht. Ich bin nicht sicher, ob das wörtlich stimmt. Ich kann mir das gerne anschauen, aber ich habe dem auch nicht viel hinzuzufügen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Darf ich noch fragen: Diese Wirtschaftsplattform, wie ist die jetzt organisiert? Wo sitzt sie, und wer ist da der Vorsitzende oder was?

Dr. Wolfgang Schüssel: Das müssen Sie die Kammer fragen. Ich weiß nicht, wer das heute ist, das ist vier Jahre her. Ich habe Ihnen gesagt, wann sie gegründet wurde, im

April 2003 ist diese Plattform gegründet, gebildet worden. Die funktioniert hervorragend, die wickeln ab ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wer war damals der Gründer und wer war der Obmann?

Dr. Wolfgang Schüssel: Da müssen Sie nachschauen. Das kann Ihnen sicher jederzeit die Kammer zur Verfügung stellen. Ich habe jetzt keine Unterlagen vor mir. Im Wirtschaftsministerium können sie Ihnen das sicherlich auf Knopfdruck sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz dankt, da keine weiteren Fragen mehr vorliegen, der Auskunftsperson und **unterbricht** die Sitzung.

18.03

(Die Auskunftsperson Dr. Wolfgang Schüssel verlässt den Sitzungssaal. – Die Sitzung wird um 18.03 Uhr unterbrochen und um 18.20 Uhr wieder aufgenommen.)

18.20

Obmann Dr. Peter Pilz nimmt – um 18.20 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf**, begrüßt Herrn **Herbert Scheibner** als **Auskunftsperson**, dankt für dessen Erscheinen, erinnert diesen an die Wahrheitspflicht und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage – eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss werde gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft – und ersucht um Bekanntgabe seiner Personalien.

Herbert Scheibner: Herbert Scheibner; geboren am 23.4.1963; wohnhaft in 1180 Wien; Abgeordneter zum Nationalrat und Geschäftsführer.

Obmann Dr. Peter Pilz: Waren Sie im Untersuchungszeitraum, allenfalls zeitweise, öffentlich Bediensteter?

Herbert Scheibner: Ich war Bundesminister für Landesverteidigung.

Obmann Dr. Peter Pilz erinnert Herrn Scheibner an die schriftliche Belehrung über die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung und weist darauf hin, dass er sich bei Vorliegen einer dieser Gründe an den Verfahrensanwalt oder den Obmann wenden möge; man werde dann die weitere Vorgangsweise besprechen.

Der Obmann weist Herrn Scheibner auf sein Recht hin, vor Eingang in die Befragung eine persönliche Erklärung zum Beweisthema abzugeben, fragt ihn, ob er davon Gebrauch machen wolle, was dieser verneint – und erteilt sodann als erstem Fragesteller Abg. Darmann das Wort.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Sehr geehrter Herr Klubobmann-Stellvertreter Scheibner! Ich möchte vorweg auf die viel diskutierte Reduktion von 24 auf 18 Stück Eurofighter Typhoon eingehen und möchte Sie fragen, wie es zu dieser Reduktion gekommen ist.

Herbert Scheibner: Es ist ja, glaube ich, bekannt, dass die Entscheidung in Richtung 24 Abfangjäger vom Typ Eurofighter gegangen ist. Sie wissen, dass dann im August 2002 eine Hochwasserkatastrophe in Österreich gewesen ist und dass es – für mich sehr betrüblich und überraschend – bei der Bewältigung dieser

Hochwasserkatastrophe keinen nationalen Konsens über alle politischen Gruppen hinweg gegeben hat, sondern dass es eine sehr intensive Diskussion gegeben hat rund um die Frage: Ist die Hochwasserhilfe, also die Entschädigung für die Hochwasseropfer möglich, obwohl man auf der anderen Seite Abfangjäger ankauft?

Es wurde damals suggeriert, als ob im Jahr 2002 schon Kosten für dieses Projekt anfallen würden und deshalb Hochwasseropfer nicht entschädigt werden können. Es gab dann noch andere Diskussionen rund um Steuerreformen et cetera, und es war dann auch innerhalb der Bundesregierung eine Diskussion, wie man in diesem politischen Umfeld weiter argumentieren kann.

Es war eine sehr negative Stimmung, auch in der Öffentlichkeit, gegenüber dieser Beschaffung aufgrund dieser, wie ich meine, falschen Gegenüberstellung der verschiedenen Aufwendungen. Und es gab dann eine Entscheidung in der Bundesregierung, dass man auf der einen Seite – auch um klar zu signalisieren, dass im Jahr 2002 **keine** Kosten für dieses Projekt anfallen – die Zahlung, die ja für 2005 geplant gewesen wäre, den Zahlungsbeginn, um ein Jahr verschiebt und dass man gleichzeitig die Zahl der Abfangjäger von 24 auf 18 reduziert, vorerst – ich habe immer betont: vorerst! –, mit einer Option auf weitere sechs.

Es war auch die Diskussion, dass allenfalls dadurch erzielbare Einsparungen dem Bundesheer zur Verfügung gestellt werden, um andere Aufgaben – Schwerpunkt etwa Katastrophenschutz, Sicherungseinsätze, aber auch Auslandsaufgaben – finanziell bedecken zu können.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Wie war Ihr persönlicher Standpunkt in Bezug auf diese Reduktion?

Herbert Scheibner: Sie können sich vorstellen, dass ich keine Freude gehabt habe mit dieser Reduzierung, weil ich davon ausgegangen bin – und auch die militärischen Planungen waren in diese Richtung –, dass man 24 Abfangjäger benötigt, wenn man – und so war ja damals die Idee – das gesamte Spektrum der Luftraumüberwachung inklusive der Ausbildung, der Schulung, der Übungsflüge mit dem Abfangjäger, mit dem neuen Abfangjäger umsetzen wollte und möglicherweise auch eine Option wahrnehmen kann, dass man im Laufe der Betriebsdauer der Abfangjäger – immerhin 30, 35 Jahre – auch für eine europäische Sicherheits- und Verteidigungskomponente hier einen Beitrag leisten könnte.

Es war klar, mit den 18 – ich habe das einmal in einer Presseaussendung so genannt, dass ich gesagt habe: Wir haben vom Nützlichen auf das Notwendige reduziert. – Das heißt, die Grundaufgabe Luftraumüberwachung ist mit diesen 18 Flugzeugen möglich, solange es für andere Aufgaben, etwa Schulung, Übungsflüge, jetzt noch die SAAB-105 – das habe ich, glaube ich, auch das letzte Mal schon betont –, das Düsenflugzeug SAAB-105 gibt.

Rückblickend gesehen gibt es jetzt für eine jetzige oder künftige Bundesregierung in Wahrheit mehr Flexibilität. So schlecht war also diese Entscheidung gar nicht, rückblickend gesehen, weil eine künftige oder präsenste Bundesregierung jetzt entscheiden kann: Möchte man mit diesen 18 Abfangjägers das Auslangen finden, dafür aber möglicherweise einen Ersatz für die SAAB-105 schaffen, um hier auf zwei Bereichen dann, möglicherweise auch kostengünstiger, die Flugstunden zu bewältigen – oder möchte man noch weitere Flugzeuge von diesem Typ anschaffen?

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Herr Klubobmann, zu einem anderen Punkt: In der Erstphase der Vertragsverhandlung bis Herbst 2002, wie weit waren Sie da in Ihrer Funktion als Bundesminister in diese Verhandlungen eingebunden?

Herbert Scheibner: Die Typenentscheidung war ja, glaube ich, am 2. Juli 2002. Es hat dann einige Vorbereitungen und Abstimmungen gegeben, auch zwischen dem Ressort und der Firma. Der Verhandlungsbeginn war dann, wenn ich mich richtig erinnere, Mitte Juli, und es war geplant, im September diese Vertragsverhandlungen abzuschließen. Das ist aber Sache der jeweiligen Fachabteilung gewesen, hier im Ressort. Und aufgrund der Gegebenheiten – öffentliche Diskussion, Hochwasserkatastrophe – war auch klar, dass ich mich da nicht direkt einbinden kann, sondern es sollte mir dann berichtet werden, wie der Gang der Verhandlungen ist beziehungsweise wenn er abgeschlossen ist.

Sie wissen, dass die Innenpolitik in Österreich dann eine dramatische Wendung gemacht hat – es gab dann eine Koalitionskrise, den Bruch der Koalition und Neuwahlen. Mir ist dann berichtet worden – ich glaube, Ende September oder Mitte September –, dass ein Entwurf eines Vertrages vorliegt. Ich habe aber dann auch ziemlich zeitgleich, also bevor man noch in die Details gehen konnte oder sollte, verfügt, dass die Vertragsverhandlungen gestoppt werden, nicht weitergeführt werden, denn es war klar, dass die damalige Bundesregierung, der damalige Nationalrat, dieses Projekt nicht mehr fertig stellen wird können.

Es war auch klar, dass man ja ein Gesetz, eine eigene gesetzliche Regelung auch für die Bedeckung benötigt. Das war in der damaligen Legislaturperiode nicht mehr umsetzbar, und deshalb war auch so vorzugehen, dass mit diesem Datum dann, im September 2002, die Vertragsverhandlungen gestoppt wurden und dann erst von der neuen Regierung wieder aufgenommen worden sind.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Bundesminister Platter hat heute in seiner Auskunft vor dem Ausschuss gesagt, dass er mit Übernahme des Landesverteidigungsressorts eine laufende begleitende Kontrolle dieser Vertragsverhandlungen eingeführt oder eingerichtet hat. – Hat es so eine Kontrolle, laufende Kontrolle auch bei Ihnen gegeben, oder war das seine erste Idee?

Herbert Scheibner: Ich habe selbstverständlich versucht – das *muss* jeder Bundesminister, sich für Entscheidungen, für die er dann letztlich verantwortlich ist, für politische Entscheidungen, rechtlich möglichst abzusichern versuchen –, nicht nur vonseiten des eigenen Hauses – es gibt natürlich auch im Verteidigungsministerium entsprechende Experten –, sondern ich habe ganz zu Beginn – das habe ich, glaube ich, schon einmal festgehalten – den damaligen Rechnungshofpräsidenten Fiedler ersucht, begleitend zu kontrollieren. Das ist aber auf Grund der rechtlichen Lage, dass der Rechnungshof nur nachvollziehend kontrollieren kann, nicht möglich. Wir haben aber vereinbart – und ich habe ja auch schriftlich dann entsprechende Prüfungen angeregt –, dass hier, wenn ein Schritt abgeschlossen ist, der Rechnungshof auch entsprechend rasch dann die einzelnen Schritte überprüft.

Und ich habe auch intern zuerst die Gruppe Kontrolle, und ich glaube, später war es dann schon eine ... – Ich weiß jetzt nicht genau, wann die neue Struktur in der Zentralstelle verfügt worden ist. Ich habe ja die Kontrolle im Ressort von einer Gruppe auf eine eigene Sektion aufgewertet, weil ich der Meinung gewesen bin, dass genau diese interne Kontrolle, vor allem, wenn man nach der auch jetzt gültigen Struktur den Militärs auch mehr Möglichkeiten gibt, mehr Eigenständigkeit gibt, dass auf der anderen Seite auch die Kontrolle verstärkt sein muss und zuerst die Gruppe dann die Sektion diese interne Kontrolle entsprechend wahrzunehmen hatte. – Und all diese Institutionen sind angewiesen worden, auch begleitend alle Schritte dieser Beschaffung zu begleiten und zu kontrollieren.

Im Fall der Reduzierung der Stückzahl – das war ja vor allem vergaberechtlich durchaus ein Problem – hat es unterschiedliche Meinungen gegeben, ob das möglich

ist, nach der Typenentscheidung die Stückzahl zu reduzieren. Ich habe, oder das Ressort hat dann entsprechend auch Gutachten in Auftrag gegeben – ich glaube, zwei waren es damals, eines war von Professor Aicher; das zweite könnte ich Ihnen jetzt nicht mehr sagen, von wem; auch die Finanzprokurator hat entsprechende Gutachten erstellt –, und diese Reduzierung der Stückzahl ist für **zulässig** erklärt worden.

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Das heißt, insgesamt sind wie viele Gutachten diesbezüglich erstellt worden?

Herbert Scheibner: Das weiß ich jetzt nicht, welche der Minister Platter dann noch gemacht hat ...

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Minister Platter hat von zwei Gutachten geredet, die er in Auftrag gegeben hat.

Herbert Scheibner: Das kann schon sein. Er hat mir damals auch gesagt, dass er das selbstverständlich alles noch einmal überprüfen wird – das ist überhaupt keine Frage –, weil er ja letztlich dann auch die Verantwortung gehabt hat, den Vertrag fertig zu stellen, und da ist es logisch, dass auch er entsprechend die Kontrolle wahrnimmt.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Herr Abgeordneter, ich habe eine Frage, und zwar hinsichtlich des Rechnungshofberichtes. Da formuliert der Rechnungshof: Entgegen der Ministerweisung enthielt der Vertragsentwurf jedoch keine Option für sechs weitere Luftraumüberwachungsflugzeuge.

Warum wurde Ihre Weisung missachtet, oder was war eigentlich der genaue Inhalt dieser Weisung?

Herbert Scheibner: Ich weiß nicht, ob sie missachtet worden ist. Ich habe das auch aus dem ... – Ich habe ja jetzt schon geschildert, dass ich die Vertragsverhandlungen dann gestoppt habe.

Meine Intention war, die Möglichkeit zu schaffen, möglichst auch zum selben Preis, hier auf 24 aufzustocken, weil ich selbstverständlich als Verteidigungsminister weiterhin der Meinung gewesen bin, dass 24 Flugzeuge zumindest nützlich sind für die Aufgabenerfüllung – ich habe gesagt, wir haben das Nützliche auf das Notwendige reduziert –, und deshalb war auch meine Anordnung, die ja, glaube ich, auch der Rechnungshof hier festgehalten hat, dass man eine Option von weiteren sechs Flugzeugen in den Vertrag einbezieht. – Warum das dann nicht gemacht worden ist, kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Es ist deswegen interessant, weil sich ja nach dem militärischen Pflichtenheft 24 Abfangjäger für die Luftraumüberwachung als militärisches Mindestanforderung immer aus den Akten und auch aus der Einvernahme von Luftwaffenchef Wolf und von allen anderen ergeben. Und insofern ist diese Weisung durchaus interessant.

Ich habe dann noch eine weitere Frage: Es gibt ein Schriftstück von Brigadier Commenda mit handschriftlichen Anmerkungen – ich lasse es Ihnen dann gerne nach vorne bringen. Und zwar hält hier Herr Commenda zum Preis fest: Wie kommt es zu den großen Unterschieden zur Vorinformation? – Es geht aber aus dem ganzen Schriftstück nicht hervor, welche Vorinformation hier gemeint ist. Und zwar geht es da um die „Vorinformation HBM“ – abgekürzt –, also: Herr Bundesminister. – Ich lasse Ihnen das einmal nach vorne bringen. Es gibt dann auch noch ...

Herbert Scheibner: Von wann ist das?

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): 4. Juni 2002. – Ich lasse Ihnen das gerne nach vorne bringen.

Herbert Scheibner: Nein, das kann ich Ihnen gleich beantworten. Das brauche ich nicht einmal anzuschauen, das kann ich Ihnen gleich beantworten: Das habe ich, glaube ich, auch schon einmal hier bei Ausschusssitzungen festgehalten, dass für uns und auch für mich überraschend gewesen ist, dass die Preise, die dann in den Angeboten festgehalten worden sind, und zwar bei allen Anbietern, wesentlich höher gewesen sind als jene, die wir, oder die das Ressort – ich sage noch immer „wir“ – in diesen ersten Phasen der Beschaffung bekommen hat. Wir haben ja sozusagen einmal Informationen eingeholt: Mit welchen Preisen ist zu rechnen?, dann gab es einmal so eine Abfrage, wie sich das gestalten wird. Und diese Preise waren niedriger – das waren aber noch keine verbindlichen; da hat es keine verbindlichen Angebote gegeben – als jene, mit denen wir es dann zu tun gehabt haben.

Ich kann es Ihnen jetzt nicht mehr genau sagen, aber soweit ich mich erinnern kann, ist man da bei 24 immer von etwa 20 Milliarden Schilling – sage ich einmal, ins Unreine gesprochen – ausgegangen. Und wenn Sie sich dann die Preise anschauen, die in den Angeboten gewesen sind, dann war das wohl wesentlich höher. – Und das haben wir, glaube ich, damals noch einmal hinterfragt.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Es sind da in Klammer drei Zahlen angeführt – 1,6, 1,8, 2,0. Ich nehme einmal an, dass das für die drei Modelle gilt. Aber okay, das wäre dann Spekulation.

Nur, es ist hier noch – und ich weiß es nicht, aber ich nehme an, dass das Herr Commenda selbst noch per Handschrift hinzugefügt hat – „Zahl für die Öffentlichkeit“ angeführt. Ich lasse es Ihnen kurz nach vorne bringen. Ist Ihnen das einmal so zur Kenntnis gebracht worden? Ist damit eine sozusagen – unter Anführungszeichen – „geschönte Zahl“ für die Öffentlichkeit gemeint, denn: Für 24 Abfangjäger 2 Milliarden, und letztendlich zahlen wir für 18 Abfangjäger 1,9. – Wie kommt man dazu: „Zahl für die Öffentlichkeit“?

Herbert Scheibner: Das kann ich Ihnen nicht sagen, was hier gemeint war. Warten Sie einmal – was sagen Sie für ein Datum: 4.6.?

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): 4.6.2002 dürfte das sein.

Herbert Scheibner: Das war ja noch vor der Typenentscheidung. Das heißt, da haben wir ja letztlich die Ergebnisse der Kommission noch gar nicht gehabt. – Also, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Haben Sie darüber einmal ...

Herbert Scheibner: Ich weiß nur: Damals, in dieser Zeit, war ich persönlich auch überrascht, dass die Preisangaben, die wir danach in den Angeboten bekommen haben, höher gewesen sind als die Preise, von denen ich persönlich als relativer Laie nach den ersten Informationen, die wir in diesen verschiedenen Runden erhalten haben, ausgegangen bin.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Wissen Sie oder ahnen Sie, auf Grund welcher Tatsachen sich diese Differenzen ergeben?

Herbert Scheibner: Das ist aber jetzt Spekulation, wenn Sie mich das fragen (*Abg. Dr. Haimbuchner: Okay, aber...*) –, dass natürlich ein Unternehmen – und wahrscheinlich wird es unabhängig davon sein, was man verkaufen möchte –, solange es nicht verbindlich anbieten muss, aber sozusagen signalisieren will: Das ist eh alles nicht so teuer!, andere Preise angibt, als wenn es dann hart auf hart geht.

Dass man sich – ich meine, das haben wir schon auch immer wieder durchgehört – bis zu einer gewissen Phase nicht hundertprozentig sicher gewesen ist, ob Österreich dieses Projekt auch umsetzen wird, war so, denn Sie wissen ja, dass die

Abfangjägerbeschaffung nicht im Jahr 2000 begonnen hat, sondern das ist ja ein Projekt, das sich über viele, viele Jahre hingezogen hat, wo es immer wieder Anläufe gegeben hat, wo aber dann letztlich nie eine Beschaffung durchgeführt worden ist. Und Firmen hüten sich davor, zumindest öffentlich, ihre Preise und ihre Verhandlungskonditionen und Projektkonditionen preiszugeben, bevor sie es unbedingt müssen, nämlich wenn wirklich dann ein konkretes Projekt zu entscheiden ist.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Aber trotzdem, noch mal vorweg, denn man muss ja einen Vergleich gehabt haben, sonst wäre Herr Commenda ja nicht zur Feststellung gekommen, dass es hier große Differenzen zur Vorinformation gibt. Ich nehme ja nicht an, dass die Firmen jetzt einmal nur auf einem A4-Blatt hingeschrieben haben: 2 Milliarden, oder: 1,8 Milliarden, sondern dass da ja irgendetwas dabei war, also entweder ein Unterschied in der Bewaffnung oder in der Ausrüstung oder in der Ausstattung. – Man muss ja irgendeinen Vergleich haben, sonst wäre das ja völlig aus der Luft gegriffen!

Herbert Scheibner: Ich kann es noch einmal wiederholen. Ich glaube – aber Sie sind alle hier jetzt schon mehr Experten in diesem Verfahren – wir haben das damals genannt: Requests for Information. (*Abg. Dr. Haimbuchner: Ja.*) Das heißt, in der ersten Phase, als man an mögliche Anbieter herantreten ist und auch mögliche Preise abgefragt hat, damit man überhaupt einmal eine Vorstellung hat, in welche Richtung das geht, da sind eben wesentlich niedrigere Zahlen – und ich sage es noch einmal: von allen! – genannt worden, als wir sie dann in den Angeboten gehabt haben.

Abgeordneter Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (FPÖ): Das mag durchaus eine Erklärung sein. Ich sage es nur, weil aus diesem Stück ja nicht hervorgeht, welche Vorinformation gemeint ist.

Aber noch einmal zurück zu dieser Ausführung: „Zahl für die Öffentlichkeit“. – Ist einmal im Ministerium darüber diskutiert worden – wir wissen ja, die Öffentlichkeit ist, gerade bei Rüstungsbeschaffungen, nicht immer positiv eingestellt –, hat es da Diskussionen gegeben: Na ja, was können wir der Bevölkerung sozusagen an einer Zahl vermitteln? – Denn er wird es ja nicht nur für sich selbst – aber da müsste man Herrn Commenda natürlich dann persönlich befragen – festgehalten haben: „Zahl für die Öffentlichkeit“.

Herbert Scheibner: Sie wissen, dass ich mich da durchaus – nicht gerne, aber manchmal – auch unbeliebt gemacht habe, indem ich auch in der Öffentlichkeit gesagt habe, was aus meiner Sicht notwendig ist.

Sie wissen auch – ich weiß nicht, was hier der Hintergrund war, denn da war die Typenentscheidung ja noch nicht getroffen, und das hat mich, glaube ich, das letzte Mal Kollege Kogler gefragt –, dass es schon eine Diskussion gewesen hat, welcher Preis halbwegs realistisch ist, und Sie wissen, wenn Sie das Verfahren kennen, dass in Wahrheit keiner dieser Preise, die dann letztlich auch im Verfahren angeführt worden sind, der gewesen ist, der dann auch – und das hat man ja damals gewusst, denn da gibt es eben den Unterschied Bestellmengerüst et cetera und Bewertungsmengerüst – wirklich im Kaufvertrag stehen wird.

Wir haben uns damals eben – Sie haben das kritisiert – für einen Mittelwert entschieden, weil man gesagt hat: In Wahrheit ist jeder Preis fiktiv, denn die Vertragsverhandlungen folgen ja erst. Und wie man dann auch gesehen hat, konnten ja durch sehr offensive Verhandlungen die Preise auch gedrückt werden. Hier hat man sich dann eben für einen Mittelwert aus den Möglichkeiten, die hier vorhanden gewesen sind, entschieden.

Ich sage Ihnen auch: Da kann man sowieso nichts tricksen, denn wer die Abfangjäger nicht mag, für den sind auch 100 Millionen € zu viel; und wer sie mag, der weiß auch, dass man dafür etwas investieren muss. (*Abg. Faul: Gibt es da welche?*) Ich glaube schon, Herr Kollege! Auch in der SPÖ, auch viele Bürgermeister!

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich habe noch kurz Fragen zur Situation. Sie haben sie ganz korrekt geschildert: Zuerst war das Hochwasser und dann hat man gesagt: Verschieben wir die Zahlung auf 2006. Die Lieferung wollte man zu diesem Zeitpunkt – zumindest was ich den Presseunterlagen entnehme – nicht verschieben. Ist das richtig?

Herbert Scheibner: Das habe ich mir auch gedacht, als ich mir jetzt zur Vorbereitung den Rechnungshofbericht angesehen habe. Das könnte ich Ihnen jetzt aber nicht beantworten, das weiß ich nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Ich entnehme es einer Pressekonferenz-Unterlage des damaligen Bundeskanzlers, der erklärt hat, der Liefertermin bleibt, aber der Zahlungstermin soll um ein Jahr verschoben werden. Ist es richtig, dass das zu diesem Zeitpunkt heißt: erste Zahlung 2006, Lieferung 2005?

Herbert Scheibner: Wie gesagt, das kann ich Ihnen nicht sagen, ob das getrennt worden wäre, denn ich weiß nur, denn das war die politische Diskussion, dass man signalisieren wollte, in diesem Jahr 2002 werden keine Zahlungen für den Abfangjäger anfallen, und man deshalb auch nach außen gesagt hat, das ganze wird um ein Jahr verschoben.

Obmann Dr. Peter Pilz: Schüssel hat also – Man habe ursprünglich vorgehabt, die Abfangjäger sofort nach dem Ende der Nutzungszeit des Draken zu beschaffen. Zitat: Dabei bleibt es. Wir verschieben aber die Zahlung um ein Jahr von 2005 auf 2006. – Zitatende. Also das ist genau der Punkt. Allerdings kommt es dann später zur Zeit der Bildung der nächsten Bundesregierung zur Verschiebung von Zahlung und erster Lieferung auf 2007. Hat sich das irgendwie schon so gegen Ende Ihrer Amtszeit vor den Neuwahlen angekündigt? (*Scheibner: Nein!*) War Lieferung und Zahlung im Herbst 2007 irgendwo ein Thema?

Herbert Scheibner: Nein, aber gegen Ende meiner Amtszeit, zumindest in dem Zeitrahmen, als auch die Verhandlungen noch geführt worden sind, war ja nicht absehbar, dass die Koalition platzen wird und dass man deshalb in Wahrheit auch noch ein Jahr brauchen wird, um diesen Vertrag abzuschließen. Wir sind ja immer davon ausgegangen, dass im Herbst 2002 der Vertrag abgeschlossen werden kann, und es gibt ja dann eine gewisse Mindestdauer der Produktion, bis dann die erste Lieferung stattfinden kann.

Obmann Dr. Peter Pilz: Für mich ist das nur deswegen ein Punkt, weil wir nach dem Grund der Verschiebung von Zahlung und Lieferung auf 2007 suchen, und da gibt es auch sehr konkrete Hinweise, dass das mit dem Maastricht-Defizit zu tun hat, und weder mit Hochwasser noch mit Luftraumüberwachung noch mit sonst irgendetwas, aber das ist ja ein später zu erörterndes Thema. Jedenfalls zum ersten Mal auch für mich nachvollziehbar steht es in der Regierungserklärung, vorher finde ich das nirgends, sondern finde eher andere Hinweise, und das stimmt auch mit dem überein, was Sie sagen. Hat es irgendwelche Hinweise aus dem Finanzministerium gegeben, dass man schon im Herbst 2002 eigentlich eine Verschiebung auf 2007 wollte? – Hat es auch nichts gegeben?

Herbert Scheibner: Also mir ist nichts bekannt in diese Richtung.

Obmann Dr. Peter Pilz: Das ist einmal ein Bereich, der ist für mich dann soweit klar. – Das Zweite ist eine Frage in Bezug auf die Vertragsverhandlungen. Sie haben ja dann

als Klubobmann selbst noch miterlebt, wie die Vertragsverhandlungen gelaufen sind. Da haben wir ein Dokument aus dem Finanzministerium. Das ist ein Bericht von Hillingrathner und Schwarzendorfer an den Finanzstaatssekretär Finz vom 30. März 2004. Rechnungshof kritisiert, Rechnungshof sagt: Textänderungen beziehungsweise -ergänzungen, insbesondere im Bereich Schadenersatz, Haftung, Einredeverzicht sind **nicht** auf Gesamtvertragsverträglichkeit geprüft worden und nachteilig gegenüber dem Ausgangstext. Die Beamten des Finanzministeriums halten fest: Die Durchsetzung sämtlicher Vertragswünsche des Bundes scheiterten am absoluten Widerstand des Vertragspartners.

Jetzt erste Frage: War die Verhandlungsposition der Republik Österreich gegenüber Eurofighter oder EADS aus irgendeinem Grund besonders schwach?

Herbert Scheibner: Herr Vorsitzender, zu dem Zeitpunkt, den Sie hier ansprechen, war ich, so wie Sie, Abgeordneter zum Nationalrat, zwar einer Regierungspartei, aber Sie wissen ganz genau, dass wir Gewaltentrennung haben und ich deshalb wahrscheinlich nicht wesentlich mehr eingebunden gewesen bin als Sie.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nein, deswegen habe ich ja etwas anderes gefragt, nämlich, ob zu Beginn der Vertragsverhandlungen – also noch in Ihrer Amtszeit als Verteidigungsminister – die Position der Republik gegenüber Eurofighter aus irgendeinem Grund besonders schwach war?

Herbert Scheibner: Zu Beginn der Verhandlungen? (*Obmann Dr. Pilz: Ja!*) Nein, das wüsste ich nicht.

Obmann Dr. Peter Pilz: Wenn nämlich am Ende herauskommt, dass man sich eigentlich in keinem Punkt durchgesetzt hat, und das stellen die beiden Beamten in diesem Bericht fest, dann gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder war man vom Anfang an in einer schwachen Verhandlungsposition – da sagen Sie: Nein, das waren wir nicht. – oder man ist, aus welchen Gründen auch immer, in eine schwache Verhandlungsposition geraten. Das liegt dann außerhalb Ihrer Wahrnehmung nach der Regierungsumbildung, da müssen wir andere fragen, aber Sie können es ausschließen, dass sich die Republik zu Beginn der Vertragsverhandlungen in einer schwachen Verhandlungsposition befunden hat.

Herbert Scheibner: Meines Wissens waren wir nicht in einer schwachen Verhandlungsposition.

Obmann Dr. Peter Pilz: War es nicht vielmehr so, dass ja eigentlich eher die deutschen – und das findet man ja später in Briefen der deutschen Bundesregierung oder im deutschen Haushaltsausschuss – Vertragspartner auf Grund der Unsicherheit – Sind wir für Tranche 2 lieferfähig? Gibt es nicht vielleicht einmal den Versuch eines Vertragsausstiegs und so weiter - in einer etwas schwächeren Verhandlungsposition waren?

Herbert Scheibner: Das wäre Spekulation; das kann ich nicht sagen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Man kann es ja auch schwer überprüfen. – So, das ist alles, was ich zu fragen habe.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wir haben jetzt schon versucht, über Fragen des Kollegen Pilz herauszubekommen, warum eben die Lieferverschiebung auf 2007 zustande gekommen ist, und Sie haben gesagt, seitens des Finanzministeriums gab es damals noch überhaupt keine Indizien.

Herbert Scheibner: 2007? (*Abg. Dr. Fekter – in Richtung des Abg. Faul, der Brötchen von einem hereingebrachten Tablett nimmt: Zuerst die Frauen! Heute ist doch*

*Internationaler Frauentag! Da haben Sie es ohnehin geklaut – und dann essen auch noch die Männer zuerst! – Obmann Dr. **Pilz**: Nein, zuerst dem Vorsitzenden, bitte!*

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Es hat keine Hinweise gegeben aus dem Finanzministerium, dass bei Zahlung oder Lieferung irgendetwas verschoben werden sollte (*Obmann Dr. **Pilz**: Ich bitte zumindest beim Essen um Ruhe!*), also das so etwas im Raum steht?

Auf Bundesheerseite: Generalleutnant Spinka hat gesagt, man wäre 2005 eventuell gar nicht in der Lage gewesen, sozusagen mit dem Eurofighter zu Rande zu kommen. Wörtlich hat er gesagt: Er ist sich nicht wirklich sicher, ob wir es zusammengebracht hätten, damit den Luftraum zu überwachen. Argumentiert hat er damit, dass man die Draken bis 2005 erhalten hat und parallel die Piloten auf Eurofighter ausbilden hätte müssen. War das eigentlich zu Ihrer Zeit auch schon klar? Hat man Ihnen da von Bundesheer-Seite irgendwelche Hinweise gegeben oder Warnungen zukommen lassen?

Herbert Scheibner: Es war klar, dass es eine gewisse Vorlaufzeit braucht, das ist klar. Nicht nur die Ausbildung der Piloten ist ein Thema. Das ist vielleicht noch eher das geringere Problem, denn die Piloten sind ja hervorragend ausgebildet und man hat ja damals auch schon davor eine Kooperation mit Schweden in der Ausbildung gehabt, weil man am Draken nicht mehr ausbilden konnte, weil es ihn in der Zweisitzer-Version nicht mehr gegeben hat. Das heißt, die Piloten sind damals auch schon Viggen geflogen, also sozusagen ein Modell der moderneren Generation.

Das heißt: Die Ausbildung war weniger Problem als die Adaptierung der Infrastruktur, von Flugleitsystem, Landebahn et cetera. Und da war klar, dass das eine gewisse Zeit benötigt wird, aber ich gehe einmal davon aus, dass hierfür 2002 bis 2005 eine ausreichend Zeit geboten hätte, um diese Adaptierungen vorzunehmen. – Es hat ja jetzt, soweit ich weiß, auch funktioniert.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Das heißt, Sie haben damals also keine Indizien gehabt und waren überzeugt, es wird 2005 voll – wie eben vertraglich vorgesehen – funktionieren.

Herbert Scheibner: Es war klar, dass es ein schwieriges Projekt ist – das haben natürlich alle gesagt –, weil auch das Bundesheer mit der Implementierung eines derart modernen Geräts keine Erfahrung gehabt hat. Aber es haben mir – sonst hätten wir es ja nicht machen können – alle gesagt, dass es sicherlich möglich sein wird.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ihr damaliger Parteikollege Prinzhorn hat gesagt: Während des Wahlkampfes waren wir natürlich der Meinung, dass die Neuausschreibung vorzunehmen wäre. Da haben sich alle dazu bekannt, auch der Bundeskanzler. – Können Sie sich daran erinnern? – Auch der Bundeskanzler hat sich während des Wahlkampfes dazu bekannt, dass eine **Neuausschreibung** vorzunehmen wäre. (**Scheibner**: *Von welchem Wahlkampf ist da die Rede?*) – Das zitiere ich aus einem Artikel des „Standard“ vom 12. Mai 2003, wo in dem Fall eben der Budget- und Finanzsprecher der FPÖ im Rückblick sagt: Wir waren im Wahlkampf der Meinung, dass das neu auszuschreiben ist ... – Und – das vielleicht gleich dazu – die Regierung sei jedenfalls geradezu zur Neuausschreibung verpflichtet, da damit Einsparungen von bis zu 1 Milliarde € möglich wären.

Herbert Scheibner: Erstens einmal: Dieses Einsparungspotenzial kann ich hier nicht nachvollziehen, und wir waren auch nicht überzeugt, dass man neu ausschreiben muss, denn sonst hätten wir es getan! Ganz im Gegenteil: Es gab eben die entsprechenden Gutachten, dass unter der Bedingung, dass der Stückpreis gleich

bleibt – das war ja immer das Kriterium –, es keinen Bietersturz gibt und dass man auf 18 Stück reduzieren kann.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Wie kann es sein, dass der Budget- und Finanzsprecher der FPÖ, der ja auch in der Wirtschaft als Unternehmer verankert ist und schon weiß, wovon er redet, sagt: Die Regierung wäre geradezu verpflichtet zu einer Neuausschreibung, da Einsparungen bis zu 1 Milliarde € möglich wären?

Herbert Scheibner: Herr Kollege, Sie wissen, dass es in der Politik immer so ist, dass man eine persönliche Meinung hat. Die soll man auch haben. Es gibt ja auch durchaus Meinungen, die besagen, man braucht das überhaupt nicht und es gibt keine Bedrohung. Und er war eben anscheinend der Meinung, wenn ich diesen Pressedienst hier als authentisch werte, dass man anders vorgehen hätte sollen. Die Verantwortlichen für dieses Projekt – und das war auch ich als Verteidigungsminister und die Bundesregierung insgesamt – haben das auf Grund der vorliegenden Gutachten anders gesehen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Und wäre das jetzt in der Rückschau – nicht aus damaliger Sicht – möglich gewesen, 1 Milliarde € zu sparen bei einer Neuausschreibung?

Herbert Scheibner: Also, ich hätte das nicht gesehen, wie das funktionieren hätte können.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Vorläufig hätte ich noch eine letzte Frage: Es ist jetzt bekannt geworden, dass es gleich vier weitere Verträge gibt zwischen der Republik und EADS, an deren Zustandekommen auch Herr Steininger beteiligt war. – Das ist jetzt natürlich alles jenseits Ihrer Amtszeit. Ich wollte nur in dem Zusammenhang, weil das eben auch bei diesem Dokument angeschlossen ist ... – Ich kann es Ihnen gerne zeigen. – Auch während Ihrer Ministerzeit sind einige Geschäftsfälle, die mit dem Eurofighter aber nichts zu tun haben, über Herrn Steininger gelaufen, und ich wollte einfach fragen, ob Sie davon als Minister Kenntnis gehabt haben, dass Beschaffungen – da geht es um Duell-Simulatoren und solche Dinge – über einen Zwischenvermittler laufen?

Herbert Scheibner: Das könnte ich Ihnen auf Herrn Steininger bezogen jetzt nicht konkret sagen. Sie wissen aber so gut wie ich, dass es immer wieder der Fall ist, dass sich Firmen bei Beschaffungsprojekten hier in Österreich Vertreter nehmen, und deshalb kann ich es auch nicht ausschließen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ja, aber zumindest war klar, dass bei derartigen Geschäften auf jeden Fall auch Zwischenvermittler tätig sind.

Herbert Scheibner: Wenn Firmen der Meinung sind, sie brauchen das, dann kann man sie daran nicht hindern.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Sie haben mich zu ein paar Nachfragen animiert.

Zunächst zur Situation Sommer 2002: Sie sagten, es musste gewährleistet werden – vergaberechtlich jetzt zu Recht –, dass die Stückpreise grosso modo nicht steigen sollen bei der Reduktion von 24 auf 18. Wie konnte das Bundesministerium für Landesverteidigung sichergehen, dass das mit den Verhandlungen dort erreicht wurde? Wo ist das ausgewiesen im Sommer?

Herbert Scheibner: Soweit ich mich erinnern kann, hat man Kontakt aufgenommen mit der Firma, und die haben das zugesagt. Und soweit ich dann das Verhandlungsergebnis auch im Rechnungshofbericht nachlesen habe, ist ja der

Stückpreis nicht nur gleich geblieben, sondern man hat ihn sogar durch die Verhandlungen um 5 Prozent reduzieren können.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Dieses Mirakel ist schon mehrmals beleuchtet worden, aber jetzt aus der Perspektive von Sommer 2002 war es im Wesentlichen eine Zusage der Firma Eurofighter GmbH. – Okay.

Herbert Scheibner: Ja, nur, ich sage Ihnen: Wenn die Zusage nicht gehalten hätte, dann hätte es auch den Vertrag nicht gegeben, weil dann wäre es problematisch gewesen.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Da haben wir dann im Nachhinein noch ganz andere Sachen erlebt, aber das ist schon nach Ihrer Amtszeit gewesen. Wir wollen das heute nicht in die Länge ziehen. Das war ohnehin schon sehr wertvoll, was Sie gesagt haben.

Eine andere Sache war: Sie erinnern sich an den schriftlichen Vorhalt des Dokuments des Sachbearbeiters Commenda durch Kollegen Haimbuchner, und dort geht eben aus einer Seite klar hervor, dass es sich um einen Preisvergleich handelt – und zwar nicht nur bloß zwischen den Typen, denn es waren ja drei Preise angeführt, nämlich 1,6 Milliarden €, 1,8 Milliarden €, 2 Milliarden €. Es ging offensichtlich um einen Preisvergleich zu irgendeinem Angebot. Und das ist dokumentiert, ausgewiesen mit 4. Juni 2002. Mit welchen Angebots-Preisen ist denn hier Ihrer Vorstellung oder auch Wahrnehmung nach überhaupt ein Vergleich möglich gewesen?

Herbert Scheibner: Also, ich sage – ich kenne natürlich das Schriftstück jetzt nicht, also kann man ... (*Abg. Mag. Kogler: Nein? – Das war das, das Sie gerade gehabt haben! Wir können es Ihnen noch einmal geben!*) Ich kann Ihnen das nur noch einmal wiederholen, dass ich ... – Meiner Erinnerung nach ist es darum gegangen, dass die Preise, die dann letztlich im Angebot gewesen sind, wesentlich höher gewesen sind als die, die wir vorher etwa im Request for Information erhalten haben.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das ist schon richtig, das haben Sie gesagt, aber mich interessiert jetzt jedoch ein anderer Umstand, nämlich dass offensichtlich ein Vergleich anstellbar war – jedenfalls geht das aus dieser Unterlage hier hervor. Und mir kommt das jedenfalls seltsam vor vergaberechtlich – die Preise hätten ja bis 24. Juni unter Verschluss bleiben müssen –, dass hier irgendjemand etwas vergleicht. Haben Sie dazu irgendeine Erklärung oder eine Wahrnehmung?

Herbert Scheibner: Das kann ich Ihnen nicht sagen (*Abg. Mag. Kogler: Okay!*), weil ich natürlich jetzt nicht exakt weiß, wann was war.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Wir stimmen aber überein, dass das grundsätzlich problematisch wäre, wenn da jemand über Preise Informationen gehabt hätte, die erst am 24. Juni bekannt hätten werden sollen – und das ist ja da wie ein Heiligtum durch den Ausschuss getrieben worden, dieser Umstand, vergaberechtlich zu Recht –, wenn hier jemand also die Preise vorher schon gewusst hätte. Also das ist jedenfalls ein guter Treffer des Kollegen Haimbuchner, vorläufig einmal, denn das ist bis jetzt ja überhaupt noch nicht aufgetaucht.

Der Lobbyist Steininger hat ja hier schon einmal eine Rolle gespielt. – Lassen wir die schillernden Facetten dieses Herrn weg, ich frage Sie nur: Hat während Ihrer aktiven Amtszeit ein Vertragsverhältnis mit Herrn Steininger bestanden? Haben Sie da eine Erinnerung?

Herbert Scheibner: Zwischen dem Verteidigungsministerium und ihm? (*Abg. Mag. Kogler: Ja!*) – Nein, das glaube ich nicht. Also, ich wüsste nichts davon.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Haben Sie einmal Information erhalten, dass aus einem allfälligen früheren Vertragsverhältnis eine seitens des BMLV Herrn Steininger auferlegte Verschwiegenheitspflicht fortbestanden hätte? (**Herbert Scheibner: Nein!**) – So hat er sich nämlich hier herinnen unter anderem gerechtfertigt, dass er viele Jahre zuvor mit dem BMLV in Verbindung gewesen war und daraus vertragliche Verpflichtungen zum Weiterschweigen entstünden. – Das Bezirksgericht hat es ihm ohnehin nicht geglaubt, die Frage war nur, inwieweit Sie eine Wahrnehmung hatten. – Keine! Gut.

Ein Letztes: Im Jahr 2001, bei den Schlussverhandlungen zur Angebotslegung – und ich schicke voraus, damals war man ja noch äußerst bemüht und verhältnismäßig hochkorrekt unterwegs –, hat ja ein Austausch stattgefunden im Juni/Juli, jetzt aber 2001, weil sich das Finanzministerium bereits bei der Ausschreibung wegen des bundeshaushaltsrechtlich notwendigen Einvernehmens hinzureklamiert hat. Da verlangt das Bundesministerium für Finanzen von Ihrem Haus nach § 43 und § 45 BHG, auf Grund dieser Mitwirkungsbestimmung und der nötigen Einvernehmensherstellung eine Gesamtvorschau dieses Beschaffungsvorganges.

Das beinhaltet – Sie werden sich wahrscheinlich daran erinnern – das Luftraumüberwachungsflugzeug und die Finanzierung desselben, darüber hinaus aber – ich zitiere –:

einschließlich Ausrüstung, Bewaffung, Infrastrukturanpassung, ja sogar Finanzierungskosten, sämtliche Vorsorgen für Ausbildung, Simulation und Logistik – in der Höhe von 25 Milliarden Schilling brutto. Seien wir großzügig und rechnen wir um auf 2 Milliarden €. Die ziehen Sie ja später auch immer wieder als Richtgröße durch.

Das war die Antwort. Das ist auch entsprechend im Bundesministerium für Finanzen korrespondierend so veraktet worden, mit den sozusagen Korridoren dieser Beschaffung in Preisen oder Kosten. So weit, so gut.

Jetzt hat sich aber dieser Vorgang in der Praxis so entwickelt, dass wir mit den 2 Milliarden am Schluss im Wesentlichen nicht 24 plus 6 Flieger haben, sondern nur 18, und wir haben viele dieser Teile, die hier aufgezählt sind, **nicht**, namentlich die Bewaffung, aber auch Teile der Ausbildung und Teile der Logistik.

Ich will Ihnen da ja keinen großartigen Vorwurf machen, aber im Nachhinein betrachtet: Haben Ihre Mitarbeiter und Sie damals, 2001, Juni/Juli, daran geglaubt, dass das ein plausibler Preiskorridor der Beschaffung ist?

Herbert Scheibner: Ja. Also **ich** auf jeden Fall.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Ich habe mir die Mühe gemacht, weil wir da zwischendurch auch mit diesen ökonomischen Dingen herumrechnen: Wenn wir das auf die alte Basis umgelegt hätten, würde das jetzt mit den 24 plus 6 Fliegern plus allen Teilen, die hier stehen, soweit im Nachhinein mit dem Wissen von heute Preise zuordenbar sind, bedeuten, dass wir – ohne Betriebskosten; die waren da ja sinnvollerweise nicht dabei – bei über 3 Milliarden halten würden. Also, das ist denn doch eine hübsche Kostenexplosion, die Sie im Wesentlichen ja nicht zu verantworten haben, aber: Haben Sie in der Fortdauer des Beschaffungsvorgangs irgendwann einmal Bedenken bekommen, dass das hinten und vorne nicht halten kann?

Herbert Scheibner: Ich habe ja vorhin schon gesagt, dass dann letztlich die Anbotspreise höher waren als die, von denen wir ausgegangen sind. Aber Tatsache war ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Das war nur eine kleine Komponente dessen, was sich dann zugetragen hat.

Herbert Scheibner: Ich weiß nicht, ob das so klein gewesen ist, aber Tatsache ist, dass aus meiner Sicht ...

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Da steht ja: 2 Milliarden für Eurofighter.

Herbert Scheibner: Tatsache ist, dass aus meiner Sicht diese Aufgabe notwendig ist – und dass zur Erfüllung der Aufgaben der Luftraumüberwachung dann auch entsprechend das Gerät notwendig ist.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Es gibt ja nur zwei Varianten: Entweder wurde damals schlecht geschätzt – das glaube ich persönlich weniger; da ist eher plausibel gearbeitet worden –, oder es hat dann die Typenentscheidung für den Eurofighter im Speziellen diese Kostenexplosion verursacht, auch wenn Gripen sich nicht besonders gut benommen hat, wie wir wissen.

Herbert Scheibner: Ich glaube aber, Herr Kollege, wenn Sie das mit dem Gripen vergleichen, kämen Sie letztendlich auch nicht auf die 20 Milliarden Schilling.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Aber er wäre immerhin noch um, je nach Zahlungsvariante, ein Viertel billiger gewesen.

Aber ich lasse es bei dieser Feststellung. Ich wollte wissen, wie Sie das kommentieren. Das ist jetzt nicht mehr Gegenstand weiterer Befragungen im Sinne des Untersuchungsausschusses. – Danke.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Herr Kollege Scheibner, ich trage Ihnen jetzt einen Brief vor, den der Verteidigungsattaché an der Österreichischen Botschaft in Berlin an Sie verfasst hat beziehungsweise an Commenda, Ihren Kabinettsleiter. Erinnern Sie sich an den Brief? (*Herbert Scheibner: Nein!*) – Ich lasse Ihnen den Brief nach vorne bringen; den müssen Sie sich wirklich anschauen.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Es geht mir insbesondere auch um die Datumsangaben. Der Brief ist, glaube ich, vom 26. 6. Er bezieht sich auf einen Auftrag von Ihnen und hat ein Gespräch bereits am 24. 6. geführt – damit Sie diesen Zusammenhang selber sehen.

Ist Ihnen der Brief einmal vorgelegt worden?

Herbert Scheibner: Das kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen. Aber Sie haben mir, glaube ich, vor einiger Zeit schon einmal öffentlich vorgeworfen (*Abg. Mag. Stadler: Zu den Vorwürfen komme ich erst noch!*), wenn ich mich jetzt richtig erinnere, dass ich mich schon vorher für den Eurofighter ausgesprochen hätte oder in diese Richtung gegangen wäre. Das war ein neuer Vorwurf. Bis jetzt habe ich immer das Gegenteil gehört.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Der Reihe nach! – Wenn Sie mir den Brief wieder zurückleiten, dann könnte ich meine Fragen formulieren. – Sie haben gesehen, der Brief ist am 26. 6. verfasst oder datiert, offensichtlich am 27. 6. bei Ihnen eingelangt; scheint authentisch zu sein. Und der Verteidigungsattaché Hans Helmut Moser beruft sich auf einen Auftrag, den er von Ihnen bekommen habe. Gab es einen derartigen Auftrag an den Herrn Verteidigungsattaché von Ihnen?

Herbert Scheibner: Ich kann mich an keinen Auftrag erinnern, den ich ihm direkt gegeben habe. Ich kann mich jetzt, ehrlich gesagt, persönlich an diese Zeit nicht erinnern, was damals gewesen ist. Ich habe auf Grund Ihrer Presseaussendung mit einigen Leuten aus meinem ehemaligen Kabinett gesprochen, und soweit ich das wahrgenommen habe, ist der Auftrag nicht von mir direkt ergangen, sondern vom Generaltruppeninspektor aus einer Diskussion heraus kommend, dass man

Erfahrungswerte von den verschiedenen Armeen haben wollte bei derartigen Großbeschaffungen.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Na ja, schon, aber er bezieht sich nicht auf irgendeine Beschaffung, der Auftrag, sondern er bezieht sich konkret nur auf die Eurofighter-Anschaffung. Und es ist auch, soweit ich das festgestellt habe, ein ähnliches Ersuchen weder nach Stockholm noch nach Washington gegangen. Oder ging ein gleich gelagertes Ersuchen an Stockholm oder Washington? – Ich habe aus den Akten keines gesehen.

Herbert Scheibner: Das weiß ich nicht, aber ich würde es auch nicht ausschließen. Aber ich gehe davon aus ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe es nicht ausgeschlossen, habe daher gesucht und keines gefunden.

Herbert Scheibner: Das kann ich Ihnen nicht sagen, denn ich habe keine persönliche Erinnerung mehr daran. Aber ich glaube, dass es darum gegangen ist – und es war ja klar, Schweden hat man gekannt –, dass man hier versucht, vorweg Erfahrungswerte zu haben, wie derartige Projekte etwa in anderen Ländern abgeführt werden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Jedenfalls hat der Herr Verteidigungsattaché am 24. 6., das heißt, noch am Tag, bevor überhaupt die Kosten-Nutzwert-Analysen zusammengeführt wurden, bereits ein Treffen zu diesem Thema Finanzierung des Eurofighters in Bonn gehabt.

Herbert Scheibner: Der deutsche Verteidigungsattaché kann mit der deutschen Luftwaffe dort nicht über den Gripen reden, denn die Deutschen haben den Gripen nicht beschafft. Er kann dort nur über den Eurofighter reden.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Daher hat der deutsche Verteidigungsattaché über den Eurofighter und über die Finanzierung des Eurofighters gesprochen – und sonst hat *niemand* mit irgendwem über ein anderes Modell in Stockholm oder Washington gesprochen?

Herbert Scheibner: Das kann ich Ihnen nicht sagen; das weiß ich nicht.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir gehen einmal davon aus, dass es kein derartiges Gespräch gab, sonst müsste es ja einen Bericht der dortigen Verteidigungsattachés geben.

Herbert Scheibner: Jedenfalls hat es zu Schweden permanente Kontakte gegeben, was ja letztlich auch dazu geführt hat, dass man vorgeworfen hat, dass es eine gewisse Präsympathie für schwedische Produkte gibt.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich habe einen derartigen Vorwurf nie formuliert, sondern ich habe eigentlich immer *andere Verdachtsmomente* gesehen. Aber dieser Brief hat mich eigentlich in meinen Verdachtsmomenten bestärkt, dass man, bevor man überhaupt die Kosten und Nutzwerte zusammengeführt hat in dieser Bewertungskommission, bereits die Finanzierung für den Eurofighter in Deutschland eruiert hat.

Der Brief selber kommt immer wieder zu interessanten Resümees. Er sagt also, dass er dann sofort einen zweiten Termin bekommen habe mit dem Herrn Staatssekretär Dr. Stützle. – Ist das üblich, dass der Verteidigungsattaché sofort Termine bei Staatssekretären bekommt?

Herbert Scheibner: Ich hoffe doch, dass, wenn ein österreichischer Verteidigungsattaché einen Termin bei einem Minister oder Staatssekretär haben

möchte, er diesen bekommt. Ein ausländischer Verteidigungsattaché hat bei mir immer einen Termin bekommen, wenn er das gewollt hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Offensichtlich wurde das erste Gespräch mit folgenden Ergebnissen beendet – so die Schlussfolgerung –:

Teilaspekte des Beschaffungsvorhabens werden aus Betriebskostengründen nach eingehender betriebswirtschaftlicher Prüfung differenziert zu sehen und zu entscheiden sein. Darin wird ein großes Einsparungspotential liegen. – Was meint er damit?

Herbert Scheibner: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das kann ja wohl nur sein ... – Ich spekuliere jetzt auf Grund Ihrer Information, denn konkret kann ich mich an diese Sache nicht erinnern.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich muss fair sein und Ihnen noch folgenden Satz zitieren; er schreibt:

Reduzierung von Kosten erscheint aus **deutscher** Sicht vor allem über den Betrieb möglich.

Das korrespondiert nämlich mit dem Aktenvermerk, den wir heute schon mit Verteidigungsminister Platter diskutiert haben, den der Herr Ministerialrat Hillingrathner verfasst hat (*Herbert Scheibner: Ich weiß schon, was Sie meinen!*), dass man versucht hat, die Kosten aus der Anschaffung in die Systemkosten hinein zu verpacken.

Herbert Scheibner: Man könnte es aber auch so verstehen, wenn man das positiv sieht – und ich würde das auf jeden Fall positiv sehen, weil ich weiß, dass hier niemand eine böse Absicht gehabt hat –, dass man gerade bei dieser problematischen Frage der Betriebskosten – und diese Gespräche hat es, das weiß ich, sehr wohl auch mit Schweden gegeben – versucht, durch Kooperationen mit Ländern, die dieses Gerät betreiben, die Betriebskosten niedrig zu halten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wie ist das zu verstehen, dass er schreibt, in Deutschland wurde ein System-Unterstützungszentrum eingeführt, mit der deutschen Industrie und der deutschen Luftwaffe? Und dann sagt er, für den Fall einer Entscheidung zugunsten des Eurofighter wäre eine Beteiligung Österreichs an der kooperativen Logistik prinzipiell möglich.

Herbert Scheibner: Das ist eine Information, die er gibt. Eine ähnliche Information ...

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, aber was muss man sich darunter vorstellen: „kooperative Logistik“?

Herbert Scheibner: Zum Beispiel – das habe ich schon einmal in diesem Ausschuss gesagt – wäre das auch mit Schweden möglich gewesen, dass man unser Logistikzentrum in Zeltweg, die Fliegerwerft, auch dazu verwendet, andere Flugzeuge oder Flugzeugteile zu warten, Triebwerke et cetera, und dadurch Einsparungen auch für unsere Life-Cycle-Costs zu erzielen.

Abgeordneter Mag. Werner Stadler (FPÖ): Dann wird ein Herr **Linnenkamp** zitiert – er ist bei dem Gespräch mit dem Herrn Staatssekretär Stützle dabei –, der nach diesem Schreiben bestätigt, dass besonders die ökonomischen Vorteile bei einer Anschaffung von Eurofighter zu einer bilateralen Kooperation in Rüstungsfragen führen könnten.

Meine Frage: Kennt der Verteidigungsattaché der Republik Österreich die Verfassung nicht?

Herbert Scheibner: Die kennt er sicher.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Hat er darin kein Neutralitätsproblem gesehen, den Staatsvertrag von Wien zum Beispiel?

Herbert Scheibner: Herr Kollege Stadler, Sie kennen aber auch die internationalen Kooperationen. Österreich ist Mitglied in der Europäischen Rüstungsagentur, die genau das zum Ziel hat, im Rahmen der Europäischen Union in Rüstungsfragen zusammenzuarbeiten. Das ist keine Neutralitätsfrage.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das ist völlig korrekt. Die Rüstungsagentur ist aber auch nicht durch den Staatsvertrag von Wien tangiert.

Herbert Scheibner: Aber wenn man auf multilateraler Ebene in der Europäischen Union zusammenarbeiten kann in **Rüstungsfragen**, dann wird man das auch auf **bilateraler** Ebene können.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Noch einmal: Ich will jetzt nicht den Staatsvertrag von Wien 1955 referieren, aber dort sind genau diese Dinge **ausgeschlossen**, dezidiert, und zwar nur mit **einem** Land.

Herbert Scheibner: Sie wissen aber ganz genau, dass es hier Abänderungen gegeben hat, dass die Österreichische Bundesverfassung – wir haben gemeinsam die Art und Weise kritisiert, wie man das gemacht hat – 1998 abgeändert worden ist und genau diese Bereiche möglich geworden sind.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Was ist da 1998 ...?

Herbert Scheibner: Die Teilnahme Österreichs an der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Noch einmal: In Bezug auf den Staatsvertrag von Wien hat es keine Änderung gegeben, auch keine Notifikation.

Herbert Scheibner: Es hat auch 1990 selbstverständlich Staatsvertragsänderungen gegeben – das war meine Jungfernrede im österreichischen Nationalrat –, wo man auf Grund der Erfahrungen des Golfkrieges eine Änderung des Staatsvertrages, also der verfassungsrechtlichen Wirkungen des Staatsvertrages vorgenommen hat.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Noch einmal: Wir können keine **einseitige** Änderung des Staatsvertrages vornehmen! Wir können das nur im Einvernehmen mit den Staatsvertrags**partnern**, also dem Nachfolgeland der Sowjetunion, Russland, die Russische Föderation (**Herbert Scheibner: Richtig!**), das ist das Vereinigte Königreich, das sind die Vereinigten Staaten von Amerika, und das ist die Republik Frankreich und all die anderen angeschlossenen Länder.

Herbert Scheibner: Richtig. Das ist aber damals gemacht worden, weil Sie wissen, dass es auf Grund des Staatsvertrages Österreich verboten gewesen wäre, Lenk Waffen zu unterhalten. Und genau das hat sich aber als notwendig herausgestellt nach der Slowenien-Krise.

Obmann Dr. Peter Pilz: Auch wenn jetzt die großdeutsche Rüstungsindustrie droht, vor der wir uns beide, aus unserer Parteigeschichte heraus verständlich, sehr, sehr fürchten, ist es nicht ganz das Beweisthema.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, aber ich wollte bei der Gelegenheit nur sagen: Ein bisschen sensibler sollte ein Verteidigungsattaché – unabhängig davon, wie ich persönlich und politisch dazu stehe – schon agieren. Ein Verteidigungsattaché hat sich schlicht und einfach nur an die Rechtsordnung und vor allem an die Staatsvertragsstandards zu halten. Man muss von einem Verteidigungsattaché erwarten können, dass er den Staatsvertrag von Wien zumindest in diesem Punkt kennt.

Obmann Dr. Peter Pilz: Er ist es ohnehin nicht mehr!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Gott sei Dank! – Letzter Punkt, und der scheint mir der zentrale zu sein: Er referiert wieder ganz beglückt die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstung, und dann sagt er am Schluss: Dazu wäre noch anzumerken, dass eine Entscheidung Österreichs zugunsten des Eurofighter einen Quantensprung in der Einschätzung unseres Landes als Partner bedeuten würde.

Ist das wirklich so, dass wir, wenn wir nur Eurofighter anschaffen, dann auf einmal als **Partner** salonfähig sind in Europa? Das kann doch nicht wahr sein!

Herbert Scheibner: Sie wissen, Herr Kollege, dass sich gerade beim **Quantensprung** die Geister scheiden, ob das jetzt ein großer oder ein kleiner Sprung ist.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ich halte das überhaupt nicht für Sprung-relevant, wenn ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Es kommt darauf an, in welche Richtung.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Ja, das ist wahr! – Er hat aber dann zu Recht angeregt, dass man dieses Dokument sofort nach Zweckerfüllung vernichten soll. Ich habe es trotzdem bekommen, und ich danke dem Verteidigungsministerium, dass man es nicht vernichtet hat.

Obmann Dr. Peter Pilz: Hätte ich gewusst, dass dieses Dokument so genau nachgefragt wird, hätte ich es auch vorher vernichtet. (*Heiterkeit.*)

Gibt es noch weitere Fragen oder Briefe oder sonst etwas?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Wir haben mit dem Verteidigungsminister das Problem erörtert – damit wir zu einem substantielleren Thema kommen –, dass es gewaltige Unterschiede gibt zwischen dem, was in der Angebotseinholung bei Eurofighter formuliert wurde, dem, was dann angeboten wurde, ohne dass man dieses Angebot ausgeschieden hat, dem, was dann schließlich in den Vertrag hinein kam. Ich nehme es gleich vorweg: Der Vorsitzende hat heute dem Verteidigungsminister, also Ihrem Nachfolger, vorgehalten, dass man im Finanzministerium in einer Information an den Staatssekretär Finz zum Schluss gekommen ist, dass Eurofighter **alle** Wünsche praktisch durchgebracht hat und die Republik Österreich **keinen einzigen**, was die Vertragsgestaltung anlangt.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Der Herr Kollege Stadler versucht jetzt schon die längste Zeit, aus diesem Bericht des **Verteidigungsattachés Moser** herauszulesen, dass dieser in Berlin Gespräche über die **Eurofighter-Finanzierung** geführt hätte! Tatsache ist, dass diese Gespräche geführt wurden – und das kommt gleich im Eingangsstatement vor –, um Informationen über Finanzierungsmodelle bei großvolumigen Beschaffungsvorhaben zu erlangen, nämlich, wie Deutschland das handhabt. Dort gibt der Gesprächspartner dann auch an, dass es kein einheitliches Schema gibt, und dass das abhängig ist vom Einzelfall.

Dann kommt er, sozusagen auf Grund der verschiedenen Modelle, die dort angeführt werden, im Hinblick auf Kostenvergleiche, Belastung des Haushaltes, im Hinblick auf Spitzenbelastung et cetera, zu dem Schluss, dass die geltenden verfassungs- und haushaltsrechtlichen Bestimmungen den Handlungsspielraum sehr stark einschränken; die Möglichkeit für alternative Finanzierungsmodelle sei gering. Das heißt, die Konsequenz ist, dass klassisch über den Haushalt finanziert wird.

Dort ging es nicht ausschließlich um Eurofighter, nur hatte Deutschland zufällig auch dieses Modell, und daher ist dieses Modell unter anderem auch verwendet oder diskutiert worden.

Der Kollege Stadler hat dann ein paar Schlussfolgerungen des Herrn Attachés angeführt. Und jetzt frage ich Sie, Herr Minister: Mir ist bekannt, dass die Militärs gar nicht so „Eurofighter-minded“ waren.

Was haben diese Schlussfolgerungen dieses Attachés im Verteidigungsressort bewirkt?

Obmann Dr. Peter Pilz: Den sofortigen Absturz eines Eurofighters.

Herbert Scheibner: Das hoffe ich nicht.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Darf er antworten – oder darf er nicht antworten?

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte das noch zu beantworten, aber dann verweise ich wirklich auf den § 12 der Verfahrensordnung. Der Vorsitzende hat nämlich das Recht, aus Gründen der Verfahrensökonomie aus eigenem von der Reihenfolge der Worterteilungen abzuweichen.

Ich habe heute – damit es nicht einseitig wird, sage ich das an diesem Punkt – einmal bei Fragen des Kollegen Kräuter interveniert. Ich tue das jetzt auch. Wenn wir zu einem Brief, wo alle gemeinsam gut nachvollziehen können, dass er für die Bewertung zum Beweisthema mit größter Wahrscheinlichkeit in hohem Maße unwesentlich ist, jetzt wieder eine Viertelstunde Befragung zum Brief im Detail haben, dann eine Viertelstunde Widerlegung der Befragung und dann noch die Androhung der Widerlegung der Widerlegung, dann kommt dieser Punkt Verfahrensökonomie wirklich einmal zum Tragen, und dann werde ich mir erlauben, von der Reihenfolge abzuweichen.

Herbert Scheibner: Ich gehe davon aus, dass der Verteidigungsattaché natürlich das berichtet, was er bei seinen Gesprächspartnern erfahren hat, und dass natürlich der deutsche Verteidigungsattaché, der mit dem deutschen Staatssekretär spricht, nicht über die MiG-29 oder den Gripen informiert wird oder über andere Projekte, die in anderen Ländern stattfinden. (*Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.*) – Herr Kollege Stadler, das ist **nicht verräterisch**, sondern wir haben versucht, möglichst viel an Informationen hereinzubekommen. Ich sage Ihnen nur, das war nicht entscheidungsrelevant.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Danke, ich bin zufrieden mit der Antwort. Ich bin überrascht, dass der Herr Vorsitzende eigentlich auch dieser Auffassung ist, und ich bin selten einmal auch der Meinung des Herrn Vorsitzenden, dass nämlich dieser Brief **nicht** entscheidungsrelevant war, da dieser in die Bewertung im Verteidigungsressort **nicht** eingegangen ist. Ich habe eine weitere Frage, und zwar ...

Obmann Dr. Peter Pilz: Auf das hin muss ich ihn mir noch einmal genau anschauen. – Bitte fortzusetzen.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das war keine gefährliche Drohung, Herr Vorsitzender, dass ich gesagt habe, ich bin ausnahmsweise Ihrer Meinung, auch wenn Sie das sofort so empfinden.

Etwas anderes, Herr Minister, und zwar: Am Freitag, den 3. Mai um 17.15 Uhr fand hier im Parlament eine Veranstaltung statt. Veranstalter war die SPÖ. (*Herbert Scheibner: Welches Jahr?*) – 2002, mitten in der Ausschreibung, also vor der Typenentscheidung. Die Anbote waren schon geöffnet, aber es gab noch keine Typenentscheidung, da gab es hier im Parlament eine Veranstaltung durch die SPÖ gemeinsam mit ihren sozialdemokratischen Freunden aus Schweden, wo sozusagen massivst für den SAAB lobbyiert worden ist. (*Abg. Gaál: Wo war die Veranstaltung?*)

Im Lokal V hier im Parlament, Eingang SPÖ, Reichsratsstraße, Tor 4. Es gibt im Übrigen Fotos von dieser Veranstaltung, weil eine Fülle von Medien daran teilgenommen hat. (Abg. **Muraier**: *Gaál in erster Reihe!* – Abg. **Faul**: *Der „Fekter-Geheimdienst“ hat zugeschlagen!*)

Mitten hinein in die Vergabe, vor der Typenentscheidung hat sozusagen SAAB intensiv gemeinsam mit der SPÖ oder bei der SPÖ lobbyiert. Dort anwesend war auch Schwedens Verteidigungsminister Björn von Sydow, der bei seinem Besuch in Wien das Abfangjägerangebot, also nach Öffnung des Anbots, um Punkte ergänzt hat und in der Presse kundgetan hat, dass er sich mit Ihnen treffen möchte und Ihnen das alles unterbreiten wird.

Meine Frage: Waren Sie bei dieser SPÖ-Lobbyveranstaltung SAAB dabei?, und zweitens: Haben Sie zum damaligen Zeitpunkt mit **Sydow** gesprochen?

Obmann Dr. Peter Pilz: Bitte nur zu antworten, wenn es der Landesverteidigung dient.

Herbert Scheibner: Ich hoffe, dass alle meine Antworten der Landesverteidigung dienen. (Abg. Mag. **Kogler**: *Bei manchen Fragen ist das nicht mehr möglich!*)

Ich habe an dieser Veranstaltung nicht teilgenommen. Ich habe jetzt ehrlich gesagt auch keine Erinnerung, ob diese Veranstaltung im Rahmen eines offiziellen Besuches des Verteidigungsministers Schwedens gewesen ist. Irgendwann einmal im Frühjahr oder Winter 2002 war er, glaube ich, auch zu einem offiziellen Besuch in Wien. Aber ich weiß jetzt nicht genau das Datum.

Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia Fekter (ÖVP): Das heißt, Sie können ausschließen, dass SAAB während des Vergabeverfahrens bei Ihnen massiv lobbyiert hat? (Herbert **Scheibner**: *Bei mir?*) – Ja. (Herbert **Scheibner**: *Wer? SAAB?*) – Ja, SAAB.

Herbert Scheibner: Also ich habe hier, glaube ich, schon mehrfach festgehalten, dass ich mich in dieser Phase **nicht** mit Firmenvertretern getroffen und auch keine Kontakte gepflegt habe, und deshalb wären Lobbyierungsversuche bei mir direkt gar nicht möglich gewesen.

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich möchte gleich bei der Ernsthaftigkeit der Fragen von Frau Fekter fortsetzen und Sie, Herr Scheibner, fragen: War die SPÖ 2002 eigentlich Regierungspartei oder Opposition?

Herbert Scheibner: Soll ich jetzt sagen: **Gott sei Dank** oder **leider** – oder ...? (Abg. **Gaál**: *Ja oder nein, bitte!*)

Abgeordneter Dr. Günther Kräuter (SPÖ): Ich wollte nur eine Antwort wissen.

Obmann Dr. Peter Pilz: Nachdem ich feststelle, dass jetzt wirklich der Übergang ins Launige gelungen ist und das mit Sicherheit **nicht** Beweisthema ist, frage ich noch ein letztes Mal, ob es zu dem Beweisthema irgendwelche ernsthaften Fragen gibt. – Kollege Stadler, wenn es nicht wieder ein Brief ist, bitte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es ist kein Brief. Bei aller Launigkeit, aber der Brief hat ein signifikantes Merkmal, dass er nämlich wirklich bereits den Auftrag aus dem Kabinett gibt, für Eurofighter eine Finanzierung in Deutschland zu erkunden, und das halte ich wirklich trotzdem für bemerkenswert. Jetzt kann man sagen, es kann Zufall sein, es kann banal sein, es ist alles möglich, aber es ist trotzdem aufklärungsbedürftig, wie der Verteidigungsattaché aus dem Kabinett des Bundesministers einen derartigen Auftrag bekommt, obwohl noch nicht einmal die Kosten- und Nutzwerte in der Bewertungskommission zusammengeführt sind.

Herbert Scheibner: Umso besser, Herr Kollege Stadler! Weil dann war das eben ein kleines Mosaiksteinchen, um Informationen zu bekommen. Und jetzt sage ich Ihnen ganz ungeschützt, ich sage es Ihnen noch einmal ganz ungeschützt: Ich weiß es nicht, was damals wirklich Beweggrund war. Aber wenn ich mir das so vorstelle, auch die Diskrepanzen, die wir gehabt haben mit dem Finanzministerium, gerade in diesen Dingen, ist vielleicht ein kleines Mosaiksteinchen, dass wir auch ein paar Informationen haben, wie man so etwas überhaupt macht, und dann vielleicht auch einmal ein bisschen besser mit dem Finanzminister diskutieren können.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Das hätte ich nicht für untersuchungswürdig gehalten, wenn ein derartiger Bericht auch aus Washington oder aus Stockholm oder aus Paris vorläge. Aber er liegt nun einmal nur aus Berlin respektive Bonn vor.

Aber gehen wir zu einem anderen Thema. Ich zitiere das jetzt einmal aus dem Bericht des Herrn Ministerialrates Hillingrathner und der Frau Dr. Schwarzendorfer an den Herrn Staatssekretär Finz. Da heißt es:

Die angesprochenen Themen werden aktenmäßig vom BMF behandelt.

Es geht hier um die Vorhalte des Rechnungshofes. Da schreiben die zwei genannten Beamten:

Die angesprochenen Themen wurden aktenmäßig vom BMF behandelt, siehe beiliegenden Erledigungsentwurf an den Rechnungshof, und wurden im Zuge der Vertragsverhandlungen vom BMF im Gesamtkontext betrachtet und geprüft. Die Durchsetzung sämtlicher Vertragswünsche des Bundes scheiterte am absoluten Widerstand des Vertragspartners.

Auf gut Deutsch: Die Republik konnte fordern, was sie wollte – EADS hat nein gesagt.

Wir haben den Eindruck hier – und das zieht sich wie ein roter Faden durch diese ganze Vertragsverhandlung –, dass die Republik geradezu froh sein musste, die Eurofighter bestellen zu dürfen, um sie dann auch noch teuer bezahlen zu dürfen. Das ist das, was herauskommt. Ich bringe Ihnen fünf Beispiele aus der Entwicklung.

Zunächst einmal die Frage der Überwachungsmaßnahmen. Wir haben in der Ausschreibung, das dürfte Ihnen bekannt sein, verlangt, dass wir Überwachungs- und Einsichtsmaßnahmen des Verteidigungsministeriums im Werk selber bekommen und dort auch in die entsprechenden Unterlagen Einblick nehmen dürfen.

Eurofighter schreibt im Angebot zum Thema Überwachungs- und Einsichtsmaßnahmen zurück:

Da die Leistung in den vier Core-Programm-Nationen Italien, Großbritannien, Spanien und Deutschland erbracht wird, möchten wir darauf hinweisen, dass die geforderte Überwachung et cetera nur im Rahmen von **Amtshilfeverfahren** durch die jeweiligen nationalen Behörden möglich ist.

Also im Ergebnis: Schnecken, nix ist's!

Garantieerklärung: 24 Monate sind in der Ausschreibung gefordert. – Eurofighter lehnt das ab. Am Schluss sind es dann 12 Monate. – Halbierung der Garantiefrist also.

Nächster Punkt: die Frage, wer was aufzulisten hat bei einem Vertragsrücktritt. – Es ist das zu umfangreich, das jetzt alles vorzulesen, aber jedenfalls wird das so gelöst, dass am Schluss in Wirklichkeit nur mehr die Republik Österreich alles aufzulisten hat, und zwar zugunsten der Ansprüche von Eurofighter.

Nächster Punkt: Vertragsdokumente. Das habe ich alles für sinnvoll und richtig gehalten, was in der Ausschreibung steht, nämlich:

Im Falle einer Auftragserteilung gelten folgende Dokumente als Vertragsdokumente: Angebotseinholung ... vom 10.10.2001, Angebot des Bieters, der gesamte Schriftverkehr ab Angebotseinholung bis zum Zustandekommen des Vertrages.

Eurofighter geht aber her und sagt: Kommt überhaupt nicht in Frage, denn wir sind der Auffassung – Zitat –, dass nach Abschluss der Vertragsverhandlungen, die auf Basis der Angebotseinholung und unseres Angebotes stattfinden, ein komplettes Vertragsdokument erstellt wird, welches ausschließlich Gültigkeit hat und damit alles Vorherige ersetzt. Eine subsidiäre Anwendung vorheriger Vertragsunterlagen entfällt damit. – Zitatende.

Und genauso ist es gekommen. Das ist dann alles kein Thema mehr gewesen.

Der letzte Punkt betrifft die **Zahlungsvariante**, und das halte ich für überhaupt das Schärfste. Im Angebot verlangt die Republik Österreich eine Zahlungsvariante; es gibt Zahlungsvariante I, Zahlungsvariante II – das dürfte Ihnen noch in Erinnerung sein –, und daraufhin schreibt Eurofighter im Angebot zurück – ich zitiere –:

Eine Zahlungsvariante, wie hier gefordert, ist in unserem Angebot **nicht** enthalten, da bei einem solchen Mittelabfluss, der nicht dem Kostenanfall entspricht, wirtschaftlich nicht zu vertretende Finanzierungskosten entstehen würden. – Zitatende. – Kosten für Eurofighter, füge ich hinzu.

Dadurch sind sie bei der Neun-Jahres-Variante gegenüber den Schweden im Vorteil, und Eurofighter hat es dann am Schluss bei den Vertragsverhandlungen geschafft, die Kosten für eine Finanzierungsvariante – die, die wir laut Vertrag jetzt kennen – dann doch noch der Republik Österreich aufzuhalsen.

Da kommen dann Vorgänge vor, die der Nachfolger von Ihnen, Herr Bundesminister Scheibner, zu verantworten hat – da müssen wir noch einiges mit den Vertretern des Finanzministeriums klären – und wo man genau nachweisen kann, dass sich nicht Eurofighter die juristischen Texte ausarbeiten musste, sondern dass auch noch in den Ministerien diese Texte **zugunsten** von Eurofighter ausgearbeitet wurden und die von Eurofighter das nur mehr abschreiben mussten und dann zurückgeschickt haben! – Ich kann das alles nachweisen.

Warum also hat man nicht da schon gesagt: So, das ist aber jetzt ein bisschen des Guten zu viel!? Die von Eurofighter unterschreiben den Business Code nicht, ergänzen diesen eigenmächtig – und obwohl sie da schon auszuschneiden gewesen wären, wurden sie **nicht** ausgeschieden.

Eurofighter ändert also all das, was von anderen gefordert wird, eigenmächtig ab, reichen nicht ein, werden aber **nicht** ausgeschieden. – Meine Frage: warum nicht?

Herbert Scheibner: Fragen Sie mich jetzt zum Vertrag, der im Jahr 2003 unterschrieben wurde?

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Nein, ich frage, warum Eurofighter da nicht schon längst ausgeschieden wurde? Warum wurde jemand, der sich so offenkundig in zahlreichen Punkten **nicht** an die Vorgaben laut Ausschreibung hält, ja überhaupt **nicht** gewillt ist, sich daran zu halten, nicht schon längst ausgeschieden?

Herbert Scheibner: Also ich glaube, dass bei allen Überprüfungen – auch der Rechnungshof hat das gemacht – eindeutig hervorgegangen ist, dass diese Beschaffung korrekt gewesen ist, dass eben Eurofighter nicht auszuschneiden gewesen ist. – Wie man Verhandlungen dann beurteilt, das überlasse ich Ihnen.

Ich glaube, der Rechnungshof hat ja dann sogar auf Grund dieser neuen Gegebenheiten nach den Verhandlungen noch einmal eine Bewertung vorgenommen, und ich glaube, da wäre ja dann sogar das Ergebnis noch eher zugunsten von Eurofighter ausgegangen! Letztlich war es auch das Ziel der nachfolgenden Bundesregierung, den Preis möglichst niedrig zu halten. Ich glaube, es wurden 800 Millionen € eingespart – und das ist ja auch ein Argument, gerade auch für jene, die der Meinung sind, dass das alles zu teuer sei.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Es fällt auf, dass immer dann, wenn man irgendetwas hinterfragt im Zusammenhang mit dem Verhalten von Eurofighter, die sich **nicht** an die Vorgaben der Ausschreibung gehalten haben, der Rechnungshof zitiert wird. Das, was der Rechnungshof in einer Aussage des Präsidenten Fiedler dazu sagt, haben wir heute einmal an die Medien verteilt, denn das gleiche Spiel haben wir ja heute hier schon mit dem Verteidigungsminister Platter erlebt. Da kann es möglicherweise schon noch herauskommen, dass es da ganz andere Motivationen gab, denn auch der Rechnungshof ist nicht an alles herangekommen.

Jetzt bleibe ich bei einem ganz konkreten Beispiel, das dem Rechnungshof entweder nicht aufgefallen oder wo er eben nicht an diese Dinge herangekommen ist: der **Business Code**. – Sagt Ihnen das etwas? (*Die Auskunftsperson bejaht dies mit einem Nicken.*)

Dieser Business Code wurde vom Finanzministerium entwickelt, gemeinsam mit einem Universitätsprofessor, mit einer Rechtsanwaltskanzlei, und dann vorgegeben – und wurde auch so in die Ausschreibung aufgenommen.

Am 22. Jänner 2002 reicht Eurofighter in einer geänderten Variante ein, wo sie die Anti-Schmiergeldklausel mit einem Schmiergeldklausel-Punkt 4 eigentlich zu einer Schmiergeld-Zulässigkeitsklausel gemacht haben. Das kann man nachvollziehen. (*Herbert Scheibner: Das sagen Sie! Das interpretieren Sie!*) – Nein, das kann ich Ihnen vorlesen. Das ist bereits der Arbeitstitel dieses Ausschusses zu diesem Thema. (*Abg. Mag. Darmann: Das ist eine FPÖ-Wertung!*) – Nein, das ist keine FPÖ-Wertung! Das kann man alles nachvollziehen.

Ich sage in Zukunft einfach nur: **Punkt 4**, damit Sie wissen, dass das diese berühmte Klausel ist, mit der die Anti-Schmiergeldklausel des Finanzministeriums aufgeweicht wurde.

Am 12.9.2002, also zu der Zeit, als Sie noch Minister sind, reicht EADS auf einmal eine Erklärung ein, die mit dem **Originaltext** des Finanzministeriums im Einklang steht. – Warum auf einmal die richtige Erklärung?

Herbert Scheibner: Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil mir diese Unterlagen nicht vorgelegt worden sind. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Erstens einmal verwahre ich mich dagegen, dass das eine „Schmiergeldklausel“ sei, und möchte hier klar festhalten, dass das nicht sozusagen irgendwie von oben herab gekommen ist oder die Bundesregierung gezwungen worden wäre, solche Klauseln einzuführen, sondern: Das war unser Wunsch! Das war auch der Wunsch des damaligen Finanzministers Grasser, ein ganz klares Signal an alle Anbieter zu senden, dass wir größten Wert legen auf eine saubere und ordentliche Abwicklung dieses Projektes! Das war Vorgabe **von uns**, von der Bundesregierung, vom Finanzministerium und vom Verteidigungsministerium. Das möchte ich hier klar festhalten.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Sie wurde nur nicht eingehalten!

Herbert Scheibner: Das möchte ich einmal klar festhalten, weil da jetzt so getan wird, als ob wir dann da eine Schmiergeldklausel hineingenommen hätten.

Diesen Vorgang, dieses Hin- und Herschicken von verschiedenen Varianten kenne ich auch erst jetzt aus der öffentlichen Debatte, aber ich sage Ihnen jetzt meine persönliche Meinung zu diesem Punkt 4: Wenn jetzt sogar darüber diskutiert wird, wegen eines Festes, bei dem es um Kosten von 3 000 oder 4 000 € ging, einen 2 Milliarden €-Auftrag in Frage zu stellen, frage ich mich schon: Wie kann sich eine Firma, die einen Auftrag in Höhe von 2 Milliarden € abzuwickeln hat, sonst selbst verpflichten: für irgendeinen Zulieferer oder jemanden, der von Kompensationsgeschäften profitiert – jemand beispielsweise aus der Androsch-Gruppe oder sonst jemand, der irgendwie versucht, in einen Bereich hineinzukommen, den die Firma Eurofighter überhaupt nicht beeinflussen kann. Daher halte ich es für durchaus plausibel, eine derartige Festlegung zu machen. – Aber ich sage noch einmal: Der Aktenlauf wurde mir nicht vorgelegt, sondern ich weiß nur vom Beginn dieser gesamten Beschaffung an, dass es die Bundesregierung gewesen ist, dass es der Finanzminister gewesen ist, der genau dieses Signal setzen wollte.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (FPÖ): Meine Fragezeit ist jetzt leider erschöpft, aber ich werde Ihnen nachweisen, dass das, was in der Ziffer III steht, die dann mit Ziffer IV ausgehebelt wird, absolut zumutbar ist. Der Professor und das Finanzministerium haben das nicht erfunden ... (*Herbert Scheibner: Soll sein, soll sein!*)

Obmann Dr. Peter Pilz: Entschuldigung, es ist völlig überflüssig, jetzt in eine Diskussion über diesen Punkt einzutreten. Für uns ist genauso unerheblich, was Kollege Scheibner über diesen Punkt denkt, ob er ihn für sinnvoll hält oder nicht, wie das, was im Moment irgendein Mitglied des Ausschusses darüber denkt, weil wir uns schlicht und einfach **nicht** in der Bewertungsphase befinden.

Das derzeit einzig Relevante ist die Erklärung des Kollegen Scheibner, dass ihm das damals **nicht** vorgelegt wurde. Das ist für uns eine wichtige Wahrnehmung oder eben Nicht-Wahrnehmung. Alles andere ist nur eine Wiederholung von Diskussionen, die wir in diesem Ausschuss schon zwanzig Mal geführt haben. Wenn jemand meint, dass eine uns schon bekannte und mir durchaus plausibel klingende Interpretation dieser Klausel durch den Kollegen Scheibner für ihn besonders interessant ist, dann werde ich für eine schriftliche Übermittlung sorgen. Es ist aber nicht notwendig, dass wir diese Diskussion bei jeder Auskunftsperson bis ins letzte juristische Detail führen. Ich werde in diesem Zusammenhang weitere Diskussionen zu diesem Punkt als Vorsitzender nicht mehr zulassen. Das ist damit jetzt hoffentlich geklärt.

Gibt es noch Fragen? – Das ist nicht der Fall. Ich danke! Die Befragung ist zu Ende und die Sitzung **geschlossen**.

Schluss der Sitzung: 19.39 Uhr

ANHANG

Berichtigungen zum Protokoll der Befragung von SC Univ. Doz. Dr. Gerhard Steger in der 23. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung von Kampfflugzeugen am 1. März 2007

- Auf Seite .6., Zeile ..6. muss es statt „Schaden“ richtig „**Charme**“ lauten.
- Auf Seite 11, Zeile 27ff... muss es statt „*Herr Abgeordneter.....Das war das Faktum.*“ richtig „**Zum Brief vom 13. Juni 2001 habe ich keine Wahrnehmung, er ist meines Wissens nie in die Verwaltung gelangt.**“ lauten.
- Auf Seite 24..., vorletzte Zeile ... muss statt „(Dr. Steger: Ich glaube, das ist eindeutig einer !)“ diese Passage gestrichen werden, da sie keinen Sinn ergibt .
- Auf Seite .25., Zeile .19.. muss es statt „*daran nicht daran erinnern*“ richtig „**daran nicht erinnern**“ lauten.

Wien, .6. März 2007

Univ. Doz. Dr. Gerhard Steger

**Berichtigungen zum Protokoll der Befragung von Generalmajor Mag. Erich Wolf
in der 20. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung
von Kampfflugzeugen am 20. Februar 2007**

- Auf Seite 51, Zeile 24 muss es statt „... es ist eine *freiwillige* Vergabe im Wettbewerb“ richtig „... es ist eine **freihändige** Vergabe im Wettbewerb“ lauten.

Wien, 5. März

Mag. Erich Wolf

**Berichtigungen zum Protokoll der Befragung von Dr. Friederike Schwarzenborfer
in der 21. Sitzung des Untersuchungsausschusses betreffend die Beschaffung
von Kampfflugzeugen am 22. Februar 2007**

- Auf Seite 71, Zeile 4 muss es statt „Dass es ein Preis sein sollte“ richtig „Dass es ein Preis **unter 2 Milliarden Euro** sein sollte“ lauten.

Wien, 2. März

Dr. Friederike Schwarzenborfer
